



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

78. Sitzung

7. Wahlperiode

Mittwoch, 11. Dezember 2019, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse und Vizepräsidentin Beate Schlupp

Inhalt

Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 GO LT	4	Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 7/3900(neu) –	16
Aktuelle Stunde Ostsee verbindet – Mecklenburg-Vorpommern muss Chancen im Außenhandel besser nutzen	4	Unterrichtung durch die Landesregierung Mittelfristige Finanzplanung 2019 bis 2024 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung – Drucksache 7/3898 –	16
Wolfgang Waldmüller, CDU	4		
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig	6	Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss) – Drucksachen 7/4400, 7/4401, 7/4402, 7/4403, 7/4404, 7/4405, 7/4406, 7/4407, 7/4408, 7/4409, 7/4410, 7/4411, 7/4412, 7/4413, 7/4414, 7/4415 und 7/4416 –	16
Nikolaus Kramer, AfD	9		
Jochen Schulte, SPD	11		
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	13		
Torsten Renz, CDU	15		
Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020/2021 (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 7/3899 –	16	Änderungsanträge der Fraktion der AfD – Drucksachen 7/4477, 7/4478, 7/4479, 7/4480, 7/4481, 7/4482, 7/4483, 7/4484, 7/4485, 7/4486, 7/4487, 7/4488, 7/4489, 7/4490, 7/4491, 7/4492, 7/4493, 7/4494, 7/4495, 7/4496, 7/4497, 7/4498, 7/4499, 7/4500, 7/4501, 7/4502, 7/4503, 7/4504, 7/4505, 7/4506, 7/4507, 7/4508, 7/4509, 7/4510, 7/4511, 7/4512, 7/4513, 7/4514, 7/4515, 7/4516, 7/4517, 7/4518 und 7/4519 –	16
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss) – Drucksache 7/4399 –	16		

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE – Drucksachen 7/4522, 7/4523, 7/4524, 7/4525, 7/4526, 7/4527, 7/4528, 7/4529, 7/4530, 7/4531, 7/4532, 7/4533, 7/4534, 7/4535, 7/4536, 7/4537, 7/4538, 7/4539, 7/4540, 7/4541, 7/4542, 7/4543, 7/4544, 7/4545, 7/4546, 7/4547, 7/4548 und 7/4554 –	16	Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	96, 103
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig	17	Minister Dr. Till Backhaus	97
Nikolaus Kramer, AfD	21, 47	Jürgen Stroschein, AfD	99
Thomas Krüger, SPD	28	Burkhard Lenz, CDU	101
Jeannine Rösler, DIE LINKE	32	Elisabeth Aßmann, SPD	102
Vincent Kokert, CDU	37, 43	B e s c h l u s s	104
Torsten Koplin, DIE LINKE	42	Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses (1. Ausschuss) gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 7/4460 –	104
Tilo Gundlack, SPD	43	Manfred Dachner, SPD	104
Egbert Liskow, CDU	48	Karen Larisch, DIE LINKE	105
Minister Reinhard Meyer	49	Christel Weißig, fraktionslos	106
Torsten Renz, CDU	51	B e s c h l u s s	106
B e s c h l u s s	52	Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 7/3584 –	106
Dirk Lerche, AfD	52, 55	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss) – Drucksache 7/4456 –	106
Nikolaus Kramer, AfD	52	Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 7/4556 –	106
Marc Reinhardt, CDU	53, 62	B e s c h l u s s	106
Karen Larisch, DIE LINKE	55	Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Regulierungskammer Mecklenburg- Vorpommern (RegKG M-V) und zur Änderung der Energiewirtschafts- zuständigkeitslandesverordnung (Erste Lesung) – Drucksache 7/4444 –	107
Torsten Koplin, DIE LINKE	56, 79, 81		
Jörg Kröger, AfD	58		
Andreas Butzki, SPD	60, 69		
Ministerin Bettina Martin	64		
Torsten Renz, CDU	65, 68, 69		
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	66, 68, 69, 70		
Dr. Ralph Weber, AfD	70, 72, 82		
Sebastian Ehlers, CDU	71, 72		
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	72, 77		
Minister Reinhard Meyer	74, 87		
Nadine Julitz, SPD	74, 84		
Thomas de Jesus Fernandes, AfD	74		
Maika Friemann-Jennert, CDU	76		
Dr. Matthias Manthei, CDU	78		
Jörg Heydorn, SPD	80, 81, 83		
Dr. Gunter Jess, AfD	85		
Rainer Albrecht, SPD	88		
B e s c h l u s s	89		
Erweiterung der Tagesordnung	52		
Änderung der Tagesordnung	74		
Antrag der Fraktion DIE LINKE Waldmehrungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/4447 –	96		

Minister Christian Pegel 107

B e s c h l u s s 107

Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung
des Zensusgesetzes 2021 in Mecklenburg-
Vorpommern (Zensusausführungs-
gesetz 2021 – ZensAG 2021 M-V)**

(Erste Lesung)

– Drucksache 7/4445 – 107

Minister Lorenz Caffier 107

B e s c h l u s s 108

Nächste Sitzung

Donnerstag, 12. Dezember 2019 108

Beginn: 10.04 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 78. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 78., 79. und 80. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 78., 79. und 80. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin hat nach Verlust der Mitgliedschaft des Abgeordneten Mathias Brodkorb im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 12. November 2019 durch Verzicht nach Paragraf 76 Absatz 1 und 2 Landes- und Kommunalwahlgesetz Frau Dagmar Kaselitz als Listennachfolgerin seit dem 28. November 2019 festgestellt. Herzlich willkommen, Frau Kaselitz,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

ich darf, glaube ich, sagen, zurück in diesem Hohen Hause! Sie waren ja bereits in der 6. Wahlperiode Mitglied im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Nochmals herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren, kommen wir jetzt zu unseren zurückliegenden Geburtstagen. Ich gratuliere recht herzlich zu meiner Linken dem Schriftführer und Abgeordneten Herrn Dr. Wolfgang Weiß, weiterhin Susann Wippermann, Nikolaus Kramer und Stefanie Drese ganz herzlich nachträglich zu ihren Geburtstagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, Christel Weißig, fraktionslos, und auf der Regierungsbank)

Ich verrate auch nicht, wann Nikolaus Kramer Geburtstag hatte.

(Sebastian Ehlers, CDU: Nikolaus! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Ostsee verbindet – Mecklenburg-Vorpommern muss Chancen im Außenhandel besser nutzen“ beantragt.

**Aktuelle Stunde
Ostsee verbindet – Mecklenburg-Vorpommern
muss Chancen im Außenhandel besser nutzen**

Das Wort hat der Abgeordnete für die CDU-Fraktion Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal einen wunderschönen guten Morgen! Ich glaube, an Aktualität,

momentan an aktuellen Themen mangelt es nicht, und zu dem Zeitpunkt, als wir das Thema angemeldet hatten, war das Thema eben gerade in der Presse sehr aktuell, unser Thema der heutigen Aktuellen Stunde.

Und als ich am vergangenen Samstag beim Frühstück saß und die Zeitung aufschlug, da fiel mir dann fast das Brötchen aus der Hand, weil da schon stand die Schlagzeile „SPD-Eminenz verhöhnt CDU“. Das stand da so in der Zeitung. Der erste Gedanke, den ich gehabt habe, Herr Schulte, das darf ich so sagen: Was hat Herrn Schulte da geritten?!

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Ja.)

Warum haben wir so eine Pressemitteilung? Und da will ich einfach nur zurückgeben, wenn Sie da zitieren, das hätten wir nicht nötig, würde ich sagen, das haben Sie nicht nötig und die Presse, die PI war unnötig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und um hier auch gleich Dampf aus dem Kessel zu nehmen: Niemand, kein Mensch will hier der Staatskanzlei den Russlandtag kleinreden oder ausreden. Punkt, aus!

(Thomas Krüger, SPD: Sehr schön! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Andere Situationen gibt es dazu nicht. Und Russland ist eigentlich die Frage.

Ich möchte das auch noch mal sagen, beim letzten Mal hat Herr SELLERING hier den Antrag eingebracht, da ging es um Sankt Petersburg, und wenn Sie sich erinnern, als ich meinen Beitrag geleistet habe, da habe ich gesagt, man könnte diesen Antrag nicht besser einbringen, wir stimmen jedem Wort zu. Und mehr Zustimmung kann man auch dazu nicht geben. Was da interpretiert wird, das ist eben an den Haaren herbeigezogen.

Und ich möchte dann auch noch mal daran erinnern – dann höre ich damit auf –, dass es nirgendwo irgendwo ein Zitat eines unserer CDU-Abgeordneten oder der CDU gibt, das Gegenteiliges aufzeigt. Das gibt es nicht. Und wir stehen dazu, so, wie wir das hier gesagt haben, wir stehen zu dem Russentag. Wir finden ihn gut und da wollen wir überhaupt nichts kleinreden.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Russlandtag!)

Wir wollen also die Aktuelle Stunde zum Anlass nehmen, um die Diskussion zu versachlichen. Und da möchte ich auch eine Pressemitteilung hier noch mal gleich mit aufgreifen. Es war die Rede von den Zuständigkeiten. Es ist ganz klar, die Zuständigkeit für Außenwirtschaft und Messen ist in der Staatskanzlei,

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

überhaupt kein Thema. Und wenn es da unterschiedliche Auffassungen – die sind ja nun in der Presse auch getätigt worden – zur Zuständigkeit oder dergleichen gibt, das ist einerlei. Es gibt einen Koalitionsvertrag, da stehen ganz klar die Zuständigkeiten geregelt. Aus, Punkt!

(Thomas Krüger, SPD: Sehr gut!)

Und mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut! – Die Wartungsklappe vom Rednerpult löst sich.)

Oh Gott,

(Minister Dr. Till Backhaus: Oha!)

Entschuldigung, mir fällt hier gerade das Inventar entgegen!

(Jochen Schulte, SPD: Dafür war ich jetzt aber nicht verantwortlich. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber eines muss erlaubt sein – und das will ich gleich sagen –,

(Vincent Kokert, CDU: War das eben ein Anschlag der Sozialdemokraten?!)

es muss erlaubt sein,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

dass ich als Wirtschaftspolitiker mir über die Außenwirtschaft sehr wohl Gedanken mache und natürlich darüber, wie wir für das Land Mecklenburg-Vorpommern mehr Wertschöpfung eben generieren können. Und das ist übrigens nicht, dass wir da Luft nach oben haben. Das ist nicht nur unsere Auffassung, sondern das haben wir ja auch im Mittelstandsbericht stehen. Wir haben ja vor Kurzem den Mittelstandsbericht auch im Wirtschaftsausschuss gehabt. Und wenn Sie da auf Seite 12 gucken, da steht eben drin, dass die Ausfuhren in 2018 etwa gleich sind mit 2017. Und die 2017 korrespondieren mit den Daten von 2011.

Und jetzt könnte man sagen, ja, wir haben ein stabiles Niveau. Wenn man aber jetzt noch mal die Preisbereinigung mit reinrechnet und so weiter, dann könnte man auch zu einem anderen Ergebnis kommen. Und wenn ich da in dem Bundesländervergleich nachsehe, und da würde ich zitieren aus dem Bericht des Außenhandels des Statistischen Bundesamtes vom August 2019, das steht auf Seite 65, da werden dann aufgezählt die Bundesländer, getrennt nach Importen und nach Exporten, und wenn ich dann die Liste vor mir habe, dann geht das los an der Spitze mit Nordrhein-Westfalen, Bayern und so weiter, und dann geht es bis ganz runter, und das letzte Bundesland ist Mecklenburg-Vorpommern bei den Importen. Und wenn es um die Ausfuhren geht, Exporte, dann spiegelt sich das gleiche Bild wider. Wir sind also bei den Exporten Schlusslicht. Und bei diesen Außenwirtschaftsentwicklungen Mecklenburg-Vorpommerns von Stagnation zu sprechen, wäre, denke ich mal, eine Beschönigung. Und das darf man und das muss man auch ganz normal, nüchtern feststellen.

Meine Damen und Herren, was in der veröffentlichten Darstellung aus diesem Fakt gemacht wurde, ist das eine. Dass es aber ganz faktisch und dringenden Handlungsbedarf gibt, den gesamten Zustand unserer Außenwirtschaft zu verbessern, das ging dabei leider unter. Und wir wollen selbstverständlich die Staatskanzlei ressortübergreifend unterstützen. Und vor diesem

Hilfeangebot steht die CDU-Fraktion ja auch nicht allein. Und deswegen, sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister Dr. Backhaus, ich bin dankbar, dass Sie zur Top-Schaftsmacht nach China gefahren sind und da Kooperationen für Mecklenburg-Vorpommern im Gepäck haben. Das war wichtig – China ist ein Partner und Russland ist ein Partner, und es gibt andere wichtige Akteure –, das ist gut so.

Und im Sinne der Deeskalation zitiere ich aus dem Plenarprotokoll der 71. Landtagssitzung. Da ging es um diesen vorgenannten Kontakt, Zitat: „Wenn wir die Auflistung in der Staatskanzlei sehen und unsere Exportpartner ansehen, dann ist Russland eben an der sechsten Stelle. Da kommen viele noch vorher, ... Polen, Schweden, Dänemark und Finnland, also“ auch „Ostseeanrainer, und Russland natürlich.“ Und dann heißt es weiter: „Und wenn wir das bündeln und jetzt sozusagen einen Ostseeanrainertag zu diesem sehr, sehr guten Russlandtag hinzufügen für die künftige Ausgestaltung unserer Beziehungen ... zu den anderen Ostseeanrainern in Richtung, auch Wertschöpfung zu erhöhen, Verflechtung der Wirtschaft, ich glaube, darüber sollten wir zusätzlich nachdenken. Wir sind ja da auch im Gespräch.“ Und das, was ich eben vorgelesen habe, das habe ich hier vor drei Monaten schon zur Außenwirtschaft so gesagt. Und im Plenarprotokoll auf Seite 26 stand da nichts von Kritik oder dergleichen – sondern da stand dann Applaus vonseiten der CDU und SPD –, und warum auch?!

Und wir sind für Ideen zur Ausgestaltung der Veranstaltung natürlich offen. Zwei Sätze zu den Vorstellungen, zu möglichen Vorstellungen. Ich meine, das Format sollte bilateral ausgerichtet sein, im zweijährigen Wechsel beispielsweise mit einem Partnerland. In 2020 könnte man beispielsweise – nur als Beispiel, ist nicht festgelegt, nur als Beispiel – mit Dänemark beginnen. Partnerstadt ist dann Rostock. Vorstellbar wäre ein Podium, deutscherseits eingebunden Wirtschaftsministerium, Landesparlament, IHKn, HWKn, Vereinigte Unternehmensverbände, dänischerseits kann man Regierung, Parlament, gegebenenfalls Dänisches Konsulat und Botschaft einbinden.

Aber die Zielsetzung muss doch klar sein, weil das Format ist vielleicht noch offen, da sind auch alle Ideen gefragt. Ich hoffe, dass wir heute konstruktive Ideen auch dazu bekommen. Auch die Verbände, die Wirtschaftsverbände sind aufgefordert, gerade was das Format betrifft, sich da natürlich miteinzubringen. Aber eines muss in dem Ziel klar sein, dass wir hier in Richtung Kooperation, gemeinsame Wertschöpfung, Erhöhung, gerade was den Außenhandel angeht und auch die Einfuhren angeht, dass das im Fokus und im Ziel sein muss, wenn wir über Außenwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern sprechen.

Und deswegen bin ich froh, wenn wir heute weitere Ideen zusammensammeln, denn aktuell überrascht und enttäuscht bin ich natürlich über die Schärfe und die Unsachlichkeit der Debatte. Die Ursprungsidee, die war ganz klar, im September 2018 den Russlandtag durch den Ostseeanrainertag zu flankieren. Das war die Idee, das haben wir immer besprochen, und nichts anderes haben wir gesagt und mit auf den Weg gebracht, übrigens auch im Hintergrund besprochen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und darauf haben wir uns auch verständigt, dass wir dieses Ansinnen dann im Zuge des Doppelhaushaltes, in den Beratungen eben besprechen. Und auch das haben wir getan. Und dann ging es eben ums Geld, und dann war eben die Forderung, na gut, dann muss das Geld eben aber aus dem Einzelplan 06, also aus dem Wirtschaftsministerium kommen. Und wenn es aus dem Wirtschaftsministerium kommt, dann ist natürlich Bedingung, dass es auch in der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums ist. Das ist überhaupt keine Frage, da brauchen wir gar nicht drüber zu reden. Und letztendlich ist das so vereinbart worden.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Egbert Liskow hat nach den Finanzquellen gesucht, das ist vereinbart worden, aufgeschrieben worden und es ist im Finanzausschuss so beschlossen worden. Ich verstehe die Aufregung nicht, ich verstehe es wirklich nicht, woher denn hier diese Nervosität kommt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Dafür nutzen wir jetzt die Aktuelle Stunde?!)

Ich bitte also, lassen Sie uns heute wieder zur Ernsthaftigkeit zurückkehren. Das hat im Finanzausschuss sehr gut geklappt, das sollte auch hier möglich sein im Plenum. Und die unbefriedigende Ausnahme des Landes Mecklenburg-Vorpommern gibt natürlich Anlass zur Sacharbeit. Und ich habe Ihnen heute auch einige Ideen genannt.

Abschließend möchte ich noch eines bemerken: Wir haben ja vor Kurzem hier „25 Jahre Landesverfassung“ gefeiert, und im Artikel 11 der Landesverfassung, wo es um die Staatsziele geht, da steht unter anderem: „Das Land Mecklenburg-Vorpommern wirkt im Rahmen seiner Zuständigkeiten an dem Ziel mit, die europäische Integration zu verwirklichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum, zu fördern.“

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Und das gilt natürlich auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Und Staatsziele zu verfolgen, das kann nicht der Schaden sein. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung die Ministerpräsidentin Frau Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, dass wir heute in den Mittelpunkt der Aktuellen Stunde das Thema Außenwirtschaft rücken, denn die außenwirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes zu vielen Ländern sind wichtig, natürlich für die Wirtschaft, für gute Arbeitsplätze, aber auch unser Beitrag für den Zusammenhalt in Europa und darüber hinaus.

Und die Debatte in den letzten Tagen und auch eben hat bei mir den Eindruck erweckt, dass nicht alle sich wirklich gut auskennen mit dem, was schon passiert und was wir zusammen vorhaben. Deswegen will ich natürlich die

Gelegenheit nutzen, genau darüber zu informieren und mich an allererster Stelle bei denen zu bedanken, die nämlich Außenwirtschaft betreiben, denn das verordnet nicht der Staat, das ist auch nicht unsere Idee von guter sozialer Marktwirtschaft, sondern das machen vor allem die Unternehmerinnen und Unternehmer, unsere Klein- und Mittelständler, die selber gut wissen, wo machen außenwirtschaftliche Beziehungen Sinn, was wir gerne unterstützen, und deshalb herzlichen Dank an unsere Unternehmer, die in diesem Bereich aktiv sind, und vor allem an ihre Beschäftigten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und wie wichtig dieser Bereich ist und dass wir in diesem Bereich erfolgreich sind, möchte ich gerne mit Fakten unterlegen. Der Außenhandel hat sich für unser Land in den letzten Jahren gut entwickelt. Der Gesamtwert ist von 2012 bis 2018 um etwa 29 Prozent gestiegen. Das ist mehr als im Bundesgebiet, wo der Anstieg nur 21 Prozent betrug. Und im letzten Jahr hat unser Land mit 13,8 Milliarden Euro Außenhandelsumsatz sogar einen Rekord erreicht. Und wenn unser Exportvolumen seit einigen Jahren meist etwas mehr als 7 Milliarden Euro im Jahr beträgt, dann ist das eben vor allem eine gute Leistung der Unternehmerinnen und Unternehmer.

Und ich finde, dass der Vergleich mit Bayern zum Beispiel deshalb nicht trägt, weil wir eine ganz andere Wirtschaftsstruktur haben, wie diejenigen, die sich von uns um Wirtschaft kümmern, auch wissen. Große Konzerne haben ganz andere außenwirtschaftliche Beziehungen, aber bei uns geht es ja vor allem darum, die kleinen und mittleren Unternehmen, die unser Rückgrat der Wirtschaft sind, zu unterstützen und ihre Leistungen nicht kleinzureden. Ihre Leistung ist im Verhältnis zum Bundesgebiet stark, und das wollen wir weiter unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und Außenwirtschaft ist eben in einem anderen Feld zu betrachten als die Wirtschaft im eigenen Land. Schauen wir doch über unsere Landesgrenzen hinweg! Schauen wir uns doch in Europa um, aber auch darüber hinaus! Außenwirtschaft findet statt in Zeiten von turbulentem weltwirtschaftlichen Umfeld, das immer wieder von Sanktionen, Handelskonflikten, politischen und wirtschaftlichen Krisen erschüttert wird. Und in diesem internationalen Spannungsfeld gerade Linie zu halten, an wirtschaftlichen Kontakten dranzubleiben, trotz dieser Schwierigkeiten, heißt auch langer Atem. Und deswegen macht es keinen Sinn und ist zu kurz gesprungen, auf statistische Zahlen in einem Jahr zu schauen und danach zu entscheiden,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es. Genau.)

macht der Kontakt Sinn oder der, sondern Außenwirtschaft ist mehr als nur eine statistische Zahl von Gewinn und Umsatz, sondern dafür braucht man einen langen Atem. Und ich danke unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, dass sie den haben, und das unterstützen wir gerne.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wir sind in diesem Bereich breit aufgestellt. Und vor allem sind wir nicht vom Handel mit einem einzigen Land

abhängig. Jeweils acht Prozent unseres Außenhandels entfallen auf die drei wichtigsten Partner im Jahr 2018: Polen mit 1,2 Milliarden Euro, Niederlande mit 1,1 Milliarden Euro und Schweden mit 1 Milliarde Euro. Gerade mit Schweden, aber auch mit Finnland, ist der Außenhandel in den letzten Jahren immer wieder angestiegen.

Und der Ostseeraum eröffnet uns große wirtschaftliche Chancen. Wir stehen da ja auch in der Tradition der Hanse. Und alle wissen es, wenn wir auf der Hanse Sail sind, dann ist das auch immer ein Treffen der Wirtschaftskapitäne. Und wo, wenn nicht zum Beispiel in Rostock, aber auch in Stralsund, aber vor allem in Rostock sehen wir, wir sind das Fenster zum Ostseeraum. Und das nutzen wir natürlich auch für unsere Wirtschaftsbeziehungen.

Besonders eng sind unsere Verbindungen mit unseren polnischen Nachbarn, besonders mit unseren Partnerwoiwodschaften Westpommern und Pommern. Und deshalb habe ich die Treffen mit Polen erhöht, nicht nur ein einjähriges Treffen, sondern zweimal im Jahr finden jetzt Polentage statt mit ganz alltäglich grenzüberschreitender Zusammenarbeit, aber wo es vor allem immer um Wirtschaftskontakte geht. Es gibt Treffen von Wirtschaftsvertretern aus beiden Ländern.

Und an dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bedanken vor allem beim Unternehmerverband Vorpommern und der IHK Neubrandenburg, die immer diese Wirtschaftsreisen unterstützen und die vor allem den Vorschlag gemacht haben, die Metropolregion Stettin weiter zu stärken, auch durch ein entsprechendes Büro, und dafür herzlichen Dank an diese Unternehmerverbände.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und gerade richten wir unseren Blick auf andere Partnerregionen in Polen. Unser Parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern Patrick Dahlemann hat gerade in Pommern Gespräche geführt, um eine gemeinsame deutsch-polnische Wirtschaftskonferenz in Danzig vorzubereiten. Vielen Dank für die Initiative! Ein weiterer wichtiger Baustein in unseren wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, alle haben es medial verfolgen können, gerade 2019 war ein starkes Jahr für uns mit dem wichtigsten Handelspartner, und zwar der Niederlande. Das niederländische Königspaar war in unserem schönen Land. Und das war nicht nur ein großartiger Besuch, sondern dieser Besuch wurde vor allem begleitet von einer großen Wirtschaftsdelegation, die unterstützt worden ist auch aus unseren Ministerien heraus. Und wir hoffen sehr, dass die Gespräche im Rahmen des Besuches zu einem weiteren Ausbau unserer Handelsbeziehungen mit den Niederlanden führen.

Und gerade in diesem Jahr im Frühjahr, im Mai war unser Energieminister in Estland, denn wir waren Partnerland bei der Deutschen Woche in diesem wichtigen Partnerland. Gerade Tallinn ist unser Partnerhafen, was noch mal zeigt, wie wichtig der Ostseeraum für uns ist. Und diese Wirtschaftsreise wurde begleitet, diese Deutsche Woche vor Ort, natürlich von Unternehmerinnen und Unternehmern. Vor allem hatte Christian Pegel Start-ups dabei.

Aber ich danke auch unseren kommunalen Wirtschaftskapitänen. Da war der Oberbürgermeister aus Rostock dabei, aber auch Landräte wie Stefan Sternberg. Und ich wünsche mir, dass vielleicht der eine oder andere Abgeordnete diese Reisen auch mal begleitet. Vielleicht würde dann mehr Kenntnis auch über die Aktivitäten herrschen. Bei dieser Reise war ein Abgeordneter aus dem Landtag dabei, Philipp da Cunha.

(Torsten Renz, CDU: Der auch noch?!)

Ich lade Sie alle ganz herzlich ein, für die, die dieses Thema interessiert:

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Seien Sie auch bei diesen Reisen dabei, um Ihren Blick für diese Dinge zu weiten!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und natürlich werden wir auch unsere Partnerschaft mit Russland fortsetzen. Russland gehört traditionell zu unseren wichtigsten Handelspartnern im Ostseeraum. Und natürlich spüren unsere Unternehmerinnen und Unternehmer die wechselseitigen Sanktionen und natürlich schlagen die sich auch in Zahlen nieder. Aber das ist ja gerade die großartige Leistung unserer Unternehmerinnen und Unternehmer, dass sie trotz Sanktionen, dass sie trotz dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten an diesen Wirtschaftsbeziehungen festhalten.

Und mich hat sehr beeindruckt, die größte Wirtschaftsdelegation, die wir gemacht haben, kurz nach meinem Amtsantritt, war mit 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach Sankt Petersburg, nach Russland. Und dort hat mich sehr beeindruckt, dass ich die Unternehmer gefragt habe, wie geht es Ihnen damit, dass die Sanktionen Ihnen das Leben schwermachen, und Sie kommen trotzdem mit, Sie investieren trotzdem Zeit und Geld in solche Kontakte. Und da haben mir mehrere Unternehmerinnen und Unternehmer gesagt: Wissen Sie, Frau Schwesig, für uns ist diese Zusammenarbeit, die wir seit vielen Jahren pflegen – schon zu DDR-Zeiten – mehr als nur Umsatz und Gewinn. Wir sind tief davon überzeugt, dass gerade in schwierigen Zeiten die Zusammenarbeit und der Dialog mit Russland wichtig sind. Und wir als Wirtschaft wollen unseren Beitrag darüber hinaus leisten, dazu leisten, über unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen hinaus. Und das zeigt doch, dass Unternehmerinnen und Unternehmer auch in unserem Land Verantwortung übernehmen. Und das ist gut und richtig und das wollen wir weiter unterstützen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und der Export ist in den letzten beiden Jahren wieder leicht angestiegen. Und ich will schon hier sagen, für mich ist auch entscheidend, an welchen Kontakten haben die Unternehmerinnen und Unternehmer selbst Interesse, denn ich möchte diese Dinge nicht vorgeben, sondern unsere Wirtschaft dabei unterstützen.

Und deshalb blicken wir auf drei sehr erfolgreiche Russlandtage. Und ich bin Erwin Sellering sehr dankbar. Er hat damals gegen großen Widerstand 2014 den Russlandtag ins Leben gerufen. Es hat massive Versuche gegeben, diese Veranstaltung zu diskreditieren. Einige haben damals die Kritik offen geübt. Das finde ich legitim.

Und das ist mir ehrlich gesagt lieber, als wenn man mit anderen Argumenten und Russland gegen andere Länder stellen versucht, die Zusammenarbeit mit Russland kleinzureden. Ich glaube, wir brauchen beides. Wir brauchen gute Partnerschaft und wirtschaftliche Beziehungen mit Russland, aber auch mit den anderen Ländern aus dem Ostseeraum. Das ist kein Gegensatz, das muss zusammengedacht werden und so werden wir das auch weiter unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Dass das auch im Interesse der Menschen ist, sieht man eindrucksvoller an unserem MV-Monitor. 79 Prozent der Menschen sprechen sich für den weiteren Ausbau unserer Beziehungen nach Russland aus. Und sie sehen darin gar keinen Widerspruch zur Zusammenarbeit mit anderen Ländern, zum Beispiel nach Polen, denn genauso viel sagen, gute Zusammenarbeit mit Polen ist wichtig. Und deshalb werden wir unseren Weg in der Frage Zusammenarbeit mit Russland weiter fortsetzen. Für uns ist klar, wir wollen den Russlandtag, der der größte Wirtschaftstag in Beziehung auf Russland in Deutschland ist, wo Menschen, nicht nur aus unserem Land, Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Deutschland, aber natürlich vor allem aus Russland kommen. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Ich freue mich darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern durch seine gute Arbeit für die russischen Beziehungen Partnerland in 2020 für die Deutsche Woche in Sankt Petersburg ist und dass wir 2021 den nächsten Russlandtag bei uns ausrichten. Das ist eine wichtige Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Interesse, aber auch im Interesse des Dialogs. Und ich freue mich, dass wir dafür auch vom Außenministerium ausgezeichnet worden sind. Vielen Dank allen, die an diesem Kurs festhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich danke auch dem Landtag, denn Sie haben sehr eindrucksvoll diese gute Partnerschaft zwischen unseren Regierungen Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Oblast durch eine förmliche Vereinbarung für vertrauensvolle Zusammenarbeit der Parlamente ergäntzt.

Ich bin sehr froh, dass die SPD-Fraktion eine eigene Reise ins Leningrader Gebiet unternommen hat, um diese Kontakte auch neben den Regierungskontakten parlamentarisch zu unterstützen. Und vielen Dank, dass Sie hier im Landtag, alle Fraktionen, eine breite Mehrheit für diese Partnerschaft mit Polen unterstützt haben durch Ihren gemeinsamen Beschluss. Und das ist Rückenwind für die Zusammenarbeit mit Russland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über den Ostseeraum hinaus gibt es natürlich auch spannende andere Länder im Außenhandel, zum Beispiel die Schweiz. Ich selbst war bei einer Präsentation in Bern gewesen. Auch Israel wird Partnerland der Branchenkonferenz für die Gesundheitswirtschaft sein, und wir haben Beziehungen über Europa hinaus. Unser Landwirtschaftsminister Dr. Backhaus war gerade mit einer Delegation in China. Wirtschaftsminister Glawe konnte in Vietnam erfolgreiche Gespräche führen. Und im nächsten Jahr präsentieren wir uns als Land, zum Beispiel in Dubai bei der EXPO. Und das zeigt, dass unsere Ministerinnen und Minister, allen voran der Wirtschaftsminister, der Energie- und Verkehrsminister, aber auch unser Landwirtschaftsminis-

ter diese außenwirtschaftlichen Kontakte pflegen und dass ich natürlich als Ministerpräsidentin diese Sachen unterstütze. Es ist ein Wunsch der Wirtschaft und es ist vor allem für mich ein Herzensanliegen, denn es bleibt die wichtigste Aufgabe, für eine starke Wirtschaft und gute Arbeit in unserem Land zu sorgen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das unterstützen wir auch finanziell mit der Außenwirtschaftsförderung. Wir stellen über 1 Million Euro jedes Jahr dafür zur Verfügung, auch zum Beispiel für die Präsentation von Unternehmen auf Messen. Darauf komme ich noch mal wieder zurück. Wir haben kleinere, mittlere Unternehmen, Start-ups, die sich oft einen riesigen Messestand auf einer internationalen Messe gar nicht leisten könnten. Das organisieren wir gemeinsam. Und wie gesagt, ich lade Sie ein, seien Sie dabei! Es ist für mich immer beeindruckend zu erleben, wie Unternehmerinnen und Unternehmer aus unserem Land zusammen sich auf diesen Messeständen engagieren, was es in unserem Land gibt. Es lohnt sich vorbeizuschauen.

Und ich finde die Idee einer gemeinsamen Wirtschaftskonferenz für den Ostseeraum eine gute Idee. Wir sind längst in den Vorbereitungen gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium. Und ich kann mir gut vorstellen, dass wir diese Konferenz dort ausrichten, wo sich die Wirtschaftskapitäne alljährlich treffen, zum Beispiel auf der Hanse Sail in Rostock. Und ich danke SPD- und CDU-Fraktion für die Unterstützung im Finanzbereich in diesem Haushalt, dass wir auch mit dieser Konferenz einen weiteren Baustein für unsere außenwirtschaftlichen Aktivitäten machen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe jetzt die Redezeit überzogen und es liegt daran, dass wir so viel machen in diesem Bereich. Ich bitte um Verständnis.

(Torsten Renz, CDU: Sie haben 15 Minuten beantragt, Sie sind also noch im Soll!)

Ich bin ja noch nicht zu Ende, Herr Renz.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber ich danke Ihnen, dass Sie schon mal jedenfalls dafür sind.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das kann man ja nicht verhindern.)

Das zeigt, was wir alles machen in diesem Bereich. Die Wirtschaftsleistung in Mecklenburg-Vorpommern ist im vergangenen Jahr um 1,5 Prozent gewachsen, die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten steigt. In Zeiten, in denen viele große Unternehmen die Abkühlung der Weltwirtschaft spüren, sind wir mit unserer mittelständischen Wirtschaft gut aufgestellt. Unsere Partnerregionen, unsere Nachbarn, unsere Handelspartner nehmen uns als verlässlichen Ansprechpartner an.

Und das, sehr geehrte Damen und Herren, ist eine gemeinsame Leistung, allen voran eine gemeinsame Leistung der Unternehmerinnen und Unternehmer und ihrer Beschäftigten, der Landesregierung, der Unterstützung des Parlaments, aber eben vor allem eine Leistung der

Menschen. Und in ihrem Sinne sollten wir weiter Außenwirtschaft betreiben, Kontakte knüpfen und pflegen, andere Sprachen sprechen, andere Unternehmenskulturen kennenlernen, Risiken eingehen und Chancen nutzen. Das sollten wir auch zukünftig gemeinsam tun im Interesse unseres Landes, aber auch im Interesse des Zusammenhalts der verschiedenen Nationen in Europa und auf der Welt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerpräsidentin.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung oder eine Bemerkung, eine Begrüßung: Herr Renz, Hüter der Redezeit ist das Präsidium.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und zum anderen möchte ich ganz herzlich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schülern der Schule Rethwisch begrüßen. Schön, dass Sie hier sind und unserer interessanten Debatte beiwohnen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Das heutige Thema der Aktuellen Stunde ist ja einladend, ist ja quasi ein Elfmeter, den uns die CDU-Fraktion hier auf den Punkt gelegt hat.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Frau Ministerpräsidentin hätte verwandeln können, ist ihr leider nicht gelungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Christian Brade, SPD: Haben Sie nicht zugehört?)

Natürlich habe ich zugehört.

Was verbinde ich mit dem Ostseeraum?

(Jochen Schulte, SPD: Wasser.)

Um das an meinem persönlichen Beispiel mal deutlich zu machen, ich freue mich schon auf die Weihnachtsfeiertage, weil ich nämlich die Weihnachtsfeiertage in Litauen verbringen werde bei meiner Familie, um meine Litauischkenntnisse wieder etwas aufzubessern. Und ich finde es auch gut, dass Litauen sich bemüht, jetzt Mitglied des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu werden. Sie haben ja schon Gaststatus. Frau Ministerpräsidentin hat es angesprochen, wir haben schon sehr viele Initiativen, wir machen schon viel, aber wenn ich an den Ostseeraum denke und an den Außenhandel, da fallen mir zunächst die Zeit der Hanse ein und die Hansestädte wie zum Beispiel Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald, Danzig, Riga und auch Rewal – wunderbare Städte mit riesigen Kirchen der Backsteingotik in meisterhafter hanseatischer Architektur. Die alte Hansezeit muss eine schöne Zeit gewesen sein. Der Handel blühte, Bärenfelle und Seide wurden in Koggen in Nowgorod angeliefert

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

oder Waffen und Wein aus England wurden zu unseren Häfen geschifft, Salz in Demmin, und ab und zu wurde ein lästiger Pfundzoll beschlossen im Hundertstelbereich des Warenwertes, um selbstherrliche Könige oder private Räuber zu bekämpfen. Und diese gierige Politik hatte den Produzenten damals das Leben einfach nur erschwert.

Und dann kommen wir mal zu dem Punkt, der mir nun gar nicht gefällt, denn es ist pure Heuchelei, wenn Sie sich hier heute hinstellen als CDU-Fraktion als die großen Einheitsbeschwörer des Ostseeraums, denn es ist doch Ihre Politik, die es den Händlern erschwert, Handel zu treiben. Und Sie wollen doch überhaupt gar keine Entspannung. Und auch Frau Ministerpräsidentin fährt mit ihrem Parteibuch ebenfalls keinen Kurs der Entspannung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das will ich mal an drei Beispielen festhalten.

(Vincent Kokert, CDU:
Die einzig Unentspannten
sind doch Sie, Herr Kramer.)

Ich bin völlig tiefenentspannt, Herr Kokert. Jetzt hören Sie mal zu,

(Vincent Kokert, CDU: Ich höre ja zu.)

dann werden Sie noch unentspannter, als Sie es eh schon sind!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Unter Ihrer selbstherrlichen Kanzlerin

(Vincent Kokert, CDU: Oh, endlich
kommt die Kanzlerin, Mensch!)

ist es zur unsäglichen Sanktionsproblematik

(Vincent Kokert, CDU: Tata,
tata, tata, Herr Kramer!)

mit der Russischen Föderation gekommen. Ja, und Russland gehört im Übrigen auch zum Ostseeraum, Frau Schwesig.

(Thomas Krüger, SPD: Die Migranten
haben Sie noch vergessen. –
Vincent Kokert, CDU: Die kommen noch. –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Und bis heute stimmen die Politiker der SPD und der CDU im EU-Parlament, durch ihren Koalitionsvertrag gebunden,

(Vincent Kokert, CDU: Und was
machen Ihre Leute im EU-Parlament?)

für weitere Sanktionen und Drangsalierungen gegen Russland.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zweitens. Unter der egozentrischen Kanzlerin Merkel

(Vincent Kokert, CDU: Oooh!)

kam es zum Brexit, denn nur die Politik der Kanzlerin, die Politik der offenen Grenzen hat dafür gesorgt,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dass letzten Endes das letzte Quäntchen für den Brexit in London gestimmt hat.

(Vincent Kokert, CDU: Halten Sie sich lieber an den Zettel, Herr Kramer! –
Torsten Renz, CDU: Thema! –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Das gehört zum Thema.

(Sebastian Ehlers, CDU: Was hat der Brexit mit dem Ostseeraum zu tun?)

Wir reden doch hier über Europa. Oder hat der Ostseeraum nichts mit Europa zu tun, Herr Ehlers? Dann sollten Sie in Geografie mal etwas besser aufpassen.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Jaja, Herr Kramer.)

So, das dritte Beispiel: Nord Stream. Es ist doch genau, es sind doch Ihre Parteikollegen,

(Andreas Butzki, SPD: Haben Sie mitbekommen, dass er aus der Schule schon raus ist, Herr Kramer?)

die gegen Nord Stream gewettert haben.

(Vincent Kokert, CDU: Und wer hat es durchgesetzt, Herr Kramer? Sie doch nicht!)

Nein, aber ich lese hier,

(Dietmar Eifler, CDU: Gar nichts hat er durchgesetzt, gar nichts. –
Vincent Kokert, CDU:
Sie haben doch keine Ahnung.)

Rehberg, Amthor, Strenz, Monstadt, Peter Stein unterzeichneten alle vor einigen Monaten ein Positionspapier gegen diese Gasleitung.

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Das heißt also, dass ukrainische Interessen

(Andreas Butzki, SPD: Und wie hat das Land reagiert?)

vor die wirtschaftlichen Interessen unseres Bundeslandes gestellt werden.

(Andreas Butzki, SPD:
Wie hat das Land reagiert? –
Thomas Krüger, SPD: Sie haben es gar nicht verstanden.)

Schauen wir uns die Fakten an:

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
Egbert Liskow, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Unsere Exportquote beträgt im Jahr 2018 nur 16,1 Prozent. Damit sind wir fast das Schlusslicht unter unseren Bundesländern, wir sind nämlich Vorletzter.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das hat sich eben anders angehört.)

Seit 2011 liegt der Export bei circa 7,2 Milliarden Euro – Stillstand, wir haben keine Bewegung. Und jetzt stellt sich die CDU-Fraktion hin und fordert einen Ausgleichstag zum Russlandtag, weil sie das Gefühl hat, wirtschaftlich wird ihnen das Wasser von der SPD abgegraben. Herzlichen Glückwunsch.

(Marc Reinhardt, CDU: Danke!)

Und wenn ich mir da die ganzen Bemühungen angucke, die es da so gibt, die sind alle lobenswert. Und natürlich, genau wie Frau Ministerpräsidentin es gesagt hat und auch Herr Waldmüller, ist das Engagement unserer Wirtschaftsmenschen hier, unserer Wirtschaftsköpfe in unserem Land gar nicht hoch genug zu loben.

(Vincent Kokert, CDU: Wirtschaftsköpfe. –
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

Frau Ministerpräsidentin sprach von Wirtschaftskapitänen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Kapitäninnen auch.)

Ich kann Ihnen dazu sagen: Frau Ministerpräsidentin, setzen Sie sich für ein Ende der Russlandsanktionen ein oder verlassen Sie das Schiff

(Jochen Schulte, SPD: Die Bundesrepublik Deutschland, oder was?! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und übergeben Sie die Führung an Menschen, die das besser können!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Vincent Kokert, CDU: Das ist ja wieder ein mexikanischer Rundumschlag, den Sie da heute vortragen. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich schlage vor, dass wir diese Bemühungen, die es seitens des Landes,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

seitens der Landesregierung und seitens der Wirtschaft hier schon gibt, noch weiter zusammenzufassen und auch Großbritannien ...

(Patrick Dahlemann, SPD: Nächstes Mal die Rede vorher lesen!)

Das hab ich getan, Herr Dahlemann.

(Andreas Butzki, SPD: Hatten Sie gestern Weihnachtsfeier oder wie? –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Im Gegensatz zu Ihnen, der jeden Tag Weihnachtsfeier hat.

(Andreas Butzki, SPD: Nee, nee!)

Wir könnten doch das Ganze „Hansetag“ nennen. Gibts schon, werden Sie jetzt sagen. Ja, jedes Jahr in einem anderen Land im Ostseeraum ...

(Torsten Renz, CDU: Sie können sich doch noch mal hinsetzen, da haben Sie noch Redezeit, dann können Sie das noch mal ein bisschen sortieren.)

Ich bin so was von sortiert.

(Sebastian Ehlers, CDU: Unser Spitzenkandidat spricht.)

Es gibt 195 Hansestädte in 16 Nationen, die bereits organisiert sind. Die Verantwortlichen leben vor Ort. Und da reicht es nicht, wenn man dann so einen Hansetag wie 2018 in Rostock unter dem Motto „Einfach handeln!“ ausübt, indem man dort einen Markt hat, mit Mittelalterfellen umherläuft und ein bisschen Musik hört.

(Rainer Albrecht, SPD: Das war sehr interessant.)

Nee, dazu gehört eben der Handel.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr interessant.)

Und das kann nur funktionieren, wenn wir alle Städte des Hansetages, alle Städte, alle Regionen noch enger zusammen vereinen und gemeinsam unsere Partnerschaft intensivieren, um somit den Handel im Ostseeraum weiter stärken zu können.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Was war nun die Kernaussage Ihrer Rede? – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das überlasse ich Ihnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Andreas Butzki, SPD: Da kann man nichts finden.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Kramer.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

(Vincent Kokert, CDU: Eure Eminenz Schulte.)

Jochen Schulte, SPD: Ja, aber nicht grau, eher kahl.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir schwer, jetzt hier zu reden nach dem Redebeitrag von Herrn Kramer.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Das glaube ich!)

Ich weiß gar nicht, ob ich hier im Landtag bin oder auf irgendeiner Comedyveranstaltung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das Niveau der Rede eben hätte wahrscheinlich auch für Letzteres nicht gereicht.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

vielleicht gestatten Sie mir am Anfang, dass ich mal etwas klarstelle, weil hier immer wieder Dissens aufgemacht worden ist – auch am Anfang durch Herrn Kramer – zwischen der CDU. Und eins ist mir an dieser Stelle wichtig und das will ich hier auch ausdrücklich sagen, auch vor dem Hintergrund der Presseberichte der letzten Tage, weil eins lasse ich nicht zu, dass das hier kaputtgeredet wird, weder zwischen dem Kollegen Waldmüller und mir noch zwischen der CDU-Fraktion und der SPD. Es gibt seit vielen, vielen Jahren eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in diesem Land unter Mitarbeit beider Koalitionsfraktionen, unter Führung der/des jeweiligen Ministerpräsidenten, früher des Ministerpräsidenten Sellering, jetzt von Frau Ministerpräsidentin Schwesig.

Und dass dieses Land, was seine wirtschaftliche Situation angeht, bei allen Defiziten, die wir noch haben, so positiv dasteht, das ist das Verdienst dieser Koalitionsfraktionen, dieser Landesregierung, natürlich auch, liebe Ministerpräsidentin Frau Schwesig, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen, auch der Wirtschaftskapitäne in den Unternehmen, aber die politischen Rahmenbedingungen, die sind in diesem Haus gesetzt worden. Und wir wären vielleicht noch besser, wenn die politischen Rahmenbedingungen auch auf Bundesebene immer das unterstützen würden, was wir eigentlich gemeinsam, SPD und CDU, hier machen wollen. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist das so, natürlich ist das so, das muss man ganz offen zugeben, dass Mecklenburg-Vorpommern jetzt nicht die Exportnation Nummer eins weltweit ist, und das ist auch kein neues Thema.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ministerpräsidentin hat es ja eben einmal kurz angerissen, das ist ja nicht nur eine Frage, dass die Leute, die Menschen in diesem Land, die Unternehmen in diesem Land an der einen oder anderen Stelle sagen, ja, wir haben kein Interesse daran, zu exportieren oder zu importieren, sondern es ist natürlich ein strukturelles Problem. Wir sind ähnlich, was die Strukturen, was die Wirtschaftsstrukturen angeht, aufgestellt wie zum Beispiel Schleswig-Holstein oder Teile Niedersachsens. Und natürlich sind wir nicht der Standort vieler großer Industrieunternehmen.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, darum geht es doch gar nicht. Es geht nicht darum, dass wir uns mit Nordrhein-Westfalen oder mit Bayern oder mit Baden-Württemberg vergleichen müssen. Es geht darum zu definieren, was sind unsere Chancen, wo sind unsere Potenziale, und diese Chancen und Potenziale auch tatsächlich zu nutzen.

Und dann, wenn wir das tun, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – und das tun wir ja auch schon über die letzten 10/15 Jahre durchaus sehr erfolgreich in diesem Land, auch mit Fragen der Wirtschaftsförderung und mit

der Frage der Wirtschaftsansiedlung übrigens –, wenn wir diese Chancen und Potenziale nutzen, dann tun wir nicht nur etwas für den Export, dann tun wir vor allem etwas für die Situation der Menschen in diesem Land, weil es sind die Arbeitsplätze insbesondere auch in der Wirtschaft, in der Außenhandelswirtschaft, egal, ob Export oder Import, die tatsächlich hier Arbeit schaffen, die für gute Löhne sorgen und die am Ende dann auch zur Steigerung des Wohlstandes für die Menschen in diesem Lande beitragen. Und deswegen finde ich eine Debatte, die jetzt daran kritteln sollte, da will ich jetzt noch mal ganz kurz auf die Bemerkung von Herrn Kramer eingehen, die daran kritteln sollte, na ja, dies oder jenes ist vielleicht noch nicht hundertprozentig, die finde ich einfach nur daneben, weil es geht im Endeffekt darum, das zu sehen, wie es ist, und auf dem Iststand weiter voranzuschreiten und das zu verbessern, und das tun wir und das werden wir auch in den nächsten Jahren tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist es so, da kann man immer wieder, wie es bei Zahlen ist, da kann man über die Statistiken streiten, jeder legt Statistiken gerne so aus, wie ihm das passt, aber Fakt ist es, dass sich die Exportwirtschaft kontinuierlich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren positiv entwickelt hat. Und natürlich ist es auch richtig, da gebe ich dem Kollegen Waldmüller durchaus recht, wenn man dann bereinigte Zahlen nimmt, dass man an der einen oder anderen Stelle sagen kann, in 2017 oder 2018 nehme ich einen Vergleich zu 2011 oder 2010 und sehe dann, dass da möglicherweise entsprechende Entwicklungen in diesem Vergleichszeitraum so nicht stattgefunden haben.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist etwas Normales bei Außenhandelswirtschaft. Ich will Ihnen das nur mal an wenigen Zahlen aus dem Ostseeraum deutlich machen, um zu sehen, wie volatil dieses Geschäft ist und welchen Schwankungen es tatsächlich am Ende des Tages unterliegt. Da nehme ich einfach mal den Außenhandel aus den Nachbarländern, mit denen wir tatsächlich dann auch relativ gut schon im Geschäft sind. Zahlen 2015/2016 – es geht gar nicht um die Zahl als solches, es geht um die Schwankung, die da besteht –, Zahlen 2015/2016 im Handel mit Polen, da war der Außenhandel mit Polen im Jahr 2015 noch bei 1,2 Milliarden und er lag dann 2016 200 Millionen niedriger. Natürlich kann man sich diese Zahlen jetzt rausgreifen und sagen, oh, ist alles schlecht, aber in den Folgejahren ist er dann wieder um 200 Millionen gestiegen. Also daran sieht man ja, dass dieses Geschäft tatsächlich Schwankungen unterliegt.

Oder ein anderes Beispiel, mit der Russischen Föderation, weil das ja auch in den letzten Tagen immer wieder durch die Presse gegangen ist, 2017 natürlich ein relativ gutes Geschäftsjahr mit über 1 Milliarde Außenhandelsvolumen, 2018 dann auf einmal 815 Millionen. Aber da müssen Sie dazu sehen, diese 815 Millionen sind immer noch 100 Millionen Euro mehr Außenhandelsvolumen als zum Beispiel im Jahr 2015.

Oder nehmen Sie das Beispiel, weil immer wieder die Baltischen Staaten angesprochen worden sind, Estland: Außenhandelsvolumen 2017 400.000 Euro, dann im Jahr 2018 hat es sich halbiert. Halbiert! Und es kann gut sein, dass die 2019er-Zahlen wieder so sind, dass sie

sich verdoppelt haben, auch das hat es in der Vergangenheit gegeben.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, daran will ich nur deutlich machen, man darf sich nicht einzelne Zahlen rausgreifen, um zu sagen, dieses ist gut und das andere läuft nicht vernünftig. Und, meine Damen und Herren,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

meine Damen und Herren, wir haben als Koalitionsfraktionen – das kommt ja nachher, ich weiß nicht, ob da noch drüber debattiert wird –, wir haben ja einen Antrag für den Einzelplan 06 eingebracht, da ist ja auch schon drauf eingegangen worden. Und ja, auch wir als SPD-Fraktion halten es für sinnvoll, dass zugestanden wird, dass hier im Ostseeraum tatsächlich mehr Exportwirtschaft intensiviert wird, weil das sind unsere Nachbarstaaten. Und da ist es natürlich erst mal eine Frage, wie gehe ich mit Dänemark, wie gehe ich mit Schweden um, wie gehe ich mit Polen um, auch mit zum Beispiel dem Oblast Kaliningrad. Das sind diejenigen, über die man tatsächlich sprechen muss.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch ein Hinweis dazu: Die Interessenlagen in diesen Staaten sind durchaus unterschiedlich. Ich verweise nur mal auf das Thema „Erneuerbare Energien“. Da haben sie in Dänemark eine große Bereitschaft, in dem Bereich auch tatsächlich Windenergie und entsprechende Industrie auch zu unterstützen. In Polen und in Schweden setzen sie auf Atomenergie. Das sind Dinge, die man dann auch dabei berücksichtigen muss. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen bin ich auch dafür, dass durch die Landesregierung – unter entsprechender Federführung letztendlich natürlich auch immer der Staatskanzlei und der Ministerpräsidentin – eine entsprechende Konzeption erarbeitet wird.

Und jetzt bin ich mal ganz ehrlich: Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, mir ist es egal, ob das im Jahre 2020 dann schon stattfindet oder erst im Jahr 2022, eine entsprechende Veranstaltung. Was mir persönlich viel, viel wichtiger wäre, ist, dass diejenigen, die dort hinkommen, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die dort hinkommen, auch die politischen Vertreter, zum Beispiel aus Polen, von den Gesprächspartnern, die wir haben, dass die dann hinterher sagen, es war eine erfolgreiche Veranstaltung, weil das ist im Endeffekt das, was wir brauchen, dass die Leute dann auch zurückgehen in ihre Heimatländer und sagen, dort haben wir offene Kontakte gefunden, die wollen mit uns reden und sie wollen mit uns Geschäfte machen. Und wenn wir das erreichen können, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, und nicht nur ein, ich nenne das jetzt mal etwas abfällig, Meet-and-Greet stattfindet, dann ist tatsächlich der Erfolg für uns da und dann werden wir entsprechend auch die Exportwirtschaft in unserem Land stärken.

Und wie gesagt, ich habe es zu Beginn meiner Rede gesagt, was mir dabei wichtig ist: Export ist kein Selbstzweck. Am Ende des Tages muss dabei auch für die Menschen in diesem Land etwas herauskommen, das heißt, es muss höhere Löhne in diesem Land geben, es muss mehr Industriearbeitsplätze in diesem Land geben. Und das ist letztendlich das Ziel, an dem wir gemeinsam arbeiten, und da hoffe ich und da bin ich mir auch

sicher, dass wir das gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen von der CDU dann entsprechend weiter vorantreiben werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht eignet sich die Aktuelle Stunde wenigstens zu einer Sache, dass wir alle gemeinsam mal feststellen können, wie wichtig eine friedliche und gemeinsame Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit unseren Nachbarländern ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Ich glaube, was das angeht, sind wir uns alle sehr einig, auch im Bereich der Wirtschaft. Aber, liebe ...

(Andreas Butzki, SPD: Und das in
der Weihnachtszeit! Das ist gut. –
Heiterkeit bei Thomas Kröger, SPD)

Auch zur Weihnachtszeit, natürlich, Herr Butzki. Da sollte man immer ein bisschen näher zusammenrücken, das ist wahr.

Allerdings auch jetzt, nachdem die Aktuelle Stunde hier vorbei ist, muss ich mich doch fragen,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Die ist noch nicht vorbei.)

welchen Zweck sie hatte und welchen Zweck sie hat, denn so richtig Neues habe ich nicht gehört, und ich habe konzentriert zugehört.

Herr Waldmüller, Sie haben den Istzustand kritisiert, das wäre eine gute Überschrift für Ihre Rede, „den Istzustand aufzeigen und kritisieren“, und Sie stellen fest, die Zuständigkeit ist in der Staatskanzlei. So weit, so gut, da kann sie offensichtlich auch bleiben. Dann haben Sie sich Gedanken über die Außenwirtschaft gemacht. Woher mehr Wertschöpfung nehmen, fragen Sie. Da ist Luft nach oben, so, so! Sie haben den Istzustand der Exportquoten beschrieben, den Handlungsbedarf ausgerufen, man wolle die Staatskanzlei unterstützen. Dann folgte der Vorschlag eines „Tages der Ostsee-Anrainer“, dann haben Sie zwei Sätze dazu angekündigt und ich dachte, jetzt kommen noch zwei Vorschläge, die das Ganze untersetzen, aber eigentlich kam nur einer, nämlich die bilaterale Ausrichtung, und dann hofften Sie auf konstruktive Ideen. Und das war es dann aber auch schon. Ansonsten haben Sie gar nichts gesagt. Immerhin ein klares Bekenntnis zum Russlandtag, das können wir unterstützen. Vielen Dank dafür, aber mehr war es dann auch nicht.

Es folgt Frau Ministerpräsidentin. Die Rede würde ich übertiteln mit „Loben und danken“. Einmal aufzeigen, was wir alles schon tun, kann ja auch nicht schaden. Sie bedanken sich bei den UnternehmerInnen, das ist sicherlich richtig, dann folgen Fakten, die aufzeigen, wie gut

sich die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt hat, sogar von einem Rekord ist die Rede. Dann wird darüber geredet, was sicherlich richtig ist, dass internationale Spannungen eine außenwirtschaftliche Zusammenarbeit immer zu Herausforderungen machen, dass man eine solche Zusammenarbeit als, ich sage mal, Marathon betrachten muss, da einen langen Atem haben muss. Auch das ist richtig. Sie sprechen über unsere Partner/-innen, loben den gestärkten Außenhandel, dann der Bezug zur Hanse Sail, auch nicht ganz falsch,

(Thomas Kröger, SPD:
Nein, das ist richtig!)

da gehen wir ja alle gerne hin.

An einer Stelle möchten wir Sie ausdrücklich unterstützen, und das ist die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit Polen. Das ist der richtige Weg, das liegt auch uns am Herzen, und dann eignet es sich natürlich auch ganz prima, den Staatssekretär nebenbei auch noch mal zu loben.

(Thomas Kröger, SPD:
Der ist auch gut.)

Gelegenheit genutzt, gelobt wurde ja heute sowieso jede und jeder,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Sebastian Ehlers, CDU: Aber von
den LINKEN doch nicht.)

also viele Unternehmer/-innen, viele Arbeitnehmer/-innen, viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Landkreis

(Thomas Kröger, SPD:
Schließen Sie sich doch an,
loben Sie die Landesregierung!)

und die Ministerinnen und Minister wurden auch fast alle aufgezählt. Das freut mich, dass wir alle so aktiv und engagiert sind.

(Rainer Albrecht, SPD:
Niemand vergessen!)

Dann folgt ein langer Teil zu Russland, sicherlich auch nicht falsch.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Kanntest du die Rede schon vorher?)

Auch wir mögen Russland, auch wir sind da für eine gute Zusammenarbeit und bedanken uns für das Engagement. Da sollten wir weitermachen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Manfred Dachner, SPD:
Jetzt kommt Ihr eigener Beitrag? –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Doch am Ende frage ich mich, was hat uns diese Aktuelle Stunde eigentlich gebracht,

wo ist eigentlich der Wirtschaftsminister und worum ging es,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

was haben wir an neuen Vorschlägen gehört, an neuen Ideen gehört, ja, was können wir denn jetzt tun, um die Außenwirtschaft zu verbessern?

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Bringen Sie sich mit ein,
machen Sie selbst Vorschläge!)

Aus meiner Sicht, und sehr geehrter Herr Kollege Schulte, es steht Ihnen natürlich auch gut zu Gesicht und das entspricht ja auch Ihrer Rolle, dann hier noch mal Einigkeit zwischen den beiden Koalitionsfraktionen zu betonen, das ist bestimmt auch Ihre Aufgabe, aber wenn man hier drüben auf dieser Seite sitzt, dann tut es mir leid, so einig sieht das nicht aus.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

Und diese Aktuelle Stunde, die beweist es auch wieder.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und, Herr Waldmüller, es ist ganz hervorragend, dass Sie sich so für eine Stärkung des Außenhandels hier zeigen und für eine Verbesserung der Exportquote, dafür Applaus, aber vielleicht – und das wäre einer unserer Vorschläge – setzen Sie sich dann bei Ihrem Kollegen Wirtschaftsausschussvorsitzenden dafür ein, dass der Wirtschaftsausschuss, wie DIE LINKE es auch schon mal beantragt hatte, eben nicht mit dem gesamten Agrarausschuss auf die Grüne Woche tobt, sondern zum Beispiel auch mal auf die Hannover-Messe fährt,

(Dietmar Eifler, CDU:
Das ist alles beschlossen. –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist schon längst erledigt. –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

eine der bedeutenden Industriemessen, mit sehr großem internationalen Publikum. Einen solchen Antrag von uns haben Sie bereits abgelehnt.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Nein, das ist beschlossen.)

Genauso werden Sie die Forderung nach einer Exportstrategie ablehnen,

(Dietmar Eifler, CDU:
Dann sind Sie nicht aktuell.)

die heute noch auf der Tagesordnung steht.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist beschlossen, gute Frau. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das nehme ich dann freudig zur Kenntnis, Herr Waldmüller,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

und betrachte das als Fortschritt. Mal sehen, wie Sie sich zu unserer Industriestrategie verhalten, denn auch dort könnten Fragen der Exportschwäche des Landes in den Fokus genommen werden.

(Vincent Kokert, CDU: Sie
haben eine Industriestrategie?!
Die würde ich gern mal hören. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wir werden ja sehen, wie Sie mit unserem Vorstoß heute Nachmittag umgehen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Nun kommen wir zum Ostsee-Tag. Auch ein Ostsee-Tag, das scheint ja nun eigentlich der einzige Vorschlag zu sein, der hier irgendwie in der Mitte des Raumes liegt, der ganz neu und aktuell ist,

(Vincent Kokert, CDU: Na immerhin!)

deshalb die Aktuelle Stunde, sicherlich eine gute Idee, um die Beziehungen mit den Staaten der Ostsee zu verbessern. Über das Konzept müsste man dann sicherlich mal diskutieren, damit es nicht verwässert und es am Ende gar nicht zu bilateralen Kooperationen kommt, denn offensichtlich ist das ja eigentlich das, was uns wichtig ist.

Aus unserer Sicht, mit Blick auf die Außenwirtschaft, da hätte man im Rahmen einer Ausschusssitzung oder im Rahmen eines Antrages sicherlich noch viel detaillierter darauf eingehen können, was denn nun eigentlich wichtig ist, statt nur den Istzustand zu beschreiben,

(Franz-Robert Liskow, CDU:
Das kann man doch so machen.)

irgendwie zu signalisieren, das reicht alles nicht, während die andere Seite, hier die SPD, sagt, doch, es passiert ganz viel und wir machen auch schon ganz viel, und das ist alles ganz wunderbar.

Dann lassen Sie uns weitermachen beim Breitbandausbau, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die Arbeitsbedingungen im Land verbessern, mehr Tarifverträge, mehr sozialversicherungspflichtige Jobs! Das ist gut zur Stärkung der Wirtschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Lassen Sie uns unsere Unternehmen bei Ansiedlungen unterstützen! Das hat auch mit Planungsverfahren, auch auf kommunaler Ebene zu tun, auch hier müssen wir unterstützen. Und vor allem, lassen Sie uns die Hochschulen fitter machen, unsere Auszubildenden stärken, denn das sind die klugen Köpfe von morgen,

(Jochen Schulte, SPD: Ach, das waren noch
Zeiten, als ein Helmut Holter hier geredet hat! –
Vincent Kokert, CDU: Das sag ich dir!)

die so wichtig für die Wirtschaft sind, Innovation und Forschung, Wissenschaft, kurzum Bildung! Dazu gehört auch der Austausch von Schülerinnen und Schülern, dazu gehört auch Integration, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da liegen die Schlüssel für eine erfolgreiche Außenwirtschaft, und da liegt auch die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns.

Vielleicht kommen wir an anderer Stelle noch mal etwas tiefergründiger dazu, über die Außenwirtschaft zu spre-

chen, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Aktuelle Stunde hätten wir uns echt ersparen können. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Kröger.

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Was die Redezeit betrifft, da vertraue ich auf Sie, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Der Präsidentin können Sie immer vertrauen, Herr Kollege. –
Andreas Butzki, SPD: Was war denn das für eine Anrede?!)

Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das ist ja auch eine ganz neue Taktik, Frau Kröger. Also das sollen Sie jetzt wirklich als Kompliment auffassen, was ich jetzt sage:

(Jochen Schulte, SPD:
Das muss der Kollege Renz aber vorher erklären, sonst merkt das keiner.)

Ich stelle fest, Sie haben eine schnelle und hervorragende Auffassungsgabe. Sie sind also in der Lage, innerhalb von kürzester Zeit hier die Reden zu analysieren,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja. –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU)

und das haben Sie wirklich nicht schlecht gemacht.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das hat sie gut gemacht.)

Aber ich glaube nicht, dass das ausreicht für eine verantwortungsvolle Oppositionspolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Sie sprachen selbst von Tiefgründigkeit, und außer Allgemeinplätze, was Wirtschaftspolitik betrifft, habe ich nichts gehört.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Da waren schon konkrete
Vorschläge drin.)

Natürlich kam noch mal das Bekenntnis zu Russland,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

das wir von allen in diesem Hause des Öfteren gehört haben. Also wenn das Ihre neue Taktik ist, glaube ich,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das ist eine gute Taktik.)

beim nächsten Mal sollten Sie da noch eine Schippe drauflegen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Das können Sie das nächste Mal besser machen, wenn Sie in der Opposition sitzen ab 2022.)

Und Sie haben ganz konkret gefragt, welchen Zweck hat diese Aktuelle Stunde, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und wenn Sie das noch nicht verstanden haben, dann will ich es noch mal sagen. Wir, die Koalitionäre, sind der Auffassung, dass wir mehr Potenzial im Ostseeraum noch haben und dass wir mit Ihnen darüber streiten wollen, wie wir diese Potenziale,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Sie streiten sich ja auch untereinander.)

sprich durch mehr Handel, auf den Weg bringen wollen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Werden Sie sich erst mal in der Koalition einig!)

Das ist Sinn und Zweck.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Aber dazu gab es keine Vorschläge, Herr Renz.)

Und Sie haben sich auch nur sehr zurückhaltend zu der Aussage,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Aber es gab keine Vorschläge aus der Koalition.)

dass es mehr Potenzial gibt, überhaupt hier geäußert. Und wir haben tatsächlich jetzt den ersten Schritt, nachdem die Einigkeit – da bin ich der SPD-Landtagsfraktion auch dankbar –, nachdem die Einigkeit hier noch mal dokumentiert wurde,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

dass wir gemeinsam in diesem Bereich Ostseeraum aktiv werden wollen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Unglaublich!)

hier einen ersten Schritt über den Haushalt auf den Weg gebracht, nämlich den Unternehmertag „Ostsee verbindet“. Wer das alles noch nicht gelesen hat, noch mal die konkrete Bezeichnung: Unternehmertag „Ostsee verbindet“, nicht die alten Begriffe, die hier ständig auch genannt worden sind. Und sehr wohl sind Sie dann eingeladen, darüber nachzudenken, wie wir weitere Schritte gehen können, um dieses gemeinsame Ziel zu erfüllen.

Und Herr Schulte hat die Frage hier in den Raum gestellt, was sind unsere Chancen und was ist unser Potenzial. Und da will ich Ihnen ganz deutlich noch mal sagen, ich bin zwar noch nicht so alt,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das liegt im Auge des Betrachters. –
Unruhe bei Ministerin Stefanie Drese)

aber auch schon ausreichend alt, dass ich schon unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen mitgemacht habe. Und was mir immer wieder auffällt, ist die Tatsache, dass Menschen verfallen in die Situation, Dinge schönzureden. Und das darf nicht passieren! Schönreden führt zu Stagnation,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Das sagt der Richtige!)

und wir, die Fraktionen, sind uns hier einig, wir wollen mehr. Mehr, das ist unser Ziel.

(allgemeine Unruhe –
Dr. Ralph Weber, AfD: Seit drei Jahren
wird schöngeredet und jetzt erkennt
er, wie falsch das ist!)

Und da macht es ...

(Glocke der Präsidentin)

Wir wollen ...

(Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und auf der Regierungsbank)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Renz!

Bei aller Freude an der lebhaften Debatte, ich kann den Redner nicht mehr verstehen und ich möchte Herrn Renz gerne verstehen. Ich bitte um Ruhe.

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Renz, bitte schön.

Torsten Renz, CDU: Wir wollen gemeinsam mehr. Und das fiel mir noch mal wie Schuppen von den Augen,

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

wenn Sie die OZ gelesen haben und diese Karte des Ostseeraums, wo Mecklenburg-Vorpommern sozusagen mitten im Zentrum liegt, das ist erst mal das Potenzial, das wir haben, zu dem Sie sich bekennen müssen, und wenn Sie sich dann diese Berichterstattung, diese bildliche Darstellung anschauen, in alle Himmelsrichtungen haben wir die Möglichkeit, Handel zu betreiben. Und das ist erst mal unsere große Trumpfkarte in Mecklenburg-Vorpommern.

Und dann ist es natürlich richtig, dass man Statistiken auswerten kann, wie man will. Aber am Ende gibt es den Mittelstandsbericht, und wenn wir dann im Jahre 2011 schon mal Ausfuhren hatten in Höhe von 7,2 Millionen und im Jahre 2018

(Egbert Liskow, CDU: Milliarden! Milliarden! –
Karsten Kolbe, DIE LINKE: Milliarden, Herr Renz!)

das momentan oder vorläufige Ergebnis –

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Milliarden!)

Milliarden, Entschuldigung – bei 7,23 Milliarden liegt, dann ist das eine Entwicklung, die für uns zu wenig ist. Und deswegen greifen wir dieses Thema auf, um die Chancen im Ostseeraum zu nutzen, und zwar in alle Himmelsrichtungen, ohne irgendeinen zu bevorzugen oder zu diskriminieren. Das ist Ziel, das ist Zweck unserer Debatte.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Echt? –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und insofern bin ich Kollegen Schulte sehr, sehr dankbar und Herrn Kollegen Gundlack, dass aus dem Parlament heraus hier noch mal wieder die Initiative ergriffen wird,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Welche denn?)

das mit neuem Schwung, mit neuem Elan zu versehen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist eine Aktuelle Stunde, Herr Renz.)

Und da sind Sie herzlich eingeladen, über weitere Maßnahmen hinaus uns,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

die Regierungskoalition, zu begleiten, damit wir nämlich eines Tages auch einen Mittelstandsbericht vorweisen können, wo vielleicht dann auch Zahlen sind oberhalb, mit steigender Tendenz von Außenhandelsumsatz dann, von 8 Milliarden Euro.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Da überschätzen Sie die Aktuelle Stunde
allerding in ihrer Wirkungskraft.)

Das ist Ziel und Zweck, und ich glaube, das haben wir hier erreicht durch unsere Diskussion, auch wenn bei dem einen oder anderen der Groschen noch nicht so gefallen ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Renz.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2** – und da bitte ich etwas um Geduld, weil der Text, den ich Ihnen jetzt verlese, das wird etwas länger dauern –: a) Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020/2021, Drucksache 7/3899, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 7/4399, in Verbindung mit b) Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, Drucksache 7/3900(neu) sowie Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2019 bis 2024 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, Drucksache 7/3898, hierzu Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses, Drucksachen 7/4400, 7/4401, 7/4402, 7/4403, 7/4404, 7/4405, 7/4406, 7/4407, 7/4408, 7/4409, 7/4410, 7/4411, 7/4412, 7/4413, 7/4414, 7/4415 und 7/4416.

(Vincent Kokert, CDU:
Kann ich das noch mal hören?)

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der AfD auf den Drucksachen 7/4477 bis 7/4519, Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf den Drucksachen 7/4522 bis 7/4548 und 7/4554 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Haushalts-
begleitgesetzes 2020/2021**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 7/3899 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**
– Drucksache 7/4399 –

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung
des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-
Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020
und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 7/3900(neu) –

**Unterrichtung durch die Landesregierung
Mittelfristige Finanzplanung 2019 bis 2024
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung**
– Drucksache 7/3898 –

**Beschlussempfehlungen und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**
– Drucksachen 7/4400, 7/4401, 7/4402,
7/4403, 7/4404, 7/4405, 7/4406, 7/4407,
7/4408, 7/4409, 7/4410, 7/4411, 7/4412,
7/4413, 7/4414, 7/4415 und 7/4416 –

Änderungsanträge der Fraktion der AfD
– Drucksachen 7/4477, 7/4478, 7/4479,
7/4480, 7/4481, 7/4482, 7/4483, 7/4484,
7/4485, 7/4486, 7/4487, 7/4488, 7/4489,
7/4490, 7/4491, 7/4492, 7/4493, 7/4494,
7/4495, 7/4496, 7/4497, 7/4498, 7/4499,
7/4500, 7/4501, 7/4502, 7/4503, 7/4504,
7/4505, 7/4506, 7/4507, 7/4508, 7/4509,
7/4510, 7/4511, 7/4512, 7/4513, 7/4514,
7/4515, 7/4516, 7/4517, 7/4518 und 7/4519 –

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE
– Drucksachen 7/4522, 7/4523, 7/4524,
7/4525, 7/4526, 7/4527, 7/4528, 7/4529,
7/4530, 7/4531, 7/4532, 7/4533, 7/4534,
7/4535, 7/4536, 7/4537, 7/4538, 7/4539,
7/4540, 7/4541, 7/4542, 7/4543, 7/4544,
7/4545, 7/4546, 7/4547, 7/4548 und 7/4554 –

Für das Verfahren schlage ich Ihnen Folgendes vor:
Zunächst wird die allgemeine Aussprache zum Haus-
haltsgesetz 2020/2021 eröffnet, danach folgt die Be-
ratung über alle Einzelpläne. Hier liegen Wortmeldungen
zu den Einzelplänen 01, 04, 06, 07, 09, 10, 11 und 15
vor. Der jeweilige Stellenplan wird zu den Einzelplänen
mit aufgerufen.

Abstimmungen zu allen Einzelplänen und zum Gesetz
einschließlich der Unterrichtung zur Mittelfristigen Fi-
nanzplanung finden am Ende der Aussprache nachein-
ander statt. Sind Sie mit diesem Verfahren einverstan-
den? –

(Andreas Butzki, SPD, und
Dietmar Eifler, CDU: Ja.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch beziehungsweise
auch Zustimmung, dann ist das so beschlossen.

Im Ältestenrat wurde weiterhin vereinbart, für die allge-
meine Aussprache insgesamt eine Dauer von 110 Minu-
ten vorzusehen. Für die Beratung der Einzelpläne 01, 04,
06, 07, 09, 10, 11 und 15 ist im Ältestenrat jeweils eine
Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten ver-
einbart worden. Ich sehe und höre auch hier keinen Wi-
derspruch, dann ist das ebenfalls so beschlossen.

Vielen Dank für Ihre Geduld! Ich eröffne die allgemeine
Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Ministerpräsidentin des Landes
Mecklenburg-Vorpommern. Frau Schwesig, Sie haben das
Wort.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte
Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Ab-
geordnete! Heute verabschieden wir den Haushalt für die
Jahre 2020/2021 und stellen damit die Weichen für die
weitere Zukunft unseres Landes. Das ist ein Haushalt mit
klaren Schwerpunkten – für Wirtschaft und Arbeit, für
Kitas und Schulen und für Kommunen und für Infrastruk-
tur, also für das ganz konkrete Leben unserer Menschen
in unseren Dörfern und Städten, eine wichtige Weichen-
stellung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Es ist ein Haushalt mit großem Investitionsvolumen,
1,7 Milliarden Euro wollen wir allein im nächsten Jahr
investieren, und es ist ein Haushalt, mit dem wir unse-
re solide Finanzpolitik weiter fortsetzen. Mecklenburg-
Vorpommern wird auch in den kommenden Jahren ohne
neue Schulden auskommen und trotzdem kräftig inves-
tieren. Das gehört für uns zusammen: solide Finanzpoli-
tik, keine neuen Schulden, aber auch Spielräume nutzen
für Zukunftsinvestitionen, für den Fortschritt in unserem
Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir sorgen auch vor für schlechte Zeiten. Die Konjunktur-
rücklage steigt mit dem neuen Haushalt von 400 Millio-
nen Euro auf 500 Millionen Euro. Das ist wichtig, dass wir
auch bei möglicher konjunktureller Abkühlung unsere
Investitionen weiter fortsetzen können.

Zu den Zukunftsthemen, in die wir gezielt investieren,
gehört vor allem die Finanzausstattung unserer Kommu-
nen. Wir alle wissen, dass wir in den letzten Jahren er-
hebliche Diskussionen hatten mit der kommunalen Fami-
lie, dass es fehlt an Geld vor Ort für Straßensanierungen,
für Sanierung von Kitas, für den Neubau von Schulen.
Und ich danke denjenigen, die sich gerade ehrenamtlich
für unser Land engagieren, in unseren Gemeinderäten,
in unseren Stadtvertretungen. Ich selber bin in der
Kommunalpolitik eingestiegen und dort groß geworden
und sage ganz klar, die kommunale Politik ist das Fun-
dament unserer Demokratie. Unsere Gemeindevertreter,
unsere ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürger-
meister brauchen Spielräume, müssen unsere Dörfer
und Städte voranbringen können. Und deswegen bin
ich froh, dass wir mit diesem Haushalt für unsere kom-
munale Familie und damit für unsere Dörfer und Städte
und die Bürgerinnen und Bürger liefern, mit einem gro-
ßen Paket und einer besseren Finanzausstattung der
Kommunen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ein Kernstück dabei ist die Infrastrukturpauschale, eine ganz konkrete Forderung der kommunalen Ebene. 150 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren stehen zur freien Verfügung pro Jahr, 100 Millionen davon vom Land für Investitionen und Instandsetzungsmaßnahmen, damit etwas vor Ort passiert, damit Straßen saniert werden können, Kitas saniert werden, Schulen modernisiert werden. Die Bürgermeister, die Landräte, der Städte- und Gemeindefrat sehen diesen Bedarf und sie wissen, was vor Ort konkret nötig ist, und es unterstützt das Fundament der Demokratie, dass vor Ort eben auch gestaltet werden kann.

Und es geht vor allem um ein Kernanliegen, was im Grundgesetz verankert ist, aber was vor allem meine tiefe politische Überzeugung ist: Wir dürfen das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht aus dem Auge verlieren. Gerade wir als Flächenland mit einem großen ländlichen Raum müssen uns immer dabei anstrengen, dass es gelingt, Dörfer und Städte zusammenzuhalten, dass es keine Regionen gibt, die sich abgehängt fühlen, und dafür wollen wir auch gemeinsam mit dieser kommunalen Finanzausstattung investieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Renz, CDU –
Rainer Albrecht, SPD:
Jawoll, richtig!)

Damit werden unsere Dörfer und Städte in den nächsten Jahren 352 Millionen Euro mehr zur Verfügung haben als zum Beispiel 2019. Damit reichen wir ab 2020 insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro an die Kommunen weiter und damit können unsere Kommunen gezielt in die Zukunft investieren.

Klar ist, wir müssen gemeinsam die Voraussetzungen für die Zukunft unseres Landes schaffen. Das macht nicht eine Ebene, sondern das müssen wir gemeinsam machen. Das gilt in Zukunft noch mehr, da die Solidarpaktmittel auslaufen – Solidarpaktmittel, die viele Jahre für uns zur Verfügung standen, damit die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost und West weiter vorangetrieben wird. Und auch, wenn wir natürlich uns einsetzen für eine gute Finanzausstattung bei den zukünftigen EU-Strukturfonds, wissen wir, dass auch diese Gelder rückläufig sein werden, weil wir uns eben in den letzten Jahren positiv entwickelt haben.

Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene ein für ein Förderinstrument für strukturschwache Regionen in Ost und West als Ergänzung zu den auslaufenden Mitteln im Solidarpakt. Wir setzen uns auch ein für weitere EU-Mittel, wir sagen aber ganz klar, unter diesen Bedingungen müssen wir selber klug überlegen, wofür wir unser eigenes Geld für Zukunftsinvestitionen ausgeben.

Wir setzen deshalb klare Schwerpunkte. Der wichtigste Bereich ist, und das habe ich schon in der Aktuellen Stunde gesagt, die Wirtschaft weiter voranzubringen, nicht aus Selbstzweck, sondern dafür, dass gute Arbeitsplätze mit guten Löhnen in unserem Land weiter bestehen und neue entstehen,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Gute Löhne sind Zukunftsmusik!)

denn wir wollen, dass die jungen Menschen, die hier aufwachsen im Land, dass die, die wieder zu uns zu-

rückkommen, hier gute Arbeit haben und hier eine Perspektive haben mit ihren Familien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dabei ist uns wichtig, dass wir diese guten, zukunftsfähigen Arbeitsplätze sichern, weitere entstehen, aber vor allem mit fairen Löhnen und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. Der größte Wunsch der Menschen in unserem Land ist, dass es eine weitere Angleichung der Löhne Ost/West gibt. Das ist nicht nur eine Frage der Existenz, sondern auch eine Frage der Anerkennung der Arbeitsleistung der Menschen in unserem Land. Deshalb bleibt es selbstverständlich, dass wir öffentliche Aufträge an einen Mindestlohn koppeln, der höher ist als der bundesweite Mindestlohn und der auch jährlich steigt, wenn der Tarifindex steigt.

Auch die Wirtschaftsförderung werden wir weiter an die Kriterien guter Arbeit koppeln. Wir alle wissen, Mecklenburg-Vorpommern hat nur eine Zukunft im Wettbewerb um gute Köpfe und nur eine Zukunft für die Menschen im Land, wenn auch der Lohn stimmt.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten Jahrzehnten hat unser Land einen tief greifenden Strukturwandel in der Wirtschaft bewältigt. Das war ein großer Kraftakt. Wir alle wissen, ich selbst habe es nicht vergessen, wie es sich als junges Mädchen anfühlt, wenn die Arbeit für die Eltern wegbreicht, wenn die Schulfreunde in den Westen gehen, weil es nur dort Ausbildungsplätze oder Arbeitsplätze gibt. Und ich freue mich, dass heute eine Generation junger Schülerinnen und Schüler erlebt, dass es in unserem Land mehr Ausbildungsplätze gibt als Schülerinnen und Schüler, die Ausbildungsplätze brauchen, dass es in unserem Land endlich wieder Arbeitsplätze gibt, und dass – so, wie wir es zum Beispiel gerade bei den Werften, zum Beispiel in Wismar erleben – die Leute wieder zurückkommen in die Heimat, weil sie hier Arbeit haben. Das ist eine großartige Leistung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft in unserem Land, die wir weiter unterstützen wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Jochen Schulte hat es in der Aktuellen Stunde klargemacht, dafür müssen wir politische Rahmenbedingungen setzen, und dafür ist ganz entscheidend, dass wir eine hohe Investitionsquote erreichen. Mit meinem Amtsantritt habe ich gesagt, dass die eigene Investitionsquote bei null Prozent lag und dass es uns gelingen muss, an die Investitionsquote von Bayern anzuschließen. Nur, wenn wir selbst investieren als Land, in unser Land, in unsere Zukunft, haben wir eine Zukunft. Deshalb bin ich froh, dass wir mit diesem Investitionshaushalt genau eine solche hohe Investitionsquote von acht Prozent erreichen und damit Impulse und Akzente setzen. Wir stärken damit die wirtschaftlichen Zentren des Landes, aber auch die ländlichen Regionen – für das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Und es ist auch klar, dass wir zukünftig weiter die Unterstützung des Bundes brauchen, und deshalb sage ich ganz klar, ich erwarte vom Bundeswirtschaftsminister, dass das Versprechen eingelöst wird, dass wir zukünftig ein Förderprogramm für strukturschwache Regionen Ost/West bekommen, ohne dass dabei die Mittel für Ostdeutschland rückläufig sind. Es darf keine Politik gegen Ostdeutschland geben, es muss eine Politik für

weitere wirtschaftliche Entwicklung von Ostdeutschland und damit auch von unserem Land geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Renz, CDU)

Und ich bedanke mich dabei ganz herzlich bei unserem Finanzminister und auch dem Chef der Staatskanzlei, die sich genau in der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ für dieses Förderprogramm einsetzen. Wer wirtschaftlich wachsen will, der muss auch in die Infrastruktur investieren, in Straßen und Häfen und insbesondere in die digitale Infrastruktur. Wir alle wissen, schnelles Internet und Mobilfunk sind die Straßen des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen überall im ländlichen Raum schnelles Internet und Mobilfunk.

Und ich will ganz klar sagen, was nicht akzeptabel ist: dass der Markt bestimmt, ob wir Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk haben, denn wenn es alleine die großen Konzerne bestimmen, bedeutet es, da, wo die Zentren sind, die Städte, wird es Internet und Mobilfunk geben und im ländlichen Raum nicht. Unser Ziel muss sein, dass es keine weißen Flecken gibt. Wir brauchen schnelles Internet und Mobilfunk an jeder beliebigen Milchkanne, und genau dafür setzen wir uns mit diesem Doppelhaushalt ein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Mit unserer Kabinettsklausur, der ersten gemeinsamen Kabinettsklausur unter meiner Führung, haben wir eine digitale Agenda erarbeitet, die vor allem hier durch den Haushalt unterfüttert wird. Wir werden mehr als doppelt so hohe Mittel für IT und Digitalisierung bereitstellen als noch 2016, allein 250 Millionen im nächsten Jahr für Investitionen in den Breitbandausbau, und damit schaffen wir Voraussetzungen für schnelles Internet, nicht nur in den Städten, sondern auch gerade im ländlichen Raum.

Und auch für den Ausbau des Mobilfunkempfangs setzen wir auf eine landeseigene Infrastrukturgesellschaft. 50 Millionen Euro sind in diesem Jahr eingeplant, um Funklöcher zu schließen, insbesondere im ländlichen Raum. Schnelles Internet und guter Mobilempfang gehören heute zur Daseinsvorsorge und damit investieren wir in die Zukunft unseres Landes. Ich danke unserem Verkehrsminister, der vor allem dafür gesorgt hat, dass wir auch für diesen Bereich zusätzlich Bundesmittel bekommen, und ich finde die Idee der landeseigenen Infrastrukturgesellschaft hervorragend, denn damit können wir frei und unabhängig selber in diesem Bereich vorangehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir sind damit das erste Bundesland, was das sozusagen mit einer landeseigenen Gesellschaft für Mobilfunk tut, und ich bin froh, dass der Bund jetzt mit einem Bundesprogramm nachzieht, und habe in den Gesprächen klargelegt, dass wir da natürlich auch nicht für unser Vorangehen bestraft werden dürfen, sondern dass das Bundesprogramm auch unser Landesprogramm weiter flankieren soll.

Neben diesen ganz konkreten harten Investitionen für Infrastruktur brauchen wir natürlich auch harte Investitionen in die Köpfe, vor allem Unterstützung für starke Familien und Bildung. Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir mit diesem Doppelhaushalt ein

Versprechen und eines meiner persönlichen politischen Herzensanliegen voranbringen und einlösen. In wenigen Tagen, und zwar zum 01.01.2020, greift die beitragsfreie Kinderbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden das erste Bundesland sein, was komplett auch für die Ganztagsbetreuung die Gebühren abschafft in Krippe, Kindergarten, Tagespflege und Hort, und damit gehen wir voran als Familienland Mecklenburg-Vorpommern. Zehntausende Familien profitieren im Land von dieser Entlastung. Es ist vor allem unser Beitrag dafür, dass die vielen Familien, die kleine und mittlere Einkommen haben, ihren Lohn behalten für ihre Familien und nicht abgeben müssen und noch bestraft werden, weil Kinder in die Kinderbetreuung gehen. Das ist ein wichtiges Anliegen und ich danke allen, die dabei geholfen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wir wollen mit einem großen Schulpaket in die Bildung weiter investieren. Wir werden 200 Millionen Euro in unsere Schulen investieren, in Schulen, in denen es Spaß macht zu lernen, aber auch zu unterrichten. Sie wissen, dass wir bereits das größte Schulbauprogramm der Geschichte unseres Landes aufgesetzt haben mit über 300 Millionen Euro. 131 Schulen profitieren davon. Und ich freue mich, dass mit diesem Haushalt weitere 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Aber nicht nur gute Schulen als Gebäude, sondern vor allem motivierte Lehrerinnen und Lehrer, ausreichend Lehrerinnen und Lehrer sind wichtig für den Unterricht. Wir werden in einen massiven Wettbewerb kommen und wir stehen bereits in einem Wettbewerb um Lehrerinnen und Lehrer. 80 Prozent unserer Lehrerinnen und Lehrer gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Das sind 8.000, die nach vielen Jahren sozusagen in den verdienten Ruhestand gehen, aber wir alle wissen, deshalb brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer.

Und um die Schulen besser personell auszulasten, haben wir zusätzlich noch 276 neue Stellen für Lehrer eingeplant. Und für die, die in den Ruhestand gehen, und für diese zusätzlichen Stellen, dafür brauchen wir Fachkräfte. Und die Fachkräfte werden vor allem gesucht in den Grundschulen. Wenn Eltern die beitragsfreie Kita erleben und dann ihr Kind in die Grundschule eingeschult wird, wollen sie natürlich, dass da eine Klassenlehrerin oder ein Klassenlehrer vor der Tür steht. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, gehen wir auch in diesem Fall wieder als Land voran und werden zu den ersten Ländern gehören, wo die Grundschullehrer endlich von A12 auf A13 besoldet werden. Das bedeutet, mehr Geld, mehr Anreize für die jungen Leute, in unserem Land Grundschullehrerin und Grundschullehrer zu werden. Das ist eine wichtige Weichenstellung im Kampf um Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schulen, und da ist unser Signal, es lohnt sich, in unserem Land die Kleinsten zu unterrichten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für die Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass das ganz normale Leben funktioniert, dass sie einen guten Job haben, ordentlich bezahlt werden dafür, ihre Kinder wohnortnah in eine gute Kita, gute Schule gehen können, und das eben auch gebührenfrei und dass nicht die

Hälfte des Lohns dafür aufgefressen wird. Es ist wichtig für sie, Zugang zu schnellem Internet und zu Mobilfunk zu haben, aber viele Bürgerinnen und Bürger treibt auch in den letzten Jahren das Thema Sicherheit und Ordnung um. Und deshalb bin ich sehr froh, dass wir mit dem Pakt für Sicherheit dafür sorgen, dass wir zukünftig mehr Polizistinnen und Polizisten haben. Diejenigen, die bereits auf der Straße für uns Tag und Nacht ihren Kopf hinhalten, für die Sicherheit in Dörfern, in Städten, bekommen schon längst eine höhere Zulage, um diese Arbeit stärker wertzuschätzen, und zukünftig wird es auch mehr Polizistinnen und Polizisten geben. Das ist eine gute Nachricht für mehr Sicherheit in unserem Land, was sich die Bürgerinnen und Bürger wünschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zu diesem Thema gehören auch die Feuerwehren. Wir alle haben eindrucksvoll erlebt in den letzten Jahren und besonders in diesem Jahr beim großen Waldbrand in Lübbtheen, ohne unsere Frauen und Männer bei der hauptamtlichen, aber vor allem bei der freiwilligen Feuerwehr wären wir aufgeschmissen.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist wohl so.)

Ohne die hätten wir die Brände nicht gelöscht gekriegt, hätten wir die Menschen nicht wieder unversehrt in ihre Wohnhäuser und Wohnungen zurückschicken können. Und deshalb auch noch mal von hier, von dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für dieses großartige Engagement unserer Feuerwehren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und Christel Weißig, fraktionslos –
Rainer Albrecht, SPD: Da können Sie ruhig auch mitklatschen!)

Und, lieber Innenminister Lorenz Caffier, wir haben es zusammen erlebt beim großen Dankesfest für die Feuerwehren, wie hoch das Engagement ist in dem Bereich, bis in die kleinsten Dörfer unseres Landes. Und wir beide haben mit Till Backhaus auch erlebt, wie das Engagement beim Waldbrand vor Ort war, und wir haben zugesichert, dass es eben nicht nur bei diesem Dankeschön bleiben soll, sondern dass es auch möglich sein soll, dass zukünftig vor allem die technische Ausstattung der Feuerwehren verbessert wird. Es ist ja schön, in so einem altmodischen Feuerwehrauto noch mal beim Kinderfest oder Dorffest umherzufahren, aber für Brandeinsätze sind die nicht mehr geeignet.

Deshalb freue ich mich, dass auch zukünftig mit diesem Haushalt das 50-Millionen-Euro-Feuerwehrprogramm auf den Weg gebracht werden kann, das der Innenminister und ich vor wenigen Wochen vorgestellt haben, und ich will mich bei den Abgeordneten der Regierungsfractionen bedanken, die dieses Programm nämlich sozusagen entwickelt haben, mit der Basis. Es ist ein wichtiges Signal an die Menschen, die nicht nur ihre Zeit investieren, sondern auch im Zweifel Gefahr für Leib und Leben riskieren, um andere zu retten. Das ist eine wichtige Nachricht für die Feuerwehr und für die Polizisten in unserem Land. Vielen Dank auch dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, das sind nur drei große Bereiche: Wirtschaft/Arbeit, aber auch der Bereich Kita

und Bildung – an der Stelle will ich der Sozialministerin und der Bildungsministerin danken, die in schwierigen Verhandlungen diese Spielräume ermöglicht haben, um wirklich das Familienland Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen – und der dritte Bereich Sicherheit und Ordnung. Diese drei Bereiche zeigen, wo die großen Schwerpunkte liegen. Aber in diesem Haushalt sind noch viele andere Programme, Projekte drin, die uns am Herzen liegen.

Ich will einen Bereich nennen, weil heute die Demonstranten vor der Tür standen. Die Ministerpräsidentin wurde ... Da gab es eine Demo hier vorm Landtag von Frauen und Männern von Usedom für die Karniner Brücke. Gerade Usedom als Insel, wo viele Touristen gerne hinfahren, da erwarten die Bewohnerinnen und Bewohner, dass sich auch zum Beispiel in der Verkehrssituation was verbessert. Und wir haben zugesagt, dass wir Bürgeranliegen wirklich ernst nehmen, dass wir, wenn sich Bürgerinnen und Bürger engagieren, versuchen, auch dieses Engagement aufzugreifen und umzusetzen. Der Wunsch ist, dass wir die Idee der Karniner Brücke, die es seit vielen Jahren gibt, voranbringen, als Verkehrsentslastung für diese Insel. Auch mit diesem Haushalt, um dieses konkrete Beispiel zu nennen, wird deutlich gemacht, 2,9 Millionen Euro für die Planung einer solchen Brücke stellen wir ein. Und an dieser Stelle ein Dankeschön an Patrick Dahlemann und den Verkehrsminister, aber vor allem für das Engagement dieser Usedomerinnen und Usedomer, dranzubleiben an dem Thema. Das ist eine wichtige Weichenstellung, auch gerade für die Entlastung auf der Insel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Klimaschutz ist in aller Munde, und auch mit diesem Doppelhaushalt stellen wir Mittel bereit für weiteren Klima- und Umweltschutz, der vor allem auch durch unseren Umweltminister Till Backhaus vorangebracht wird. Und ich will mich bedanken, dass unser Finanzminister die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss übernommen hat, denn es ist wichtig, dass wir weiter in unserem Land alles dafür tun – wir hatten hier mehrere Aktuelle Stunden dazu –, wirklich etwas für Klimaschutz zu tun, und es ist Zeit, dass auch unser Land seinen Beitrag dafür leistet.

Zum Abschluss möchte ich daran erinnern, dass wir in diesem Jahr 30 Jahre Friedliche Revolution in einem eindrucksvollen Festakt des Landtags und auch einem späteren Bürgerfestakt der Landesregierung gefeiert haben. Im nächsten Jahr feiern wir 30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern, drei Jahrzehnte, in denen in unserem Land die Menschen eine enorme Entwicklung erlebt haben und vor allem selbst gestaltet haben. Auf diese Entwicklung – trotz aller weiteren Herausforderungen und Baustellen – können vor allem unsere Bürgerinnen und Bürger stolz sein. Ich kenne keine andere Region, insbesondere nicht im Westen in Deutschland, wo Menschen so viele Umbrüche in 30 Jahren erlebt haben, wo Menschen mit angepackt haben und vor allem auch die, die in die Politik gegangen sind, die Weichen dafür gestellt haben. Wir reden hier oft über die Dinge, die nicht funktionieren, und das ist auch richtig so, das ist unser Job. Aber einmal darf man auch mal innehalten und sagen, was in 30 Jahren erreicht worden ist, kann sich sehen lassen. Da wollen wir aber nicht stehenbleiben, sondern wir wollen die Zukunftsweichen stellen, dass dieses Land weiter vorankommt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Christel Weißig, fraktionslos)

Mit dem Doppelhaushalt stellen wir genau diese Weichen dafür, und wir wollen das Jubiläumsjahr 2030 dafür nutzen, mit Bürgerinnen und Bürgern weiter ins Gespräch zu kommen, wie sie sich die Zukunft unseres Landes vorstellen. Und mir ist dabei wichtig, dass es nicht nur darum geht, welche Politik wir in den nächsten Jahren machen wollen, sondern wie. Deshalb werde ich einladen zu verschiedenen Dialogformaten unter dem Motto „Mein M-V 2030“. Ich freue mich schon jetzt auf diese Diskussionen und lade natürlich die Abgeordneten des Landtages dazu herzlich ein. Unser Land hat sich gut entwickelt, aber es gibt auch viele Herausforderungen. Und es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, an der Zukunft dieses Landes zu arbeiten.

Ich will Ihnen allen ganz herzlich danken – den Fraktionen, aber vor allem ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Doppelhaushalt ist immer eine harte Arbeit – für die guten, konstruktiven Beratungen und freue mich, wenn heute hier der Haushalt beschlossen wird, denn dann sind die Finanzen in einem Haushalt Gesetz. Aber wir müssen es ja auch noch umsetzen. Daran wollen wir anpacken.

Ganz zum Abschluss möchte ich, weil es die letzte Landtagssitzung in diesem Jahr ist, die Gelegenheit nutzen, mich persönlich bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit zu bedanken, auch für die guten persönlichen Wünsche. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Adventszeit, ein gesegnetes Fest. Kommen Sie gut ins neue Jahr, und ich hoffe, dass wir heute hier die Weichen stellen, nicht nur für das nächste Jahr, sondern auch für das nächste Jahrzehnt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Christel Weißig, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Schwesig.

Die Ministerpräsidentin hat die angemeldete Redezeit um neun Minuten überschritten.

(Die Wartungsklappe vom Rednerpult löst sich. – Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Ministerin Stefanie Drese: Jetzt ist es ... – Zuruf aus dem Plenum: Doing!)

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule Burg Stargard. Herzlich willkommen zu der Königsdisziplin hier im Landtag, nämlich der Haushaltsdebatte. Schön, dass Sie da sind.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Ich hoffe, das Pult bleibt stehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Diesmal aber mehr am Redeskript festhalten. Das wäre schön.)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe

Landsleute! Mit diesem Haushalt legt die Landesregierung die Aufgaben des Landes für die kommenden zwei Jahre fest.

(Egbert Liskow, CDU:
Das macht der Landtag.)

Wer seine Ausgaben plant, muss ehrlich die eigene wirtschaftliche Lage beurteilen. Tun wir das also! In ihrer Einbringungsrede für diesen Haushalt sagte Frau Ministerpräsidentin Schwesig, wir sind noch immer kein reiches Bundesland. Das ist wahr. Allerdings ist diese Formulierung sehr milde und sehr landesmütterlich. Als Vertreter der konservativen Opposition will ich jetzt ebenso wahr, aber sachlich formulieren, wir sind das ärmste Bundesland von allen. Unser Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt im Jahr 2018 bei 27.905 Euro. Deutschlandweit liegt der Wert bei 40.858 Euro. Wir sind das Schlusslicht und wir fallen weiter zurück.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

In 2018 wuchs unsere Wirtschaft lediglich um 0,7 Prozent.

(Thomas Krüger, SPD:
Ach, da greifen Sie sich wieder eine Zahl raus!)

Das Wirtschaftswachstum der neuen Länder insgesamt lag bei einem Prozent, das Wachstum der alten Länder betrug 1,5 Prozent. Geringe Wirtschaftskraft bedeutet geringe Einkommen. Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2017 bei 19.190 Euro.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Das ist die nächste Zahl, Herr Krüger!)

Und das ist ein Durchschnittswert. Viele müssen mit deutlich weniger auskommen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Die Ministerpräsidentin sagte in Ihrer Einbringungsrede unter Bezug auf den MV-Monitor auch, wenn die Hälfte der Menschen sagen, dass sie sich Sorgen um den sozialen Zusammenhalt machen, dann müssen wir das ernst nehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist richtig. Aber was macht die Landesregierung? Sie wird gleich mit ihrer Mehrheit etliche Stellenhebungen in der Staatskanzlei und in den Ministerien durchsetzen. So bedeutet zum Beispiel eine Hebung von A14 auf A15 einen Zuwachs der jährlichen Personalausgaben von 70.500 auf 81.600 Euro.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Nächste Zahl!)

Das sind 11.100 Euro mehr.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Ich erinnere noch mal an die Zahl von eben: Das verfügbare Einkommen je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern liegt durchschnittlich bei 19.190 Euro.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und jeder Einzelne von uns,

(Thomas Krüger, SPD:
Und was kritisieren Sie jetzt?)

jeder Einzelne von uns, der gleich hier zu den Hebungen abstimmt, muss sich fragen: Wie wirkt das auf die Bürger?

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Stärkt das den sozialen Zusammenhalt?

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Ist das akzeptabel und wohlverdient

(Tilo Gundlack, SPD:
Sozialneid schüren! Ha, ha, ha!)

oder bedient sich da nur ein abgehobener Apparat, der mit der Lebenswirklichkeit der Bürger wenig bis gar nichts zu tun hat?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die trockenen Zahlen zu Wirtschaftskraft und Einkommen konnte man übrigens bis 2015 noch in der Mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung nachlesen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

In der zu diesem Haushalt vorgelegten Mittelfristigen Finanzplanung finden Sie weder das absolute Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner noch Daten zum verfügbaren Einkommen oder Löhnen und Gehältern. Die Landesregierung weiß, warum sie davon nichts schreiben will.

(Tilo Gundlack, SPD: Dafür gibt es ja eine Statistik, die man abrufen kann im Internet. Vielleicht wissen Sie das noch nicht.)

Und die Damen und Herren Abgeordneten der Regierungskoalition wissen, warum Sie davon nichts lesen wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wahrheit, Klarheit und Demut sind eben nicht jedermanns Sache.

Für verantwortliches Regierungshandeln ist auch die nüchterne Kenntnisnahme der demografischen Entwicklung notwendig. Anzahl und Alter der Menschen beeinflussen entscheidend die Wirtschaftskraft und die Nachfrage nach öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Dazu kommt noch ein weiterer äußerst bedeutsamer finanzpolitischer Aspekt: Die Zuweisungen des Bundes werden in der Regel nach relativem Bevölkerungsanteil verteilt. Weniger Menschen bedeutet weniger Geld vom Bund. Auch die Landesregierung weiß das.

Ich zitiere vollumfänglich die Ausführungen der Ministerpräsidentin in ihrer Einbringungsrede zum entscheidenden Thema Demografie: „immer mehr Menschen

kommen nach Mecklenburg-Vorpommern zurück“. Aha! Ich erlaube mir zur Vervollständigung des Lagebildes zu ergänzen: Nach amtlicher Prognose der Landesregierung wird die Einwohnerzahl in Mecklenburg-Vorpommern 1,61 Millionen Menschen im Jahr 2017 auf circa 1,58 Millionen im Jahr 2030 zurückgehen. Das sind 30.000 Menschen weniger. Für ganz Deutschland dagegen wird die Bevölkerung voraussichtlich noch bis mindestens 2024 zunehmen. Das bedeutet, dass unser Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung sinkt. Wir werden also immer einen kleineren Anteil an Bundesmitteln bekommen.

(Thomas Krüger, SPD:
Wo ist jetzt Ihre Alternative? –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD –
Tilo Gundlack, SPD: Das sagt der Richtige!)

Die Anzahl der Menschen in der Altersgrenze 15 bis 67 Jahre wird im gleichen Zeitraum von 1,1 Millionen auf 0,9 Millionen zurückgehen. Das bedeutet einen Rückgang um 13 Prozent. Entsprechend stark muss die Produktivität pro Beschäftigten wachsen, damit unsere Wirtschaftsleistung und Steuerkraft nicht sinken.

(Thomas Krüger, SPD: Wo? Was?
Wo ist jetzt Ihr Konzept?)

Herr Krüger, meine Fraktion hat in den Verhandlungen zum Haushalt 144 Anträge gestellt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Tilo Gundlack, SPD: Ja, was für Anträge? Was für Anträge?! –
Zurufe von Manfred Dachner, SPD,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

144 Anträge, die durch die Mehrheit der Koalitionskoalitionen ohne Wenn und Aber ohne sachliche Diskussion abgelehnt worden sind.

(Tilo Gundlack, SPD: Sie sind ein Lügner! Sie lügen doch! –
Wolfgang Waldmüller, CDU: Das stimmt ja gar nicht. Das ist gar nicht richtig. –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und jetzt besitzen Sie die Frechheit, hier zu fragen, was unsere Vorschläge sind, was die Alternative zu Ihrem Haushaltsentwurf ist?!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das ist eine bodenlose Frechheit, Herr Krüger,

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist keine Frechheit!)

das ist eine bodenlose Frechheit.

(Tilo Gundlack, SPD: Wenn Sie Fragenstellen als Frechheit empfinden, dann zeigt das Ihr Demokratieempfinden! –
Glocke der Präsidentin)

Ich empfinde nicht Ihre Frage als Frechheit.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Kramer!

Herr Krüger, Sie sind auf meiner Liste der nächste Redner und haben gleich die Möglichkeit, auch zu erwidern.

(Thomas Krüger, SPD: Wunderbar, da freue ich mich drauf.)

Ich möchte Herrn Kramer gerne verstehen.

Herr Kramer, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Nikolaus Kramer, AfD: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin!

Das bedeutet einen Rückgang um 13 Prozent. Entsprechend stark muss die Produktivität pro Beschäftigten wachsen, damit unsere Wirtschaftsleistung und Steuerkraft nicht sinken. Gleichzeitig wird die Anzahl der Menschen über 67 Jahre zunehmen, von 21 auf 28,5 Prozent. Es wird also mehr ältere Menschen geben mit entsprechend erhöhtem altersspezifischen Versorgungsbedarf.

(Thomas Krüger, SPD: Was wollen Sie uns damit jetzt sagen?)

Damit wird auch die Nachfrage nach entsprechenden öffentlichen Leistungen wachsen.

(Thomas Krüger, SPD: Aha!)

Hören Sie aufmerksam zu, dann werden Sie mitbekommen, was ich Ihnen damit sagen will.

Die Bevölkerungsprognose,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, da kommt ja nichts, das ist ja das Problem! –
Zurufe von Wolfgang Waldmüller, CDU,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

die Bevölkerungsprognose der Landesregierung datiert vom 20. August. Die Ministerpräsidentin hielt Ihre Einbringungsrede am 4. September. Sie wusste also, warum sie vorzog zu schweigen.

Beim Thema Demografie gilt das Gleiche wie bei Wirtschafts- und Einkommensdaten. Auch hier sehen wir eine immer zurückhaltendere Informationspolitik der Landesregierung. In der Mittelfristigen Finanzplanung aus dem Jahre 2015 wurde dieses wichtige Thema noch ausführlich auf den Seiten 8 und 9 behandelt. In der Mittelfristigen Finanzplanung zu diesem Haushalt langt es nur mehr für einen verschämten Absatz auf Seite 31.

(Thomas Krüger, SPD: Ach so! Ach so!
Das ist jetzt die Schlussfolgerung?!)

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, dann lassen Sie es doch gleich ganz weg. Es hilft aber nichts, egal ob Regierung oder Opposition, jeder, der verantwortungsvoll handeln will, muss sich den Tatsachen stellen. Für die AfD-Fraktion kann ich sagen, wir haben das getan

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit und Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

mit den erwähnten 144 Anträgen, Herr Krüger.

Wir sind, wie gesagt, das ärmste Bundesland. Aber es gibt auch einen Bereich, in dem wir bundesweit Spitze sind, und das ist ganz und gar das Verdienst dieser Landesregierung und natürlich auch der sie tragenden Regierungskoalitionen, wie ich hier ganz deutlich sagen möchte. Wir sind nämlich nicht nur das ärmste Bundesland, sondern wir leisten uns auch unter allen Flächenländern die relativ größte Ministerialbürokratie. Wir leisten uns,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

wir leisten uns pro tausend Einwohner 1,33 Vollzeitbeschäftigte im Aufgabenbereich politische Führung. Der Durchschnitt aller Flächenländer liegt bei 0,52 Prozent, der Durchschnitt der neuen Länder liegt bei 1,03 Vollzeitbeschäftigten pro Einwohner.

(Thomas Krüger, SPD: Plädieren Sie dafür,
dass wir fusionieren mit anderen Ländern?)

Die Landesregierung ist wild entschlossen, diesen Spitzenplatz zu verteidigen.

Herr Krüger, ich habe Ihre Frage nicht verstanden. Bitte?

(Thomas Krüger, SPD: Ob Sie dafür plädieren, dass wir fusionieren mit anderen Ländern, weil dadurch ...)

Nein, gar nicht. Es geht darum, die Ministerialstrukturen einzudämmen. Dazu haben wir Ihnen auch Vorschläge unterbreitet. Aber folgen Sie weiter meinem Redebeitrag, da komme ich noch zu.

Die Landesregierung ist also wild entschlossen, diesen Spitzenplatz zu verteidigen. Die Zahl der Stellen im Regelbereich der Staatskanzlei und der Ministerien soll bis 2021 um 63 erhöht werden. Das ist ein Zuwachs von drei Prozent. Denken Sie daran, unsere Einwohnerzahl schrumpft, wie eben schon festgestellt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Wir von der AfD wollen diesen Spitzenplatz loswerden. Wir wollen eine leistungsfähige Verwaltung, die den Belangen der Bürger dient. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch eine angemessen ausgestattete Ministerialebene. Wir sehen in unserer parlamentarischen Arbeit auch die Leistungen der Ministerien, gar keine Frage, aber wir wollen kein Übermaß. Wir wollen keinen bürokratischen Wasserkopf, wir brauchen keine 1,33 Vollzeitbeschäftigten pro tausend Einwohner, wenn die Sachsen beispielsweise mit 0,77 auskommen. Das ist kein unrealistisches Wunschdenken, wie Sie uns vorwerfen. Andere Bundesländer zeigen, dass es besser geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Und frühere Landesregierungen in M-V haben das auch anerkannt. Im Personalkonzept 2004 wurde der Dauer-

bedarf für die Ministerien und die Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern mit 1.761 Stellen ermittelt. Die jetzige Landesregierung will davon nichts mehr wissen. In 2019 ist sie schon bei 2.064 Stellen im Regelbereich und es sollen noch mehr werden.

Wir machen dabei nicht mit. Getreu unserem Verfassungsauftrag als Opposition, eigene Programme zu entwickeln und Initiativen für die Kontrolle der Landesregierung zu ergreifen,

(Vincent Kokert, CDU: Jo, dann kommen wir jetzt mal zu dem Programm, Herr Kramer.)

haben wir Ihnen etliche Anträge zur Personaleinsparung in der Staatskanzlei und Ministerien vorgelegt.

(Vincent Kokert, CDU: Der sülzt doch nur rum! Da ist doch nicht ein Programm von euch! Null!)

Gegenüber den Planungen der Landesregierung ergäben sich daraus im Haushaltszeitraum allein bei den Personalkosten Einsparungen von 23 Millionen Euro, hätten Sie unseren Anträgen zugestimmt.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Da!)

Wir lehnen auch die Doppelbesetzungen von Stellen im Rahmen des Fonds „Handlungsfähige Landesverwaltung“ ab.

(Beate Schlupp, CDU: Das ist ja das Schlimmste. Das ist das Schlimmste.)

Entsprechende Anträge von uns liegen Ihnen vor.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Wir ersparen damit dem Steuerzahler zusätzlichen Aufwand in Höhe von 50 Millionen Euro. Behörden und Unternehmen müssen je nach ihrem Personalbestand erneuern. Kostspielige Scheinlösungen wie Doppelbesetzungen braucht dieses Land dafür nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Was für ein Unsinn!)

Für eine schlanke, sparsame und leistungsfähige Ministerialebene wollen wir auch das Wirtschafts- mit dem Energieministerium zusammenlegen. Auch dazu lagen Ihnen Anträge von uns vor. Wir erwarten hier Einsparungen von mindestens 1 Million Euro jährlich. Die Anzahl der Ministerien ist auf das zur Aufgabenerfüllung unbedingt notwendige Minimum zu beschränken. Sachfremde Erwägungen, wie Koalitionsproporz zum Beispiel, dürfen dabei keine Rolle spielen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Und zu welchem Unsinn sachfremde politische Erwägungen führen, demonstriert besonders eindrucksvoll unser Parlamentarischer Staatssekretär in Vorpommern. Um 2 Millionen Euro an Zuschüssen und Fördergeldern auszureichen, fallen hier über 500.000 Euro Personalausgaben an. Es ist eine Verwaltungskostenquote von 25 Prozent! Nur zum Vergleich: Das Wirtschaftsministeri-

um hat bei Zuschüssen und Fördergeldern eine Verwaltungskostenquote von 5 Prozent.

(Patrick Dahlemann, SPD: Da kann man mal sehen, wie wenig Ahnung Sie von Fördermitteln haben! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Ineffizienz solch kleinteiliger Förderung ist offenkundig, Herr Dahlemann, von den dürftigen Ergebnissen ganz zu schweigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und deshalb liegt Ihnen auch ein Antrag von uns vor, damit endlich Schluss zu machen. Und das geht übrigens nicht zulasten Vorpommerns, denn tatsächlich brauchen die Menschen in Vorpommern wegen der besonderen Strukturschwäche der Region unsere Unterstützung.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Diese Strukturschwäche führt aber auch zu einer niedrigen Steuerkraft der Gemeinden und diese wiederum führt zu tendenziell höheren Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich.

(Patrick Dahlemann, SPD: Schon mal was vom neuen FAG gehört? Haben Sie schon mal was vom neuen FAG gehört? – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Es ist ein automatisches, effizientes System, das eben keine 500.000 Euro Personalausgaben für einen Staatssekretär samt Gefolge verursacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Vincent Kokert, CDU: Das ist nicht automatisch, das müssen wir hier beschließen, Herr Kramer! – Da waren Sie auch dagegen. Sie waren gegen das neue FAG, Herr Kramer, vergessen Sie das nicht!)

Und das Geld geht an die Gemeinden vor Ort zur freien Verfügung, Herr Kokert, und nach eigener Entscheidung. Die Menschen vor Ort nämlich wissen am besten, was sie brauchen, dazu braucht es keinen Staatssekretär.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Zum Kommunalen Finanzausgleich haben wir mit unserem Haushaltsantrag auf die 1:1-Weiterleitung der Gemeindesteuerkraftzuweisungen des Bundes an unsere Gemeinden ebenfalls ein deutliches Zeichen für selbstbewusste und handlungsfähige Gemeinden und Bürger gesetzt,

(Vincent Kokert, CDU: Redet doch mal von euch einer! Das ist doch schrecklich!)

abgelehnt durch Sie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir von der AfD-Fraktion wollen eben nicht, dass aus Bürgern Bittsteller bei Staatssekretären werden, und

unsere Bürger sollen auch nicht Bittsteller bei Abgeordneten werden.

Und damit bin ich beim Strategiefonds.

(Vincent Kokert, CDU: Oh, endlich!
Jetzt kommen wir mal zu den
großen Punkten, Herr Kramer.)

Zu diesem ist eigentlich alles von allen gesagt. Ich kanns mir doch nicht verkneifen, Herr Kokert.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Ach, Mensch, was wollte das
Verfassungsgericht uns denn sagen? –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und Ihre Reaktion zeigt ja auch, dass es genau der richtige Punkt ist. Ich sage dazu nur so viel: Weg damit!

(Vincent Kokert, CDU: Oooh!)

Ein entsprechender Antrag von uns liegt Ihnen auch dazu vor.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Vincent Kokert, CDU)

Im Übrigen lassen Sie mich an dieser Stelle begründen, warum meine Fraktion in den Ausschüssen gegen

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

die verschiedenen Sonderfonds gestimmt hat.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU:
Weg damit!)

Wir sprechen uns grundsätzlich gegen diese Sonderfonds aus. Das heißt nicht, dass wir zum Beispiel den Feuerwehren des Landes die Zuwendungen in Höhe von 30 Millionen Euro nicht gönnen,

(Tilo Gundlack, SPD,
und Egbert Liskow, CDU: 50! –
Vincent Kokert, CDU: 50! Noch nicht
mal die Zahlen können Sie richtig! –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

ganz im Gegenteil. Aber die Landesregierung war dagegen, einen entsprechenden Posten im Haushalt festzuschreiben. Lieber wird das Geld in einen Sonderfonds gepackt und nach Belieben ausgereicht und somit der parlamentarischen Kontrolle entzogen.

(Vincent Kokert, CDU:
Was für ein Unsinn!)

Das Geld wird nach Belieben verteilt und wenn es irgendwo zwick, kann der Fonds für andere Dinge missbraucht werden. Nicht mit uns!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Vincent Kokert, CDU:
Zum Beispiel? Zum Beispiel? –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Lassen Sie mich aber noch einmal auf den Haushaltsentwurf der Landesregierung eingehen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das wäre gut.)

Ab dem Jahr 2022 übersteigen die Gesamtausgaben die Gesamteinnahmen.

(Vincent Kokert, CDU: Herr Kramer,
das Finanzorake! Woher
wissen Sie das denn?)

Die in der Mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesenen Handlungsbedarfe betragen 530 Millionen Euro. Die Landesregierung hat keine Strategie, um das Ausgabenwachstum in den kommenden Jahren zu begrenzen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Die Regierung erklärt nicht, woran sie zukünftig sparen will, und sparen wird sie müssen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Die Regierung hat mit dem Haushalt 2020/2021 einen finanzpolitischen Kurswechsel eingeleitet.

(Vincent Kokert, CDU:
Ach Gott! Ach Gott!)

Der Haushalt wird geprägt durch Ausufern der Personalausgaben und konsumtive Ausgaben. Einen Sicherheitsabschlag bei den Steuereinnahmen und eine Risikovor-sorge gibt es nicht mehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos –
Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Die Landesregierung hat den Pfad der Haushaltsvorsorge und Haushaltsvorsicht verlassen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Die Schwerpunktsetzung bei den Aufgaben und die Personalaufstockung sind ein absoluter Paradigmenwechsel.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Es ist der schlechteste Haushalt in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

weil zukünftige Dauerbelastungen geschaffen wurden. Dieser Haushalt konterkariert,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist schlimmer als bei den LINKEN!)

dieser Haushalt konterkariert das solide Handeln der ehemaligen Finanzminister der SPD, wie zum Beispiel Frau Keler, Heike Polzin oder Mathias Brodkorb.

(Unruhe bei Vincent Kokert, CDU,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Mit diesem Haushalt nimmt die Regierung einen wirklich großen Schluck aus der Pulle, sie lebt über den Einnahmeverhältnissen des Landes auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos – Zurufe von Manfred Dachner, SPD, Dietmar Eifler, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine Damen und Herren, kommen wir zur Innenpolitik und damit vor allem zur Landespolizei.

(Vincent Kokert, CDU:
Mehr Stellen wollen Sie auch nicht!)

Die Regierung hat mittlerweile erkannt, dass man ohne Stellenaufwuchs den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht begegnen kann.

(Vincent Kokert, CDU: Sie wollen gar keine.)

Mehr Polizisten auf dem Papier sind aber noch lange nicht mehr Polizisten auf der Straße, Herr Kokert. Diese Erkenntnis ...

(Vincent Kokert, CDU: Ja, sollen wir uns welche schnitzen, Herr Kramer, oder sollen wir die gut ausbilden?!)

Nein, Sie sollen mir jetzt zuhören

(Heiterkeit und Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und dann gebe ich Ihnen eine Lösung mit an die Hand.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das ist ja Unsinn. Das hält ja keiner aus!)

Diese Erkenntnis ist nicht nur banal, sondern sie ist hochaktuell. Die Ausbildung der neuen Polizisten, während gleichzeitig viele Beamte in den Ruhestand eintreten, wird eine Mammutaufgabe in den kommenden Jahren sein, keine Frage.

(Vincent Kokert, CDU: Gute Feststellung!)

Aber im gerade begonnenen Ausbildungsjahr ist jedoch die Zahl der Polizeianwärter mit 36 freien Plätzen verfehlt worden. Es gibt also nicht mal genug Bewerber für das ambitionierte Ziel, die Landespolizei schnell zu verstärken. Deshalb fordern wir seit Langem eine große Marketingkampagne

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Das ist natürlich mutig!)

für die verstärkte Anwerbung an der Fachhochschule in Güstrow sowie eine modernere materielle Ausstattung unserer Landespolizei.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos – Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Trotz der verfehlten Anwärterziele und zum Teil völlig überholter Ausrüstungen, so etwa bei Bewaffnungen und in der Hubschrauberstaffel, ist die Landesregierung unserem Ansinnen nicht gefolgt.

Meine Damen und Herren, auch zum Ende dieses Jahres lässt uns die Migrationspolitik der Landesregierung nicht los.

(Vincent Kokert, CDU: Na endlich!)

Der Fall des ausreisepflichtigen ukrainischen Mörders von Güstrow

(Jochen Schulte, SPD:
Die Heiligen Drei Könige kamen auch nicht aus Deutschland!)

hat erneut dramatisch vor Augen geführt, dass es nicht gelingt, Intensiv- und Straftäter prioritär zurückzuführen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Diese vielfach auftretende Gefahr für unsere Bürger muss endlich mit einer im Haushalt sichtbaren Abschiebeoffensive bekämpft werden. Eine Senkung der Migrationskosten auf Vorkrisenniveau würde den Haushalt allein im Bereich Inneres um über 80 Millionen Euro entlasten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Im Jahr 2019 wird die Zahl der gescheiterten Abschiebungen zum wiederholten Male eine Schande für unseren Rechtsstaat sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos – Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD, und Dietmar Eifler, CDU)

Mecklenburg-Vorpommern hat bis heute keine Abschiebungshafteinrichtungen,

(Thomas Krüger, SPD: Das wissen Sie doch, dass wir das gemeinsam mit Hamburg und Schleswig-Holstein machen, Herr Kramer!)

sodass verschärfte Kontrollen mit anschließender Inhaftierung bei illegaler Wiedereinreise strukturell nicht umsetzbar sind. Und damit bei den Bürgern verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden kann, muss der Staat endlich seine rechtsstaatlichen Zähne zeigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos – Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine Damen und Herren, hierbei endlich den Vollzug der Ausreisepflicht ordentlich umzusetzen, würde unseren Steuerzahlern hohe Millionenbeiträge ersparen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In Mecklenburg-Vorpommern halten sich 3.600 ausreisepflichtige Personen auf, die den Bürgern jedes Jahr bis zu 50 Millionen Euro kosten.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Kommen wir zur Bildung. Die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie haben wieder einmal bestätigt, was schon längst bekannt ist. Unser Bildungssystem ist geradezu an die Wand gefahren worden. Ein Fünftel der Schüler kann noch in der 9. Klasse nicht richtig lesen und ist in Mathematik und den Naturwissenschaften extrem schwach.

(Torsten Renz, CDU:
Im Erwachsenenbereich
gibt es das auch manchmal.)

Was unternimmt unsere Landesregierung, um die Missstände im Bildungsbereich anzugehen? Sie stuft verschiedene Beamte im ohnehin schon aufgeblähten Bildungsministerium in höhere Besoldungsgruppen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD
und Torsten Renz, CDU)

Sie erhöht die Grundschullehrergehälter auf das Niveau von Gymnasiallehrern.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist doch gut.)

Sie erhöht die Mittel für die ideologisch einseitig ausgerichtete Landeszentrale für politische Bildung weiter, obwohl die anderen ostdeutschen Bundesländer pro Einwohner weniger als halb so viel für ihre Landeszentralen ausgeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos –
Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Und was soll all dies für unsere Schüler bringen?

(Sebastian Ehlers, CDU:
Dass Sie das nicht wollten, ist klar!)

Schauen wir uns den Haushaltsplan mal an, Herr Ehlers! Es fehlen wirksame Schritte zur Verringerung des Lehrermangels. Dort finden wir nämlich nichts. Wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität sind im Haushaltsplan finanziell nicht unterlegt, wie zum Beispiel die Senkung der Klassengröße, Verringerung der Pflichtstundenanzahl der Lehrkräfte und die umfassende Ausbildung der Seiteneinsteiger.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jens-Holger Schneider, AfD:
Haben wir alles gefordert. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Allerdings lässt sich mit Geld allein, wie es die LINKEN wollen, die Misere unseres Bildungssystems nicht beheben.

(Torsten Renz, CDU: Nein, nur Sie
haben den Stein des Weisen!)

Es sind vor allem die ideologisch geprägten Experimente an unseren Kindern, die unser Schulsystem in eine schwere Krise gesteuert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Dazu zählt der weitverbreitete Übergang von einer Wissens- in eine Geschwätzkultur in den Klassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dazu zählen Inklusion und Integration, die vielen Lehrkräften das Leben zunehmend schwerer machen und erhebliche Mittel verschlingen, ohne ausreichend Erfolg zu zeigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Dazu zählt aber auch der Autoritätsverlust des Lehrers, der zur Aushöhlung der Disziplin und damit des Lernerfolges führt. Der vorliegende Haushalt bedeutet ein „Weiter so“ in der Bildungspolitik. Dem können wir nicht zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Vincent Kokert, CDU: Wo ist Ihr
bildungspolitisches Konzept, Herr Kramer?!)

Schauen wir in den Bereich Soziales!

(Vincent Kokert, CDU: Oooch,
auch nichts auf der Tasche!)

Wir reagieren auf die demografische Entwicklung. Mit unserem Landespflegefördergeld stärken wir auch gerade Familien, die Herausforderungen der alternden Gesellschaft menschlich und finanziell zu bewältigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Vincent Kokert, CDU: Sie geben ja auch
nur Geld aus! Das haben Sie der
LINKEN gerade vorgeworfen!)

Haben Sie alles abgelehnt.

Meine Fraktionskollegen werden bei den verschiedenen Einzelplänen noch nähere Ausführungen zu unseren vielen Initiativen machen.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier noch einmal an die Haushaltsdebatte im Dezember 2017 erinnern, besonders an die Worte meines geschätzten Kollegen Renz. „Schreiben Sie bessere Anträge!“, hat er gesagt,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ja. So ist es.)

„Schreiben Sie bessere Anträge!“.

(Torsten Renz, CDU: Und Sie haben
nicht gehört! Sie haben nicht gehört! –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und das haben wir getan, Herr Renz.

Wie vorhin schon erwähnt, 144-mal,

(Tilo Gundlack, SPD: Er meinte die
Qualität! Er meinte die Qualität! –
Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Dietmar Eifler, CDU)

und die Regierungskoalition hat 144-mal ohne Angabe von Sachgründen abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU)

Ich nehme an, das war die sachliche Auseinandersetzung, die Kollege Renz uns damals in Aussicht stellte.

Egal, wie diese Haushaltsdebatte ausgeht, der eigenen Engstirnigkeit und intellektuellen Dürftigkeit hat die Re-

gierungscoalition jedenfalls schon in den Ausschussberatungen ein eindrucksvolles Denkmal gesetzt.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir von der AfD-Fraktion werden uns davon nicht in der Erfüllung unseres Verfassungsauftrages und in unserer politischen Verantwortung für die Bürger dieses schönen Landes beirren lassen.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Daher beantrage ich im Namen meiner Fraktion eine Dritte Lesung für den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2020/2021 und den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2020/2021 für unser Land und unsere Kinder. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arpe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss die Sitzung für circa 30 Sekunden kurz unterbrechen, weil wir ein paar Reparaturarbeiten sehr hochwertig vornehmen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Schraube locker! – Heiterkeit bei
Ministerin Stefanie Drese,
Thomas Krüger, SPD, und
Wolfgang Waldmüller, CDU)

mit Klebeband an unserem Pult, und ich sehe, dass die Reparaturarbeiten erfolgreich abgeschlossen sind. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE – Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese)

Damit rufe ich auf oder eröffne wieder die Sitzung und rufe auf den nächsten Redner, den Fraktionsvorsitzenden für die SPD, Herrn Krüger.

(Tilo Gundlack, SPD:
Hau nicht so doll aufs
Pult, Thomas! – Heiterkeit bei
Jochen Schulte, SPD: Nicht rangehen! –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Thomas Krüger, SPD: Ja, sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich erst einmal bedanken. Ich möchte mich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, ich möchte mich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung. Sie haben uns einen Haushalt vorgelegt und ich weiß, dass Grundlage war, dass viele, viele Stunden Arbeit, viele Stunden zusätzlicher Arbeit auch dahinterstehen. Und dass wir heute jetzt hier eine vernünftige Debatte durchführen können, ist vor allem die Arbeit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU)

Ich habe eben am Platz überlegt, wie steigst du jetzt ein, machst du deine ganz normale Rede oder gehst du auf Herrn Kramer ein. Ich habe überlegt, gehe ich da überhaupt,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Einfach nur mal anerkennen, dass
Sie es besser machen können!)

gehst du überhaupt auf Herrn Kramer ein, lohnt das denn überhaupt, darauf einzugehen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Man wüsste nicht, wo.)

Ich will es zu Beginn sehr kurz machen. Herr Kramer, Sie haben eine Rede gehalten, das habe ich mir in ein paar Stichworten notiert: „schwarzmalen“,

(Vincent Kokert, CDU: Das war eine Kramer'sche Rumpelrede.)

„Neid“, „Menschen gegeneinandertreiben“. Da waren die Migranten, das ist ja immer drin.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

jetzt war neu, dass Menschen im öffentlichen Dienst gegen andere Menschen gestellt werden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Erzählen Sie nicht so einen Blödsinn!)

Sie haben gesagt, klar, Migranten sind schuld – das ist das Übliche –, politische Bildung ist was Schlechtes,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Inklusion brauchen wir nicht.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig!)

Und was mich wundert bei Ihnen immer – und das gilt ja nicht nur für Sie, Herr Kramer, sondern generell für Ihre Fraktion –, ist, Sie nennen sich ja „Alternative für Deutschland“.

(Horst Förster, AfD: Richtig!)

Ich habe in Ihrem Redebeitrag keine Alternativen gehört.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Als ich dann diesen Zwischenruf gebracht habe und gesagt habe,

(Beifall Tilo Gundlack, SPD –
Horst Förster, AfD: Zuhören!)

Mensch, bringen Sie uns doch mal ein paar Alternativen, da verwiesen Sie, ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das liegt dann an Ihrer Auffassungsgabe,
Herr Krüger, wahrscheinlich!)

Hören Sie doch jetzt auch mal zu!

... da verwiesen Sie auf Ihre Anträge. Und dann habe ich dem Kollegen Gundlack gesagt,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sozialdemokratische Wahrnehmungsstörung.)

und dann habe ich ...

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ja, na klar, Sie können pöbeln!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wieder runtermachen, na klar!)

Das können Sie, ist okay,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

aber wir halten trotzdem fest: Es gibt keine Alternativen.

Und dann habe ich Kollegen Gundlack gebeten, habe gesagt, greif doch einfach mal einen Antrag raus, ich will jetzt noch mal nachgucken, was ist da denn so an Anträgen gekommen. Und ich habe spontan den Antrag, den ich mir rausgegriffen habe, da geht es darum, dass Sie im Bereich Gleichstellung kürzen wollen. Da wollten Sie kürzen

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Buh!)

und dann haben Sie als Begründung Folgendes geschrieben,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

ich will es einfach mal vorlesen: „Frauen genießen in Mecklenburg-Vorpommern eine ausreichende Wertschätzung. In unserer aufgeklärten Gesellschaft gibt es keine Ungleichbehandlung von Frauen und Männern.“ Meine Damen und Herren, wer das sagt, hat schlicht keine Ahnung oder hat schlicht und einfach keine eigenen Frauen in der Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das soll auch alles zur AfD gewesen sein,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

weil das war nicht genügend Stoff, um sich damit wirklich zu befassen.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dieser Haushalt, den wir hier vorgelegt haben, wird einen richtigen Schub für die Landesentwicklung bringen. Mit dem Haushalt investieren wir so viel Geld wie nie zuvor in Kinder, Familien, Kommunen, Infrastruktur, die Sicherheit, unser Bildungssystem,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und alles das,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie brauchen die gesamten
Rücklagen auf.)

wie auch in den vergangenen 15 Jahren,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wenn das kein Minus ist, dann
erklären Sie mir mal, was Minus ist!)

ohne neue Schulden aufzunehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Jetzt höre ich hier gerade – jetzt gehe ich doch darauf ein –: indem Sie die Rücklagen aufbrauchen. Wissen Sie,

(Glocke der Präsidentin)

nehmen Sie ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Krüger!

Ich wiederhole es noch einmal: Ich weiß, dass es eine hitzige Debatte ist, es geht um vieles,

(Sebastian Ehlers, CDU: Um alles.)

trotzdem bitte ich um so viel Disziplin, dass zumindest ich den Redner noch verstehen kann. Vielen Dank.

Thomas Krüger, SPD: Nehmen Sie zur Kenntnis,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dass wir im Bereich der Konjunkturvorsorge die Rücklagen nicht aufbrauchen, sondern, im Gegenteil, sie entsprechend aufstocken auf die Regelgröße von 500 Millionen Euro. Das ist richtig, das ist wichtig und das machen wir so.

Meine Damen und Herren, dieser Landeshaushalt ist ein besonderer Haushalt. Es ist der erste Landeshaushalt nach Auslaufen des Solidarpaktes. Und ich möchte daran erinnern, wo wir finanzpolitisch hergekommen sind. Mecklenburg-Vorpommern war in den vergangenen 30 Jahren massiv von der Solidarität der alten Bundesländer abhängig. Nur durch die Solidarpaktmittel konnten wir uns so gut entwickeln, und nur durch die Solidarität der Starken mit den Schwächeren konnten wir uns als Bundesland eigenständig behaupten und konnten wir unsere Stärken entsprechend entwickeln. Und ich möchte auch an dieser Stelle noch mal sagen, ein herzliches Dankeschön für diese Solidarität!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Meine Damen und Herren, meine Partei hat seit 2005 – es gab eine Vordiskussion, aber spätestens seit 2005 – die Finanzpolitik genau auf diesen Zeitpunkt hin ausgerichtet, nämlich dem Auslaufen des Solidarpakts. Startpunkt war damals von meiner Partei das beschlossene Wahlprogramm mit dem Titel „Zukunft aus eigener Kraft“. Uns war klar, dass eine Ausgabenpolitik, die nur auf Solidarpaktmittel setzt, auf Dauer nicht funktionieren kann. Deswegen sind wir einen mitunter schmerzhaften Weg gegangen und haben unsere Ausgaben eng begrenzt. Wir haben auf viel Wünschenswertes verzichtet, um das Anhäufen immer neuer Schulden zu überwinden. Wir wollten eine Zukunft aus eigener Kraft ohne Neuverschuldung, ohne Solidarpaktmittel.

Meine Damen und Herren, nun ist es so weit, Mecklenburg-Vorpommern steht auf eigenen Beinen. Architekten dieser Politik waren seinerzeit Harald Ringstorff, Sigrid Keler, Erwin Sellering, Heike Polzin und Mathias Brodtkorb. Und ich möchte an dieser Stelle auch noch mal sagen, allen fünf einen herzlichen Dank für ihre konzeptionelle Vorarbeit. Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt einen Rekordhaushalt – wiederum ohne neue Schulden – vorlegen können, dann ist es auch das Verdienst dieser langfristig angelegten Finanzstrategie. Diesen Erfolgsweg wird die Koalition auch unter Leitung der jetzigen Ministerpräsidentin, unter Leitung von Manuela Schwesig fortsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich wiederhole es gerne noch einmal, diese langfristige Strategie ermöglicht uns, jetzt einen Schub für Mecklenburg-Vorpommern zu organisieren, wie es ihn in der Geschichte dieses Landes zuvor nie gegeben hat.

Meine Damen und Herren, in den beiden kommenden Jahren werden wir jeweils über 2 Milliarden Euro investieren für unsere Schulen, für die Hochschulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen, für die Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden mit über 1 Milliarde Euro unsere Schulen stärken, modernisieren, den Unterrichtsausfall reduzieren, den Lehrerberuf attraktiver gestalten, Schulgebäude sanieren und unsere Schulen weiter fit machen für die Zukunft. Wir schaffen die Gleichheit der Bezahlung für die Lehrerinnen und Lehrer in allen Schulformen. Wer in Grundschulen unsere Kleinsten unterrichtet, leistet eine ebenso wichtige Arbeit wie die Lehrerinnen und Lehrer an allen anderen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Deswegen werden die Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen so bezahlt wie an den Regionalschulen und an den Gymnasien. Wir verbessern auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

für alle Lehrkräfte und Referendare.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir geben darüber hinaus Mittel zur Modernisierung, Entbürokratisierung und – wichtig – auch für die Digitalisierung der Schulverwaltungen.

Meine Damen und Herren, natürlich kann man immer behaupten, die Mittel werden nicht reichen, aber richtig ist doch auch, wenn wir für den Bildungsbereich doppelt so viel Geld zur Verfügung hätten, hätten wir keinen einzigen Lehrer mehr.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Unser Problem ist nicht, dass wir zu wenig Lehrerstellen haben, unser Problem ist das gleiche wie auch in Brandenburg, in Sachsen, in Bayern, in Thüringen und in Hamburg: Es gibt momentan nicht genügend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Dieses Problem, meine Damen und Herren, haben alle Bundesländer, und alle

Bundesländer versuchen, geeignete Antworten auf die Fragen zu finden. Wir haben mit unserer Lehrer-Werbekampagne in den letzten Jahren bereits große Erfolge erzielt und konnten viele Stellen neu besetzen, so viele wie nie zuvor. Wir sind damit Vorbild für andere Bundesländer, die genau das jetzt auch nachmachen. Und mit diesem Haushalt setzen wir weitere Schritte um, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu stärken.

Es nützt niemandem etwas, jetzt Forderungen aufzustellen, mit denen der Bedarf an zusätzlichen Lehrern noch einmal erhöht wird und das Problem damit noch einmal verstärkt wird. Wir setzen vielmehr darauf, dass mehr Lehrerinnen und mehr Lehrer ausgebildet werden. Deswegen setzen wir 27 Millionen Euro aus den Hochschulpaktmitteln zusätzlich ein, um die Lehrerausbildung sowohl in Rostock als auch in Greifswald zu stärken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt setzen wir für viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die faktisch größte Lohnsteigerung in der Geschichte unseres Landes um. Wer ein Kind in der Krippe, in der Kita, in der Tagespflege oder im Hort betreuen lässt, muss ab 1. Januar nichts mehr bezahlen. Zehntausende Familien haben künftig jeden Monat Hunderte von Euro mehr zur Verfügung. Dies machen wir mit dem Landeshaushalt möglich. Hierfür setzen wir circa 350 Millionen Euro ein. Diese gewaltige Summe ist auch durch das Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung möglich gewesen.

Meine Damen und Herren, dieses Gute-Kita-Gesetz ist möglich gewesen, weil es unsere Ministerpräsidentin war, die bei den Verhandlungen in Berlin darauf gedrungen hat, dass hier ein Schwerpunkt bei der Bundesregierung gesetzt ist. Und wenn die Eltern ab 1. Januar mehr im Portemonnaie haben, wenn die Eltern nicht mehr für Betreuung zahlen müssen, ist es zuallererst das Verdienst unserer Ministerpräsidentin, die in Berlin genau das ausgehandelt hat. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, damit stärken wir Familien.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das Programm hat aber elf Punkte
und noch einen weiteren.)

Ja, dass Sie das nicht interessiert, dass Familien gestärkt werden, das nehme ich zur Kenntnis, das ist doch gut. Das nehmen wir zur Kenntnis, herzlichen Dank!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber Sie haben gehört, dass
ich mich damit befasst habe. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Damit stärken wir die Familien und sorgen dafür, dass die Familien mehr Geld im Portemonnaie haben. Dies ist auch ein großer Beitrag zur Stärkung der Binnenkonjunktur, denn dieses Geld, wenn die Familien hier investieren können, wird auch die Nachfrage beleben und den Unternehmen des Landes zugutekommen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt investieren wir auch massiv in die Infrastruktur unserer Straßen,

unserer Häfen und die Datennetze des Landes. Wir stellen in den nächsten beiden Jahren 375 Millionen Euro für die IT und Digitalisierung zur Verfügung. Hinzukommen noch einmal 1,3 Milliarden Euro aus den Bundes- und Landesmitteln für den Breitbandausbau. Und ich will das noch mal betonen: Das ist das größte Investitionsprogramm in der Geschichte dieses Landes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir werden erleben, insbesondere in den nächsten zwei Jahren, dass Mecklenburg-Vorpommern in weiten Bereichen aufgebuddelt wird und wir die Datennetze wirklich vor Ort haben und wirklich die Häuser und die Firmen angeschlossen werden.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

In jedem Ort, in jedem Dorf, an jeder Milchkanne sollen unsere Bürgerinnen und Bürger stabile Telefonverbindungen und ein schnelles Netz haben.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ein stabiles und schnelles Internet ist eben kein Luxus, sondern eine unverzichtbare Grundlage für eine hohe Lebensqualität und eine positive Wirtschaftsentwicklung.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine Damen und Herren, ich höre gerade, dass aus den Reihen der AfD man sich darüber amüsiert. Sie können sich amüsieren, Sie amüsieren sich hier.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Nein, das ist traurig.)

Wir realisieren es draußen und ich glaube, das werden die Bürgerinnen und Bürger sehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Meine Damen und Herren, und deswegen setzen wir auch 50 Millionen Euro dafür ein, dass Funklöcher geschlossen werden,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben jahrelang nichts gemacht! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

dazu hat der Infrastrukturminister Christian Pegel die entsprechenden Vorschläge gemacht. Für die Vorschläge danke ich Herrn Pegel ausdrücklich. Wir werden Mecklenburg-Vorpommern fit für die Zukunft machen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Jens-Holger Schneider, AfD: Jawoll! –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das glaube ich erst, wenn ich es sehe.)

Meine Damen und Herren, wir stärken auch die Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sorgen für mehr Polizei auf der Straße. Wir sorgen dafür, dass unsere Polizistinnen und Polizisten eine bessere Ausrüstung bekommen. Und wir haben dafür gesorgt, dass die Schichtzulage für die Kolleginnen und Kollegen der Landspolizei, die Tag für Tag, Nacht für Nacht auf der Stra-

ße sind, egal bei welchem Wetter, Kälte, Regen, Hitze, dass diese Kolleginnen und Kollegen am Ende des Tages über die Schichtzulage mehr Geld im Portemonnaie haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Und wenn wir mehr Polizisten ausbilden wollen, dann ist es auch klar, dass wir die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow stärken müssen. Wir stärken die Fachhochschule. Hier wird es in Zukunft mehr Mittel geben. Wir tun das. Unser Ziel ist klar: Die Kapazität muss dem Bedarf angepasst werden. Zudem sollen unsere zukünftigen Polizistinnen und Polizisten dort noch bessere Ausbildungsbedingungen vorfinden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr werden von uns gestärkt. Sie waren es, die im zurückliegenden Sommer im Dauereinsatz waren. Jeder von uns erinnert sich noch, wie es ausgesehen hat in Lübtheen, die Fernsehbilder,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

wie im Dauereinsatz die Feuerwehrleute waren und die Waldbrandbekämpfung gemacht haben, und was für eine emotional schwierige Situation das für die Menschen vor Ort war, die nicht in ihre Wohnungen konnten, die rausmussten, die in Notunterkünften mussten und darauf gewartet haben, ob die Feuerwehr es hinkriegt.

Meine Damen und Herren, auch von mir an dieser Stelle noch mal ein ganz herzliches Dankeschön an die großartige Leistung der Feuerwehrleute im letzten, im vergangenen Sommer!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Der Einsatz hat aber auch gezeigt, dass wir Nachholbedarf haben. Dieser Nachholbedarf, insbesondere im Bereich der Technik, wird jetzt realisiert. Wir werden 50 Millionen zur Unterstützung der Kommunen geben. Die Kommunen wiederum schaffen dann die neuen Feuerwehrfahrzeuge an. Wir wollen, dass die Feuerwehren sowohl für besondere Lagen, wie beispielsweise den Waldbrand, als auch für die alltäglichen Aufgaben gut gewappnet sind.

Meine Fraktion hat in den Haushaltsberatungen zudem noch einen Änderungsantrag eingebracht, der uns wichtig war, der eine Ungleichbehandlung von verheirateten und unverheirateten Kameraden der freiwilligen Feuerwehren beendet. Wir hoffen, dass dieser Fall nie eintritt, aber momentan ist es so, dass, wenn eine unverheiratete Kameradin oder ein unverheirateter Kamerad im Einsatz zu Tode kommen sollte, die Angehörigen nicht über die Feuerwehrunfallkasse abgesichert sind. Mit dieser Ungleichbehandlung machen wir jetzt Schluss. Wer unter Einsatz seines Lebens unsere Gemeinschaft schützt, muss die Sicherheit haben, dass die eigenen Angehörigen abgesichert sind, egal, ob mit oder ohne Trauschein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Jochen Schulte, SPD: Sehr gut!)

Und ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich Ralf Mucha und Thomas Schwarz danken,

(Tilo Gundlack, SPD: Jawoll.)

weil die beiden es waren, die die Initiative ergriffen und gesagt haben, hier ist eine Regelungslücke und das müssen wir regeln.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt werden wir auch das finanziell vorbereiten und ermöglichen, was wir mit den Kommunen zum Finanzausgleich verhandelt haben und was wir im Frühjahr dann mit dem Finanzausgleichsgesetz gemeinsam beschließen wollen.

Ich war ja zusammen mit dem Kollegen Kokert in den Gesprächen und ich gehe davon aus, wir haben das beide als fair und konstruktiv und gut empfunden. Wir haben seinerzeit miteinander verabredet, dass wir 350 Millionen Euro zusätzlich an die Gemeinden, Städte und Landkreise geben.

Meine Damen und Herren, wir versetzen damit unsere Gemeinden in die Lage, eigenständig mehr zu investieren, ob in Schulen, Kitas, Feuerwehren, Straßen, Gemeindehäusern, Sportstätten, Infrastruktur oder was auch immer. Die Schwerpunkte werden vor Ort gesetzt bei den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, das ist auch gut so.

Mittelfristig muss es uns gelingen, dass wir die Kommunen entschulden, auch dafür gibt es ein Programm. Richtig ist, dass wir auch brauchen, dass es keine strukturellen neuen Schulden gibt. Auch das ist wichtig. Und natürlich soll es am Ende auch so sein, dass so viel Mittel zur Verfügung stehen, dass über die pflichtigen Aufgaben hinaus die Kommunen über Dinge entscheiden können. Das ist unser Ziel, da wollen wir gemeinsam hin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Anspruch als Sozialdemokraten war und ist, dass wir für Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft aus eigener Kraft erschaffen wollen. Mit diesem Haushalt beschließen wir nun heute erstmals einen Haushalt ganz ohne Solidarpaktmittel, der trotzdem mit über 9 Milliarden Euro so stark ist wie nie zuvor, und zwar ohne Schulden. Dieser Haushalt mit seinen Rekordinvestitionen für Kinder, Familien, Kommunen, Infrastruktur, Sicherheit und unser Bildungssystem ist in Zahlen gegossene Zukunft aus eigener Kraft. Lassen Sie uns gemeinsam an dieser Zukunft bauen! Dieser Haushalt ist die beste Grundlage dafür. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne den Seniorenkreis des Penzliner Kulturvereins. Herzlich willkommen!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Spieglein, Spieglein an der Wand, wer hat den schönsten Haushalt im ganzen Land?

(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU und Tilo Gundlack, SPD: Wir!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben den schönsten Haushalt hier, aber die Realität hinter den sieben Bergen ist eine ganz andere.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, welche denn? – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Schöne Worte und Schönfärberei sind das eine, die Wirkung vor Ort, worauf es tatsächlich ankommt, ist das andere.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Mit der Arroganz der Macht und dem ausgeprägten,

(Vincent Kokert, CDU: Oi, joi, joi!)

ja, fast zwanghaften Hang zur Selbstbeweihräucherung gehen Sie über diese andere Seite hinweg. Frau Ministerpräsidentin, Sie reden eben viel zu wenig darüber, was nicht funktioniert. Und weil Sie Realitäten ausblenden, führt das wie im Märchen für die Koalition möglicherweise zu keinem guten Ende.

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Märchen gehen aber immer gut aus. – Horst Förster, AfD: Ist die Frage, für wen.)

Wer sich immer für den Besten oder die Beste hält und so unreflektiert in Euphorie verfällt, der verliert früher oder später den Glanz.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolfgang Waldmüller, CDU: Bis jetzt haben Sie noch nichts gesagt.)

Meine Damen und Herren, ganz im Gegensatz zu Schneewittchens einfallsreicher und geschäftiger Stiefmutter

(Vincent Kokert, CDU: Kommen Sie auch noch zum „Froschkönig“?)

machte sich die hiesige Regierungskoalition in vielen Fachausschüssen

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

erst gar nicht die Mühe,

(Vincent Kokert, CDU: Müssen Sie Herrn Meyer küssen? – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

sich mit unseren Anträgen zu befassen, geschweige denn deren Ablehnung zu begründen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja, Arroganz der Macht.)

Sie bestritten die Haushaltsberatungen nach dem Motto: Wozu noch lange überlegen und sich überhaupt Umstände machen, wozu noch den Apfel vergiften, ist doch eh klar, wie die Sache ausgeht.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Man mag es Ihrer Bequemlichkeit, Ihrer Ignoranz oder Sturheit zuschreiben, für eine lebendige Demokratie ist das letztlich nicht hilfreich. Bis auf zwei wurden sämtliche Anträge – 91 an der Zahl –, die meine Fraktion in den Fachausschüssen gestellt hat, abgelehnt,

(Sebastian Ehlers, CDU: Natürlich.)

ohne sich damit inhaltlich auseinanderzusetzen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das können Sie nicht verallgemeinern!)

Meine Damen und Herren, es ist Ihnen auch schnurzug egal, ob der Haushalt beschlossen ist oder nicht. Die immer gleichen Wohltaten, die immer gleichen Finanzmittel werden seit einem Jahr gut wöchentlich verkündet.

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt ist der Haushalt da.)

Und die Großkoalitionäre lassen dabei schon mal weg, dass die verkündete Summe nicht nur für zwei, sondern für vier oder für fünf Jahre reichen soll. Und so klingt es schon wieder wie im Märchen, indem sich die Goldtaler auf wundersame Weise vermehren.

Zudem wird vorgegeben, die Wohltat komme ausschließlich aus der eigenen Schatulle. Es wird gern unterschlagen, dass die kommunale Familie selbst mit einem beachtlichen Teil aus dem eigenen Säckel gut dabei ist, Stichwort: „Feuerwehrgelder“ oder „Infrastrukturpauschale“.

(Thomas Krüger, SPD: Da sind sie aber sehr zufrieden mit.)

Beim Feuerwehrgelder sind es 20 Millionen Euro aus den Sonderbedarfszuweisungen und bei der Infrastrukturpauschale sind es 50 Millionen jährlich in den nächsten zwei Jahren.

Meine Damen und Herren, Ihre Borniertheit

(Vincent Kokert, CDU: Oh, nun ist es aber auch langsam gut, Frau Rösler!)

hält uns keinen Millimeter davon ab,

(Vincent Kokert, CDU: Was ist denn das hier?! –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Haben Sie die Ausschussberatung
mal mitbekommen?)

unsere Forderungen immer wieder aufzumachen, bis sie erfolgreich sind. Der vorliegende Landeshaushalt ist mehr Stückwerk als Zukunftsvision, und das zeigt sich besonders krass bei der Bildung.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Tja!)

Dabei ist das nun wirklich kein Geheimnis, gerade, was hier heute versäumt wird, rächt sich später doppelt und dreifach. Und da kommen Sie wieder und wieder mit Ihrem 200-Millionen-Euro-Schulpaket um die Ecke.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, das ist gut.)

Auch hier unterschlagen Sie, dass diese Mittel sich über vier Jahre verteilen.

(Thomas Krüger, SPD: Ja und?!
Und ist das deswegen schlecht?)

Nehmen Sie doch gleich die kommenden zehn Jahre, dann liegen wir bei 500 Millionen und das klingt doch erst Klasse!

(Thomas Krüger, SPD:
Es geht darum, wie es klingt?!)

Gerade mal 50 Millionen Euro stecken Sie jährlich zusätzlich in einen Bereich, der seit Jahren unterfinanziert ist und mit massiven Problemen zu kämpfen hat.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Deshalb proben meine Fraktion und viele andere den Bildungsaufstand, und zwar zu Recht, für mehr Lehrerinnen und mehr Lehrer, für ein Ende des Unterrichtsausfalls, für mehr Deutsch- und Mathestunden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Im Durchschnitt haben wir in Mecklenburg-Vorpommern die größten Klassen.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist doch Quatsch!
Das ist Quatsch! Das ist Quatsch!
Wir sind weit unter dem Durchschnitt,
Frau Rösler. Das ist Quatsch!)

Die jüngste PISA-Studie bescheinigt uns ein düsteres Bild und große Lücken etwa bei der Lesekompetenz. Es ist unerlässlich, die Klassen zu verkleinern,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

erst recht, wenn wir es mit Inklusion und individueller Förderung ernst meinen.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

130 zusätzliche Klassen verteilt auf alle allgemeinbildenden Schularten erfordern zusätzliche Lehrkräfte in einem Umfang von jährlich 10,9 Millionen Euro. Zudem wurden Zusagen im Rahmen des Inklusionsfriedens nicht umgesetzt.

(Andreas Butzki, SPD: Das werden
wir nachher richtigstellen. –
Thomas Krüger, SPD: Das stellen
wir nachher gleich richtig.)

Es handelt sich um 80 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Zusagen, meine Damen und Herren, sind umzusetzen und auch im Haushalt zu verankern.

(Thomas Krüger, SPD: Und die werden
wir umsetzen. – Martina Tegtmeier, SPD:
Genauso ist es. – Andreas Butzki, SPD:
Genau zuhören, Frau Rösler! Genau zuhören!)

Der Haushaltsentwurf enthält einen Aufwuchs für alle Schulen von 134 Stellen in 2020 und 106 Stellen in 2021. Das entspricht bei Weitem nicht dem Bedarf, der aufgrund gestiegener Schülerzahlen vorhanden ist. Und, meine Damen und Herren, wir sind angesichts der Lehrkräftesituation auf Seiteneinsteiger und Seiteneinsteigerinnen angewiesen.

(Thomas Krüger, SPD: Da sind wir uns einig.)

Da sind wir uns einig, das ist ganz klar.

(Andreas Butzki, SPD: Da sind wir uns einig.)

Derzeit sind es 1.800 im Schuldienst, und sie müssen alle gut ausgebildet werden,

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt, da sind wir uns auch einig.)

und zwar, bevor sie in die Klassen gehen. Fast 1.000 Seiteneinsteiger haben aber keine Lehrbefähigung und viele müssen Klassen unterrichten, ohne dass sie zuvor eine grundlegende Einweisung erhalten haben. Wir fordern für diese Kolleginnen und Kollegen ein verpflichtendes Referendariat. Die derzeit veranschlagten Mittel von etwa 39.000 Euro müssen daher auf 254.000 Euro pro Jahr erhöht werden.

Meine Damen und Herren, in wenigen Tagen ist bekanntlich Weihnachten.

(Tilo Gundlack, SPD: Schon wieder?! –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Oh, das ist kein Märchen!)

Und wie am Weihnachtsabend gibt es auch bei diesem Haushalt einige gute Sachen auf dem Gabentisch

(Tilo Gundlack, SPD: Hoppla!)

und es gibt Dinge, die auf dem Wunschzettel stehen,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

aber dort nicht unter dem Weihnachtsbaum liegen. So ist es eine gute Sache, dass die Kita nach vielen, vielen Jahren der Ankündigung endlich beitragsfrei wird.

(Tilo Gundlack, SPD: Siehste! –
Thomas Krüger, SPD: Ja.)

Was allerdings nicht auf dem Gabentisch liegt, aber von Erziehern und Eltern gleichermaßen eingefordert wird,

(Vincent Kokert, CDU: Qualität, Qualität!)

ist die Verbesserung der Qualität.

(Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Richtig!)

Und wir können es nicht oft genug sagen: Dafür brauchen wir in den Kitas dringend mehr Personal!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Jens-Holger Schneider, AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir schätzen,

(Thomas Krüger, SPD:
Das stellen wir nachher noch klar.)

wir schätzen, dass landesweit gut 5.000 Erzieherinnen und Erzieher mehr erforderlich sind.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Klar, dass die nicht von heute auf morgen zur Verfügung stehen und das nur schrittweise geht,

(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

aber die Landesregierung müsste sich auch wirklich auf den Weg machen. Das aber, meine Damen und Herren, tun Sie nicht.

(Vincent Kokert, CDU:
Achtung, der Prinz läuft weg! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Meine Damen und Herren, wir finden uns auch nicht damit ab, dass sich das Land völlig aus der Verantwortung zieht für den Nahverkehr mit Bus und Bahn.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Es ist gut und richtig, dass Landkreise sowie Rostock und Schwerin mit dem künftigen FAG ab 2020 mehr Verantwortung erhalten.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Hm!)

Sie sind Aufgabenträger für den ÖPNV. Aber die kommunale Familie kann das nicht allein stemmen und die Unterfinanzierung ist ja gerade der Grund dafür, dass das Angebot schlechter wurde. Wir werden nicht ruhen, bis Kinder und Jugendliche landesweit und jederzeit kostenfrei Bus und Bahn nutzen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Auch wenn auf kommunaler Ebene schon viel passiert ist, um die Mobilität von Schülerinnen und Schülern deutlich zu verbessern, so bleibt ein Haken: Bestehende Angebote enden jeweils an der Kreis- beziehungsweise an der Stadtgrenze. Sie sind abhängig vom Wohnort und gleichen einem Flickenteppich. Und wo nichts fährt, nutzt auch kein kostenfreies Angebot.

(Thomas Krüger, SPD: Hach! –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Da ist es schon kostenlos.)

Deshalb brauchen die Aufgabenträger zusätzliche Mittel für Busse und Personal und damit für ein besseres Angebot.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Mit Landeshilfe können Verkehrsverbünde entstehen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Tarifeinheit erreicht sowie Bahn, Bus und Rufbus besser verknüpft werden. Und auch die Digitalisierung muss vorangetrieben werden. Ein gutes öffentliches Verkehrsangebot nützt allen Menschen im Land. Zunächst sollen es Kinder und Jugendliche, auch die Azubis kostenfrei nutzen können. Bund und Land sowie die Kommunen müssen endlich gemeinsam Mobilität für alle sichern.

Meine Damen und Herren, besonders strukturschwache ländliche Regionen warten weiterhin auf Unterstützung.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Wo Schule, Kita, Bus, Laden und vor allem die jungen Leute weg sind, dafür marode Straßen und Leerstand das Dorfbild prägen, muss endlich etwas geschehen. Aber gerade dort sind den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern häufig die Hände gebunden und genau dort wollen wir mit einem Regionalbudget unterstützen. Kein Betteln, keine bürokratischen komplizierten Förderverfahren und keine Eigenmittel sollen nötig sein,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

stattdessen soll allein vor Ort entschieden werden, wofür das Geld ausgegeben wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Diesem Anliegen verweigern sich SPD und CDU nun schon seit Jahren.

(Egbert Liskow, CDU: Oh!)

Stattdessen wurden Modellregionen auserkoren, wird immer noch verhandelt, was denn überhaupt gebraucht würde, und bleibt für die ländlichen Gestaltungsräume eingeplantes Geld im Strategiefonds liegen. Oder die Mittel werden für ein Mobilfunkprogramm abgezweigt, welches zwar Schlagzeilen produzierte,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

aber bisher keine Funklöcher schloss und es auch in absehbarer Zeit nicht tun wird.

(Thomas Krüger, SPD:
Planungsvorhaben dauern.)

Fühlen sich Menschen verlassen

(Andreas Butzki, SPD:
War das jetzt gerade Werbung
für unser Bundesland, Frau Rösler?)

und Regionen abgehängt,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

wundert es kaum, dass sich Frust und Enttäuschung breitmachen.

(Vincent Kokert, CDU:
Haben Sie konkrete Beispiele?)

Ich kann nur sagen: Nichts gelernt, wieder eine Chance vertan, um Stadt und Land nicht weiter auseinanderdriften zu lassen!

Meine Damen und Herren, wie geht es weiter mit der Wohnraum- und Städtebauförderung? Da ist noch immer vieles offen. Die Bund-Länder-Verhandlungen laufen noch, der Haushalt beinhaltet lediglich eine Hausnummer, eine solide Befassung war nicht möglich. Absehbar ist, dass Mecklenburg-Vorpommern künftig weit weniger Bundesgelder zur Verfügung hat, und weniger Bundesmittel bedeuten eben auch weniger Landesmittel.

(Egbert Liskow, CDU: Deswegen haben wir
Länderfinanzausgleichsmittel genommen.)

Unser Versuch, wenigstens das eigene Landesprogramm zur Städtebauförderung zu stärken, scheiterte. Unser Versuch, eine vollständige Zuschussförderung bei der Wohnraumförderung zu erwirken, scheiterte ebenfalls. Bei der Wohnraumförderung werden die Bundesmittel um ein Drittel reduziert. Zudem wird ein geänderter Verteilungsschlüssel dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern weit weniger Mittel bekommt. Und als ob dies nicht reicht, sollen von der sozialen Wohnraumförderung auch noch Gelder für den Wohnheimbau abgezackt werden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im November wurde unser Antrag zum studentischen Wohnen zwar in die Ausschüsse überwiesen, jedoch wollten die Kollegen Albrecht und Stamer sofort Druck aus dem Kessel nehmen. Sie kündigten ein „Sonderprogramm Studentisches Wohnen“ an, finanziert aus der sozialen Wohnraumförderung. Hier brauchen wir in der Tat ein separates Programm.

(Tilo Gundlack, SPD: Gibts doch jetzt!)

Da hoffen wir, dass wir deutlich über die 2 Millionen Euro hinauskommen, und zwar nicht zulasten der Wohnraumförderung. Und statt im Bundesrat auf die Pauke zu hauen und dafür zu kämpfen, dass der Bund ein Wohnheimprogramm auflegt oder zumindest die Wohnraumförderung deutlich aufstockt, damit auch studentisches Wohnen unterstützt werden kann, wird einfach hingegenommen, dass unser Land in Größenordnungen auf Mittel verzichten muss.

Also an die Adresse der SPD gerichtet: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Der Bund muss nachsteuern. Hier kann die SPD doch noch einmal ganz konkret mehr Einsatz für Deutschland, für Ostdeutschland wagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, Spieglein, Spieglein an der Wand,

(Vincent Kokert, CDU:
Ach nee, nun ist es doch gut!)

wer hat den schönsten Haushalt im ganzen Land? Die SPD hat den schönsten Haushalt hier.

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

Erklärt sie doch in der „Bürger-Post“ der SPD-Fraktion, Zitat:

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ich hab
die sogar im Briefkasten gehabt.)

„Durch die Investitionen in die Kommunen mit einer zusätzlichen Infrastrukturpauschale, einem Entschuldungsfonds“

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

„und einer umfassenden Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs erhöht sich die Finanzausstattung der Kommunen auf fast 3 Mrd. Euro bis 2021.“

(Dietmar Eifler, CDU: Schön,
dass Sie es wiederholen!)

Das klingt wunderschön, ist aber nur die halbe Wahrheit.

(Thomas Krüger, SPD:
Ah, jetzt haben wir die ganze!)

Vor allem durch mehr Zuweisungen des Bundes, steigende Steuereinnahmen

(Thomas Krüger, SPD:
Und das ist dann schlecht, ja?!)

und mehr Geld aus der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzierungen

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

erhöht sich die kommunale Finanzausstattung der Kommunen so oder so, und zwar auch dann, wenn es kein neues FAG geben würde,

(Thomas Krüger, SPD: Na und?!)

Stichwort „Gleichmäßigkeitsgrundsatz“ und „Beteiligungsquote“.

(Thomas Krüger, SPD:
Aber 350 Millionen Euro mehr ist
doch jetzt ein wirklicher Schluck
aus der Pulle, oder?!)

Es sind aber nicht nur Landesmittel, meine Damen und Herren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Thomas Krüger, SPD:
Wo ist denn das Problem?! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Das ist kein Problem, wenn Sie die Wahrheit sagen würden, woher dieses Geld kommt. Das ist Geld, was den Kommunen zusteht.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte keine Dialoge! Wir haben verschiedene geschäftsordnungsmäßige Möglichkeiten, hier eine Diskussion anzufachen. Diese Debatte hier zwischen Redner und Fraktionen ist so nicht zulässig.

Bitte, Sie können fortfahren, Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Meine Damen und Herren, seit Jahren wurde viel zu wenig investiert. Wie in der Bildung wurde bei der Infrastruktur auf Verschleiß gefahren, und so zehren Land, Städte und Gemeinden von der Substanz. Jetzt die Ausgaben für Investitionen hochzuschrauben, ist nun wahrlich keine Heldentat, sondern unumgänglich.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

In den letzten Jahren wurden massiv Kapazitäten abgebaut, nahezu in allen Verwaltungen, aber auch im Bau- und Ingenieurbereich. Jetzt fehlen diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, jetzt fehlen die Fachkräfte und das Know-how, um die Mittel alle rasch umsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, das hat mit kluger Finanzpolitik nichts zu tun. Das betrifft auch den sogenannten Strategiefonds. Der verliert sich weiterhin im Klein-Klein.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

Der verliert sich auch weiterhin im Klein-Klein, ist weit weg von jeder Strategie, bunkert reichlich Geld und bleibt intransparent.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Deshalb
darf man ihn politisch trotzdem falsch finden,
liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht wahr? –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Er gehört abgeschafft und die Mittel gehören in den Haushalt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Meine Damen und Herren, nun noch ein Wort zu den Anträgen von den Herren hier auf der rechten Seite.

(Egbert Liskow, CDU: Oh! –
Vincent Kokert, CDU: Das ist
eigentlich nicht notwendig.)

Dazu kann ich nur sagen: Das, was Sie vorbringen, ist abwegig und rückwärtsgewandt.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Tatsächlich? –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Und was Sie damit bezwecken wollen, ich glaube, das wissen Sie selbst nicht,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wer mehr Geld für Familien will,
ist rückwärtsgewandt?!)

denn wer beim Landesdatenschutz massiv kürzen will,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nein, ich glaub nicht. Nein,
ich glaub nicht.)

der hat gar nichts begriffen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das glaub ich nicht.)

Auch in anderen Bereichen der Landesverwaltung wollen Sie kräftig und konzeptionslos Personal streichen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Sie lehnen die Höherstufung der Grundschullehrer ab und damit auch mehr Attraktivität für diesen Berufszweig. Das geht nun völlig an den Realitäten vorbei.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Was hat das mit dem
Abstandsgebot zu tun? Das ist doch Quatsch!
Was hat das mit dem Abstandsgebot zu tun? –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch jetzt noch mal, meine Hinweise zu beachten! Sie haben Möglichkeiten, hier in die Diskussion einzutreten, Ihre Meinung zu sagen, aber bitte nicht über die Bänke hinweg zwischen den Fraktionen und dann noch gleichzeitig mit der Rednerin.

Sie können fortfahren, Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Meine Damen und Herren, meine Fraktion geht heute erneut mit wichtigen Änderungsanträgen ins Rennen. Ich bin auf einige zentrale Forderungen eingegangen. Meine Kolleginnen und Kollegen werden dies ebenfalls noch im Laufe der Debatte tun.

Zusammengerechnet, ausgenommen die längst zugesagten Mittel für die Stellen bei der Inklusion, die ja dann anscheinend da sein werden, wollen wir in 2020 rund 144 Millionen Euro und in 2021 rund 156 Millionen Euro umschichten. Und bevor Sie gleich wieder rumkrähen, wir würden nicht mit Geld umgehen können,

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

verweise ich auf Ihre Bilanz.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die Regierungskoalition hat im Vergleich zum Ursprungsentwurf des Doppelhaushaltes etwa je 170 Millionen Euro in 2020 und 2021 umgeschichtet. Und dabei sind noch nicht einmal unzählige Stellenhebungen oder Umschichtungen berücksichtigt, die meist durch Sperrung anderer Stellen gedeckt werden sollen, so beispielsweise auch die Stelle für den neuen Sonderbeauftragten für die Unimedizin. Für die bis 2024 eingerichtete B5-Stelle werden im Bildungsministerium eine A12- und eine A13E-Stelle gesperrt. Sie können also bis Ende 2024 nicht besetzt werden.

Meine Damen und Herren, auch daran zeigt sich: Was politisch gewollt ist, ist auch finanzierbar. Allerdings macht es uns der derzeitige Zustand der Koalition sehr schwer zu erkennen, was gerade politisch gewollt ist.

(Vincent Kokert, CDU: Gucken Sie in den Haushalt, da steht das drin! Ist ganz einfach.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend dem Sekretariat des Finanzausschusses ganz herzlich danken für die großartige Arbeit, für die akribische Vor- und Nachbereitung der Haushaltsberatungen.

(Tilo Gundlack, SPD: Das stimmt.)

Sie haben sich erholsame Weihnachtstage mehr als verdient.

(Andreas Butzki, SPD:
Und die andern nicht?!)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Ministerin Stefanie Drese: Alles klar.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Egbert Liskow.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Der will nicht.)

Nicht, offensichtlich, also wir sind hier auch spontan. Der Fraktionsvorsitzende Herr Kokert, bitte schön.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsdebatte ist ja die Königsdebatte des Parlaments, und deshalb wollte ich es mir nicht nehmen lassen,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

vor meinem finanzpolitischen Sprecher, der auch das finanzpolitische Gewissen der CDU-Fraktion ist, Egbert Liskow, zu reden.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Das hat mir schon die ganze Zeit in den Fingern gejuckt. Ich habe natürlich den einen oder anderen Impuls von der Opposition erwartet. Da ist nicht so wirklich viel gekommen, aber mir ist was anderes in den Sinn gekommen, als ich heute Morgen in den Landtag gegangen bin. Ich habe darüber nachgedacht, wie sah das eigentlich hier vor 30 Jahren aus.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Beschissen.)

Und wenn Sie sich überlegen, vor 30 Jahren sind die ersten mutigen Frauen und Männer in diesem Landtag zusammengekommen und haben als Erstes in diesem Landtag darüber debattiert, wie soll eigentlich der Haushalt für dieses dann neu gegründete Bundesland Mecklenburg-Vorpommern aussehen. Und da wir noch zwei von den alten Schlachtrössern dabei haben, nämlich Till Backhaus und Lorenz Caffier, möchte ich mal den ...

(Ministerin Stefanie Drese: Oh, Schlachtross!)

Ja, ich glaube, Till Backhaus nimmt das nicht persönlich, wenn ich ihn Schlachtross nenne,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

weil er ist ja auch ein altes Schlachtross.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Ein junges Sachlachtröss.)

Deshalb darf man das in dieser Runde mal sagen.

Ich möchte mich vor allem bei den mutigen Männern und Frauen bedanken, die sich damals in die Politik begeben haben, ohne dass sie genau wussten, was auf sie zukommt. Und, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt 30 Jahre zurückschauen, dann haben sie ganz, ganz viel richtiggemacht, und deshalb erst mal meinen herzlichen Dank dafür.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber so ist das ja in der Politik, ich habe halt eine völlig andere Perspektive auf die Dinge, so, wie sie die Opposition hier vorgetragen hat. Und ich glaube eben nicht, dass wir demjenigen, der den gesamten Karren zieht – und das ist der Steuerzahler auch in Mecklenburg-Vorpommern –, dass wir dem immer mehr damit drohen sollten, noch mehr Belastung auf ihn zubringen zu lassen, sondern ich glaube eher, dass wir darüber nachdenken müssen, wie schaffen wir es, denjenigen, die jeden Morgen aufstehen und einer geregelten Tätigkeit nachgehen, denen auch wieder mehr Wertschätzung gegenüberzustellen und zu sagen, auf euch kommt es in dieser Gesellschaft ganz besonders an. Und ich habe manchmal das Gefühl, dass wir uns ganz viel um diejenigen kümmern, die beladen sind, das ist auch wichtig, aber die gesamte große Mittelschicht in Deutschland, auch in unserem Bundesland,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, so ist es.)

die ziehen den gesamten Karren, weil die zahlen über 90 Prozent der Steuern, die wir alle hier miteinander ausgeben. Und das hat heute in dieser Debatte bisher noch überhaupt keine Rolle gespielt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Deswegen auch mal ein herzliches Dankeschön an diejenigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Rösler, ich nehme an, Sie sprechen heute in der Stellvertretung für Ihre Fraktionsvorsitzende. Ich weiß nicht, ob die das Märchen mit dem Spiegel genauso gebracht hätte, keine Ahnung, aber es fing ja ganz witzig an. Mir kam sofort in den Sinn, na ja, Sie haben ja hier in diesem Bundesland schon mal 40 Jahre in den Spiegel geschaut, das Ergebnis war dann bekannt.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Ich vor allem, genau, wir.)

Wir haben 1989 ein Land gesehen, was im Prinzip in Trümmern lag,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Insbesondere ich, Herr Kokert!)

und da fallen mir dann schlagartig wieder diejenigen ein,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Insbesondere ich.)

die vor 30 Jahren Verantwortung übernommen haben und dieses Land wieder aufgebaut haben.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Jetzt
bleiben Sie unter Ihrem Niveau.)

Und vielleicht hätten Sie bei der Haushaltsdebatte auch mal,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Vor allem ich. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

vielleicht hätten Sie bei der Haushaltsdebatte auch mal an die denken dürfen?!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Jetzt mal über die Zukunft reden!)

liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem von den LINKEN, nein, wir brauchen keine linken Finanzakrobaten, die hatten wir genug.

(Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Und wenn Sie auf die Zeit von Rot-Rot zurückschauen, dann sage ich Ihnen immer wieder – bisher haben Sie das Gegenteil nicht belegt –, dann waren das die Zeiten in diesem Bundesland

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Wir haben eine gute Basis gelegt.)

mit der höchsten Neuverschuldung in der Geschichte.

(Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE,
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Trotzdem stellen Sie sich hier immer so hin als die Saubermänner, was Sie so alles für dieses Land geleistet haben. Ich kann Ihnen das sagen, das ist bis heute ver-schwindend gering.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Und deshalb schickt es sich auch nicht, uns Arroganz, uns Borniertheit vorzuwerfen. Ich glaube, das sind Ausdrücke, die man in einer ernsthaften Landtagsdebatte nicht unbedingt gebrauchen muss, sondern Sie hätten sich vielleicht eher damit beschäftigen sollen, wo denn eigentlich Ihre Akzente in dieser Haushaltsdebatte bisher gewesen sind.

(Heiterkeit bei Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Sie haben ganz viel kritisiert, das ist ja immer leicht –

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Schauen
Sie sich unsere Änderungsanträge an!)

das ging übrigens bei Herrn Kramer, obwohl, da habe ich irgendwann den Überblick verloren, weil er war heute auch ein bisschen durcheinander bei seiner Rede, schon mit der ersten los und die zweite war nicht viel besser –,

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

aber man muss sich doch als Opposition nicht nur auf die Position stellen und alles bejammern, sondern man muss doch als Opposition, wenn man schon die Verfassung zitiert, auch sagen, das steht in dieser Landesverfassung auch drin. Sie müssen echte Alternativen bieten.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Haben wir doch. – Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Und zum Schluss haben Sie Anträge gestellt ...

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Warten Sie doch mal!

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Zum Schluss haben Sie Anträge gestellt,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

dass 95 Prozent des Landeshaushaltes, mit dem sind Sie einverstanden. Ich hoffe, dass Sie das beide heute dann in der Abstimmung auch deutlich machen, dass Sie ganz dezidiert genau darüber abstimmen, wo Sie nämlich zustimmen. Das tun Sie nämlich nicht. Sie werden heute den Haushalt wieder ablehnen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja. – Jeannine Rösler, DIE LINKE: Herr Kokert!)

und das heißt, Sie lehnen mehr für die kommunale Familie ab,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nee!)

Sie lehnen mehr Polizeistellen ab,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein!)

Sie lehnen mehr Lehrerstellen ab,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein!)

Sie,

(Nikolaus Kramer, AfD: Fake News! – Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Sie lehnen insgesamt eine Weiterentwicklung in diesem Land ab,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Christoph Grimm, AfD – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wie man es sich in den letzten 30 Jahren gar nicht vorstellen konnte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Jeannine Rösler, DIE LINKE: Das ist ja mal sehr pauschal. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und, meine Damen und Herren, eines meiner Lieblingsmärchen, Frau Rösler, ist eigentlich „Der Froschkönig“.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich habe gedacht, den bringen Sie noch, aber dann hätten Sie Herrn Meyer vielleicht küssen müssen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

Ich glaube, darauf wollten Sie verzichten, deswegen haben Sie ihn nicht gebracht. Aber bei allem Witz, bei allem Witz – ja, Herr Meyer ist dann noch schnell weggelaufen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD – Andreas Butzki, SPD: Er ist aber im Saal geblieben! Er ist aber im Saal geblieben!)

ich glaube, der hatte dann irgendwie Sorge, als die Rede zum Ende gekommen war –, aber, meine Damen und Herren, bei aller Ernsthaftigkeit,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt ist er wieder da. Was das wohl heißen mag?!)

bei aller Ernsthaftigkeit muss man doch wirklich sagen, dieser solide Haushalt, der jetzt hier vor Ihnen liegt, das nennt man übrigens vernünftige Regierungsarbeit.

Und es ist doch ein völlig normaler Vorgang, dass das auch mal innerhalb einer Koalition unterschiedliche Auffassungen gibt. Ja, meine Damen und Herren, wir sind ja nicht die Einheitspartei,

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

deshalb kann man auch mal unterschiedliche Akzente setzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber wissen Sie, was diese Koalition auszeichnet? Wissen Sie, was diese Koalition auszeichnet?

(Jens-Holger Schneider, AfD: Na?!)

Diese Koalition zeichnet aus, dass wir die Probleme im Hintergrund klären. Das ärgert Sie, das weiß ich, dass wir die Probleme klären.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Oh!)

Und wir haben lange und intensiv zum Beispiel über die kommunale Finanzausstattung diskutiert, ganz intensiv.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Und da gibt es immer

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

unterschiedliche Auffassungen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

vor allem kann es immer mehr sein.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Das ist ja das, was Sie heute wieder gefordert haben, einfach mehr.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das ist einfach.)

Das ist ja das Einfachste.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Aber ich sage Ihnen, auch im Blick haben wir die Leistungsfähigkeit dieses Landes, und ich finde es ja doch schon bemerkenswert, dass der eine oder andere heute festgestellt hat, wir stehen finanzpolitisch auf eigenen Beinen. Leider ist das nicht so,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Na ja, eben.)

aber wir können uns das natürlich wünschen. Wir leben immer noch davon, dass uns der Bund Zuweisungen gibt, wir leben auch nach wie vor vom Länderfinanzausgleich.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Richtig!)

Aber ich will das,

(Thomas Krüger, SPD: Also das
ist das System, Herr Kollege.)

ich will das,

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist das System.)

ich will das gar nicht infrage stellen.

(Thomas Krüger, SPD: In dem
wir auf eigenen Beinen stehen.)

Länder wie Bayern, Länder wie Hessen und auch zeitweise Hamburg, die können von ihren eigenen Einnahmen leben. Mecklenburg-Vorpommern ist davon noch Lichtjahre entfernt, aber das ist unser politisches Ziel, dass das irgendwann mal passiert.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Bitte.)

Aber, meine Damen und Herren, vergessen Sie die letzten 30 Jahre nicht, welche gewaltige Aufbauleistung wir in den neuen Bundesländern erfüllen mussten! Und sagen Sie doch nicht, dass man das diesem Bundesland nicht ansieht! Sie tun immer gerade so, als wenn hier morgen alles in sich zusammenfällt. Das ist doch nicht die Realität.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das hat doch auch keiner gesagt.)

Und wir haben ja Gäste hier,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Doch! Doch, das hat jemand
gesagt. Doch!)

ich weiß nicht, wie sie das einschätzen, wenn ich gehörte habe, sie kommen aus Penzlin, dann stellen Sie sich doch mal vor, wir sah Penzlin 1989 aus!

(Unruhe bei Ann Christin von Allwörden, CDU,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Das ist doch nicht mehr mit dem Penzlin von heute zu vergleichen und das können Sie doch nicht immer als Opposition einfach schlechtreden,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Machen wir doch nicht.)

sondern da können Sie auch mal sagen, dass haben die Menschen in den letzten 30 Jahren gut gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Jawoll!)

Und, meine Damen und Herren – und mein Kollege Krüger ist schon darauf eingegangen –, die SPD informiert unsere Bürger über die bahnbrechenden Dinge, die jetzt in diesem Haushalt hier eine Rolle spielen. Und schön ist, dass er mir auch eins geschickt hat,

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU:
Wechselwähler! Potenzielle Wechselwähler. –
Heiterkeit und Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

weil wahrscheinlich nahm er an, ich habe das auch nötig, dass die SPD mir diese Zeitung nach Hause schickt. Und das Schöne ist, ich habe es sogar gelesen. Und jetzt kommt natürlich ins Spiel, dass es auch für die SPD gut ist, dass sie einen Koalitionspartner hat, der rechnen kann,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Tilo Gundlack, SPD: Oooh!)

weil die SPD hat leider bei ihren Zahlen so den einen oder anderen Fehler.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ui!)

Ich will da nicht auf jeden eingehen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ui!)

aber einer, der mich schon stört,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

ist – vor allem, weil der Kollege Fraktionsvorsitzende das heute richtig gesagt hat –, Sie sagen nämlich in Ihrem Beitrag, es steigt die kommunale Finanzausstattung auf 1,223 Milliarden. Da müssen wir uns alle miteinander verrechnet haben, weil wir haben ja festgestellt, 350 Millionen Euro geben wir mehr rein, und das heißt, die richtige Zahl wäre gewesen, 1,491 Milliarden Euro stecken wir in den kommunalen Finanzausgleich. Also bitte, stellen Sie die Seite richtig, Herr Krüger! Nicht, dass die Leute nachher denken, wir würden ihnen irgendwas vorenthalten. Und da zahlt sich aus, dass die CDU immer gut nachrechnet,

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und das sieht man diesem Landeshaushalt auch an, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab ja heute hier viele Zustandsbeschreibungen. Ich möchte das einfach

mal so darstellen: Ja, man weiß vorher nie genau, was einem die Zukunft eigentlich bringt,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

aber ich würde gar nicht so viel auf andere Entwicklungen in anderen Bundesländern schauen. Es ist doch die entscheidende Frage, dass es in der Politik manchmal Situationen gibt, da ist es egal, was andere machen, wir müssen nur in diesem Augenblick das Richtige tun. Und, meine Damen und Herren, wenn ich mir jetzt diesen Landeshaushalt vornehme, dann bin ich zutiefst überzeugt davon, in der derzeitigen Lage ist es genau richtig, was wir tun: Wir unterstützen Investitionen, wir geben viel Geld in Bildung,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Zu spät.)

das haben Sie ja auch eingefordert. Wir geben ganz viel Geld runter auf die kommunale Ebene, weil da ist in den letzten Jahren die Entwicklung massiv vorangeschritten,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Auch zu spät.)

und die darf jetzt nicht stagnieren. Wir haben den Wunsch der Bevölkerung, dass die innere Sicherheit auch wieder auf der Straße sichtbar ist, und auch darum haben wir lange gerungen, was machen wir mit den Polizeistellen, wie bessern wir denn eigentlich den Job des Polizeibeamten in Mecklenburg-Vorpommern auf, und ich glaube, wir haben dort einen guten Kompromiss erzielt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und, meine Damen und Herren, das wundert mich schon ein bisschen, weil das haben Sie ja gegenseitig als Opposition dann auch abgefeiert, als wir uns geeinigt hatten. Und wenn Sie uns jetzt immer Arroganz der Macht vorwerfen, Frau Rösler, dann muss ich Ihnen einfach sagen, diese Arroganz der Macht nennt man im Umkehrschluss auch einfach Demokratie, weil Mehrheiten entscheiden.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Im Ausschuss, Herr Kokert, können Sie nicht einmal dazu Stellung nehmen. Da lach ich doch nur!)

Mehrheiten entscheiden in diesem Landtag über den Haushaltsplan, und das werden Sie hier heute auch wieder sehen. Da können Sie doch nicht sagen, das ist Arroganz! Das ist gelebte Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: So ist es,
Frau Bernhardt.)

Frau Rösler,

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

das, was uns,

(Torsten Renz, CDU: Laut ist nicht richtig.)

das, was uns entgegensteht

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Mann!)

bei der vernünftigen Aufstellung dieses Haushaltes, das ist vielleicht die Hypothek, die Sie uns seit Rot-Rot hinterlassen haben.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ja, darauf hätten wir gut verzichten können, konnten wir uns aber leider nicht aussuchen.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das sieht die SPD auch etwas anders. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und Sie erleben jetzt wieder das erste Mal, dass der Bumerang aus der Vergangenheit natürlich die nächste und nachfolgende Generation trifft. Und ich finde es gut, dass wir uns in der Koalition immer auf die Stufe gestellt haben und gesagt haben, wir wollen den nachfolgenden Generationen keine neuen Schulden hinterlassen. Das ist doch etwas von Generationengerechtigkeit, wo auch die Opposition mal kräftig sagen kann, dass macht ihr richtig und das geht in die richtige Richtung.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Zu einer
Generationengerechtigkeit gehört
auch eine gute Bildung.)

Von Ihnen höre ich da bisher eher wenig, außer neuen konsumtiven Ausgaben.

Und, meine Damen und Herren, über Klimaschutz ist heute das eine oder andere gesagt worden. Ich hatte eigentlich erwartet, dass DIE LINKE da so richtig blankzieht, aber anscheinend fehlt auch da das Konzept, deshalb werde ich mich da etwas kürzer fassen.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ich bitte darum.)

Aber die gesamte Klimaschutzdiskussion,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

so wichtig wie sie auch ist, darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nicht nur eine ökologische Verantwortung auch in Mecklenburg-Vorpommern gibt, sondern am Ende auch eine ökonomische Verantwortung.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Und wir können doch nicht die Axt an unsere Schlüsselindustrien setzen. Ich habe manchmal das Gefühl, wenn ich morgens die Zeitung aufschlage, dass an allem Übel die deutsche Industrie schuld ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

An allem Übel ist die deutsche Industrie schuld,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

zum Teil auch die Landwirtschaft, die kommt heute in ein ähnliches Licht, meine Damen und Herren.

(Tilo Gundlack, SPD: Die
Sozialdemokraten wahrscheinlich.)

Wir als Verbraucher haben ganz viele dieser Probleme selbst mit zu verantworten, und da sollten wir uns selber

auch mal den Spiegel vorhalten und sagen, ich muss nicht immer zu Aldi fahren und das Hack da kaufen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

ich kann auch mal zu meinem regionalen Landwirt gehen und ordentliche Nahrungsmittel kaufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und, meine Damen und Herren, nein, es ist nicht so, dass der Staat der bessere Unternehmer ist. Ich kenne kein einziges Beispiel in der Geschichte, wo das mal geklappt hat.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die Landtagskantine kommt noch. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Übrigens, übrigens, als mahnendes Beispiel nehmen Sie sich eines der letzten Bundesländer, wo Sie an der Regierung beteiligt sind, Frau Rösler, nämlich Berlin!

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Die haben sich dort auf den Weg gemacht und haben gesagt, wir klären jetzt den Berliner Wohnungsmarkt ganz einfach mit einem staatlichen Unternehmen und im Zweifel drohen wir der Privatwirtschaft mit Enteignung.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Meine Damen und Herren, was war die Folge? Der Wohnungsmarkt in Berlin inklusive der Neuinvestitionen ist komplett zusammengebrochen.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Ach, Schwachsinn!)

Nein, diese Spinnereien brauchen wir uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht gegenseitig zu erzählen.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Wann waren
Sie denn das letzte Mal in Berlin?)

Es ist und bleibt Unsinn. Wenn Sie sagen, mehr Regulierung, sagen wir, mehr Liberalisierung in dem Wirtschaftssystem.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Nikolaus Kramer, AfD)

Und, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, da heute schon viel gesagt wird, will ich es auch nicht so lange ausdehnen, aber ich glaube, dieser neue Haushalt steht unter folgenden Anstrichen: Er setzt auf Stetigkeit und Verlässlichkeit, dieser Haushalt setzt auf Innovation und Investitionen. Und das ist genau das Richtige in diesen Zeiten, und deshalb werden wir ihm auch kraftvoll zustimmen. – Haben Sie vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Jawoll!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Fraktionsvorsitzender, zu Ihrem Redebeitrag gibt es eine Kurzintervention aus der Fraktion DIE LINKE, und zwar Herr Koplin.

(Torsten Renz, CDU: Oh ja, Zeitzeuge! Zeitzeuge!
Der Zeitzeuge kann uns noch mal bestätigen, was
vor 40 Jahren war. – Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Zeitzeuge, genau.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das mit dem Zeitzeugen ist ganz gut, weil Herr Kokert ja damit begann, im Geschichtsbuch zu blättern und seine rhetorische Brillanz zu nutzen, um DIE LINKE madig zu machen.

(Torsten Renz, CDU: Zu Recht! Zu Recht!)

Ich möchte Sie gerne daran erinnern, Sie alle von der CDU – die FDP ist ja nicht mehr dabei –, die höchsten Schulden, die je gemacht wurden in einem Landeshaushalt, das war 1994 der Wahlhaushalt

(Thomas Krüger, SPD: Da hat er recht.)

von CDU und FDP mit 2,7 Milliarden Euro.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es leider. –
Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
So ist es.)

Wir mussten 1998 beugehen und aufwischen, was Sie hinterlassen haben.

(Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU,
und Dietmar Eifler, CDU)

Ja, das gefällt Ihnen nicht, dass das gesagt werden muss. Und Sie haben ...

(Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Torsten Renz, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ja, ja, ja, das möchten Sie nicht hören.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Jeannine Rösler, DIE LINKE: Ja,
gucken Sie sich die Zahlen an! –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das ist unverschämt.)

jetzt ist erst einmal Ruhe, sonst unterbreche ich die Sitzung! Ich habe hier schon darauf hingewiesen, wenn die Glocke ertönt, dann hat hier Ruhe zu sein, weil es zu laut geworden ist.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Oh, oh, oh! Mannomann!)

Ich wollte eigentlich die Redner hier nicht unterbrechen, muss es jetzt aber tun. Herr Koplin, Sie kriegen das dann auch in der Redezeit wieder zugerechnet. Aber ich bitte doch um so viel Disziplin, dass wir hier auch das neue Instrument der Kurzintervention als Kurzintervention auch noch nutzen können.

Jetzt können Sie fortsetzen.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin!

Ganz kurz und bündig, weil Herr Kokert ja absichtsvoll weggehört hat, als es um die Schwerpunkte der LINKEN ging: Bildung, Mobilität, Entwicklung ländlicher Raum. Ganz stringent sind das unsere Schwerpunkte. Das wollte ich gern in Erinnerung rufen. Rote können schwarze Zahlen schreiben, das zum Abschluss. – Vielen Dank.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jens-Holger Schneider, AfD:
Was zu beweisen wäre. – Zuruf
von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Vincent Kokert, CDU: Ja, Herr Koplin, ich bin Ihnen wirklich dankbar für diese Kurzintervention, weil das bietet mir natürlich die Gelegenheit, mich noch mal ein bisschen lustig zu machen über Ihren letzten Landesparteitag, weil da hätten Sie genau diese wichtigen Pflöcke einschlagen können.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Was anderes können Sie nicht,
ne?! Demokratie, ja, schön.)

Was haben Sie gemacht? Sie haben sich mit Seitanwürstchen für Ihre Delegierten beschäftigt, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

Das ist das, was DIE LINKE heute unter Wirtschaftspolitik versteht,

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD)

nämlich, dass wir ...

Ja, der Kollege Krüger hat das nicht verstanden: Es ging um Tofuwurstchen und Seitanwürstchen, weil DIE LINKE – oder ich glaube, das war die linke Jugendorganisation –, die möchte nicht mehr, dass es da Bockwurst aus Fleisch gibt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das
beschäftigt sie. Ist doch in Ordnung.)

Deshalb möchte man Soja um die halbe Welt fahren und die eigenen Delegierten damit beglücken. Das sind die Dinge, die Sie persönlich für wichtig halten. Wir setzen da andere Prioritäten.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch noch mal kurz darauf eingehen, weil der Kollege Koplin gesagt hat, von 1990 bis 1994 sind die meisten Schulden

entstanden. Ja, meine Damen und Herren, an wem hat das wohl gelegen?

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ja, genau.)

Da sage ich nur wieder, Spieglein, Spieglein an der Wand,

(Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU)

wer hatte den schlechtesten Haushalt im ganzen Land?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nach fünf Jahren Wiedervereinigung!
Kommen Sie jetzt echt damit,
Herr Kokert?! Das ist so billig.)

Das war die ehemalige SED,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

dessen Nachfolger Sie ja gewesen sind. Deshalb war es wichtig, dieses Land wiederaufzubauen und auch neue Schulden aufzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich auch Sie, Frau Bernhardt, darauf hinweisen, dass meine Hinweise auch an Sie gerichtet sind,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Danke, Frau Präsidentin.)

und das eben war nicht ...

Und Kommentare sind auch nicht zulässig und ich bin jetzt das letzte Mal großzügig gewesen.

(Vincent Kokert, CDU: Ohai)

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Gundlack.

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD,
und Vincent Kokert, CDU –
Torsten Renz, CDU: Wozu brauchst
du denn das Handy da vorne? –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Jens-Holger Schneider, AfD: Taschenrechner.)

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen sagen, wozu ich das Handy brauche.

(Torsten Renz, CDU: Ja?!)

Weil, als die Debatte losging und die Opposition ans Pult trat, fiel mir ein, Mensch, das habe ich schon irgendwann mal erlebt, und da fiel mir auch so ein bisschen was ein: Tony Marshall. Kennen Sie Tony Marshall?

(Zurufe aus dem Plenum: Ja. –
Jochen Schulte, SPD: Nee,
den will ich auch nicht kennen. –
Heiterkeit und Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Und da geht es dann so:

„Heute hauen wir auf die Pauke
Ja, wir machen durch bis morgen früh
So ein Tag, so schön wie heute
Ist für uns die beste Medizin“

(Heiterkeit und Beifall vonseiten
der Fraktion der CDU)

„Komm, gib mir deine Hand, denn heute feiern wir
Wir sind so froh gelaunt und haben allen Grund dafür
Es wird Rabatz gemacht so lange, bis die ganze Bude kracht“

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Genau.)

„Und wenn die anderen zur Arbeit gehen
Sagen wir ‚Gut‘ Nacht‘
Es wird Rabatz gemacht so lange, bis die ganze Bude kracht“

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

„Und wenn die anderen zur Arbeit gehen
Sagen wir ‚Gut‘ Nacht“

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Andreas Butzki, SPD –
Vincent Kokert, CDU: Sehr gut!)

Ich würde mal sagen, ein bisschen mehr arbeiten, ein
bisschen mehr hingucken, dann klappt es auch mit der
Opposition ein bisschen besser.

(Vincent Kokert, CDU:
Ja, DIE LINKE will ja noch
zehn Stunden debattieren, bis 21 Uhr. –
Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nee, singen kann ich nicht. Das hat Frau Nahles mal
gemacht.

Ich wollte nur noch mal zu Beginn gleich auf die AfD
eingehen, weil sie ja gesagt hat, das ist der schlech-
teste Haushalt, den sie bis jetzt erlebt haben. Herr
Kramer, Sie haben es ja gesagt. Ich frage mich, wie
Sie darauf kommen. Wenn Sie unter dem schlechtesten
Haushalt verstehen, dass es mehr für Bildung gibt, dass
es mehr für Kita gibt, dass es mehr für Sicherheit gibt,
dass es mehr für Sport gibt – ich gestehe Ihnen ja zu,
wenn Sie sagen, das ist der schlechteste Haushalt,
weil es mehr für politische Bildung gibt, das gestehe
ich Ihnen noch zu, da weiß ich ja, woher Sie kommen,
aus welcher Ecke, aber alles andere, da sage ich, das
ist der beste Landeshaushalt, den wir bis jetzt gehabt
haben. Und wenn er auch wirklich ausgedehnt wurde,
dann hat das auch seinen Grund, weil wir investieren
wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir wollen investieren in unser Land und in unsere Bür-
gerinnen und Bürger für dieses Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wenn Sie gesagt haben, wir haben uns im Aus-
schuss, auch im Finanzausschuss meinetwegen, nicht
mit Ihren Anträgen befasst, ...

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Ich habe
von Fachausschüssen gesprochen.)

Von den Fachausschüssen hast du gesprochen, ja,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sozialausschuss? Nichts!)

... aber ich habe hier so einen Antrag vor mir liegen, da
geht es um Lehrer. Sie haben davon gesprochen „Moti-
vation von Lehrerinnen und Lehrern“. Wenn Sie aber
unter „Motivation von Grundschullehrerinnen“ verstehen,
dass sie nicht die Erhöhung auf A13 oder E13 bekom-
men, dann frage ich mich, was soll der ganze Blödsinn,
den Sie hier erzählen. Das ist die Motivation, ein biss-
chen mehr Geld zu kriegen, und das ist auch Anerken-
nung für die Lehrerinnen und Lehrer,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Aber das Abstandsgebot
gibt es nicht mehr.)

und nicht hier einfach, ich will hier nichts mehr geben für
die Lehrer, weil es bringt alles einfach nichts.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Und Regionalschullehrer?)

Dann müssen Sie doch mal gucken, haben Sie,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Und Gymnasiallehrer? –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

haben Sie Kinder, die in die Schule gehen? In die Grund-
schule?! In die Grundschule?! Sie schreiben hier: „Die
Tätigkeit der Regional- und Gymnasiallehrer ist überdies
von höheren Unterrichtsvorbereitungen und Korrektur-
aufwand gekennzeichnet als die der Grundschullehrer
und umfasst die pädagogisch schwierige Zeit der Puber-
tät sowie die Prüfung der Mittleren Reife des Abiturs.“
Aber fragen Sie sich doch mal, Klasse 1 bis 4 – 1 bis 4 –,
wer formt denn da den Schüler oder die Schülerin? Wer
macht denn das? Das sind die Grundschullehrerinnen
und Grundschullehrer.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Und das ist kein anderer. Und denen wollen Sie nicht
zugestehen, dass sie mehr Geld bekommen?

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Darum geht es gar nicht.)

Das ist doch wohl ein völliges Armutszeugnis.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Darum geht es gar nicht.)

Und das geht hier auch nicht um das Abstandsgebot,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Darum geht es gar nicht.)

darum geht es auch nicht,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Sondern?)

nein, darum geht es überhaupt nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Jens-Holger Schneider, AfD: Was ist denn mit der Regionalschule hier? – Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Jens-Holger Schneider, AfD)

Eine Klage heißt nun noch lange nicht, dass ich recht habe. Ich weiß nicht, Herr Schneider, wo Sie Jura studiert haben oder ob Sie Jura studiert haben.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Hab ich nicht.)

Haben Sie nicht?! Ich auch nicht, aber so oder so weiß ich, dass ich dafür kein Jura brauche, um zu wissen, dass eine Klageeinreichung noch immer kein Urteil ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Aha!)

Also von der Warte her, glaube ich, brauchen wir nicht weiter zu diskutieren.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte eigentlich ganz anders anfangen, nun habe ich so angefangen.

(Jochen Schulte, SPD:
Aber Tony Marshall
ist auch mal nicht schlecht. –
Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Tony Marshall ist auch nicht schlecht.

Aber ich wollte mich bedanken. Ich wollte mich eigentlich auch bedanken beim Kollegen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Kramer?)

bei den Kollegen der SPD-Fraktion, aber auch der CDU-Fraktion im Finanzausschuss und besonders beim Kollegen Herrn Liskow.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist gut.
Das geht ihm runter wie Öl. –
Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ja, ich kenne den Kollegen Liskow ja nun schon seit 2011, und wir haben Haushaltsberatungen seit 2011 gemacht. Und ich bin ja 2011 neu und frisch dazugekommen, und da wurde mir auch geholfen sozusagen.

(Vincent Kokert, CDU: Da konnten
Sie einiges lernen, Herr Kollege.)

Da konnte ich einiges lernen, ja.

(Vincent Kokert, CDU:
Das kann man so sagen.)

Und das muss man auch mal dankend sagen und vielen Dank ihm entgegenbringen und sagen, Egbert, vielen Dank dafür.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Dagmar Kaselitz, SPD –
Egbert Liskow, CDU: Bitte.)

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einigen relevanten Änderungen im parlamentarischen Verfahren, die durch die Koalitionsfraktionen eingebracht wurden. Einmal ist es hier der Einzelplan 01 im Landtag. Es wurde vorhin schon mal so als Zwischenruf gebracht, aber die Voraussetzungen wurden gemacht, dass wir die Gründung einer Tochtergesellschaft des Landes zur Sicherung einer angemessenen Gastronomie im Schloss vornehmen können.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das Pächtermodell hat sich als unzureichend für den Anspruch der Besucher an die Gastronomie bei einem so herausragenden Gebäude, wie wir hier sind, erwiesen. Wir müssen daran denken, wir wollen als Schwerin oder Schwerin möchte UNESCO-Welterbe werden mit dem Schloss und dem Schlossensemble zusammen, und da brauchen wir eine vernünftige gastronomische Einrichtung. Und Herr Kokert hat, glaube ich, auch vorhin gesagt, der Staat ist nicht immer der beste Unternehmer, das mag vielleicht sein, aber wir haben jetzt 30 Jahre lang private Unternehmen in der Gastronomie gehabt hier im Schloss,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

und ich muss Ihnen leider sagen ...

(Vincent Kokert, CDU: Bisher siehst
du aber ganz wohlgenährt aus. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ja, das kommt nicht, das liegt aber nicht an dem hier, ne?! Vielleicht ist ... Wer meine Vita kennt, der weiß, dass ich Koch bin und gerne koche und auch gerne mal essen gehe,

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

aber ich weiß nicht,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ob ich hier ... Aber da sind wir dran.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Da wollen wir es verbessern, und ich glaube schon, dass es besser wird, denn wir wollen ja nicht nur die Cafeteria, sondern das Schlosscafé auch und die Orangerie bewirtschaften und auch den neuen Medaillonsaal. Wer den Medaillonsaal noch nicht kennt, der sollte sich bitte mal darüber informieren,

(Minister Reinhard Meyer:
Schweinemedaille.)

wo er ist und wie er aussieht. Es ist eine große Perle, und ich glaube schon, für das UNESCO-Welterbe können wir damit auch etwas tun.

Meine Damen und Herren, komme ich zur Staatskanzlei. Hier wurde eine neue Abteilung zur Schaffung eines Personalmarketings zur Mitarbeiterkommunikation geschaffen. Nach dem Beschluss der Landesregierung zur Kabinettsvorlage 4419 (neu) wird die Personalentwicklung der Staatskanzlei und des Ressorts an gemeinsa-

men strategischen Zielen ausgerichtet. Mit Wirkung vom 01.07.2019 wurden daher die Aufgaben der Referate Personalplanung vom Finanzministerium an die Staatskanzlei übertragen. Hierzu gehört auch die Übertragung von 40 Poolstellen zur Vermittlung der Nachwuchskräfte der allgemeinen Verwaltung. Es wurde eine neue Stelle für Maßnahmen zur Modernisierung und Verbesserung der Filmtheater in Mecklenburg-Vorpommern zur Kofinanzierung des Zukunftsprogramms Kino des Bundes eingerichtet.

Und zum Einzelplan 04 – hierzu hat mein Fraktionsvorsitzender schon was gesagt – gab es ein klares Bekenntnis des Landes zur Verantwortung für die Angehörigen von unverheirateten Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren. Ich muss noch mal dem Kollegen Mucha und dem Kollegen Schwarz ausdrücklich danken, die sich da vehement für eingebracht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Und ich hoffe auch, dass es da bald eine gesetzliche Regelung zu gibt, die auch die unverheirateten Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren gleichstellen mit den verheirateten Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren.

Meine Damen und Herren, die Feuerschutzsteuer wird in das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern übernommen. Diese Zuweisungen des Landes für Investitionen in Brandschutz an Landkreise, kreisfreie Städte und große kreisangehörige Städte zur Aufgabenwahrnehmung gemäß Paragraf 7 des Gesetzes über den Brandschutz und die Technischen Hilfeleistungen durch die Feuerwehren für Mecklenburg-Vorpommern erhöhen sich. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Dennoch unterliegt es jährlichen Schwankungen. Mit Blick auf das erwartete Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in den Jahren 2020 und 2021 würden in 2020 einmalig 1,2 Millionen Euro mehr liquide Mittel zur Verfügung stehen. Das vom April 2016 bis Juli 2019 unter Leitung des Landeskriminalamtes in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung umgesetzte und mit positivem Ergebnis evaluierte Projekt „Helden statt Trolle‘ gegen Hass und Hetze im Internet“ wird fortgesetzt, und das ist auch gut so. Das andere ist: Das Wirtschaftsministerium hat einen Unternehmertag „Ostsee verbindet“ bekommen, da haben wir heute Morgen schon ausdrücklich und ausführlich drüber gesprochen.

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Einzelplan 10: Der Landtag stellt hier fest, dass die Verbesserungen beim Unterhaltsvorschussgesetz zur finanziellen Entlastung für viele Alleinerziehende geführt haben. Zugleich ist festzustellen, dass die Rückholquote beim Unterhaltsvorschuss in den Landkreisen auf einem unterschiedlichen Niveau ist. Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung beauftragt, alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Rückholquote beim Unterhaltsvorschuss zu prüfen. Dabei ist neben einem bundesweiten Best-Practice-Vergleich auch die Prüfung einer zentralisierten Aufgabenwahrnehmung für diesen Bereich vorzunehmen.

Komme ich nun noch einmal zum wichtigen Thema Sportförderung: Im Bereich des Nachwuchssportleisters verfolgen Bund und Länder das Ziel, durch wissenschaftliche Forschung des Instituts für Angewandte

Trainingswissenschaften, kurz IAT, mit Sitz in Leipzig, die internationale Chancengleichheit deutscher Sportlerinnen und Sportler zu sichern. Im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung haben sich Bund und Länder darauf verständigt, diese Projekte gemeinsam zu finanzieren. Und Bund und Länder haben sich dabei auf eine finanzielle Beteiligung der Länder in Höhe von insgesamt jährlich 1,5 Millionen Euro verständigt. Der Anteil für Mecklenburg-Vorpommern beträgt nach Königsteiner Schlüssel jährlich 30.000 Euro. Zur Sicherung der Bundesstützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern müssen die Rahmenbedingungen für den Leistungssport in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickelt werden. Mit zusätzlichen finanziellen Mitteln werden wir die Bundesstützpunkte im Land Mecklenburg-Vorpommern stärken, den Nachwuchssport weiterentwickeln und die angestrebte Gleichbehandlung des olympischen und des paralympischen Sports sichern.

Mit dem Programm „M-V kann schwimmen“ soll das bewährte Programm des Landes Nordrhein-Westfalen „NRW kann schwimmen“ auf Mecklenburg-Vorpommern übertragen werden. Ziel ist es, den Anteil sicher schwimmender Kinder zu erhöhen. Mit dem Programm sollen Anbieter von Schwimmkursen dabei unterstützt werden, in den Schulferien Schwimmkurse für Schüler ab der 1. Klasse anzubieten, die nicht sicher schwimmen können. Dazu soll jeder Kurs mit 250 Euro gefördert werden. Das ist natürlich nur ein Anfang.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Zu Einzelplan 15: Die Schaffung von guten, bezahlbaren Wohnungen ist eine wichtige Aufgabe im Land, das haben wir auch schon mehrfach heute gehört. Auch die Versorgung der Studentinnen und Studenten mit Wohnraum muss gewährleistet sein. Auch Studierende sind vom Wohnungsmangel und steigenden Preisen betroffen. Hierzu wird mein Kollege Rainer Albrecht nachher auch noch was sagen. Und zum Mobilfunkausbau gab es auch schon das eine oder andere Wort, das kann ich mir dann hier auch schon mal sparen.

Bislang, meine Damen und Herren – komme ich zum Haushaltsbegleitgesetz –, ist die Entnahme von Mitteln aus dem Sondervermögen „Breitbandausbau“ nur für Zwecke der digitalen Infrastruktur und auf die Kofinanzierung von Förderprojekten beschränkt. Mit der Änderung des Paragraphen 4 Nummer 1 wird die Entnahmemöglichkeit auch für anderweitige Finanzierungsinstrumente geöffnet. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, den Ausbau digitaler Infrastrukturen, zum Beispiel in Funkmasten, aus dem Sondervermögen zu fördern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur noch einige wenige Worte zu den Anträgen der Opposition: Wie zu erwarten, gab es hier ein vollkommen gegensätzliches Bild, wir haben es ja schon mehrfach gesehen und auch gehört. Die AfD will Personalkürzungen und Streichungen von Stellenhebungen. Sie erkennt die Notwendigkeit zum Wissenstransfer im Rahmen des Programms „Handlungsfähigkeit in der Landesverwaltung“ nicht an. Und heute Morgen in der Debatte wurde ja angemahnt, dass das Wirtschaftsministerium ja mehr machen könnte, wenn ich da Herrn Kramer richtig verstanden habe. Aber auf der einen Seite verstehe ich Ihre Einlassung heute Morgen nicht, denn Sie wollen ja eigentlich das Wirtschaftsministerium abschaffen. Also das müssen Sie mir mal erklären.

DIE LINKE dagegen will mehr Personal, insbesondere für den Bereich „Schule und Justiz“. Wenn beide Oppositionsfraktionen so gegensätzlicher Auffassung sind, liegen wir mit unseren Stellenplänen genau goldrichtig in der Mitte, und das ist auch gut so. Die AfD will alle Haushaltsmittel streichen, die Frauen fördern – das muss man sich mal vorstellen – und in Führungspositionen bringen. Uns wundert das nicht, denn über das verstaubte und rückwärtsgewandte Frauenbild der AfD haben wir hier im Plenum schon einiges gehört, und ab und zu darf man in der Lobby auch mal erfahren, wie der eine oder andere von der AfD dazu steht, wenn das Wort fällt, meine Frau gehört in die Küche, das ist dann auch gut so. Da weiß ich nicht, ob das so ... Also mein Frauenbild ist es nicht und, ich glaube, auch nicht das Frauenbild meiner Fraktion.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das sind doch wohl Fake News.)

Nein, das sind keine Fake News.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Er ist gerade nicht da.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Ist gerade nicht da.

Genauso wie die Frauen abgelehnt werden, wird auch der Klimaschutz von der AfD abgelehnt. Wie naiv ist die AfD eigentlich, wenn sie immer noch den Klimawandel leugnet. Dafür soll es aber mehr Polizei und einen neuen Polizeihubschrauber geben.

(Zurufe von Stephan J. Reuken, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir haben mit dem neuen Sicherheitskonzept in diesem Doppelhaushalt die richtigen Weichen gestellt,

(Stephan J. Reuken, AfD:
Das ist doch nicht wahr. –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

um den Sicherheitsanforderungen Rechnung zu tragen.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Allen beweist die AfD damit, dass sie nicht an dem wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes arbeiten möchte und daran auch glaubt, dass das Land nicht weiter vorangebracht werden muss, denn Sie reden ja das Land eigentlich nur schlecht. Ich habe nichts anderes gehört zumindest, ganz im Gegenteil.

Auf die Anträge der Fraktion DIE LINKE, insbesondere die Forderungen im Bildungsbereich, haben wir auch schon teilweise geantwortet. Ich glaube, mein Kollege Butzki wird dazu dann auch noch was sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich selbstverständlich die Gelegenheit auch nutzen, um mich im Namen der SPD-Fraktion für die gute Zusammenarbeit in den Fachausschüssen, insbesondere im Finanzaus-

schuss, bei den Kolleginnen und Kollegen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zu bedanken. Mein besonderer Dank geht an das Ausschusssekretariat unter der Leitung von Herrn Albrecht und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vielen Dank für Ihre herausragende Arbeit. – Und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Ich muss dann mal ganz kurz hier auch noch mal reagieren. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Kokert meinte eben in seinem Redebeitrag, dass es uns ärgern würde, wenn sich die Regierungskoalition einigt und Probleme löst. Das stimmt aber einfach nicht. Wir betreiben Sachpolitik, und wie Sie das jetzt in den letzten zweieinhalb Jahren mitbekommen haben dürften,

(Jochen Schulte, SPD: Ich habe Tinnitus. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

stimmen wir auch Anträgen der Regierungskoalition zu und wir stimmen auch Anträgen der Linksfraktion zu, wenn es unserer Parteilinie entspricht

(Torsten Renz, CDU:
Der Parteilinie? Also nicht dem
Wohl der Bürger? Parteilinie!)

und wenn es vor allen Dingen einer Verbesserung für die Bürger im Land entspricht, ja?

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Die Parteilinie ist das Wohl der Bürger! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wir wertschätzen,

(Andreas Butzki, SPD:
Das kenne ich von früher!)

wir wertschätzen jede positive Veränderung für die Bürger unseres Landes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sich aber hier hinzustellen

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und sich selbst geschaffte Probleme – Sie hatten 30 Jahre Zeit, dieses Land zum Positiven zu verändern –,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU: Haben wir doch!)

und Sie schaffen sich, Sie schaffen sich selbst Probleme und stellen sich dann hier hin als Retter in der Not, als der Feuerwehrmann, und lassen sich dafür hart feiern, das ist so unglaublich! Das ist echt so unglaublich, das geht nicht.

Ich komme noch mal auf die 144 Anträge zurück. Herr Gundlack hat vorhin,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Gundlack hat vorhin gesagt, ja, die Qualität – in einem Zwischenruf –, die Qualität Ihrer Anträge war eben so,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, ja.)

dass wir denen nicht zustimmen konnten.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das war ja auch Mist.)

Solo habe ich hier, ...

Das war Mist? Alles klar, Herr Waldmüller. Jetzt Ohren spitzen, zuhören!

... Ausschussdrucksache 884, Innenausschuss, meine Fraktion bringt einen Änderungsantrag ein zur Verbesserung der Schulungsmöglichkeiten im Landesverfassungsschutz.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was? –
Torsten Renz, CDU: Verfassungsschutz.)

Wir haben eine Deckungsquelle benannt und wollten zweimal um 39.000 Euro den Etat erhöhen. Was macht die Regierungskoalition? Lehnt den Antrag ohne Diskussion ab, um eine Woche später – eine Woche später! –

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das Zehnfache!)

genau denselben Antrag einzubringen mit der gleichen Deckungsquelle,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

allerdings nur zweimal 18.500 Euro. Und dann erzählen Sie uns, dass unsere Anträge qualitativ schlecht sind,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Eben!)

nur, weil die Summen da vielleicht ein bisschen auseinandergelassen?! So was hätte man auch im Ausschuss dann beraten können, Herr Gundlack, und dann hätte man sich irgendwo in der Mitte finden können.

(Tilo Gundlack, SPD:
In welchem Ausschuss?)

Und das ist die Arroganz der Macht, die Herr Kokert vorhin verneint hat,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

meine Damen und Herren. Das ist die Arroganz der Macht,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

wenn unsere Anträge einfach so abgelehnt werden und dann gleichlautende Anträge eingebracht werden, meine Damen und Herren. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Egbert Liskow, wenn sich nicht schon wieder was geändert hat.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Märchenstunde möchte ich nicht machen, Frau Rösler,

(Andreas Butzki, SPD:
Fakten, Fakten, Fakten!)

aber ich möchte am Anfang, bevor ich beginne, mich ausdrücklich noch mal bei den Kollegen des Finanzausschusses, aber ganz speziell der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion bedanken und hier in diesem Falle bei Herrn Gundlack. Wir haben wirklich in den letzten Monaten eine sehr faire, sehr gute und eine auf Vertrauensbasis begründete Zusammenarbeit gehabt. Ich glaube, das ist auch immer sehr wichtig, weil jeder weiß, in den langen Monaten der Haushaltsberatungen – und wir haben alle Mitte August angefangen –, da gibt es wirklich viel Bewegung drin, viel Beratungsbedarf, bis man nachher einen solchen Haushalt zur Verabschiedung bringen kann,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Märchenstunde!)

und ich glaube, das ist auch diesmal wieder vorbildlich und mustergültig passiert und auf Vertrauensbasis gelungen.

Jetzt noch will ich einige wesentliche Sachen nennen, und ich meine, ganz wichtig ist natürlich auch das Ausschusssekretariat, das das alles zusammenbündelt und vernünftig begleitet, und ohne die tatkräftigen Mitarbeiter im Ausschusssekretariat, glaube ich, sind wir dann auch selber nicht in der Lage, das so toll zu machen. Auch die Leitung des Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herr Dr. Jess, muss hier mal hervorgehoben werden, das ist auch bei den Haushaltsberatungen gut gemacht worden.

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD)

Jetzt zum Haushalt speziell: Wir haben hier eindeutig einen Investitionshaushalt, das wurde ja mehrmals heute schon gesagt. Und ich glaube, wenn wir es schaffen als Regierungskoalition, die Investitionsquote mehrmals zu steigern – und das ist ja in den nächsten zwei Jahren so drin und wir sind jetzt bei einer Investitionsquote von über acht Prozent –, ist es im Vergleich zu den Flächenländern West und Ost schon bemerkenswert, dass wir diese Investitionsquote erreichen. Die sinkt zwar nachher ab 2022/2023 wieder leicht ab, aber trotzdem sind wir auf einem guten und hohen Niveau, und das muss man diesem Haushalt zugutehalten. Das ist wichtig für uns, dass die Investitionsquote im Land sehr hoch ist.

(Beifall Dietmar Eifler, CDU)

Auf dieser Basis müssen wir weitermachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und was für uns als CDU sehr wichtig ist – und da danke ich auch noch mal dem Finanzminister Meyer, das haben wir ja von seiner Seite in der Einbringungsrede deutlich auch gehört –, die schwarze Null ist für uns als CDU wichtig und die wollen wir auch in Zukunft halten. Das hört man zurzeit auf Bundesparteitagen anderer Parteien nicht immer so,

(Torsten Renz, CDU: Zum Beispiel?)

und da gibt es nicht nur die SPD, die Linksfraktion, aber auch die grünen Parteien, die im Moment ja sogar darüber teilweise nachdenken, dass man wieder investiert auf Grundlage neuer Schulden, dass man sogar darüber nachdenkt, die Schuldenbremse wieder aufzulockern. Das wird mit der CDU-Fraktion nicht möglich sein.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Bleibt mal bei euerm Job, sonst
wird euch die Realität einholen!)

Wir sind dabei, dass wir gesagt haben, dass wir weiterhin eine solide Finanzpolitik machen wollen,

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

und da kann man sich drüber streiten, was man finanzieren will und was man nicht finanzieren will, aber grundsätzlich muss bei der soliden Finanzpolitik die schwarze Null stehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wir können nur das ausgeben, was wir vorher eingenommen haben, und da muss man wirklich dem Steuerzahler noch mal Dank sagen, auch über den Länderfinanzausgleich, dass wir überhaupt in diese Lage versetzt werden, dass wir so viel Geld – über 9 Milliarden in den beiden Haushaltsjahren – jährlich zur Verfügung haben, und da muss man natürlich auch mit diesen Geldern vernünftig und solide umgehen. Man kann immer mehr machen und man kann darüber streiten, was richtig ist, aber aus meiner Sicht haben wir richtige Schwerpunkte gesetzt.

Wir sind auch dabei, die Rücklagen abzubauen, was ich teilweise selber ja auch schon in der Einbringungsrede kritisiert habe, dass wir so schnell und so viel die Rücklagen senken. Ich habe auch gesagt, dass ich das kritisch sehe, dass wir ohne Abschlag sozusagen den Haushalt aufstellen, also keinen Sicherheitsabschlag machen, aber wenn man sich jetzt den Gesamthaushalt anguckt, muss man sagen, in einer wirtschaftlichen Situation, die in Deutschland, sagen wir mal, nicht mehr ganz so robust ist, ist es auch sinnvoll, mehr zu investieren.

Wir haben auch die wichtigen Programme aufgelegt dafür, dass wir das Mobilfunknetz sozusagen in Mecklenburg-Vorpommern stabilisieren können, dass überall vernünftig Internet kommt, dafür die 58 Millionen Euro in dem Funkmastenprogramm. Beim Breitbandausbau gehen wir in die Rücklage, nehmen das Geld raus. Wir machen das Feuerwehrprogramm mit den 50 Millionen, was festgelegt worden ist schon im Vorfeld, was jetzt finanziert wird. Wir haben mehr Geld für unsere Polizei. Wir haben für Richterstellen, die mehr bereitgestellt werden, Gelder. Also wir sind in einer breiten Situation in der Aufstellung der wichtigen Themen, die wir haben. Das Schulbauprogramm, das wir für die Schulen haben, dass

die Lehrer mehr Geld bekommen sollen, die Grundschullehrer, also wir haben wirklich in allen Bereichen wesentliche Schwerpunkte gesetzt als CDU, als Koalition, und ich glaube, da muss man auch mal dankbar dafür sein, dass wir überhaupt in der Lage sind, so viel Geld in so vielen Bereichen einzusetzen. Dazu zählt natürlich auch die kostenfreie Kita.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Tilo Gundlack, SPD)

Jetzt kann man natürlich sich über die eine oder andere Position noch mal Gedanken machen, ist sie sinnvoll oder ist sie nicht sinnvoll. Die AfD ist der Meinung, zum Großteil ist es nicht sinnvoll, auch die Linksfraktion setzt eigene Schwerpunkte. Wir als Koalition sind zurzeit in der Regierungsverantwortung, müssen Politik gestalten und wollen sie auch gestalten und setzen unsere Schwerpunkte, und ich glaube, das ist mit diesem Haushalt sehr gut gelungen. Deswegen glaube ich, dass das unsere Fachpolitiker hier im Nachhinein mit Einzelanträgen auch noch mal deutlich unterstreichen werden, und bedanke mich erst mal für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Landesregierung der Finanzminister.

Minister Reinhard Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich zu nächst einmal Dank sagen – einige haben das schon getan, aber das kann man nicht oft genug tun – für die Haushaltsberatungen an alle Mitglieder des Finanzausschusses, an das Sekretariat, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und, erlauben Sie mir das bitte auch als zuständiger Minister, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzministerium natürlich auch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich möchte noch ein paar Punkte aufgreifen aus der Generaldebatte, die mir wichtig sind.

Erstens. Dieser Haushalt, den wir vorgelegt haben, ist kein Wahlkampfhaushalt. Und, meine Damen und Herren von der AfD, wir reden heute auch über die Mittelfristige Finanzplanung und Sie sehen, dass die Investitionen sich fortsetzen, dass wir längerfristig denken. Das ist vernünftige Politik für die Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zweitens. Wir machen eine expansive Haushaltspolitik mit Investitionen. Ja, wir nutzen die bessere Ausstattung aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich, wir nutzen die Spielräume, weil, meine Damen und Herren, Sparen allein kein Selbstzweck ist. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr konsequent gespart, um uns das leisten zu können, was wir heute tun mit dem Haushalt. Und gleichzeitig, meine Damen und Herren, sind wir solide mit einer schwarzen Null und ausreichenden Rücklagen. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Drittens. Meine Damen und Herren, das Land Mecklenburg-Vorpommern steht dafür, dass wir seit 2006 keine neuen Schulden machen. Das ist republikweit das

Markenzeichen für dieses Bundesland und für diesen Landtag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und man muss der Fairness halber darauf hinweisen, dass diese erste Marke 2006 „keine neuen Schulden“ natürlich schon bei Rot-Rot angelegt war.

(Thomas Krüger, SPD: So ist das.)

Das gehört zur Historie dazu – ich war auch dabei und kann das bestätigen –, und insofern lohnt es auch nicht die Auseinandersetzung, die es hier vorhin gegeben hat, nach meiner Meinung.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Es ist uns ja vorgeworfen worden, dass wir Rücklagen einfach so auflösen würden. Das ist nicht der Fall. Wozu bildet man Rücklagen, meine Damen und Herren? Man bildet Rücklagen, weil man sich vorgenommen hat, in der Zukunft bestimmte Aufgaben zu erledigen, damit zu finanzieren. Und natürlich sind es politische Versprechen der Vergangenheit, die jetzt eingelöst werden, ganz materiell über den Haushalt. Über die Elternbeitragsfreiheit bei der Kita haben wir schon gesprochen. Übrigens, weil eben noch von den armen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern von einer rechten Seite gesprochen wird, das ist die größte Nettolohnerhöhung seit Langem, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, für Eltern mit Kindern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir reden über innere Sicherheit, wir reden über Breitband, wir reden über die Kommunen, über Feuerwehr, Bildung und, und, und, meine Damen und Herren. Das sind die Investitionen in die Zukunft des Landes. Gleichzeitig haben wir eine Konjunkturausgleichsrücklage gebildet, aufgefüllt auf 500 Millionen Euro, mit der Regelung der Schuldenbremse, die erste Sicherheitsmarge, die wir für den Haushalt haben.

Und, meine Damen und Herren, ich habe auch schon bei der Einbringungsrede gesagt, ja, mit diesem Haushalt und in der Mittelfristigen Finanzplanung gibt es Herausforderungen und wir wollen die Ausgleichsrücklage auch dauerhaft wieder auf 500 Millionen Euro bringen, damit wir zusammengenommen – alleine Konjunkturausgleichsrücklage/Ausgleichsrücklage – 1 Milliarde Euro haben zur Sicherheit. Und, meine Damen und Herren, bei einem Haushaltsvolumen von 9 Milliarden Euro ist das ausreichend Sicherheit, vernünftige Politik für Mecklenburg-Vorpommern zu machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir bleiben dem Kurs solider Finanzen also nach wie vor treu, wir investieren aber gleichzeitig in die Zukunft des Landes. Und, meine Damen und Herren, wir setzen auf Investitionen, die so hoch sind wie seit Jahrzehnten nicht mehr, und das ist volle Absicht, denn wir wollen dieses Land attraktiv halten und machen.

Und, meine Damen und Herren, natürlich gibt es Diskussionen darüber, was kann die Konjunktur in den nächsten Jahren ausrichten. Aber auch dafür brauchen wir gerade

Investitionen in dieser Zeit, um auch Zeichen zu setzen nach außen, weil wir viel zu tun haben, Mecklenburg-Vorpommern weiter besser zu machen. In beiden Jahren zusammen, 2020 und 2021, werden wir über 3 Milliarden Euro an Investitionen freisetzen – wie gesagt, so viel wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Aber es reicht nicht, meine Damen und Herren – und deswegen an der Stelle ein Appell an diejenigen, die es umsetzen müssen –, es reicht nicht, als Landesregierung, als Landtag einen solchen Haushalt zu machen, solche Investitionen vorzusehen, wir brauchen auch diejenigen, die mitmachen, die das umsetzen, insbesondere in der Bauwirtschaft.

(Bernhard Wildt, CDU: Bauingenieure.)

Ich habe viele Gespräche geführt, auch mit der Bauwirtschaft, und stelle fest, wir müssen, glaube ich, noch ein bisschen mehr fordern. Wir legen jetzt einen Haushalt vor, wir legen eine Mittelfristige Finanzplanung vor, die ein klares Zeichen sind an die Bauwirtschaft im Land zu sagen, baut Kapazitäten auf, es wird genug Aufträge geben, von den Kommunen bis zum Land, und wir schaffen das nur gemeinsam an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch mal zwei Themen herausgreifen, die ja ganz wichtig sind auch weiterhin für die Zukunft des Landes.

Das Thema Bildung: Ich muss mich manchmal schon wundern, ob hier im Raum oder außerhalb dieses Raumes bei gesellschaftlichen Gruppen, wenn die Landesregierung sagt, wir nehmen viermal 50 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre – nicht nur zwei, vier! – und damit insgesamt 200 Millionen Euro, 200 Millionen Euro für Bildung, dass dann manche der Auffassung sind, 200 Millionen Euro sei nichts. Und ich glaube, da müssen wir unsere eigenen Verhaltensweisen auch mal überprüfen. Das ist eine massive Investition in Bildung für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und im Übrigen, Frau Rösler, das war eine Pressekonferenz mit Frau Hesse, der ehemaligen Bildungsministerin, wo Frau Oldenburg gesagt hat, 80 Inklusionsstellen. Da ging es um den Inklusionsfrieden.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Da die Ministerin danebensaß und das weder bestätigt noch dementiert hat, kann man jetzt zwar behaupten, das wäre ein Versprechen gewesen der Ministerin – das war nicht so –, aber mit dem Schulpaket hat natürlich diese Bildungsministerin in der Kontinuität des Handelns des Bildungsministeriums vor, entsprechende Stellen für Inklusion zu schaffen. Also insofern ist das Thema auch da in guten Händen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
der SPD und Egbert Liskow, CDU –
Andreas Butzki, SPD:
So ist das. Ja, so ist das.)

Ich hätte jetzt für Herrn Kokert und Herrn Krüger noch mal die exakten Zahlen für die Kommunen rausgesucht, aber ich glaube, das können wir dann im Nachhinein ma-

chen, oder vielleicht fürs Protokoll: 1,469,4 Milliarden Euro in 2020 und 1,488,1 Milliarden Euro in 2021

(Torsten Renz, CDU:
Inklusive Abrechnungsbeträge,
müssen Sie dazusagen.)

für die Kommunen, damit auch jetzt im Protokoll steht, was man demnächst für irgendwelche Postillen, ob CDU oder SPD oder wer auch immer, gerne dann benutzen darf, meine Damen und Herren.

(Torsten Renz, CDU:
Inklusive Abrechnungsbeträge.)

Entscheidend ist eine andere Geschichte. Wir haben insbesondere mit dem neuen FAG und durch den Haushalt abgebildet eine Infrastrukturpauschale vorgesehen. Und das, Frau Rösler, das bringt mich zu dem Thema „Entscheidungen vor Ort“. Das setzt die Kommunen,

(Unruhe bei Thomas Krüger, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

das versetzt die Kommunen in die Lage, vor Ort zu entscheiden und vor Ort auch zu entscheiden, welche Investitionen in Infrastruktur

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

am wichtigsten sind, und das ist eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Jeannine Rösler, DIE LINKE: Deshalb
haben wir dieses schon seit
Jahren gefordert.)

Und, meine Damen und Herren,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Sie kommen damit viel zu spät.)

es ist ja vieles gesagt worden über eine Diskussion auf Bundesebene, die zurzeit stattfindet. Sie finden Ökonomen, die Ihnen das eine sagen, Sie finden Ökonomen, die Ihnen das andere sagen. Das heißt, debattiert wird über die schwarze Null, debattiert wird über die Schuldenbremse. Mein Fazit ist, „schwarze Null oder investieren“ ist die falsche Diskussion. In Mecklenburg-Vorpommern schaffen wir beides: Rekordinvestitionen und einen ausgeglichenen Haushalt. Und das ist etwas ganz Besonderes, und deswegen, meine Damen und Herren, meine Zahl des Tages ist eindeutig die schwarze Null, und dabei wird es bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Christian Brade, SPD: Hat er
überhaupt noch Redezeit?)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Krüger, Sie brauchen als Fraktionsvorsitzender der SPD nicht nervös zu werden. Ich glaube, ich werde auch in Ihrem Sinne jetzt hier kurze Ausführungen machen.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:
Ich bin die Ruhe in Person! –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Na ja, die Zwischenrufe, die mich sozusagen nach vorne hin begleitet haben, die lassen anderes vermuten.

Mir geht es darum, eine Sache hier klarzustellen, die in der Grundsatzdiskussion hier von Herrn Kramer zum Schluss ausgeführt wurde, unter dem Motto, hier sitzt die Alternative und hat eine Alternative. Er hat ganz konkret den Verfassungsschutz hier aufgerufen, dass die Alternative substantiell, inhaltlich und fundiert einen Antrag in den Finanzausschuss eingebracht hat, der dann, warum auch immer, von den Koalitionären und von den LINKEN, so habe ich das in Erinnerung, abgelehnt wurde.

Das gilt es hier klarzustellen, weil, Herr Kramer, Sie einen abgeschriebenen Antrag sozusagen, einen abgeschriebenen Antrag präsentiert haben, und das mit falschen Zahlen. Warum ist es ein abgeschriebener Antrag mit falschen Zahlen?

(Martina Tegtmeier, SPD:
Minus mal Minus ist Plus.)

Das hängt damit zusammen, dass diese Inhalte, die Sie hier thematisieren, eine Vorgeschichte haben in einem Ausschuss, der sehr nicht öffentlich tagt. Und da kann ich Ihnen nur sagen – und das kann man öffentlich sagen –, da gab es auch unter Beteiligung Ihres Vertreters ein Einvernehmen zu den konkreten und richtigen Zahlen und keinen Hinweis, dass die nicht korrekt sind, zu gering sind oder Ähnliches.

Insofern haben Sie sich also die Mühe gemacht oder wer auch immer, etwas verschriftet, was im Prinzip schon vorlag, und dann mit falschen Zahlen hantiert, unter dem Motto: „Herr Lehrer, ich weiß was“, und haben dann zwei/drei Tage später so einen Antrag in den Ausschuss eingebracht. Und Sie werden doch von uns nicht erwarten können, dass wir einem abgeschriebenen Antrag mit falschen Zahlen zustimmen. Das ist dann nämlich in der Sache Populismus und keine Alternative.

(Jochen Schulte, SPD:
Und schlecht gemacht.)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Thomas Krüger, SPD: Das war
notwendig, das klarzustellen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor wir in die Beratung der Einzelpläne einsteigen, frage ich ein letztes Mal, ob es zur allgemeinen Aussprache weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist offensichtlich nicht der Fall, dann ist die allgemeine Aussprache geschlossen.

Im Rahmen der Debatte ist gemäß Paragraf 52 unserer Geschäftsordnung seitens der Fraktion der AfD zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung auf den Drucksachen 7/3899 und 7/3900(neu) nebst allen Anlagen die Durchführung einer Dritten Lesung beantragt worden. Hierüber lasse ich zunächst abstimmen. Wer der Durchführung einer Dritten Lesung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Durchführung einer Dritten Lesung bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Ablehnung der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle folgenden Hinweis: Es liegen Ihnen ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4551 zum Thema „Gesundheitsversorgung verbessern, nicht verschlechtern! Entscheidungen zu Krankenhausstandorten Crivitz und Parchim neu verhandeln!“, ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4552 zum Thema „Sicherstellung der medizinischen Versorgung für Kinder in Parchim und in Crivitz“ sowie ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4555 zum Thema „Pädiatrische Versorgung und Geburtshilfe sichern“ vor. Zwischen den Fraktionen bestand Einvernehmen, diese drei vorliegenden Dringlichkeitsanträge in verbundener Debatte am Freitag als Zusatztagsordnungspunkt nach dem Tagesordnungspunkt 18 aufzurufen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Beratung über die Einzelpläne.

Ich eröffne die Aussprache zum **Einzelplan 01** sowie zu dem zum Einzelplan 01 zugehörigen Teil des Stellenplans.

Das Wort wünscht für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Dem Einzelplan 01 „Landtag“ kann meine Fraktion, die AfD-Fraktion, nicht zustimmen.

(Andreas Butzki, SPD: Den anderen ja?)

30 Jahre nach Mauerfall

(Torsten Renz, CDU: Das sind die 5 Prozent, 95 kommen noch.)

versuchen doch hier wieder die SPD-Altsozialisten aus den westlichen Bundesländern, ihre feuchten Träume

(Andreas Butzki, SPD:
Na, na, na, na!)

vom Aufbau eines Sozialismus 2.0 zu verwirklichen,

(Julian Barlen, SPD: Das ist unverschäm!)

mit Gründung des volkseigenen Betriebes Schlossgastronomie.

(Thomas Krüger, SPD: Oh je, jetzt kommen wir zum Problem des Jahres!)

Ist die Schlossgastronomie von Landesinteresse? Geht es hier um die Landessicherheit oder Daseinsvorsorge der Bürger unseres Landes

(Tilo Gundlack, SPD: Das klang im Ausschuss aber ganz anders.)

oder höhere Landesinteressen?

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Nein! Also lassen Sie die Gastronomie in der Marktwirtschaft! Die Mitarbeiter der derzeitigen Gastronomie haben hier einen sehr guten Job gemacht und werden auch bestimmt von einem neuen Betreiber aus der Privatwirtschaft übernommen. Das ist Nummer eins.

Nummer zwei: Die über zwei Jahre verteilten 900.000 Euro an die Fraktionen für Digitalisierung lehnen wir ebenso ab. Die bisher ausgereichten finanziellen Mittel an die Fraktionen sind ausreichend. Die Fraktionen müssen der Privatwirtschaft keine weiteren Fachkräfte entziehen, um die Staatsquote noch mehr aufzublähen. Auch dieser Titel atmet die sozialistischen Ansätze. Oder muss die SPD auch hier noch einen Parteisoldaten unterbringen?

Und das dritte Thema: Auch den hohen Stellenaufwuchs beim Datenschutzbeauftragten lehnen wir ab.

(Thomas Krüger, SPD: Ihr lehnt alles ab, ohne Alternativen zu haben.)

Im Ländervergleich – zum Beispiel mit Hamburg oder auch Schleswig-Holstein – haben wir einwohnerbezogen zu viele Datenschützer. Oder ist hier die neue Horch- und Guck-Truppe der SPD im Aufbau?

Fazit: Der Einzelplan „Landtag“ ist für unser armes und wirtschaftlich schwaches Bundesland zu aufgebläht und zu teuer und deshalb aus Sicht der AfD nicht zustimmbar. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Oh, das war aber eine Rede! – Andreas Butzki, SPD:
Das war ein echter Lerche jetzt wieder!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 01.

Zu den **Einzelplänen 02 und 03** sowie den dazugehörigen Teilen des Stellenplans liegen keine Wortmeldungen vor. Ich sehe und höre auch keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne nun die Aussprache zum **Einzelplan 04** sowie zu dem zum Einzelplan 04 zugehörigen Teil des Stellenplans.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Herr Kokert hat ja vorhin behauptet, wir würden das nicht goutieren, dass es einen Stellenaufwuchs gibt. Dem möchte ich hier entschieden widersprechen. Meine Fraktion begrüßt den von uns geforderten und nun

von der Regierung beschlossenen Stellenaufwuchs bei der Landespolizei. Damit dieser aber auch in den Revieren ankommt, müssen wir die Ausbildungsstrukturen an der Fachhochschule und die finanziellen Mittel für die Anwerbung neuer Polizeianwärter verstärken. Mehr Polizisten auf dem Papier – ich habe es vorhin schon in der Generaldebatte gesagt – sind noch lange nicht mehr Polizisten auf der Straße. Trotz der anvisierten neuen Polizisten hat es die Landesregierung im aktuellen Haushalt verpasst, die Ausgaben zur Gewinnung von Nachwuchskräften zu erhöhen. Wir fordern daher eine Verzehnfachung der eingestellten Mittel auf 300.000 Euro.

Nach Ansicht von Experten haben reguläre uniformierte Polizeikräfte in der Regel die ersten 60 Minuten einer Terrorlage zu bewältigen. In vielen anderen Bundesländern sind entsprechende Beschaffungen bereits umgesetzt worden. Gegenwärtig sind Funkstreifenwagen des Landes in Mecklenburg-Vorpommern nur mit einer alten MP5 ausgestattet. Die Landespolizei muss im Kampf gegen terroristische Bedrohungsszenarien mit modernsten Mitteln ausgestattet werden. Hierzu gehört auch eine flächendeckende Einführung der MP7 als effektiveres Einsatzgerät für Streifenbeamte im Kampf gegen Attentäter und Terroristen. Wer Weihnachtsmärkte schützen lässt, muss auch dafür die eingesetzten Polizisten hochmodern ausrüsten, meine Damen und Herren.

Kommen wir zur Hubschrauberstaffel: Die Hubschrauberstaffel der Landespolizei in M-V hatte zuletzt steigende Einsatzzahlen zu verzeichnen, wie es in einer Anfrage von mir verdeutlicht wurde. Gleichzeitig bedurfte es deutlich gestiegener Wartungsarbeiten. Dadurch sind die beiden aktuell vorhandenen Hubschrauber nicht immer einsatzbereit. Eine Ersatzbeschaffung durch einen neuen Hubschrauber im Haushaltsjahr 2020 ist daher dringend geboten, um die notwendige Einsatzflexibilität sicherzustellen.

(Egbert Liskow, CDU: Da war aber noch mehr Personal da.)

Der Verfassungsschutz sollte ein Brandmelder gegen wirklich extremistische Bestrebungen in Mecklenburg-Vorpommern sein. Mit der zunehmenden Selbstradikalisierung junger Menschen über das Internet ist eine neue Herausforderung in der Terrorismusbekämpfung entstanden. Der Anschlag in Halle demonstrierte, dass es für Sicherheitsbehörden unglaublich schwer ist, diesen Terrorismus frühzeitig aufzuklären. Und auch der missglückte Anschlag des Islamisten Yamen A. hier in Schwerin konnte nur über Zuarbeit befreundeter Nachrichtendienste verhindert werden. Der Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern muss über Ressourcen verfügen, die der neuen Bedrohungslage angepasst sind. Wir fordern daher, die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern nicht länger als Schwesigs Schützer zu missbrauchen und sie stattdessen zu Deradikalisierungsspezialisten zu machen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ignoriert weiter die effektive Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Ausreisepflicht. Aktuell der über 3.600 Personen – ich habe es heute Vormittag auch schon erwähnt – ohne Aufenthaltstitel kosten dem Steuerzahler jedes Jahr circa 50 Millionen Euro. Deshalb fordern wir eine Verfünffachung der Ausgaben für Abschiebungen auf 4,5 Millionen Euro. Es braucht eine Rückführungsoffensive für die Jahre 2020/2021.

Im Jahr 2011 betrug die Kosten für die Maßnahmegruppe „Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten“ insgesamt 30 Millionen Euro. Im heute zu debattierenden Haushaltsplan sind hierfür 110 Millionen Euro eingestellt. Neben der weiterhin unkontrollierten Einwanderung in unser Land schlägt nun auch der vom Land mit eingerechnete Familiennachzug zu Buche.

(Thomas Krüger, SPD:
Wo? An welcher Stelle ist das unkontrolliert? Das ist falsch.)

Wir fordern von der Landesregierung, endlich einen aktiven Grenzschutz umzusetzen, damit keine asylferne Zuwanderung aus sicheren Nachbarländern mehr erfolgt.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wir fordern eine Rückkehr zur Ausgabesituation des Jahres 2011. Unseren Bürgern würden Mehrkosten in Höhe von 80 Millionen Euro erspart werden. Genau dieses Geld brauchen wir dringend für Bildung und zur Stärkung des ländlichen Raums. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 04, der Haushalt des Innenministeriums – wir haben ja heute schon einiges darüber gehört –, ist ein klarer Haushalt, der in die Zukunft weist und viele wichtige Zukunftsfelder aufnimmt. Auf zwei bis drei möchte ich kurz eingehen.

Mir als Feuerwehrmann ist natürlich besonders wichtig das auch hier schon öfter diskutierte 50-Millionen-Paket für unsere Feuerwehren draußen im Land. Ich glaube, jeder kennt das aus seiner Wahlkreisarbeit, vor allem, wenn er auch in kleineren Gemeinden unterwegs ist, da gibt es sehr, sehr viele engagierte Feuerwehrleute zum Teil,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

denen wir heute auch mal Dank aussprechen können an dieser Stelle, sehr gerne. Und zum Teil gibt es dort noch Technik, die stammt noch aus Zeiten der DDR. Ich selber kenne noch genug W50 oder auch Roburs, die da noch im Einsatz sind. Und deshalb ist es gut, dass unser Feuerwehropaket an dieser Stelle ansetzt und wir in einem ersten Schritt – mit den Ausschreibungen wollen wir ja nach Beschluss sofort beginnen – 150 Fahrzeuge, Tragkraftspritzenfahrzeuge mit Wasser anschaffen wollen und damit versuchen wollen, möglichst alle alte Technik, die noch wirklich von vor 30 Jahren ist, im Land zu ersetzen. Das ist, denke ich, ein wichtiger Schritt. Das erhöht die Motivation der Kameradinnen und Kameraden, vor allem im ländlichen Raum. Und ich denke, das haben sie sich nach 30 Jahren intensiver Arbeit mehr als verdient, und deshalb ist es das richtige Zeichen, was wir hier setzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Aber wir bedenken dabei – auch das sind Lehren aus den Brandfällen, gerade Lübtheen oder auch die Eurofighter-Abstürze an der Müritz –, wir werden auch elf TLF 5000, das sind große wasserführende Fahrzeuge mit mindestens 5.000 Litern Wasser drin, im ganzen Land verteilen. Die großen Landkreise, wenn ich mich recht erinnere, MSE und Vorpommern-Greifswald, erhalten je zwei, die anderen jeweils einen.

(Thomas Schwarz, SPD:
Ludwigslust-Parchim auch zwei.)

Bitte. Danke, Kamerad Schwarz, für die Berichtigung.

(Thomas Schwarz, SPD: Bitte.)

Auch Ludwigslust-Parchim – genau, der Süden war es, so war das, glaube ich, genau, Thomas – erhält zwei, so dass wir auch in unmittelbarer Reichweite überall im Land tatsächlich große wasserführende Fahrzeuge haben.

Und wir haben dann vor, für unsere Schwerpunktfeuerwehren oder auch für die Feuerwehren mit besonderer Ausstattung auch noch jeweils bis zu 31 kleinere Tanklöschfahrzeuge mit mindestens 3.000 Litern oder auch Löschfahrzeuge 20 zu beschaffen. Und hinzu kommen noch zwei Hochleistungsdruckpumpen. Wir haben das vor allem ja auch bei Lübtheen bemerkt, dass gerade, wenn viel Wasser verbraucht wird, es auch eines hochleistungsfähigen Pumpensystems bedarf. Auch das wollen wir anschaffen, davon zwei Stück und die eine im Osten und eine im Westen des Landes verteilen.

Ich glaube, wenn wir dieses Programm mit 50 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren auch umgesetzt bekommen, wir auch die Industrie dahin kriegen, diese Kapazitäten dann auch bereitzustellen, ist das ein wichtiger Schritt in der Versorgung des Brandschutzes und auch der Gewährleistung des Brandschutzes in Mecklenburg-Vorpommern, auch wenn – wir wissen das alle – danach längst nicht alle Probleme beseitigt sind. Aber es ist ein sehr wichtiger Schritt, und ich glaube, da können wir zu Recht auch in der Koalition und auch im Parlament stolz drauf sein, dass wir so ein Programm mit diesem heutigen Haushaltsbeschluss auf den Weg bringen. Und ich bedanke mich bei allen, die in den Arbeitsgruppen mitgewirkt haben und zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wir machen noch ein Zweites, auch das wird mit diesem Doppelhaushalt angeschoben: Die Landesfeuerweherschule war hier auch schon öfter Thema, die wollen wir perspektivisch auch für 18 Millionen oder mindestens 18 Millionen in ein Kompetenzzentrum für den Brandschutz in Malchow ausbauen. Das ist dringend erforderlich. Wir alle wissen, dass wir ziemlich viele Lehrgänge, ob für Gruppenführer, für Verbandsführer oder auch Truppmann- und Truppführerausbildung haben, da brauchen wir mehr Kapazitäten, auch an der Landesfeuerweherschule. Und deshalb ist es, glaube ich, gut, dass wir auch mit diesem Haushaltsbeschluss den Startschuss setzen und auch hier die Kapazitäten aufbauen, um dann zukünftig auch die Kameradinnen und Kameraden vernünftig ausbilden zu können. Das, denke ich, ist für den Brandschutz ein sehr fortschrittlicher Haushalt, auf dem wir uns hier fortbewegen.

Wir haben zur Polizei schon vieles gehört, auch, glaube ich, dass wir 150 neue Polizeistellen ausbringen, auch, dass wir uns – hier spielt jetzt die Bildungspolitik mit rein – über den Hochschulpakt geeinigt haben, dass auch zukünftig Geld in die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Güstrow fließen wird. Das sind 500.000 pro Jahr für die nächsten Jahre. Das ist, glaube ich, ein richtiges Signal. Diese Studenten werden im Hochschulpakt mitgezählt, deshalb sollen sie aus diesem Hochschulpakt auch Geld bekommen. Deshalb ist es richtig, dass wir dort auch Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

Auch da bedanke ich mich bei allen, auch bei der Bildungsministerin, dass wir dort diesen Kompromiss erzielt haben.

(Zuruf aus dem Plenum: Insbesondere.)

Insbesondere, genau.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ja, ich will dann noch, ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sehr gut, Herr Krüger!

.... ich will dann auch noch an die Dankesveranstaltung erinnern, die wir im nächsten Jahr für die Feuerwehren ausführen wollen. Dafür haben wir jetzt insgesamt 150.000 Euro in diesem Bereich zur Verfügung gestellt. Es gibt viele weitere Punkte.

Zum Schluss will ich vielleicht noch den kommunalen Finanzausgleich, auch wenn der heute schon eine Rolle gespielt hat, erwähnen. Aus meiner Sicht sind dort drei Punkte wichtig: Wir geben als Land mehr Geld, wir erhöhen die Solidarität unter den Kommunen und wir fangen an, eine Investitionspauschale einzuführen, um vor Ort wichtige Projekte umzusetzen. Das alles zusammen zeigt aus meiner Sicht, dass dieser Haushalt, vor allem auch im Innenbereich, ganz klar die kommunal-, sicherheits- und auch feuerwehrpolitische Handschrift der CDU-Fraktion trägt,

(Thomas Krüger, SPD: Aber
auch durch die SPD-Fraktion.)

dass wir ein gutes Verhandlungsergebnis mit unserem Koalitionspartner,

(Thomas Krüger, SPD: Das wollen
wir mal ganz deutlich sagen.)

dass wir ein gutes Verhandlungsergebnis mit unserem Koalitionspartner SPD, Herr Krüger, erzielt haben und dass ich zu Recht stolz darauf bin, dass wir heute so ein gutes Ergebnis hier verabschieden können.

(Zuruf von Martina Tegmeier, SPD)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Aber nicht wieder mecker,
mecker, mecker!)

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der laufenden Beratungen zum Haushalt im Innenausschuss wurde unser Antrag auf einen Fonds zur Entschädigung und Aufarbeitung der rassistischen Terrorserie des NSU in M-V abgelehnt. Der Innenminister und die Koalition bemängelten vor allem die von uns benannte Deckungsquelle. Unserer Fraktion ist dieser Fonds wichtig, er ist notwendig, darum liegt Ihnen heute der Antrag mit neuer Deckungsquelle vor.

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss haben die ersten Zeugenvernehmungen stattgefunden. Wir müssen feststellen, dass es trotz intensiver Ermittlungen bis zur Selbstenttarnung nicht gelungen ist, die Mörder Mehmet Turguts ausfindig zu machen. Jahrelang wurden die Angehörigen vernommen, observiert, immer wieder verdächtigt. Die seelische Belastung und die tiefen Einschnitte in das Leben bis heute schilderte eindrucksvoll Sahabettin Turgut am 25. Februar 2019 im Rathaus Rostock. Angehörige wurden infolge der Ermittlungen in der Türkei in Haft genommen – unschuldig. Im Wohnort waren sie durch die ständigen Ermittlungen von Interpol und der Polizei stark isoliert. Sie mussten gar wegziehen. Der psychische Druck war so hoch, dass alles nur noch vorbei sein sollte.

Dem nicht genug. Noch immer erhält die Familie kaum Infos zu den bisherigen Aufklärungsergebnissen. 2004 bis 2011 – sieben Jahre als Verdächtige, sieben Jahre immer wieder erklären müssen, sieben Jahre unschuldig und doch permanent überwacht. Das Wort „Entschuldigung“ reicht lange nicht. Mit der Einrichtung des Entschädigungsfonds wird der Landtag seine politische Verantwortung wahrnehmen. Ein erster Schritt der Wiedergutmachung, ein kleiner. Und natürlich ist es ein klares und deutliches Signal in einer Zeit, in der Menschen wieder planvoll und ungehemmt ins Visier von militanten Neonazis geraten.

Punkt 2: Abschiebehaftanstalt stoppen. Haft für Menschen, die keine Straftaten verübt haben, ist auch das Thema unseres Änderungsantrages. Ein abgelehnter Asylantrag ist ja keine Straftat.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Illegale Einreise schon.)

Dagegen gerichtlich vorzugehen, ist ein Grundrecht. Frauen und Kinder in Abschiebehaft zu stecken, ist menschliches Unrecht. Eine Abschiebehaftanstalt ist ein Generalverdacht gegen alle Flüchtlinge und alle Asylsuchenden. Das viele Geld gehört in gesellschaftliche Projekte, in die Zivilgesellschaft, in Projekte, zum Beispiel der LAG „Junge Männer/Väter“, in Projekte des Landesfrauenrates, in Projekte der Soziokultur, in Projekte der Selbstorganisation und vielleicht auch in Projekte der Inklusion – für die Menschen, nicht gegen die Menschen.

(Horst Förster, AfD: Antifa! Antifa
haben Sie vergessen, Frau Larisch.)

Die Finanzierung einer Abschiebehaftanstalt und die gleichzeitige Kürzung des Integrationsbudgets ist ein ungleiches, ein ganz fatales Bild für die Gesellschaft.

Und hören Sie auf zu behaupten, die Mittel der Integration seien nicht gekürzt worden! Sie sind es doch. Die Pro-Kopf-Förderung für die Gemeinden und Städte vor Ort fällt weg und damit lassen Sie die Menschen wieder direkt vor Ort erneut alleine. Was sollen die Städte und Gemeinden denn noch alles aus ihren spärlichen Budgets leisten?! Millionen für Abschiebehaft, auch für Frauen und Kinder, aber weniger Geld für Inklusion, weniger für Bildung, weniger für Soziales, weniger für Mitbestimmung, weniger für Kinder- und Jugendarbeit, weniger für Integrationsangebote, Millionen für oder besser gegen monatlich 20 Menschen ausgeben, Millionen, die für Tausende Aktivitäten, für Tausende Menschen in hundert unterschiedlichen Bereichen fehlen – nicht mit uns! Wir möchten die Mittel gerecht aufteilen, dorthin, wo sie hingehören, zu den Menschen direkt vor Ort. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 04.

Zum **Einzelplan 05** sowie dem dazugehörigen Teil des Stellenplans liegen keine Wortmeldungen vor. Ich sehe und höre dazu auch keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache zum **Einzelplan 06** sowie zu dem zum Einzelplan 06 zugehörigen Teil des Stellenplans.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Lerche.

(Vincent Kokert, CDU: Das wird was!)

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Dem Einzelplan Wirtschaftsministerium kann unsere Fraktion ebenfalls nicht zustimmen.

(Torsten Renz, CDU:
Das sind mehr als fünf Prozent.)

Ein wunder Punkt für uns, die AfD-Fraktion, ist der Stellenaufwuchs bei der GSA, Gesellschaft für Struktur- und Arbeitsmarktentwicklung. Wir sind der Meinung, unsere Landesregierung muss nicht eine eigene Software entwickeln,

(Heiterkeit und Zuruf
von Sebastian Ehlers, CDU)

um die Vergabe von EU-Fördermitteln in der Handhabung zu erleichtern und zu vereinheitlichen. Dieses kann man im Rahmen eines Staatsvertrages mit allen anderen Bundesländern gemeinsam tun. Beim Finanzamtsprogramm KONSENS, den Bürgern auch als ELSTER online bekannt, klappt es ja auch. Dann benötigen Sie keine 400.000 pro Jahr, sondern vielleicht ein Zehntel. Wir würden das Geld lieber für die Ansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum ausgeben. Stichwort ist unser Antrag „Rückkehrprämie für deutsche Ärzte im Ausland“. Da

haben wir 250.000 per Änderungsantrag in den Haushalt eingestellt.

Und noch mal für Herrn Gundlack: Wir wollen das Wirtschaftsministerium, welches die SPD verzweigt hat – Abfallwirtschaft wurde ihm ja jetzt auch noch weggenommen –, mit dem Ministerium für Bau, Verkehr und Digitales fusionieren, welches dann ein sogenanntes Superwirtschaftsministerium ist.

(Tilo Gundlack, SPD:
Also ist das Ministerium weg.)

Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte vermutet, dass eine der selbst ernannten wirtschaftsfreundlichen Fraktionen dann hier auch noch sprechen wird zur Wirtschaftspolitik.

(Vincent Kokert, CDU: Selbst ernannt?)

Ich möchte Ihnen gern vier Änderungsanträge ...

(Vincent Kokert, CDU: Haben
Sie eben „selbst ernannt“ gesagt?)

Ja.

(Vincent Kokert, CDU: Weil nämlich schon mehrere Leute in der Fraktion wirtschaftliche Erfahrungen haben. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ja, ja, diese Erfahrungen sind sehr unterschiedlicher Natur, wenn ich das noch mal erklären darf.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte vier Änderungsanträge vorstellen. Aber bevor ich das tue, will ich ganz gern noch mal etwas zum Rahmen sagen und das Bild aufgreifen, was Herr Krüger heute Vormittag gebraucht hat mit dem Schub, mit diesem Haushalt würde es einen Schub geben.

(Torsten Renz, CDU:
Da sind wir überzeugt von.)

Ein Schub – ich denke mal, Herr Renz, Sie wissen, wovon wir reden –, das hat also etwas mit physikalischen Gesetzen zu tun, mit Leistung und Geschwindigkeit.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Impulserhaltung, das fällt
mir da sofort ein.)

Und da ist die Frage, wie viel Leistung ist denn dahinter, und wie ist es mit der Geschwindigkeit und wie sieht es auch aus mit der Kontinuität.

Und der Minister für Finanzen hat vorhin erklärt, weil es ja hierzu besorgte Einwürfe gab, wie ist denn das mit

dem Haushalt, der da so ziemlich leergekehrt wird, was die Reserven betrifft, da hat er beruhigt und hat gesagt, bei einem 9,4-Milliarden-Euro-Haushalt 1 Milliarde dann als Puffer zu haben, wäre ausreichend. Das ist eine mögliche Betrachtungsweise und das ist auch erst mal festzuhalten. Aber was man auch sehen muss, ist, wie steht es denn um die Investitionen.

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

Da wird ja sehr gelobt, dass man richtig Geld in die Hand nimmt. Mit 1,734 Milliarden Euro werden die Investitionen in die Höhe getrieben. Aber der Schub hält nicht an und somit werden Sie nicht die Umlaufbahn erreichen. Im Jahr 2021 werden Sie um 350 Millionen Euro die Investitionen zurückfahren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und die Unternehmenserfahrenen, Herr Kokert, mit denen wir reden, die sagen, das ist gut und schön, besser wäre eine stetig steigende Kurve und nicht sozusagen ein Auf und Ab.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Das ist doch eine Gerade,
wenn es stetig steigt.)

Aber vielleicht machen Sie das sehr vorsorglich, um dann im Grunde genommen nicht verbrauchte Mittel zu haben, um sie dann in den nächsten Jahren wieder politisch zu verkaufen und in Anwendung zu bringen.

Zu den vier Änderungsanträgen: Diejenigen, die im Wirtschaftsausschuss sitzen, für die sind diese Anträge nicht neu. Erster Antrag, den ich vorstellen möchte, ist, dass wir ausloben wollen und auflagen wollen einen Betriebsrätepreis. Es gibt ja die Unternehmerin beziehungsweise den Unternehmer des Jahres. Dafür ist Geld eingestellt und wird in verschiedenen Kategorien, auch mit zwei Sonderpreisen dann noch werden Mittel ausgelobt, und Unternehmen, die wirtschaftlich erfolgreich sind,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Innovativ!)

die innovativ sind und die sozial verantwortlich handeln, werden dann prämiert. Wie steht es aber eigentlich mit denjenigen, die die Wertschöpfung leisten, maßgeblich leisten, also mit den Beschäftigten?

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir haben gesagt, also gerade die Betriebsräte, die sich ja verdient machen darum, wie es um das Unternehmen steht gleichermaßen – sie befassen sich mit der sozialen Lage der Beschäftigten,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

mit Entlohnung, mit Aus- und Weiterbildung, mit Urlaub, mit Arbeitsschutzbedingungen, mit Gesundheitsmanagement,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

alles wichtige Fragen, damit ein Unternehmen überhaupt erfolgreich sein kann –, und wir halten es deshalb für zeitgemäß und angebracht zu sagen, dann sollte es auch

einen Preis geben für besondere Leistungen seitens der Betriebsräte. Denn wie wir wissen, ist die Sozialpartnerschaft eben ein starkes Fundament wirtschaftlichen Erfolgs und sozialen Friedens hierzulande überhaupt.

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt definitiv.)

Also wir hatten ja gerade, sowohl im Bildungsausschuss als auch im Finanzausschuss, das Agieren des Betriebsrates der UMR Logistik, die sich gesorgt haben um ihre Beschäftigten, die sich aber auch gesorgt haben um den Fortbestand des Unternehmens. Und die Anhörung im Finanzausschuss, denke ich mal, war sehr erhellend und auch wichtig für alle Beteiligten. Also, wir plädieren für einen solchen Preis.

Und wenn ich darüber gerade rede, dann will ich eben auch noch mal Brecht in Erinnerung bringen. Ich finde das so wunderschön, weil es immer die Frage ist, wer leistet eigentlich was.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Der Haifisch.)

„In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male ... auf?

...

Der junge Alexander eroberte Indien.

Er allein?

Cäsar schlug die Gallier.

Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?“

So viele Berichte, so viele Fragen. Also ich finde, wenn es um die Fragen geht, eine Antwort wäre doch, denen, die maßgeblich an der Wertschöpfung beteiligt sind, ebenfalls einen würdigenden Preis auszuloben. Und wir haben diesbezüglich vorgeschlagen,

(Torsten Renz, CDU: Gibt es da
nicht schon Erfahrungen in anderen
Bundesländern, Herr Koplín?)

15.000 Euro bereitzustellen und in den Haushalt einzubringen.

Zweiter Vorschlag ...

Ich habe das jetzt akustisch nicht ganz verstanden.

(Torsten Renz, CDU:
Ob es in anderen Bundesländern
das schon gibt, frage ich.)

Das weiß ich nicht. Uns ist wichtig, dass es das für unser Land gibt.

(Torsten Renz, CDU: Wir haben
sonst ja da die Urheberschaft.)

Wir müssen nicht immer im Geleitzug fahren,

(Glocke der Vizepräsidentin)

wir müssen nicht immer anderen hinterherlaufen.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ja auch
in Ordnung, finde ich ja auch gut.)

Finde ich auch.

(Torsten Renz, CDU:
Die Urheberschaft ist in M-V.)

Also ich hoffe in dieser Frage dann eben auch auf Ihre Zustimmung.

Zweiter Vorschlag ist ein Stammkräfteprogramm für Beschäftigungsgesellschaften, das wir jeweils mit 950.000 Euro ausstatten wollen. Wie Sie wissen, leisten Beschäftigungsgesellschaften seit über 25 Jahren eine unverzichtbare Arbeit für das Gemeinwesen und für langzeitarbeitslose Männer und Frauen hierzulande. Und trotz aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, all dem Fördern-und-Fordern-Humbug haben wir insgesamt immer noch über 36.000 Arbeitslose im Hartz-IV-Bezug, haben wir 19.000 langzeitarbeitslose Männer und Frauen und darüber hinaus dann noch mal 14.000 Frauen und Männer in sogenannten Maßnahmen.

Beschäftigungsgesellschaften brauchen Stammkräfte, damit sie eine qualitativ hochwertige Arbeit leisten können. Stammkräfte heißt also, das ganze Projektmanagement, das professionelle Managen der Beschäftigungsgesellschaften einschließlic dann auch dem Umgang mit den öffentlichen Geldern, mit den Finanzen. Also diesbezüglich unser zweiter Vorschlag.

Ein dritter Vorschlag: Ressourcen für eine Industriestrategie. Herr Kokert, Sie wollten ja wissen, ob wir eine haben. Nee, haben wir noch nicht. Wir sehen aber die Notwendigkeit.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Und wir maßen uns auch nicht an, zu sagen, wir könnten die allein erstellen. Dazu bedarf es erst einmal eines gemeinsamen politischen Willens hier im Haus und es bedarf natürlich auch des Know-hows. Und da wollen wir ansetzen.

Im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums sind für die Vorbereitung einer solchen Strategie in dem Titel „Gutachten, Konzepte“ und so weiter 50.000 Euro eingestellt. Und wir sagen, da müsste mehr Geld rein, insgesamt 300.000 Euro, um eine Industriestrategie vorzubereiten. Wir haben ja Leuchttürme, wir haben ja industrielle Standorte, da kann man sehr stolz drauf sein, dass die in diesem Land wirken. Wer sich den Mittelstandsbericht aber, den wir auch jüngst verhandelt haben, hier sowohl im Parlament als auch im Wirtschaftsausschuss, wer sich den genau durchgelesen hat, wird merken, der Mittelstand – den Sie ja auch, Herr Kokert, vorhin so beschworen haben, zu Recht, das ist ein ganz wichtiger Punkt –, der braucht aber auch ein Rückgrat.

Und an der Stelle wollen wir die industrielle Basis unseres Landes, die nicht ausreichend ist – da sind wir uns, denke ich mal, einig, dass wir da noch Herausforderungen haben und noch Defizite haben –, dass wir sagen, wenn wir da weiterkommen wollen, dann müssen wir systematisch vorgehen und dann müssen wir sehr vernünftige Entscheidungen treffen. Und dazu braucht es erst einmal die Formulierung einer solchen Strategie, und die wiederum hat Voraussetzungen in Form von Gutachten und entsprechenden Konzepten. Um das zu leisten, wollen wir einen entsprechenden Haushaltstitel dann auch aufstocken.

Letzter Punkt: Kofinanzierung von Bundesprogrammen. Es gibt wirklich sehr gute Programme, Teilhabe am Arbeitsmarkt und Eingliederung von Langzeitarbeitslosen, und das wird allgemein – nicht nur von den Gewerkschaften – eingeschätzt, die Möglichkeiten, die es auf Bundesebene gibt, werden bundesweit nicht vollkommen ausgeschöpft. Das ist auch hierzulande so. Und wir sind der Meinung, an der Stelle ließe sich mehr machen für die Betroffenen, um eben Menschen in Arbeit zu bringen, um Perspektiven aufzuzeigen. Dazu ist es notwendig, diese Programme dann letztendlich zu nutzen. Unser Vorschlag könnte Vereinen und finanzschwachen Gemeinden helfen. Wir würden die zwischen 10- bis 50-prozentigen Eigenanteile an den Gesamtpersonalkosten reduzieren. Und so könnten sowohl im Gesundheits- als auch im Sozialbereich, aber auch im Gartenbau und in der Gebäudewirtschaft neue Arbeitsplätze entstehen, Dienstleistungen, die wir alle gut gebrauchen können.

Das sind unsere vier Vorschläge, die wir aus der Reihe der Vorschläge, die wir in den Ausschüssen gebracht haben, zum Einzelplan 06 herausgefiltert haben, gesagt haben, das sind die vier, die uns am wichtigsten sind. Sie sind finanziell gedeckt, das sehen Sie an unseren Änderungsvorschlägen und den Deckungsvorschlägen. Und an der Stelle werbe ich für die Zustimmung für unsere Änderungsanträge. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 06 und eröffne die Aussprache zum **Einzelplan 07** sowie zu dem zum Einzelplan 07 dazugehörigen Teil des Stellenplans.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Leiwe Mäkelborger un Vörpommern! Schon Otto von Bismarck äußerte in einer Rede: „Die Bürokratie ist es, an der wir alle kranken.“ Und, meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ja als besonders investiv gelobt worden hier schon.

(Egbert Liskow, CDU: Ist er ja auch.)

Und im Schatten der Investitionen gedeiht auch der Amtsschimmel recht prächtig.

Betrachten wir einmal die Stellenplanung, verglichen mit dem Stellenbedarf für die Ministerien und die Staatskanzlei, der im Rahmen des Personalkonzepts 2004, fortgeschrieben bis 2010, ermittelt wurde, haben unsere Ministerien im Stellenplan für 2021 insgesamt einen Überhang von 380 Stellen. Das sind 17,7 Prozent. Und wir beantragen deshalb eine entsprechende Einsparung im Bereich des Bildungsministeriums, die bedeuten würde, dass hier 13 Stellen am Ende des Tages eingespart werden müssen.

(Vincent Kokert, CDU: Bildungsministerium?)

Ja, im Bereich des Bildungsministeriums, wenn man die 17 Prozent, 17,7 Prozent, zum Ansatz bringt.

Vor allem soll hiermit der Prozess, dass Bürokratie stets neue Bürokratie hervorbringt, durchbrochen werden und den Steuerzahler entsprechend entlasten. Allein schon die Übertragung der Sportangelegenheiten vom Bildungs- auf das Sozialministerium verlangt eine Einsparung von Stellen unserer Meinung nach.

Eine weitere Mästung des Amtsschimmels sehen wir in den zahlreichen Hebungen, mit denen Ministerialbeamte in höhere Besoldungsgruppen eingestuft werden. Im Bildungsministerium sind dies 14 Hebungen, die wir ablehnen. Vor allen Dingen beanstanden wir hier die trickreiche Methode zur Genehmigung dieser Hebung, indem nämlich entsprechende Senkungen von Besoldungsgruppen bei Stellen geplant sind, die gar nicht besetzt sind, also offensichtlich nur als Pool dienen, um daraus eine scheinbare Kostenneutralität bei den Hebungen zu generieren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Dies widerspricht dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dadurch wird der Aufbau vernünftiger Strukturen verhindert. In diesem Zusammenhang weisen wir auf die Einschätzung des Landesrechnungshofes hin, dass das Institut für Qualitätsentwicklung nicht Bestandteil des Bildungsministeriums sein sollte und eine klare Struktur wünschenswert wäre.

Trickreich ist die Landesregierung auch bei der Finanzierung des geplanten Schulpaktes. Die dafür vorgesehenen 200 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre sind anteilig lediglich im Einzelplan 11 und dort ohne Bezifferung seiner Höhe als mögliche Entnahme aus der Ausgleichsrücklage deklariert. Dazu gehört auch die geplante Anhebung der Stellen für die Grundschullehrkräfte

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

auf die Besoldungsgruppe A13

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

beziehungsweise E13 ab dem Schuljahr 2020/2021.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wie das Bildungsministerium hier dem Finanzausschuss mitteilte, handelt es sich um 7,84 Millionen Euro für 2020 und 18 Millionen Euro für 2021. Diese Maßnahme hat aber Auswirkungen auf den Einzelplan 07 und wird diesen in Zukunft jedes Jahr belasten.

Neben dieser formalen Kritik ist unsere Kritik aber vor allem inhaltlicher und rechtlicher Art. In der Erhöhung der Grundschullehrergehälter sehen wir eine Verletzung des Abstandsgebotes

(Tilo Gundlack, SPD: Ach hör doch auf!)

zwischen den Besoldungsgruppen.

(Tilo Gundlack, SPD: Hör doch auf!)

Dieses Abstandsgebot wurde auch durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Eine derartige Nivellierung der Lehrereinkommen wäre nur bei einer Neueinschätzung der Ämterwertigkeit möglich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Damit ist eine Angleichung ausgeschlossen, die rein zur Steuerung des Arbeitsmarktes erfolgt, das heißt hier, zur Gewinnung von mehr Grundschullehrern. Ein geordnetes Verfahren sieht anders aus.

(Tilo Gundlack, SPD: Ah, da werden
sich die Grundschullehrer aber
freuen, wenn wir das haben.)

Es war schließlich schon lange bekannt, dass dieser erhöhte Lehrkräftebedarf aufgrund der mit dem Lehrpersonalkonzept bereits vorgezeichneten Pensionierungswelle auf uns zukommen wird. Gewiss muss dazu die Attraktivität des Lehrerberufes gesteigert werden. Und auch dazu haben wir in mehreren Anträgen Vorschläge unterbreitet. Eine Einebnung des Besoldungsgefüges ist aber nicht das geeignete Mittel. Die Tätigkeitsmerkmale zwischen Grundschul- und Gymnasiallehrkräften unterscheiden sich nun einmal erheblich.

(Tilo Gundlack, SPD: Hör doch auf,
das stimmt doch gar nicht!)

Es ist absehbar, dass sich damit Unfrieden bei den Lehrkräften an weiterführenden Schulen einstellen wird

(Tilo Gundlack, SPD: Dann müssen
Sie mal mit den Gymnasiallehrern
reden, was die dazu sagen!)

und Klagen zur Anhebung auch ihrer Besoldungsgruppen ins Haus stehen.

(Tilo Gundlack, SPD:
Die stehen dem offen entgegen.)

Wir beantragen deshalb die Streichung der Höherstufung der Grundschullehrer aus den Erläuterungen zu Titel 359.01 des Einzelplanes 11.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

In derselben Zeile der Erläuterungen ist auch ein Sonderprogramm

(Torsten Renz, CDU:
Sind wir noch bei Bildung, ja?)

für die Doppelbesetzung von Lehrerstellen vorgesehen.

(Torsten Renz, CDU:
Sind wir noch bei Bildung?)

Richtig, aber sehr viel von der Bildung ist auch im Einzelplan 11 versteckt,

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut!)

das gesamte 200-Millionen-Paket.

(Torsten Renz, CDU: Ich stelle fest,
wir sprechen über die bildungspolitischen
Leitlinien in diesem Lande.)

Richtig.

Ein gravierendes Ungleichgewicht sehen wir in der Maßnahmegruppe 75 des Kapitels 0750. Dies ist für die individuelle Förderung, Integration und Inklusion vorgesehen und beinhaltet für 2020 mehr als 2 Millionen Euro. Aber nur weniger als ein Prozent, nämlich 18.000 Euro, sind für die schulischen Programme der Begabten- und Hochbegabtenförderung vorgesehen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Angesichts der Bedeutung hochintelligenter Leistungsträger für unser Land

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

beantragen wir,

(Vincent Kokert, CDU: Was ist los?)

diese Mittel auf 180.000 Euro zu verzehnfachen.

(Vincent Kokert, CDU: Ihr hört
doch selber gar nicht zu.)

Das sind immer noch nur etwa acht Prozent der genannten Maßnahmegruppe, aber damit sollte eine andere Akzentsetzung im Bereich der Begabtenförderung angestoßen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU –
Torsten Renz, CDU: Das war
doch die falsche Stelle.)

Nee.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben das aus den Augen verloren.)

Für die verfehlte Inklusionsstrategie, die dem Zeitgeist gehorcht und nicht der Vernunft, werden hingegen erhebliche Summen ausgegeben. Es ist gar nicht absehbar, welche zusätzlichen Kosten hier noch auf den Landeshaushalt zukommen werden. Es fehlen nämlich bislang klare Festlegungen, welche räumlichen und technischen Voraussetzungen die Schulen zum Zwecke der Inklusion bieten müssen und wie diese finanziert werden sollen. Wir fordern dagegen den Erhalt des bewährten und erfolgreichen Systems der Förderschulen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

gerade auch für die Förderschwerpunkte

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Lernen und Sprache.

(Vincent Kokert, CDU: Was klatscht ihr denn da?)

Deutlich überfinanziert ist die Landeszentrale für politische Bildung.

(Vincent Kokert, CDU:
In jedem Landkreis zwei.)

Im Vergleich zu den Landeszentralen der übrigen ost-deutschen Länder

(Vincent Kokert, CDU:
In jedem Landkreis zwei.)

leisten wir uns in Mecklenburg-Vorpommern

(Torsten Renz, CDU: In jedem
Landkreis zwei, ich übersetze noch mal.)

pro Einwohner mehr als das Doppelte an Ausgaben.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Horst Förster, AfD)

Im Bildungsausschuss haben wir dazu Einsparpotenziale benannt und entsprechende Anträge gestellt.

Ferner kritisieren wir, dass die Digitalisierung hier im Einzelplan zu wenig Aufmerksamkeit erhält. Die Landesregierung verlässt sich auf das Bundespaket zum DigitalPakt Schule und dessen Kofinanzierung.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Horst Förster, AfD)

Aber auch hier gilt das Konnexitätsprinzip. Das Land darf die Schulträger bei der Erfüllung der Digitalisierung mit Leben und nicht nur mit Technik nicht alleinlassen oder auf Zeit spielen.

Ein weiterer Problemkreis sind die Seiteneinsteiger. Auch für deren Ausbildung sind im Haushalt bereitgestellte Mittel nicht ausreichend, da die Seiteneinsteiger eine bessere Ausbildung als bisher benötigen. Diese sollte im Ergebnis dem Vorbereitungsdienst der regulären Lehrkräfte entsprechen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Lande nur so viel Bildung und Kultur, wie wir uns leisten wollen.

(Torsten Renz, CDU:
Aber was schlagen Sie denn
bei den Seiteneinsteigern vor?)

Weil der vorliegende Haushalt da nicht genug leistet,

(Torsten Renz, CDU:
Sie können doch das nicht bloß
anreißen und dann nichts sagen! –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

können wir den Einzelplan 07 nur ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Torsten Renz, CDU: Na,
das gibts doch nicht!)

Auch das können wir gerne im Ausschuss diskutieren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Das können wir, auch das können wir gerne ...

(Tilo Gundlack, SPD:
Wir sind nicht im Ausschuss,
wir sind in der Parlamentsdebatte. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir sind ...

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Renz, CDU: Sie sagen,
mit den Seiteneinsteigern, das
geht nicht, und dann ... –
Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte!

Herr Kröger, Sie haben das Wort.

Jörg Kröger, AfD: Ja. Ich,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Sie haben schon Schluss gesagt.)

ich hatte mich schon bedankt.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Vielen Dank aber für die Aufmerksamkeit.

(Torsten Renz, CDU: Ich habe fertig. –
Vincent Kokert, CDU: Er ist fertig,
Sie können klatschen.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Butzki.

(Vincent Kokert, CDU: Na also! Leute, Leute,
Leute! Das war wohl nicht so doll, wenn
nicht mal die eigene Fraktion applaudiert. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Doch, als Sie noch
gepennt haben. – Vincent Kokert, CDU:
Ich habe die ganze Zeit zugehört. –
Torsten Renz, CDU: Wir waren bei
den Ausführungen geplättet,
dass nichts Inhaltliches kam
zu den Seiteneinsteigerinnen
und Seiteneinsteigern.)

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon höchst interessant, was man so bei einer Haushaltsdebatte alles hört.

(Vincent Kokert, CDU:
Ja, nicht alles ist interessant.)

Auf die AfD-Äußerungen werde ich jetzt hier nicht weiter eingehen.

(Torsten Renz, CDU:
Da würde ich dich loben.)

Also es war richtig schwach, so deutlich muss man es sagen, vom Bildungsausschussvorsitzenden, was er hier vorgetragen hat.

In der Haushaltsdebatte haben wir einiges von der Fraktion DIE LINKE gehört und darauf will ich jetzt kurz eingehen. Und ich will mal mit einem Sprichwort von Manfred Eibelshäuser, einem deutschen Wirtschaftswissenschaftler, beginnen: „Gutes wollen reicht nicht aus, man muss es auch finanzieren können.“

(Vincent Kokert, CDU: Ich bin ja auf den Beitrag der LINKEN gespannt jetzt.)

Und schaut man sich die finanziellen Auswirkungen der Änderungsanträge im Bildungsausschuss – nicht heute, im Bildungsausschuss – an, dann waren es für 2020 48 Millionen zusätzliche Forderungen und für 2021 rund 100 Millionen, also in summa für den Doppelhaushalt ungefähr 150 Millionen Euro, und dem konnten wir in dem Falle nicht so zustimmen. Die Finanzierung war ausschließlich aus der Ausgleichsrücklage vorgesehen, und das ist natürlich keine solide Finanzierung.

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Man sollte der Bevölkerung dann schon erklären, ganz genau, wo man streichen will bei den vielen Forderungen aus den ganzen anderen Bereichen, die wir hier so im Haushalt gehört haben.

Und eins darf man nicht vergessen: Personalkosten sind jährlich auftretende Kosten. Diese Forderungen müssen natürlich auch mit Personal umgesetzt werden, und ich beziehe mich immer noch auf die Änderungsanträge vom Bildungsausschuss. Hätten wir denen so alle zugestimmt, dann hätten wir rund 850 zusätzliche Stellen gehabt, und das bei der jetzigen Personalsituation. Das, wissen wir und das kriegen wir ja auch mit, klingt da sehr utopisch.

Als ich 2011 in meinem Wahlkreis gewann, war eine Motivation, mehr Geld für Schule, für Personal und für Schulumbau, langfristig die beitragsfreie Kita bei uns in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

damit möglichst alle Kinder in die Kita gehen können, schnelles Internet in ländlichen Regionen, damit natürlich auch für unsere Schulen da was zur Verfügung steht, und mehr Finanzen für Kommunen, Landkreise und anderes. Und was ist jetzt in diesen acht Jahren passiert und was hat die SPD-geführte Landesregierung mit unserem Koalitionspartner CDU erreicht? Das will ich jetzt mal sagen: 2011 betrug die Ausgaben für Bildung ungefähr 750 Millionen Euro, heute sind es über 1,1 Milliarden Euro. Und kein anderes Ministerium, das muss man hier so deutlich sagen, stellt das Geld hier – für den Bildungsbereich, wohlgemerkt – so zur Verfügung. Dazu kommt jetzt noch das 200-Millionen-Euro-Paket, da werde ich noch mal kurz nachher darauf eingehen.

Geld vom Bund und vom Land steht für schnelles Internet zur Verfügung. Die Landkreise müssen es schnell umbauen. Wir wissen, bei so großen Summen gibt es europaweite Ausschreibungen, das dauert. Und wenn dann noch einer klagt, dann wird es verzögert, so, wie bei meinem Heimatlandkreis Mecklenburgische Seenplatte. Aber auch das schnelle Internet ist wichtig für Schule.

Die beitragsfreie Kita wird ab 1. Januar 2020 umgesetzt.

(Torsten Renz, CDU:
Sag mal, wir sind doch beim
Einzelplan 07, Andreas!)

Das ist die größte Einsparung für Familie und das ist eine gute Vorbereitung für Schule. Deswegen will ich das erwähnen,

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

Herr Renz.

Und das Finanzausgleichsgesetz ist auch auf den Weg gebracht.

(Torsten Renz, CDU: Und für Bildung.)

Alle Kommunen und Landkreise profitieren davon, werden handlungsfähiger.

(Torsten Renz, CDU: Alles
hängt mit allem zusammen. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Im Kreistag MSE und auch in meiner Stadtvertretung Neustrelitz haben wir bis jetzt darüber diskutiert und wir sind da auch dort in den Haushaltsberatungen. In der Stadt Neustrelitz wird morgen der Haushalt beschlossen. Und die Haushälter in den Landkreisen und in den Kommunen hatten, denke ich, weitaus schwierigere Zeiten. Ich denke, man kann so ganz gut leben.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber zurück zur Finanzausstattung im Bildungsbereich. Wir legen ein neues Schulpaket auf, wir haben es heute schon mehrmals gehört. Es werden 200 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre dabei sein. Die Koalition handelt und muss nicht extra aufgefördert werden von der Opposition. Eine ganz wichtige Forderung war E13/A13 für die Grundschullehrer, also für die Angestellten von E11 auf E13, für die Beamten von A12 auf A13. Das ist eine langjährige Forderung von allen an der Bildung Beteiligten, ob es die Gewerkschaften waren, die Verbände und so weiter und so fort.

Ganz wichtig ist uns, der Koalition, die bessere Fort-, Weiter- und Ausbildung für Seiteneinsteiger, für Lehrkräfte und für Referendare und Referendarinnen. Das ist ein Prozess, der aus meiner Sicht ganz schön lange dauert, aber es ist ein zäher Prozess, gerade die ganzen Verhandlungen mit den Universitäten, aber auch da ist einiges geplant. Wir wollen die beruflichen Schulen stärken, es soll Modellprojekte für die Inklusion geben, der Finanzminister hat es vorhin auch schon gesagt, wir wollen was für Standorte tun mit verhaltensauffälligen Schülern. Es sollen die Schulen modernisiert, entbürokratisiert und digitalisiert werden. Auch da stehen Gelder zur Verfügung. Wir werden auf eine Verbesserung der Lehrerbildung achten, quantitativ und auch qualitativ, es wird zusätzliche Schulbauförderung geben und wir wollen den Digitalpakt umsetzen.

Auch wenn die SPD-CDU-Koalition beim Zusatzpaket an die Schmerzgrenzen der Finanzen geht, es ist aber alles solide ausfinanziert, das muss man deutlich sagen, es ist auch für die Zukunft tragfähig. Natürlich geht mehr immer, aber wenn man mehr haben will, soll man dann auch genau sagen, wo will man umschichten.

Und dann finde ich schon ganz spannend, wenn ich jetzt auch allein schon von der Rhetorik von der Partei DIE LINKE höre den „Bildungsaufstand“. Ich will mal so drei/vier Punkte raussuchen. Wir hören vom Vertretungsbudget für jede Schule. Diese Forderung kann natürlich jeder sofort unterstützen, ist ja ganz klar, es fehlen aber die Lehrkräfte und das würde zusätzliche Probleme schaffen.

Dazu kommt die Einführung des Klassenteilers bei 26, maximal 25 also in einer Klasse. Wir haben bei uns, und das wurde vorhin falsch gesagt, Frau Rösler, durchschnittlich – durchschnittlich! – in Mecklenburg-Vorpommern, im Bundesdurchschnitt liegen wir unterhalb der Klassenstärken. Natürlich haben wir eine Unwucht im System: Wir haben kleine Landschulstandorte, also die Regionalen Schulen in ländlichen Gebieten, da sind relativ geringe Schülerzahlen, und wir haben natürlich in den städtischen Gebieten vollere Klassen. Das ist eine Unwucht, die man natürlich dann versucht zu lösen, aber das Allheilmittel hat in dieser Form auch noch keiner gefunden. Und eines darf man dabei nicht vergessen, man wird den Spielraum der selbstständigen Schulen hier auch einschränken.

Mehr Deutsch- und Mathematikunterricht in der Grundschule. Wir haben da bis jetzt reagiert, wir haben bereits eine Deutschstunde mehr. Und wenn man eine Mehrbelastung für die Grundschüler haben will, dann soll man das ganz deutlich sagen – oder erklären, wo man an der Grundschultafel streichen würde. Und dann gibt es immer noch die Forderung, wie sieht es aus mit Englischunterricht in der Grundschule, wie sieht es aus mit Informatikunterricht. Auch das sind Forderungen, auch von den Eltern, und das muss man auch realisieren. Und dann hat das natürlich auch wieder Auswirkungen auf das Personal.

Verkürzung des Referendariats auf 12 Monate. Ich habe das in der letzten Debatte gesagt, ich persönlich kann damit sehr gut leben, aber die KMK empfiehlt eindeutig 18 Monate. Und wir dürfen es auch nicht vergessen, es wäre nur ein Einmaleffekt, nämlich mehr Studenten haben wir eh nicht da, die würden dann bloß im ersten halben Jahr früher dann dementsprechend in der Schule sein.

Und eine dreimonatige Grundqualifizierung für Seiteneinsteiger, diese Maßnahmen werden im Bildungsausschuss beraten.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Da sind die Gespräche, ich bin auch an einigen Gesprächen beteiligt, schon sehr weit gediehen. Hier besteht natürlich Handlungsbedarf und die Beratungen müssen jetzt auch zügig abgeschlossen und umgesetzt werden. Eine Grundqualifikation oder -qualifizierung wird angeboten. Für das nächste Jahr müssen wir natürlich dann auch ganz klar Umfang und Inhalt noch klar definieren.

Politiker sollen in der Hinsicht keine Versprechungen machen nach mehr, mehr, mehr. Die einzuhalten, wird schwierig. Und wenn man eine glaubwürdige Politik machen will, dann sieht die anders aus. Und wie gesagt, die Rhetorik finde ich dann auch schon sehr spannend. Also den Eltern, denke ich, ist das vollkommen egal, wer wie sich hier bekriegt. Sie wollen eben Lehrer vor der Klasse haben, sie wollen eine vernünftige Schule haben und

nicht dieses Hickhack, was hier angeboten wird in der Rhetorik von der Fraktion der LINKEN.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Da haben Sie doch jetzt eben zugestimmt.)

Man kann im Bildungsbereich,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

denke ich, mit dem Etat jetzt sehr gut arbeiten. Es werden Schwerpunkte gesetzt und die müssen dann auch zügig umgesetzt werden. Wenn man anderes will, soll man ganz eindeutig sagen, wo man an anderen Haushaltsstellen kürzen will.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Aha!)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Butzki.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus dem Raum Neubrandenburg und Malchin. Herzlich willkommen hier bei uns im Landtag! Sie verfolgen jetzt gleich oder immer noch die Haushaltsdebatte und wir sind bei dem Einzelplan 07, dem Bildungsbereich.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst bin ich etwas verwundert über die Fraktion DIE LINKE.

(Vincent Kokert, CDU: Na, mich wundert da nichts mehr, Herr Reinhardt.)

Es kann ja gute Gründe dafür geben, dass Ihre Fraktionsvorsitzende heute im Ausland weilt und sich an der Königsdebatte hier im Parlament nicht beteiligen kann. Das will ich nicht weiter bewerten, das sollen andere tun. Aber dass dann zu einem zentralen Punkt, dem Thema Bildung, was ja in Ihrer Fraktion auch immer ein wichtiges und auch immer sehr prominent platziertes Thema ist, hier niemand spricht,

(Vincent Kokert, CDU: Was?!)

das halte ich für ein Armutszeugnis

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Das gibts doch wohl nicht!)

für die Opposition.

(Vincent Kokert, CDU: So eine Frechheit! –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Aus meiner Sicht – Ihren ganzen Bildungsaufstand haben Sie damit abgeblasen, das ist ein laues Lüftchen –,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nee, Herr Butzki konnte dem allen zustimmen.)

Sie können Ihre roten Fahnen einpacken und nach Hause gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Vincent Kokert, CDU: Sehr gut!)

Das war eine glatte Sechs.

Trotzdem will auch ich mich kurz zum Thema Bildung und den haushaltsrelevanten Zahlen äußern. Mehr Geld in der Bildung wird schon immer gefordert, es wird ja insbesondere immer vor der Haushaltsdebatte gefordert.

(Vincent Kokert, CDU: Arbeits-
verweigerung nennt man das!)

Mein Kollege Butzki ist schon darauf eingegangen, was seit dem Jahre 2011,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

man kann eigentlich auch sagen, seit dem Jahre 2006 passiert ist.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Da hätten Sie mir zuhören müssen.)

Wir legen jetzt,

(Torsten Renz, CDU:
Ich habe zugehört.)

auch das ist ja die Forderung auf vielen Parteitagungen gewesen,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

noch mal 200 Millionen Euro obendrauf. Und eine ganz wichtige Maßnahme dabei ist – ich glaube, ich war damals der Erste, der es hier angesprochen hat, da gab es noch Skepsis bei Herrn Butzki, da gab es auch Skepsis bei meinem eigenen Fraktionsvorsitzenden, das will ich ganz ehrlich sagen –,

(Vincent Kokert, CDU:
Das ist bis heute so geblieben.)

dass wir die Grundschullehrer von A12 auf A13 anheben.

(Vincent Kokert, CDU: Toll!)

Das wird uns in der Endausbaustufe 18 Millionen Euro kosten. Ich glaube, es ist trotzdem eine richtige und wichtige Maßnahme, um konkurrenzfähig auch im Bundesvergleich zu bleiben.

Ein weiterer wichtiger Punkt, Herr Butzki hat es genannt, ist die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, der Seiteneinsteiger. Auch hier wollen wir noch mal bis zu 7 Millionen Euro jährlich in die Hand nehmen, um vor allem auch die Situation an den Universitäten zu verbessern. Ich will es an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich sagen: Da muss in den nächsten zwei Jahren auch richtig was passieren an unseren Universitäten!

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Ich bin mit der Geduld da mehr als am Ende

(Torsten Renz, CDU: Oh!)

und sage das auch hier noch mal ganz deutlich: Wenn das nicht funktioniert und wir in den Lehramtsausbildungen an den Universitäten nicht besser werden und deutlich mehr Absolventen auch diese Universitäten verlassen, dann werden wir darüber nachdenken müssen, die Lehramtsausbildung auch wieder vollständig in eigene Hand zu nehmen. Da wird aus meiner Sicht dann kein Weg dran vorbeiführen. Auch das ist natürlich erst ein langfristiges Ziel, aber ich will das an dieser Stelle – auch an die Universitäten gerichtet – ganz eindeutig sagen.

Wir nehmen dann Stärkung der beruflichen Schule. Auch das geriet ja, manchmal geriet die berufliche Schule hier ja auch in den Hintergrund. Auch hier werden wir noch mal bis zu 4 Millionen jährlich in die Hand nehmen, um hier auch die Bedingungen deutlich zu verbessern und die duale Ausbildung in unserem Land zu stärken.

Wir haben dann ein wichtiges Thema, wie ich finde, was uns als CDU-Fraktion auch immer sehr am Herzen liegt, das ist, auch etwas für die Lehrer im Bestand zu tun. Wir nennen das Altersanrechnungsstunden. Das bedeutet also, dass, wenn man älter wird, dass man dann weniger arbeiten muss. Wir werden jetzt mit diesem 200-Millionen-Euro-Paket einführen, dass es ab dem 63. Lebensjahr vier Anrechnungsstunden gibt,

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut!)

dass man also bei gleichem Gehalt vier Stunden weniger arbeitet.

(Beifall Torsten Renz, CDU:
Sehr gut, Herr Reinhardt!)

Das, denke ich, ist ein wichtiges Signal an die Lehrerinnen und Lehrer im Land. Und wir als CDU-Fraktion können uns hier auch einen deutlichen Ausbau vorstellen, zum Beispiel mit dem Einstieg der ersten Anrechnungsstunde ab dem 50. Lebensjahr. Darüber werden wir dann in Zukunft zu diskutieren haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist – auch da investieren wir noch mal Geld – 50 Millionen Euro mehr für den Schulbau. Wenn man das jetzt mal über alle Programme zusammen guckt, werden wir wahrscheinlich in dieser Legislaturperiode als Land über 500 Millionen Euro in die Hand genommen haben.

(Andreas Butzki, SPD: Da kommt die
Infrastrukturpauschale auch noch dazu.)

Und wenn man dann auch noch das Geld der Kommunen und aller zusammennimmt, wird es wahrscheinlich in dieser Legislaturperiode fast 1 Milliarde Euro sein, die wir in den Schulbau investieren. Das ist dringend notwendig und an diesem Fahrplan werden wir auch in den nächsten Legislaturperioden dringend festhalten müssen, damit sich die Bedingungen an unseren Schulen weiter deutlich verbessern. Wir investieren außerdem auch mehr in Kultur, auch in Wissenschaft und Hochschule. Der neue Hochschulpakt wird gerade auf den Weg gebracht. Auch dort sind für alle Universitäten und Fachhochschulen deutlich mehr Gelder vorgesehen.

Und damit wird natürlich die Diskussion über die Finanzierung der Bildung nicht zu Ende sein. Auch in Zukunft

werden wir weiter mindestens über die Lehrerausbildung, über die Hochschulpolitik, wir werden, so kennt man es ja von vielen Parteitag auch, über das Azubi- und Studententicket – es ist auf unserem Parteitag beschlossen, bei vielen anderen auch in der Diskussion –, darüber werden wir diskutieren. Wir werden weiter über die Attraktivität des Lehrerberufs diskutieren. Ich glaube aber, wir machen als Koalition und als Parlament hier heute einen wichtigen Schritt in der Bildungspolitik für Mecklenburg-Vorpommern, und deshalb wünsche ich mir eine breite Zustimmung zu diesem Paket. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Martin.

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich hatte mich gemeldet, um auch noch mal so ein paar Punkte klarzustellen, die jetzt in der Debatte aufgeploppt sind, das möchte ich machen.

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei meinen beiden Vorrednern, die auch das 200-Millionen-Schulpaket noch mal hervorgehoben haben und die einzelnen Punkte ja erläutert haben, was wir da an Spielräumen gewonnen haben. Ich möchte das noch mal betonen, wir werden in den nächsten vier Jahren erhebliche Spielräume dazugewinnen. Und mir ist es wichtig zu sagen, dass wir spürbare Verbesserungen damit vor Ort erreichen werden. Hinzu kommt, wir werden rund 110 Millionen Euro haben für den DigitalPakt, um auch da in den Schulen Verbesserungen im Bereich Digitales hervorzuheben, herbeizuführen. Wir werden Schulbauinvestitionen tätigen können, also wir werden einen wirklichen Schritt nach vorne gehen für die Schulen.

Und da möchte ich jetzt auch noch mal betonen, es geht hier um die Kinder und die Jugendlichen in den Schulen, damit wir die beste Bildung, die wir erreichen können für die nachfolgenden Generationen, in unseren Schulen auch bieten können, denn darum geht es, um die Kinder und Jugendlichen. Da zu sagen, das wäre nicht genug, gar nichts und wir würden überhaupt gar nichts damit erreichen, glaube ich, ist nicht der richtige Ansatz und der wird uns sicherlich nicht weiterhelfen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Es geht aber nicht um Glauben.)

Ich möchte noch mal dabei darauf eingehen, was uns vor allen Dingen wichtig ist. Die Ministerpräsidentin hat es vorhin erwähnt, wir werden in den nächsten rund zehn Jahren rund 80 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand schicken. Es muss jetzt uns allen gemeinsam darum gehen, genügend gut ausgebildete Lehrkräfte in unsere Schulen zu kriegen für die Kinder in den Klassen. Und darum geht es uns unter anderem in unserem Schulpaket. Das ist einer der wichtigsten Schwerpunkte für die Bildungspolitik der nächsten Jahre: Lehrkräfte gewinnen, Lehrkräfte in unseren Schulen halten und neue, gute, gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer ausbilden an unseren Universitäten. Dort werden wir zusätzlich Qualität reinbringen, in den Universitäten,

sowohl in Rostock als auch in Greifswald. Wir werden zusätzlich Grundschulpädagogik einrichten als Studienfach in Greifswald. Wir werden also Kapazitäten erhöhen. Ich halte das für sehr wichtig.

Ein anderer Schwerpunkt dieses Schulpaketes ist es auch, dass wir die Schule als Arbeitsort für die Lehrkräfte, aber natürlich vor allen Dingen als Lernort für die Kinder qualitativ verbessern werden. Wir haben viele Maßnahmen geplant, die die Schule unterstützen werden, auch in dem Bereich Inklusion.

Ich möchte da kurz auf das eingehen, was Frau Rösler vorhin sagte, dass es eine Forderung gab von der LINKEN zum Thema „80 zusätzliche Stellen für Inklusion“. Diese 80 Stellen wird es geben im Bereich Inklusion im Schulpaket. Wir werden dort zusätzliche Modellversuche, Modellprojekte für all die Schulen ermöglichen – über zusätzliche Stellen –, die sich auf den Weg machen, Inklusion stärker zu fördern und stärker zu leben in den Schulen, und wir werden auch noch darüber hinaus zusätzliche Stellen schaffen im Bereich emotional-soziale Entwicklung, um dort ganz spezielle Fördermöglichkeiten zu entwickeln. Also da machen wir uns auf den Weg, das ist im Paket drin.

Ich möchte aber auch noch mal einen Punkt sagen zu dem wichtigen Thema, das wir jetzt schon gehört haben, dass wir die Grundschullehrerinnen und -lehrer besser bezahlen werden. Wir sagen da immer, wir heben sie einmal an auf A13/E13. Das ist bundesweit wirklich, damit verschaffen wir uns einen großen Wettbewerbsvorteil, um auch Lehrkräfte für uns zu gewinnen im Land. Aber ich möchte es mal ausformulieren, was das bedeutet für die Lehrerinnen und Lehrer. Sie werden nämlich monatlich bis zu 500 Euro mehr im Geldbeutel haben. 500 Euro monatlich, das ist schon eine Hausnummer. Bei den Tarifbeschäftigten sind es sogar bis zu 600 Euro monatlich mehr. Das ist eine große Anerkennung für die wichtige Arbeit von GrundschullehrerInnen im Primarbereich, das kann sich sehen lassen. Und ich möchte wirklich hier betonen, da zu sagen, das reicht nicht, das ist nichts – ich muss mich da sehr wundern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dann höre ich auch gleich auf, ein letzter Punkt noch zu den Klassengrößen. Wir haben eben gehört, dass angeblich Mecklenburg-Vorpommern die größten Klassen haben soll im Bundesvergleich.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist einfach schlichtweg falsch. Es gibt eine ganz aktuelle Bildungsstudie, die ist vor wenigen Wochen rausgekommen, das ist der Bildungsindikator 2019. Da werden die Klassengrößen verglichen. Da liegen wir im Primarbereich bei 20,1 – das ist jetzt eben ein Durchschnittswert –, 20,1 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse. Im bundesweiten Durchschnitt sind es 20,9. Wir sind also unter dem Bundesdurchschnitt. Und im Sekundarbereich I sieht es noch besser aus. Da ist der bundesweite Schnitt 23,9 und wir liegen bei 21 Schülerinnen und Schülern pro Klasse. Also ich möchte doch sagen, allen, die sich dafür interessieren und darüber gerne öffentlich sprechen möchten, können das tun. Diese Studie ist öffentlich zugänglich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ja, ich freue mich darüber, dass wir dieses Schulpaket gemeinsam auf den Weg bringen. Und ich sage dieses Wort „gemeinsam“ ganz bewusst, weil ich der festen Überzeugung bin, dass Bildungspolitik ein Bereich ist, wo wir Politikerinnen und Politiker sehr gut daran täten, da gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Ich finde es sehr wichtig und eine sehr gute Erfahrung, die hier im Land gemacht worden ist, dass wir einen Inklusionsfrieden geschlossen haben. Da sind wir mit gutem Beispiel vorgegangen. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und das haben jetzt schon zwei Rednerinnen und Redner gesagt. Die Kinder, aber auch die Eltern interessieren sich überhaupt gar nicht dafür, worüber wir uns streiten und was wir uns hier so gegenseitig an den Kopf werfen. Die wollen, dass die Schulen gut sind, dass das funktioniert in den Klassen und in den Schulen.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Deswegen hoffe ich sehr, dass wir Bildungspolitik nicht missbrauchen und funktionalisieren, sondern gemeinsam miteinander ein gutes Schulsystem weiterentwickeln, und freue mich darauf. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der CDU Herr Renz.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss das noch mal verstärken, was mein Kollege Reinheit gesagt hat in Richtung Opposition. Reinhardt, Entschuldigung!

(allgemeine Heiterkeit –
Zurufe aus dem Plenum: Reinheit!)

Wenn das jetzt sozusagen kriegsentscheidend war,

(Andreas Butzki, SPD:
Reinheit ist auch gut!)

dann nehme ich das mit größtem Bedauern zurück und sage noch mal ausdrücklich, mein geschätzter Herr Kollege Reinhardt.

(Marc Reinhardt, CDU:
Sehr gut, ja, richtig!)

In Richtung der Opposition:

(Patrick Dahlemann, SPD: Meier.)

Das ist hier für mich im Prinzip eine Bankrotterklärung, Herr Koplin.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Was denn?)

Ja, das ist wahrscheinlich das richtige Wort.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Was denn jetzt?)

Also wir machen jetzt einen Doppelhaushalt, auch mit Blick auf 2021 – ich höre ja, Sie wollen sich auch wieder

der Wahl stellen –, und Sie stellen hier nicht mal mehr Redner, in dem Thema schlechthin für die Zukunft!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Haben Sie denn nicht
zugehört, Herr Renz?!)

Im bildungspolitischen Bereich ...

Ich habe sehr gut zugehört.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das war uns so wichtig, dass wir es in
die Generaldebatte eingebracht haben,
weil es ein Schwerpunktthema ist.)

Im bildungspolitischen Bereich kommt von Ihnen nichts. Und wenn das tatsächlich so ist, dass bei Ihnen die Last auf eine Schulter verteilt ist und diese Schulter dann nicht da ist oder die beiden Schultern, also dann ist das wirklich traurig. Da sollten Sie noch mal schauen, wie Sie sich da perspektivisch aufstellen!

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Haben Sie vorhin nicht zugehört,
als Frau Rösler gesprochen hat?)

Aber das ist einfach zu wenig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

Insofern muss ich ja jetzt schon fast wieder den Job der Opposition hier mit übernehmen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

weil es mir dann doch auch noch mal wichtig ist,

(Franz-Robert Liskow, CDU:
Aber nur fast, was?)

dass später Sie vielleicht in Pressemitteilungen – das ist ja das Medium, was Sie dann auch nutzen können, wenn Sie sich zurückziehen in Ihre Schreibstube –, dass Sie uns vielleicht vorwerfen, dass wir hier alles schönreden.

Deswegen ist es mir noch mal wichtig, ausdrücklich zu betonen, wie wichtig es war, dass zu Beginn dieses Jahres die Koalitionäre in Verhandlungen sich auf den Weg gemacht haben und gesagt haben, das Zukunftsfeld Bildung bedarf zusätzlicher Gelder. Das fiel dann so ungefähr in die Zeit mit dem Dienstantritt der neuen Ministerin in den Mai, dass wir uns dann geeinigt hatten, und sie durfte das ja dann verkünden, dass sie es durchgesetzt hat, dass wir jetzt 200 Millionen zusätzlich zur Verfügung stellen. Das war eine gute und richtige Entscheidung,

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

dass wir das als Koalitionäre hier auf den Weg bringen. Das ist noch mal wichtig, das an dieser Stelle zu sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Jetzt gehöre ich ja zu denen, ...

Frau Bernhardt signalisiert gerade, dass sie das auch so sieht.

... die hier versuchen, auch ein bisschen Realismus an den Tag zu legen.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir können natürlich von 200 Millionen immer wieder sprechen, aber ich glaube, es gehört zur Wahrheit immer wieder dazu, zu sagen, es sind 50 Millionen pro Jahr. Und dann gehört es auch zur Wahrheit dazu, dass von diesen 50 Millionen 18 Millionen verwendet werden müssen/dürfen – wie auch immer Sie das sehen – für die Gehaltszahlungen der Grundschullehrer.

(Thomas Krüger, SPD: Als Steigerung.)

18 Millionen von 50 Millionen gehen dafür sozusagen buchungstechnisch dann drauf. Und jetzt könnten wir natürlich stundenlang diskutieren, was es bringt, was es nicht bringt mit dieser Gehaltserhöhung.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das hatten wir jetzt schon.)

Frau Ministerin hat hier ausgeführt, dass es ja für den Einzelnen dann 600 Euro mehr sind. Das ist auch gut so. Wir werden aber auch als Politiker draußen damit konfrontiert, dass uns diese Leute sagen, ja, über Jahre hinweg habt ihr uns meinetwegen 600 Euro zu wenig gegeben. Dem müssen wir uns auch stellen. Deswegen ist es eine richtige Entscheidung, dass wir es jetzt machen. Dann gehört es aber auch realistisch immer dazu, einen Vergleich mit anderen Bundesländern heranzuführen. Dann hören sich die 600 Euro gut an.

Ich wurde jetzt gerade am Wochenende konfrontiert von Gymnasiallehrern, die sagen, wir kriegen 200/300 Euro weniger als in anderen Bundesländern. Also ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, ich hätte fast die Wette verloren. Dann habe ich da reingeschaut und dann ist es tatsächlich so. Die liegen bei den Einstiegsvergütungen im A13-Bereich bei, sagen wir mal, vielleicht circa 4.000 und wir bei 3.800. Da war ich dann erst mal etwas stutzig. Die Situation konnte ich jetzt auch nicht gleich abschließend auflösen. Aber ich finde, das gehört immer zur realistischen Diskussion mit dazu.

Und deswegen ist es mir wichtig, auch noch mal dieses Thema aufzurufen. Nämlich, wenn wir diese 18 Millionen zu Recht zur Verfügung stellen, dann bedeutet das aus meiner Sicht – das können andere anders sehen – keine Verbesserung in der Bildungsqualität in dem Sinne, weil die Leute zu Recht sagen, uns steht das Geld zu. Und Sie wissen, wie das psychologisch ist mit Gehaltszahlungen. In zwei/drei Monaten werden die sich nicht mehr rund um die Uhr freuen und sagen, ich bin jetzt noch engagierter. Nein, ihnen steht das Geld zu und es ist für die Qualitätsverbesserung nur bedingt anrechenbar. Das heißt, bei diesen 50 Millionen geht ein großer Teil zu Recht dafür drauf, das will ich also noch mal betonen. Aber aus meiner Sicht – aber ich glaube, da sind wir uns bei den Koalitionären auch einig – müssen wir perspektivisch sehen, dass wir in diesem Bereich weiterkommen, im Bildungsbereich, mit weiteren Investitionen.

Und ich glaube, ein ganz wichtiger Punkt wird sein – Herr Reinhardt hat das angesprochen – die Abminderungs-

stunden. Da kann man natürlich jetzt sagen, wir haben vorher, oder das ist ja immer noch Bestand, mit 57 Jahren gibt es eine Abminderungsstunde und ab dem 60. Lebensjahr zwei. Jetzt haben wir es auch durchgesetzt, dass sozusagen ab 63 das neu eingezogen wurde mit vier Stunden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn ich mit den Leuten vor Ort spreche, dann sagen die, ich bin 63, ich will jetzt in den Ruhestand gehen. Die Frage ist, ob diese Maßnahme ausreichend ist, um diese qualifizierten Lehrer im System zu halten.

Und weil vorhin so die Zwischenfrage an mich gestellt wurde, ob das möglicherweise auch für andere Politikbereiche gelten sollte, da sage ich Ihnen, meine persönliche Auffassung ist ganz klar: Ja. Ob das im Polizeibereich oder wo sonst auch immer als mögliche Maßnahme in Betracht kommt, sollten wir darüber diskutieren, weil das sind nämlich Fachkräfte. Und wenn es dazu führt, ob wir nun auf sechs oder acht Stunden zurückgehen, dass die ausgebildeten Kräfte im System bleiben, uns erhalten bleiben mit ihrer Lebenserfahrung, dann ist das eine gute und richtige Investition. Das führt nämlich mathematisch auch dazu, dass die Anzahl der Seiteneinsteiger – gegen die ich persönlich inzwischen nicht mehr so viel habe –

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

nicht noch mehr prozentual ansteigt. Inzwischen ist es schon jeder Dritte. Und wenn wir diese Pensionierungswelle vor uns haben und die Leute mit 63 alle in den Ruhestand gehen, dann wird das, bezogen auf die Qualitätsverbesserung vor Ort, eher negative Auswirkungen haben.

Deswegen sage ich ganz klar, lassen Sie uns auch weiter in der Koalition und, wenn Sie dann auch wieder redetechnisch bereit sind, einzusteigen als Opposition im Bildungsbereich,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das werden wir gleich machen. Bleiben Sie mal ganz ruhig!)

arbeiten Sie ohne Weiteres mit an diesem Thema Bildung!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Lassen Sie uns beim Thema Bildung weiter die Fahrt, die wir jetzt aufgenommen haben, Frau Ministerin, weiter in die Zukunft transportieren, für die Kinder in unserem Land! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Andreas Butzki, SPD: Du hast aber eine schöne Oppositionsrede gehalten!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Renz.

Die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal um das Wort gebeten, und zwar in Person von Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Liebe Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Also diese arrogante Grundhaltung, die Sie hier zutage bringen, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, ehrlich gesagt. Ich war ja bedauerlicherweise im Bildungsausschuss nicht dabei, als unsere zahlreichen Änderungsanträge zum Bereich Bildung, sagen wir mal, diskutiert wurden. Das heißt, wir haben sie eingereicht, zum Großteil wollten Sie sich gar

nicht äußern, wollten überhaupt keinen Kommentar abgeben. Frau Oldenburg musste mehrfach nachfragen, und dann kam nur sehr, sehr dünn etwas und am Ende haben Sie alles abgelehnt. Und ich finde, das kann man auch noch mal selbstkritisch reflektieren, wenn man sich hier hinstellt und der Meinung ist, DIE LINKE hätte keine Position zur Bildung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie haben den Bildungsaufstand jetzt schon

(Marc Reinhardt, CDU: Abgesagt!)

mehrere Male erwähnt,

(Marc Reinhardt, CDU: Abgesagt!)

dazu möchten wir natürlich gerne sprechen. Offensichtlich interessiert Sie dieses Thema ja

(Marc Reinhardt, CDU: Nicht wirklich.)

und bewegt es Sie auch.

(Torsten Renz, CDU:
Ja, im Sinne der Bürger, ja.)

Das freut uns natürlich sehr. Sie sind im Übrigen alle herzlich eingeladen, Ihre Unterschrift zu leisten für diese Volksinitiative.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das wäre mal ein aktiver Posten.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Im Übrigen, Herr Renz, besonders Ihr Auftreten fand ich hier besonders daneben, ehrlich gesagt.

(Torsten Renz, CDU: Das macht nichts.)

Wenn Sie der Kollegin Frau Rösler zugehört hätten,

(Torsten Renz, CDU: Habe ich, habe ich.)

sie hat nämlich zum Bildungsbereich gesprochen,

(Marc Reinhardt, CDU:
Kommen auch noch Inhalte oder ...?)

hat dort schon Etliches erwähnt, aber das ist Ihnen offensichtlich entgangen.

(Torsten Renz, CDU: Das andere
war die Grundsatzdebatte.
Frau Rösler hat nur vorgelesen, was
Frau Oldenburg ihr aufgeschrieben hat.)

Fangen wir an mit dem großen Thema Unterrichtsausfall: Das ist ja was, worüber Sie nicht so gerne sprechen, weil statt Mathe mit Frau Meier gibt es ja regelmäßig Stillbeschäftigung. 15.000 Unterrichtsstunden sind ausgefallen, und das allein in diesem Schuljahr. Ich finde, das ist schon eine sehr dramatische Situation. Da fehlen hufenweise Lehrkräfte. Das führt natürlich auch zu einer Mehrbelastung aller anderen Kolleginnen und Kollegen.

Besonders dramatisch ist die Situation an den Berufsschulen. Auch hier steigt jedes Jahr der Unterrichtsaus-

fall. Viele Auszubildende brechen ihre Ausbildung ab oder fallen am Ende durch die Prüfung. Deshalb der Vorschlag des Vertretungsbudgets, Sie haben es ja selbst schon erwähnt, ein Budget für Vertretungen in Höhe von einer Unterrichtsstunde pro Lehrkraft. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten dann nicht mehr 27 Stunden pro Woche im Unterricht, sondern 26. Somit stünde pro Lehrkraft eine Stunde für den Vertretungsunterricht zur Verfügung. Diesen Vorschlag haben wir gemacht und werden ihn weiter machen, ebenso den Vorschlag, die Klassen zu verkleinern, denn guter Unterricht sollte Schülerinnen und Schülern genug Zeit zum Lernen und Üben geben.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Kröger, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Renz?

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Nein. Herr Renz, jetzt haben Sie mich aufgefordert, endlich zur Bildung zu reden. Das würde ich dann auch gerne in Ruhe tun. Wenn hinterher noch Zeit ist, können Sie gerne nachfragen.

Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit zum Lernen und Üben, und genauso sind natürlich auch Lehrkräfte wichtig, die sich um diese Schülerinnen und Schüler dann auch kümmern. Aber wenn die Klassen zu groß sind, ist beides eben nicht mehr möglich. Für Kinder und Jugendliche, die es besonders schwer haben in der Schule, die auch noch mehr Unterstützung brauchen, da ist dann Unterricht am späten Nachmittag auch nicht sonderlich hilfreich, sondern belastend. Deshalb müssen die Klassen geteilt werden, wenn sie zu groß sind. Die 26. Schülerin beziehungsweise der 26. Schüler eines Jahrgangs sollte die Klasse hier teilen.

(Thomas Krüger, SPD: Aber wo wollen
Sie die Lehrer hernehmen, Frau Kollegin?)

Somit lernen maximal 25 Kinder zusammen. Und ich denke, genau das ist auch das, worauf es dann ankommt.

Dann gerne noch zu unseren Anregungen in Bezug auf Mathe und Deutsch: Bis 1990 erhielten die Kinder in der 1. bis zur 4. Klasse durchschnittlich 13 Stunden Deutschunterricht. Auch hier regierte dann der Sparzwang. Statt 13 Stunden sind es inzwischen nur noch 4 beziehungsweise 5 Wochenstunden. 2009 war der Einschnitt besonders stark. In der 7. bis zur 10. Klasse fielen hier 4 Wochenstunden Deutsch weg. Im Fach Mathematik strich man 5 Stunden und im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld waren es sogar 7. Übrigens, bei den Fächern, die Ihnen ja offensichtlich immer so wichtig sind – Stichwort MINT –, fiel die Kürzung sogar mit 8 Wochenstunden am größten aus. Zählen wir das alles zusammen, sind den Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 7 bis 10 960 Unterrichtsstunden gestrichen worden. Ich finde, das ist eine dramatische Situation. Auch da muss sich etwas ändern.

Und jetzt kommen wir zu den Lehrkräften, liebe Kolleginnen und Kollegen: A13 für Grundschülerinnen und Grundschüler, natürlich ist das etwas, was wir unterstützen.

(Zurufe aus dem Plenum: Lehrer!)

Lehrer – wobei, für Grundschüler, das wäre ja auch mal ein Ansatz.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Das ist der richtige Weg, ist aber auch für uns nichts Neues, fordern wir auch schon seit Jahren.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Geht es hier um Kindergrundsicherung?)

Da freut es uns, dass der stete Tropfen auch Ihren Stein gehöhlt hat und Sie jetzt diese Forderung übernommen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Tilo Gundlack, SPD: Ach mein Gott! Wie armselig!)

Herzlichen Glückwunsch, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ändert aber nichts daran, dass Mecklenburg-Vorpommern tausend Lehrkräfte zusätzlich braucht, nur dann kann der Unterricht sowie auch die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer hier verbessert werden.

Und natürlich möchten wir auch den älteren Kolleginnen und Kollegen, die gern früher aus ihrem Berufsleben aussteigen möchten, dieses auch möglich machen. Das ist nicht zum Nulltarif zu haben, gar keine Frage. Sie müssen den Ernst der Lage erkennen, das Geld in die Hand nehmen, denn noch – und da helfen auch neue Untersuchungen nichts – bleiben wir Schlusslicht im Bildungsranking der Länder. Das ist ein Fakt.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die die Schule oder aber ihre Ausbildung abbrechen, wird nicht sinken und Lehrkräfte werden nicht nach M-V kommen, wenn wir hier nicht einen grundlegenden Wandel herbeiführen. Und die Ausrede, die wir ja auch immer wieder hören, überall in Deutschland würden Lehrkräfte fehlen, das hilft uns auch nicht und verbessert auch im Schulwesen nichts.

Ich hoffe, dass diese paar wenigen Punkte zu unseren Forderungen im Bildungsbereich zumindest ansatzweise das aufgreifen, was nicht nur Frau Oldenburg, sondern DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit vielen Jahren skandalisiert im Bildungsbereich und ...

(Egbert Liskow, CDU: Was?!)

Allerdings ist es so!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich sitze ja noch nicht so lange im Landtag, weiß aber sehr wohl, wie häufig wir auch in der Fraktion über dieses Thema sprechen, uns dazu austauschen. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass Ihnen das im Zuge Ihrer Wahlkreisarbeit ähnlich geht, wenn Sie vor Ort unterwegs sind. Auch in Rostock ist die Situation ja inzwischen so, dass man von vielen Eltern angesprochen wird, gerade in Bezug auf den Unterrichtsausfall, gerade in Bezug auf den Mangel an Lehrerinnen und Lehrern. Ich kenne das selbst aus dem familiären Umfeld auch.

Und die Mehrbelastung steigt ja. Wir haben das große Thema Inklusion, haben wir im Bildungsausschuss auch schon drüber gesprochen. Was die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer angeht, da ist ja jetzt noch mal der Zeitraum gestreckt worden, weil die Herausforderung

so groß ist. Dann kommt das große Thema Digitalisierung. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich weiterbilden, Schulen müssen entsprechend ausgestattet werden. Und zurzeit haben, glaube ich, viele Kolleginnen und Kollegen

(Thomas Krüger, SPD: Der DigiPakt läuft.)

eher das Gefühl, überlastet zu sein, als von Ihnen unterstützt zu werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Renz, wenn es mir jetzt möglich ist, versuche ich das gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Frau Kröger! Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage? (Zustimmung)

Herr Renz, bitte schön.

Torsten Renz, CDU: Vorbemerkung: Frau Kröger, Sie haben aus meiner Sicht zu Recht ausgeführt, Berufsschulen – Handlungsbedarf. Jetzt meine Frage: Ich habe mir Ihre Änderungsanträge angeschaut,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das ist ja schon mal was!)

Sie haben zu allen Schularten Änderungsanträge gestellt, zum Beispiel den Klassenteiler dann auf 26 zu setzen – für alle Schularten, nur für die Berufsschulen nicht. Könnten Sie das mal inhaltlich begründen, warum Sie da nicht antragstechnisch aktiv geworden sind?

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: In Bezug auf die Berufsschulen? Das ist noch gar nicht lange her, Herr Renz, da haben wir uns mit dem Bereich Berufsschulen sehr intensiv befasst als Fraktion DIE LINKE. Wir haben zu dem Thema auch eine Tour durchs Land gemacht, haben Berufsschulen und Einrichtungen besucht, haben dazu dann auch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Ob das Thema im Bildungsausschuss dann auch Thema war, das weiß ich jetzt nicht. Meines Wissens gab es auf jeden Fall von unserer Seite dazu auch ein Forderungspapier. Aber ich glaube, wenn wir über die Berufsschulen reden, lieber Herr Renz, dann sollten gerade Sie als Vertreter der Landesregierung ganz vorsichtig sein,

(Tilo Gundlack, SPD: Was?!)

denn da sind Sie diejenigen, die im Glashaus sitzen.

(Tilo Gundlack, SPD: Er ist doch kein Vertreter der Landesregierung!)

Denn wenn hier jemand die Berufsschulen zentralisiert hat, das heißt, auch zusammengestrichen hat, dann war das die SPD-CDU-Regierung, und da fangen die Probleme ja an. Und das merken wir an unseren Auszubildenden ja auch, die jetzt weitere Strecken zu fahren haben und dadurch ja auch eine höhere Belastung haben. Also ich glaube, die Stärkung der Berufsschulen ist jetzt nicht zuallererst Ihr Handlungsfeld gewesen in den letzten Jahren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Kröger.

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage von Herrn Renz?

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Bitte.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Danke, Frau Kröger.

Heißt das, ich soll schlussfolgern, dass aufgrund Ihrer Rundreise beim Thema Berufsschulen es dazu geführt hat, dass Sie keinen Handlungsbedarf sehen, bei der Haushaltsdiskussion zum Thema Berufsschule einen konkreten entsprechenden Antrag zu stellen?

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist die falsche Schlussfolgerung. Das ist doch die falsche Schlussfolgerung, die Sie ziehen!)

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Nein, Herr Renz, da ziehen Sie natürlich die falschen Schlussfolgerungen. Was ich damit zum Ausdruck bringen wollte, ist, wir haben einen Haushaltsentwurf von Ihnen bekommen, mit diesem Haushaltsentwurf setzen wir uns auseinander. Und die Fraktion DIE LINKE hat ja nun zahlreiche Änderungsanträge zu den unterschiedlichsten Bereichen gestellt. Hätten wir jetzt versucht, zu allen Themenbereichen des Landeshaushaltes alle Änderungen zu beantragen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Wäre es auch falsch gewesen.)

die wir hätten anders machen wollen, wäre es wahrscheinlich klüger gewesen, einfach einen zweiten Haushalt zu schreiben.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist richtig.)

Dann hätten wir uns noch weniger Arbeit gemacht.

(Manfred Dachner, SPD: Das ist jetzt eine Ausrede, eine billige Ausrede.)

Aber da ja die Erfahrung im Umgang mit unseren Änderungsanträgen ziemlich dünn ist, weil in der Regel lehnen Sie die ja alle ab – und das haben Sie beim letzten Mal auch so gemacht –, konzentrieren wir uns als Fraktion natürlich auch auf bestimmte Schwerpunkte.

(Vincent Kokert, CDU: Dazu gehören die Berufsschulen nicht.)

Und deshalb liegt zu diesem Bereich kein Änderungsantrag vor, Herr Renz, und nicht, weil uns das Thema nicht interessieren würde.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Kröger, Sie scheinen offensichtlich sehr gefragt zu sein. Gestatten Sie eine weitere Nachfrage von dem Abgeordneten Herrn Butzki?

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Wenn ich Sie denn ... Bitte.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Ja, vielen Dank.

Ich gehe davon aus, dass Sie der Rededebatte aufmerksam gefolgt sind. Ich denke, Sie erkennen auch an, dass die Landesregierung eine ganze Menge finanziert im Bildungsbereich, auch zusätzlich. Woher wollen Sie jetzt Ihre zusätzlichen Forderungen finanzieren? Wo wollen Sie streichen?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE, und
Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Aus dem Haushalt!)

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja, Herr Butzki, natürlich ist es so, dass Sie im Bildungsbereich Entscheidungen getroffen haben, die wir auch zu würdigen wissen. Also die Budgets haben Sie ja vorhin genannt, dazu noch die Infrastrukturmaßnahmen, und das sind auch Dinge, die ich jetzt persönlich sicherlich nicht kleinreden will. Ich denke aber auch, wenn wir uns den Bildungsbereich anschauen und auch die Themenpunkte, die ich jetzt noch mal aufgelistet habe, dass der Finanzbedarf noch deutlich größer wäre. Und das ist dann eine Frage von politischer Schwerpunktsetzung.

Wenn Sie uns ernsthaft in die Haushaltsverhandlungen miteinbeziehen würden, dann könnten wir darüber natürlich auch ganz anders diskutieren, ob wir die Schwerpunkte dann bei Kita, Kinder und Jugend setzen oder ob wir sie auf den Bereich Bildung erweitern oder aber vielleicht im Bereich Nahverkehr, weil ich glaube, auch da sind wir uns einig, dass, wenn man den Nahverkehr im Land deutlich verbessern will, dass auch da ein deutlich größerer Schluck aus der Pulle notwendig wäre.

Und natürlich muss man sich dann über die Mittelverteilung verständigen. Aber so knapp ist der Haushalt ja nun auch nicht aufgestellt, also Sie können Ihre Vorhaben ja auch finanzieren – wir würden da als LINKE vielleicht andere Schwerpunkte setzen –, und eine Finanzierungslösung findet man, wenn man will. Dass Ihnen das auch immer gelingt, zeigt ja am allerbesten der Strategiefonds. Wenn Sie Geld brauchen, finden Sie ja auch immer welches.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Gestatten Sie noch eine weitere Nachfrage?

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Bitte.

(Der Abgeordnete Andreas Butzki spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment!

Gestatten Sie noch eine weitere Nachfrage? Frau Kröger?

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ach so! Ja, natürlich.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Aber die Frage ist nicht beantwortet, die Frage: Woher sollen die zusätzlichen Mittel kommen? Also wir sind schon an die Schmerzgrenze gegangen und ich hatte auch die Zahlen ungefähr gesagt,

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Haben Sie denn die Änderungsanträge nicht gelesen, Herr Butzki?)

was die Änderungsanträge im Bildungsausschuss gekostet hätten. Wo würden Sie wegnehmen jetzt? Ich höre immer bloß: Mehr, mehr, mehr.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das steht in den Änderungsanträgen!)

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja, das ist jetzt natürlich eine einfache Situation für Sie, Herr Butzki, wenn ich hier vorne stehe, um den Redebeitrag zu übernehmen, jetzt von mir eine Haushaltsstelle hören zu wollen. Die kann ich Ihnen nicht geben – das wäre, glaube ich, auch etwas unseriös –,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das steht in den Änderungsanträgen.)

sondern das Einzige,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Änderungsanträge lesen!)

was ich Ihnen sagen kann, ist, dass aus unserer Sicht, so, wie Sie den Haushalt aufgestellt haben, so, wie Sie ihn behandelt haben, genug Mittel im Haushalt des Landes vorhanden sind. Dass man Schwerpunkte setzen muss, ist unstrittig. Dass wir uns dann vielleicht gemeinsam politisch an anderer Stelle auch anders entschieden hätten, ist auch unstrittig.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Wo denn?)

Aber aus unserer Sicht ist der Bildungsbereich der Bereich, in den wir ganz massiv investieren müssen. Wir haben uns ja heute auch schon mal über die Wirtschaft unterhalten und über Nachwuchskräfte im Land. Und wenn wir da als Mecklenburg-Vorpommern uns anders aufstellen wollen, dann müssen wir an die Schulen, dann müssen wir mehr Lehrkräfte einstellen und das Problem nicht nur über Seiteneinsteiger/-innen lösen, sondern dann sollte Bildung einer der großen Schwerpunkte sein.

Sie haben einen Anfang genommen, mit den Mitteln, die Sie jetzt eingestellt haben. Das reicht aber aus unserer Sicht nicht. Und das nächste Mal, wenn Sie den Haushalt aufstellen, beziehen Sie uns doch gerne ehrlich und auf Augenhöhe in die Haushaltsverhandlungen mit ein, und dann, bin ich mir sicher, finden wir auch gemeinsam eine Lösung, wie man das finanzieren kann. Aber dann müssten Sie damit anfangen, unsere Änderungsanträge nicht alle ohne Diskussion vom Tisch zu wischen, sondern sich mit uns eben an diesen Tisch zu setzen und unsere Vorschläge auch ernst zu nehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Weitere Nachfragen liegen mir nicht vor. Es liegen mir auch keine weiteren Redner mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache zu dem Einzelplan 07.

Zum **Einzelplan 08** sowie zu dem dazugehörigen Teil des Stellenplans liegen keine Wortmeldungen vor. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache zum **Einzelplan 09** sowie zu dem zum Einzelplan 09 zugehörigen Teil des Stellenplans.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Werte Kollegen und liebe Gäste! Einzelplan 09, Justiz – ich glaube, ich kann jetzt mal, wenn ich die Kritik, die wir gerade zuvor gehört haben, so Revue passieren lasse, ruhig mal einen Gang zurückschalten. Im Einzelplan 09 ist die Kritik, die wir jedenfalls anzubringen haben, deutlich geringer. Das liegt im Wesentlichen daran, dass der geforderte Stellenaufwuchs bei Richtern und Staatsanwälten für diesen Doppelhaushalt gewährleistet ist, weil der Bund mit den Mitteln aus dem „Pakt für den Rechtsstaat“ ja Mittel zur Verfügung gestellt hat, mit denen eben diese Stellen finanziert werden. Ich möchte nur daran erinnern, dass das eine Anschubfinanzierung ist.

Wir werden uns über die Fortsetzung dieses Aufwuchses in den nächsten Haushaltsjahren dann Gedanken machen müssen. Und ich erinnere auch daran, was wir vor zwei Jahren bei der Haushaltsdebatte gefordert hatten, nicht wie die LINKEN, 24 Stellen – waren es, glaube ich – auf einen Schlag dazu, sondern in den nächsten sechs Doppelhaushalten jeweils fünf zusätzliche Stellen in der Justiz und in der Staatsanwaltschaft, um diesen Pensionierungseffekt, der sich immer sonst zum gleichen Zeitpunkt wiederholt, etwas zu entzerren. Das werden wir dann bei der nächsten Haushaltsdebatte gegebenenfalls haben.

Was an Kritik bleibt, das sind die zwei Punkte, die auch in den anderen Einzelplänen schon eine Rolle gespielt haben. Wir haben ein Personalkonzept hier im Land gehabt, das sich eine deutlich geringere Ausstattung der Ministerialverwaltung als Ziel gesetzt hatte, als wir sie damals hatten, und noch viel geringer, als wir sie jetzt bekommen. Und anstatt sich zu bemühen, diesem Personalkonzept Rechnung zu tragen und die Personaldichte in den Ministerialverwaltungen herabzuführen, wird mit Stellenzuwachs und einem Stellenaufwuchs in der Dotierung der einzelnen Stellen gearbeitet. Das halten wir für grundverkehrt. Wir finden, wenn wir – mein Kollege Kramer hat es heute Morgen deutlich mitgeteilt –, wenn wir sehen, dass andere Bundesländer mit 0,7 Stellen pro 1.000 Einwohner in der Ministerialverwaltung auskommen, dann müssen wir nicht mit 1,3 irgendwas Stellen pro 1.000 Einwohner bundesweit von den Flächenländern die Spitzenposition einnehmen. Da ist noch erheblicher Platz, um Bürokratie abzubauen und Verwaltungsstellen einzusparen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist im Kern, das ist im Kern die Kritik, die meine Fraktion am Einzelplan 09 anzubringen hat. Das ist aber – auch das wollen wir honorieren – der geringste Stellenaufwuchs in allen Ministerien, den das Justizministerium aufzuweisen hat. Also wir sehen immerhin das Bemühen, nicht so doll zuzuschlagen, wie das die anderen Ministe-

rialverwaltungen gemacht haben. Deswegen werden wir diesen Einzelplan nicht ablehnen, sondern uns der Stimme enthalten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Professor Weber.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin erst mal froh und dankbar, dass ich Mitglied einer sehr diskussionsfreudigen Fraktion bin, denn ich finde es schon etwas befremdlich, dass hier insgesamt zehn Stunden Ausspracherezeit angemeldet werden und dann vor allem die LINKEN hier quasi redetechnisch durch Abwesenheit glänzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Karsten Kolbe, DIE LINKE: Hallo!)

Da habe ich wenig Verständnis für. Wir können nicht immer darüber reden, dass das hier die Königsdisziplin des Parlaments ist, und wenn es drauf ankommt, machen Sie sich hier einen schlanken Fuß.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Erst auf Aufforderung sprechen Sie zu einigen Themen. Zur Justiz werden Sie laut Plan nicht sprechen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Stimmt doch gar nicht.)

zu Energie und Bau werden Sie gleich nicht sprechen laut Plan. Ich bin sehr gespannt, wie diese Debatte hier weitergeht.

Und für mich ist auch klar, warum Sie – jedenfalls, seitdem ich da bin in diesem Parlament – erst ein Mal, glaube ich, einen Minister zitiert haben,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Übrigens
habe ich zu Wohnungsbau und
Wohnungsförderung längst gesprochen.)

denn, wenn die eigene Fraktionsvorsitzende es nicht einmal für nötig hält, hier zur Haushaltsdebatte zu erscheinen – ich glaube, es ist schon die dritte Auslandsreise während einer Landtagswoche –, dann habe ich dafür auch wenig Verständnis, wie man hier mit Oppositionsarbeit an der Stelle umgeht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Zur Haushaltsdebatte sollte man, finde ich, als Oppositionsführerin dann hier auch anwesend sein.

Und ich möchte die Gelegenheit gerne auch mal nutzen, um mal mit ein paar Legenden aufzuräumen, denn heute Morgen hat es Frau Rösler hier in ihrem mexikanischen Rundumschlag ja pauschal gesagt, also alle Anträge werden hier abgelehnt, da wird gar nicht drüber diskutiert. Da möchte ich für den Justizbereich doch deutlich machen, dass wir uns sehr wohl auch mit den Anträgen auseinandergesetzt haben, die aber dann am Ende des Tages, soweit ich weiß, auch mit breiter Ablehnung dort

versehen wurden. Und es ist für mich noch mal eine Gelegenheit ...

(Vincent Kokert, CDU: Was ist der
mexikanische Rundumschlag?)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Ehlers!

Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Professor Weber?

Sebastian Ehlers, CDU: Wenn nachher noch Zeit ist, gerne. Ich würde erst mal mein Skript ...

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist
eine dumme Frage. Machs nicht!)

Sebastian Ehlers, CDU: Ich finde, es ist eine gute Gelegenheit, auch mal zu schauen, wo kommen wir eigentlich im Justizbereich her und wo stehen wir mit dem jetzigen Haushalt, den wir in wenigen Stunden auf den Weg bringen werden. Und zur Wahrheit gehört, glaube ich, auch, dass nach dem Personalkonzept 2010 für die Justiz in den Jahren 2012 bis 2026 insgesamt 100 Stellen hätten abgebaut werden müssen. Ich glaube, das gehört zur Wahrheit auch dazu.

Und die Diskussionen auch im letzten Wahlkampf und danach in den Koalitionsverhandlungen haben Sie verfolgt. Wir mussten den Koalitionspartner jetzt ein bisschen mit auf den Weg nehmen, da waren Sie nicht ganz so begeistert davon, dass wir noch mehr Stellen für die Justiz in dem Bereich brauchen. Aber auch hier in dem Bereich können wir jetzt sagen, haben wir geliefert, sodass das Personalkonzept auch hier an der Stelle ausgesetzt ist, das ist völlig klar. Wir haben 23 Stellen aus dem Pakt für Sicherheit und 10 Stellen aus dem Pakt für den Rechtsstaat, und somit haben wir am 1. Januar 2020 – also in wenigen Tagen – damit insgesamt 66 Stellen mehr zur Verfügung als im Personalkonzept 2010 vorgesehen.

(Beifall Torsten Renz, CDU: Richtig!)

Und ich finde, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch auch mal eine Botschaft, über die wir heute reden sollten. Und deswegen ist das Thema Personalgewinnung, wie in allen Bereichen – und wir werden hier über den Bereich Gesundheit und Krankenhaus auch noch jetzt reden die nächsten Tage –, auch im Bereich Justiz eines der Kernthemen für die nächsten Jahre und eine der Fragen, die uns hier umtreibt.

Und was machen wir in dem Bereich? Wir stocken beispielsweise die Zahl der Anwärter auf im allgemeinen Vollzugsdienst von 60 auf insgesamt 100. Wir erhöhen die Anzahl der Auszubildenden zu Justizfachangestellten für die Geschäftsstellen um weitere 15 auf insgesamt 120 Stellen. Und ein weiterer wichtiger Schritt ist auch die Wiederaufnahme der Ausbildung der Rechtspfleger an der Fachhochschule in Güstrow. Das war auch ein langer Weg dorthin, es war auch nicht so ganz einfach, und da bin ich auch den Koalitionsfraktionen dankbar, dass wir das zusammen mit den zuständigen Ministerien auf den Weg gebracht haben, und somit wird dieser Ausbildungsgang mit 20 Anwärtern umgesetzt.

Weil im letzten Jahr noch häufig die Kritik war, ihr kümmerst euch um die Richter und Staatsanwälte und die anderen Bereiche spart ihr aus, deswegen haben wir auch in diesem Haushalt ganz klar diese Bereiche hier mit reingenommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Genau.)

Das ist, glaube ich, auch ein wichtiges Zeichen. Zusätzlich noch neun Stellen der Besoldungsgruppe R1, vier Stellen Staatsanwaltschaft und vier Stellen für die Richterschaft – ich glaube, das sind insgesamt gute Ergebnisse, die lassen sich sehen. Und natürlich kann man auch immer noch sagen, es geht mehr. Aber am Ende des Tages hätten die Änderungsanträge der LINKEN – ich bin darauf eingegangen – ein Mehr von 9,3 Millionen Euro bedeutet. Ich glaube, das muss man auch einfach mal so sagen.

Ich habe mir jetzt nicht die Mühe gemacht, das aus allen Bereichen zusammenzurechnen. Aber wir haben ja gerade im Bildungsbereich die Zahlen auch gehört, und wir haben es heute Morgen in der Generaldebatte gehört, der Haushalt ist in vielen Bereichen auf Kante genäht.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: In der Tat.)

Und alles, was an Personalausgaben natürlich noch on top kommt, sind auch Ausgaben, die werden uns die nächsten Jahre, Jahrzehnte begleiten, das sind ja keine einmaligen Investitionen. Deswegen, finde ich, muss man schon schauen, wie geht man mit diesen Dingen um. Und da, glaube ich, haben wir einen guten Beitrag dazu geleistet, dass die Justiz im Land handlungsfähig bleibt.

Ein weiterer Schwerpunkt auch hier – diskutiert hier im Haus – ist das Thema Bauten. Wir haben uns hier über die baulichen Zustände ausgetauscht, beispielsweise in der JVA in Bützow. Und deswegen ist es, glaube ich, auch gut, dass wir auch im Bereich Bauen hier einiges mit dem Haushalt auf den Weg bringen. Ich will beispielhaft nennen in Bützow beispielsweise die Sanierungen des Wirtschaftsgebäudes und der Anstaltsküche mit Mitteln in Höhe von 3,6 Millionen Euro, die Sanierung des Hafthauses B mit einem Investitionsvolumen von 13,7 Millionen Euro, in Stralsund die JVA, die Sanierung des offenen Vollzugs und die Erneuerung der sicherheitstechnischen Anlagen mit insgesamt 4,2 Millionen Euro, die JVA Neustrelitz, die Erneuerung der sicherheitstechnischen Anlagen, hierfür sind 3,2 Millionen Euro vorgesehen, und den Umbau und die Erweiterung des Jugendarrestes bis 2020 mit Mitteln in Höhe von 2,2 Millionen Euro.

Und ich glaube, in der Gesamtschau für diesen Einzelplan 09 ist das ein recht ambitionierter Haushalt. Und ich finde es wichtig, das hier auch in dem Bereich jetzt ein Stück weit gegengesteuert wird, dass Dinge, die vielleicht mal vor Jahren vereinbart wurden, auch ausgesetzt wurden, dass wir uns auch der Gegebenheit stellen, dass wir in vielen Bereichen einfach auch einen gewissen Stau haben, dass wir dort abbauen müssen und dass wir es schaffen müssen, jetzt auch Personal wieder ranzuführen und vor allem junge Leute wieder zu begeistern, auch in der Justiz Verantwortung zu übernehmen, denn die Personal- – jeder, der sich damit beschäftigt –, die Altersabgänge sind in den nächsten Jahren wie in allen anderen Bereichen auch so, dass wir da jetzt zwingend nachsteu-

ern müssen. Und deswegen bitte ich auch um breite Unterstützung für diesen Einzelplan.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Ehlers, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage von ...?

Sebastian Ehlers, CDU: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Professor Weber, Sie haben das Wort.

Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, vielen Dank.

Herr Ehlers, ich bitte um Aufklärung einer Wissenslücke. Was ist ein mexikanischer Rundumschlag?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Sebastian Ehlers, CDU: Wir haben einen sehr kreativen Fraktionsvorsitzenden,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und der verwendet dieses Wort immer sehr gerne, und von daher müssen Sie ihn vielleicht dazu befragen. Ich finde es sehr unterhaltsam, und wenn man eine gewisse Affinität zu Lateinamerika hat, finde ich, passte das gerade ganz gut.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns wurde ja verschiedenfach vorgeworfen, wir würden zu einigen Punkten nicht reden. Nur für die Öffentlichkeit: Wir haben jeden einzelnen Änderungsantrag in den einzelnen Ausschüssen, dort, wo es hingehört

(Egbert Liskow, CDU: Ach so!)

und wo wir gemeinsam beraten, wirklich ausführlich eingebracht und dargestellt, wie wir zu den einzelnen Punkten kommen. Dann hier von Bankrotterklärung zu reden, von Herrn Renz,

(Torsten Renz, CDU:
Ja, das war von mir.)

oder Herr Ehlers zeigte sich verwundert, dass wir hier zu einigen Punkten keine Stellung nehmen, das finde ich wirklich schon sehr makaber.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

In den Ausschüssen kam nicht ein Mal was von Ihnen oder von den Kollegen der SPD. Sie haben alles abgelehnt.

(Beate Schlupp, CDU:
Stimmt doch gar nicht.)

Hier von Demokratie zu reden, wie Herr Kokert das gemacht hat –

(Egbert Liskow, CDU:
Das stimmt doch nicht.)

Herr Kokert, da habe ich ein anderes Demokratieverständnis,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

dass man auch in den Ausschüssen darüber redet.

Ich bin ja schon gewohnt, dass Änderungsanträge abgelehnt werden von Ihnen. Dass Sie sich noch nicht mal inhaltlich damit auseinandersetzen,

(Vincent Kokert, CDU: Aber wir haben
uns damit auseinandergesetzt,
mit jedem einzelnen.)

das ist wirklich unterste Stufe.

(Vincent Kokert, CDU: So?!)

Auch heute nehmen Sie hier zu den Änderungsanträgen keine Stellung.

(Vincent Kokert, CDU: Na,
Sie reden ja noch nicht mal!)

Insofern sehe ich es als nicht notwendig an, auf Ihre Redebeiträge einzugehen.

(Torsten Renz, CDU: Ich habe
Ihnen sogar eine Frage gestellt
zum Thema Berufsschulen.)

Wir haben die verschiedensten Änderungsanträge eingebracht: mehr Richter, mehr Staatsanwälte, die Justizvollzugsanstalten sollten bessere Einstiegsämter bekommen,

(Vincent Kokert, CDU:
Sie wollten nur Ihre Pleite bei
der Haushaltsdebatte vertuschen.)

die Höherstufung der Mitarbeiter in den Geschäftsstellen – alles, was von Ihnen kam, war die Wortmeldung von Herrn Ehlers, der es heute auch noch mal wiederholt hat, das war aber wirklich das Einzige,

(Vincent Kokert, CDU: Na immerhin.)

wo er sagte, das alles kostet 9,3 Millionen Euro, wo wollt ihr das hernehmen.

(Vincent Kokert, CDU: Mein Ticker
läuft schon: „LINKE versagt auf ganzer
Linie in den Haushaltsberatungen“.)

Da kann ich Sie nur fragen, Herr Kokert: Wo nehmen Sie die 170 Millionen Euro Umschichtung im Gegensatz zum Entwurf des Haushaltes her? Ich glaube, die Frage, die Sie uns stellen, müssen Sie erst mal selber für sich hier im Plenum beantworten.

(Vincent Kokert, CDU: Allgemeine
Rücklage, das wissen Sie doch.)

Allgemeine Rücklage, aha! Bei uns wird es sozusagen abgelehnt, wenn wir das machen.

(Vincent Kokert, CDU: Dann müsst
ihr es angeben als Deckungsquelle.)

Insofern, Herr Kokert, ist das nicht ganz ehrlich, was Sie hier machen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Zu jedem Änderungsantrag, den wir eingebracht hatten,

(Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

war immer ein Finanzierungsvorschlag eingebracht,

(Vincent Kokert, CDU: Redet doch
vorne am Pult und nicht dazwischen!)

aber nicht mal dazu hielten Sie es für nötig,

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Jaja.)

irgendwie

(Glocke der Präsidentin)

Wollen Sie noch mal vor, Herr Kokert?

(Vincent Kokert, CDU: Was?)

Wollen Sie noch mal vor?

Präsidentin Birgit Hesse: Einen ...

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Na, sehr schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte!

Meine sehr geehrten Damen und ...

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Herr Kokert!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte jetzt noch ein bisschen um Aufmerksamkeit zu diesem Einzelplan.

Frau Bernhardt, Sie haben das Wort.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

(Torsten Renz, CDU: Jetzt Ihr
Votum zum Haushaltsplan!)

Deshalb, wir haben in unseren Änderungsanträgen die Finanzierungsquellen dargestellt. Wir sind inhaltlich in den Ausschüssen auf jede einzelne Position eingegangen. Alles, was vonseiten der Koalition zu hören war, war Stille beziehungsweise der Generalvorwurf, wo kommt denn das Geld her. Wer so handelt, der kann sich nicht hier im Landtag ins Plenum hinstellen und von Demokratie oder von Bankrotterklärung reden. Das ist alles unehrlich.

(Torsten Renz, CDU: Na, na, na, na, na!
Also beim Thema „ehrlich“?!)

Reißen Sie sich in Zukunft zusammen! Also das, was Sie hier anbieten, ist unterste Kanone.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: Zur Sache!
Zur Sache!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Bernhardt.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Kein Wort zum Justizhaushalt.)

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung der Finanzminister Herr Meyer.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Kein Wort zum Justizhaushalt.)

Minister Reinhard Meyer: Also, der Finanzminister – ich bitte um Aufmerksamkeit –, der spricht jetzt weniger zum Einzelplan 09, sondern zu der Äußerung, die ich heute schon das zweite Mal gehört habe vonseiten der AfD-Fraktion, wo etwas schiefe Vergleiche gezogen werden zum Personalkonzept und Personal pro Flächenland. Und was ich Ihnen dazu sagen möchte: Wenn Sie schon Rankings machen der Bundesländer – das dünn besiedelteste Flächenland der Republik ist Mecklenburg-Vorpommern, und da ist es doch normal, wenn man als Staat Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erbringen will, dass man ein bisschen mehr Personal braucht als andere.

(Thomas Krüger, SPD:
So ist es. Genau.)

Mit anderen Worten: Die AfD steht dafür, die Dienstleistungen des Staates in der Fläche abzuziehen. Das ist die Schlussfolgerung, die man daraus ziehen soll,

(Thomas Krüger, SPD: Ja, genau so.)

und insofern die völlig falsche Politik. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Meyer.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 09.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle folgenden Hinweis: Da es sich abzeichnet, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, dass wir für die Haushaltsberatung nicht die beantragte Redezeit benötigen, bestand Einvernehmen zwischen den Fraktionen, ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Einen Moment bitte!

... zwischen den Fraktionen, heute nach den Haushaltsberatungen die Tagesordnungspunkte 21 – Waldmehrungsprogramm, 9 – Petition, 4 – Staatsvertrag Girozentrale, 7 – Regulierungskammer und 8 – Zensusausführungsgesetz in der jetzt genannten Reihenfolge vorzuziehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und wir werden so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache zum **Einzelplan 10** sowie zu dem zum Einzelplan 10 zugehörigen Teil des Stellenplans.

Das Wort hat die Abgeordnete für die SPD-Fraktion Frau Julitz.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Investitionen sind immer gut und sollten vor allem nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine ganz besondere Herzensangelegenheit sind Investitionen in unsere Kinder.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Na!)

Die für alle Eltern gebührenfreie Kita ist die größte Familienentlastung in der Geschichte dieses Landes.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das hören wir jetzt schon zum hundertsten Mal.)

Das können wir auch hundertundeinmal hören, Herr Professor Weber. Dann erzählen wir das noch mal öfter, das ist nicht schlechter, das ist gut.

Damit fördern wir Familien, wir entlasten Familien, wir stärken Familien in Mecklenburg-Vorpommern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Eines unserer Ziele, nämlich kostenfreie Bildung von Anfang an, wird in wenigen Tagen Realität, und das in allen Förderfeldern – Krippe, Kindergarten, Hort und Kindertagespflege – und in vollem Förderumfang von zehn Stunden. Ab dem 01.01.2020 profitieren über 100.000 Kinder in Mecklenburg-Vorpommern und vor allem Eltern mit niedrigem Einkommen, Familien mit vielen Kindern und Alleinerziehende in diesem Land.

Mit diesem Haushalt schaffen wir die Möglichkeit der Teilhabe für alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Das, meine Damen und Herren, ist echte Chancengleichheit und das ist keine Selbstverständlichkeit. Das sehen wir daran, dass das eben schon eine lange Forderung ist und lange gedauert hat, viele Bemühungen vieler Personen beinhaltet hat und unser Bundesland der Vorreiter in Sachen gänzlicher Kostenfreiheit ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

145 Millionen Euro – ein enormer Kraftakt, eine enorme, aber wichtige und richtige Investition, nämlich in unsere Zukunft, in unsere Kinder und in unsere Familien. Mecklenburg-Vorpommern – ein Land zum Leben, ein Land für unsere Familien. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Julitz.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Bürger im Land! Frau Julitz hat eben noch mal das Thema Kita zum 101. Mal aufgerufen, dass es auch die größte Familienleistung in diesem Land wäre. Ja, es ist eine gute Familienleistung, die wir auch begrüßt haben und die wir immer als Kernforderung auch im Wahlkampf hatten. Danke dafür, dass

Sie das schon mal umgesetzt haben. Wie Sie das allerdings umgesetzt haben, das finden wir nicht so gut.

Und zur Wahrheit gehört eben dazu, dass das Gute-KiTa-Gesetz aus dem Bund missbraucht wurde aus unserer Sicht. Das hat nämlich elf Punkte, das geht wesentlich weiter als das, was hier umgesetzt wird. Hier lediglich hält man sich an die Kostenfreiheit. Bemängelt wurde natürlich der Betreuungsschlüssel, der sich nicht geändert hat. Eine Ausbildungsplatzplanung in dem Bereich ist nicht möglich, da man dies nicht in dieses Gesetz gleich mit reingeschrieben hat. Die Erzieher gucken in die Röhre, wenn es um bessere Erziehung geht, die Eltern ebenfalls.

(Thomas Krüger, SPD: Falsch!)

Es ist jetzt kostenlos, ja, aber besser? Das wage ich zu bezweifeln.

(Thomas Krüger, SPD: Falsch!)

Ich hoffe, dass Sie da noch deutlich nachlegen. Wenn nicht, werden wir dazu dementsprechend noch Anträge im nächsten Jahr bringen.

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD)

Familie stärken – das ist unser Hauptanliegen und Politik für unser Land und unsere Kinder zu machen. Und da ist es im Bereich „Soziales“ natürlich auch unser Hauptaugenmerk. Aus dem Grund haben wir natürlich Anträge gestellt im Laufe der Legislaturperiode, eben auch ein Willkommensgeschenk für unsere Kinder im Land et cetera als Anerkennung. Das hatten wir im Plenum und konsequenterweise auch hier jetzt als Haushaltsantrag. Das möchten wir. Das lehnen Sie weiterhin ab.

Das Weitere ist, wir wollen ein Landespflegefördergeld für pflegende Angehörige. Damit entlasten wir ebenfalls Familien pflegende Angehörige und den ganzen Pflege-sektor und haben die Möglichkeit, auch noch Anerkennung kundzutun. Das ist unsere Priorität. Deswegen auch als Änderungsantrag schon im Ausschuss und als Antrag hier im Landtag erschienen. Was wir nicht wollen, sind Außenstellen des Wirtschaftsministeriums in Hanoi. Das muss man ja auch mal dazusagen. Da fliegt jemand nach Hanoi, macht dort eine Zweigstelle auf, um vermeintliche potenzielle Kandidaten für eine Ausbildung im Pflegebereich zu finden. Das soll man sich mal auf der Zunge zergehen lassen, was das kostet! Das vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU, wo Sie immer alle von Solidarität sprechen, ist der blanke Hohn, den Sie uns hier liefern in diesem Bereich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben dazu auch schon eine Kleine Anfrage gestellt. Da bin ich echt gespannt, wie die beantwortet wird. Da geht es nämlich um die Kosten und um die Sinnhaftigkeit dieses ganzen Projektes sozusagen.

Dann wollen wir weiter das Ehrenamt stärken und deswegen auch immer wieder Anträge im Bereich „Sport“. Und wie wir ja mitbekommen haben, jedes Mal, wenn die AfD im Bereich „Sport“ etwas macht, ist die Aufregung recht groß. Aber das macht nichts, weil Frau Minister Drese da sehr schnell ist und dann auch liefert, entweder

zwei/drei Tage vorher oder zwei/drei Tage danach, dann eben in ihrem eigenen Namen. Das ist aber auch nicht schlimm, aber das beweist eben, dass wir hier etwas bewegen.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Bevor sie ihren eigenen Antrag stellt?)

Ganz kurz noch zum Vorgehen der Regierungskoalition mit den Änderungsanträgen der Opposition. Und da muss ich ins selbe Horn blasen wie DIE LINKE: Das war nichts. Natürlich haben wir uns Arbeit gemacht, und Herr Kramer hat es heute Morgen auch schon gesagt, dass wir über hundert Änderungsanträge gebracht haben. Sie nicht! Wir waren das gewesen.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Sie haben eine Vorlage abgeliefert, an der Sie wahrscheinlich selber nicht mal mitgearbeitet haben.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Die richtige Arbeit, die wurde dort gemacht und die wurde dort gemacht,

(Jochen Schulte, SPD: Reden
Sie doch nicht von Dingen, von
denen Sie keine Ahnung haben!)

und das haben Sie nicht mal wertgeschätzt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das machen Sie ja sowieso nicht in Ihrer Selbstherrlichkeit. Sie haben sich nicht mal damit befasst im Sozialausschuss, mit keinem einzigen Wort, meine Damen und Herren, mit nichts. Es wurde eingebracht, begründet, von beiden Oppositionsparteien, Sie haben sich das angehört oder haben auf Ihren Handys rumgespielt, wie auch immer, und haben es einfach abgelehnt, ohne Wortmeldung, ohne Begründung, ohne irgendetwas. Ich finde, das ist ein unmögliches Verhalten. Das können die Bürger da draußen ruhig wissen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Was wir ablehnen in diesem Haushalt oder was wir generell, glaube ich, alle ablehnen, das habe ich zumindest so vernommen aus den letzten Debatten, sind Parallelgesellschaften in diesem Land. Da habe ich zumindest so den Eindruck. Auch wenn es um Segregation geht et cetera – niemand möchte Parallelgesellschaften in diesem Land haben. Da habe ich bis jetzt nichts Gegenteiliges gehört. Und wenn man sich dann die Migrantenförderung anguckt, alles, was in diesen Teilbereich reinfällt, Frau Ministerin Drese hatte mal eine Ansprache gemacht zu einem anderen Tagesordnungspunkt, sie hatte, glaube ich, eine halbe Stunde lang Ausführungen gemacht, mit welchem Programm und wie viele Millionen in diesen Bereich fließen und Migranten unterstützt werden – das sehen wir anders.

Richtige Integration funktioniert anders. Sie kann so nicht funktionieren, wenn man Parallelinstitutionen schafft und Parallelprogramme für Parallelgesellschaften, meine Damen und Herren. Die Leute, die einen tatsächlichen Anspruch haben, hier zu sein, die können unsere ganzen Institutionen nutzen. Das wäre Integration. Die können

zur Familienberatung gehen wie unsere Familien, die können sich weiterbilden, da, wo wir uns weiterbilden lassen. Wenn es Probleme gibt, die können genauso gut zu unserer Schuldnerberatung gehen et cetera. Wir haben da einen sehr gut aufgestellten Bereich, der genutzt werden kann. Wir brauchen hier nichts extra.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Wer sich integrieren will, der tut das mit unseren Mitteln, die wir hier in Deutschland haben, indem er sie akzeptiert und nutzt, meine Damen und Herren.

(Beifall Jörg Kröger, AfD)

Und deswegen möchten wir in diesem Bereich Streichungen vornehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Zweite: Frauenforschung, Frauenförderung et cetera. Ich finde es echt immer bemerkenswert, wenn die Herren der CDU oder der SPD oder von mir aus auch noch der LINKEN hier ans Mikrofon treten und ihre Frauen in Schutz nehmen müssen, sie meinen in Schutz nehmen zu müssen.

(Heiterkeit und Zuruf
von Egbert Liskow, CDU)

Das sagt eigentlich ganz genau aus, dass in Ihren Köpfen die Baustellen sind, meine Damen und Herren. Sie trauen nicht mal Ihren eigenen Frauen zu, für sich selbst zu sprechen et cetera.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Thomas Krüger, SPD: Sie haben nicht
mal Frauen in Ihrer Fraktion.)

Wir sehen, dass ein völlig falsches Politikfeld hier betrieben wird mit Steuermittelkosten. Wenn ich höre „Erhöhung zum Anteil der Frauen in der Landesregierung“, meine Damen und Herren, dann drehen wir uns doch einmal um, und dann sieht das so aus, als ob wir da gar kein Problem haben bei uns im Land. Wir haben hier reichlich selbstbewusste, engagierte Frauen sitzen,

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zurufe von Beate Schlupp, CDU, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

die das alles ohne Förderprogramme geschafft haben, meine Damen und Herren. Dafür kann man mal Danke sagen, aber wir brauchen eben nicht solche Förderprojekte sozusagen, weil wir der Meinung sind, Frauen sind stark und selbstbewusst

(Nadine Julitz, SPD: Herzlichen Dank!
Deshalb haben Sie sie auch nicht
auf Ihren Listen, oder was?!)

und können sehr wohl von sich heraus dasselbe leisten wie Männer. Das ist Gleichstellung im Gedanken, der bei Ihnen noch nicht stattgefunden hat, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das solls schon gewesen sein zur Kritik. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Rösler hat sich ja in der Hauptdebatte im finanziellen Märchenwald verirrt, kritisierte voller Frust natürlich alles, was nach linker Wunschvorstellung nicht durchsetzbar ist, und Frau Bernhardt wird sicherlich in die Attitüde gleich einfallen,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Sie sind ja Hellscherin!)

völlig egal, woher das Geld kommt. Wir bauen hier jedoch keine Luftschlösser, und wir werden künftig noch viele wichtige Entscheidungen zu treffen haben, ob das Einrichtungsqualität betrifft, Teilhabe, Beratung, soziale Themen für alle Bevölkerungsgruppen, nicht nur für Einzelne. Und ich will es Ihnen an dieser Stelle auch gern noch mal sagen: Ihre Änderungsanträge im Sozialbereich nur alleine in 2020 hätten 595,8 Millionen Euro Mehraufwand bedeutet.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Ich glaub, da können Sie nicht rechnen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ...

Wir haben es ausgerechnet, Frau Rösler.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

... Schwerpunkt im Doppelhaushalt 2020/21 im Einzelplan 10 ist ganz klar die vollständige Beitragsfreiheit für die Eltern in der Kindertagesbetreuung. Diesen Schritt haben wir gemeinsam im September 2019 mit der Änderung des KiföG beschlossen. Heute mit dem Beschluss des Doppelhaushaltes bilden wir diesen im Doppelhaushalt für die nächsten zwei Jahre ab. Dazu sind 145 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen. Insgesamt fördern wir die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten oder in der Kindertagespflege mit rund 350 Millionen Euro jährlich. Und da kann man auch der AfD nur zurufen: Was ist daran schlecht? Ich hoffe jedenfalls, dass die Bürgerinnen und Bürger das nicht vergessen, dass die Kitabetreuung für sie nichts mehr kostet, denn Kosten entstehen ja trotzdem.

Und ein zweites Thema, was ich gerne noch ansprechen möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren: Mir persönlich liegt zudem die Kinder- und Jugendförderung besonders am Herzen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Erfreulich ist es, dass uns nach vielen Jahren eine Aufstockung der Pro-Kopf-Förderung für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gelungen ist. Insgesamt 200.000 Euro an zusätzlichen Mitteln führen dazu, dass

wir die Pauschale von 5,11 Euro auf 6,43 Euro zum 1. Januar 2020 anheben werden. Ich sage es aber auch deutlich, das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, um die Arbeit der Kinder- und Jugendförderung zukunftsicher aufzustellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Klar ist aber auch, dass ich mir an dieser Stelle eine deutlichere Anhebung gewünscht hätte. Aber wir sind halt auch nicht bei „Wünsch Dir was“. Somit ist es ein Zwischenziel. An weiteren Zielen werden wir in gewohnt konstruktiver Art und Weise arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Würdich, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Mitglieder der Bürgerinitiative Mirow. Herzlich willkommen bei uns im Landtag! Sie lauschen gerade der Debatte zum Haushalt, und wir befinden uns im Einzelplan 10, Soziales.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich in den Einzelplan 10 schaue und in die Beratung dazu, dann ist auch das keine Glanzstunde der Demokratie gewesen. Wir haben hierzu im Sozialausschuss verschiedenste Änderungsanträge gestellt, um Mecklenburg-Vorpommern zu einem kinder- und jugendfreundlichen Bundesland weiterzuentwickeln. Alle Änderungsanträge wurden durch SPD und CDU ohne irgendeine Begründung, ohne irgendeine inhaltliche Auseinandersetzung abgelehnt.

Insofern weise ich auch hier noch mal zurück, dass es sich um eine demokratiefreundliche Debatte hier handelt. Es handelt sich um Arroganz der Macht, was wir tatsächlich in den Ausschüssen erlebt haben.

(Beate Schlupp, CDU: Nicht
so pauschal, Frau Bernhardt! –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Und insofern war das, was Frau Rösler heute früh gesagt hat, durchaus richtig. Wenn Sie ankreiden, dass unsere Fraktionsvorsitzende heute fehlt, so kann ich an den Fraktionsvorsitzenden der CDU nur zurückgeben: Wo sind Sie denn die ganze Zeit? Heute wenigstens haben Sie es mal geschafft, ein paar Stunden hier zu sitzen. Das ist sonst auch eher selten der Fall.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –
Marc Reinhardt, CDU: Bin immer hier. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Insofern, Mecklenburg-Vorpommern rühmt sich gerne als Kinder- und Jugendland. Mittlerweile hören wir schon von einer Verschiebung in Richtung Familienland. Worte sind das eine, Taten sind das andere. Schaut man sich den Haushalt im Bereich „Kinder und Jugend“ an, so werden Kinder und Jugendliche scheinbar vergessen. Es handelt sich in diesem Bereich um eine Politik von SPD und

CDU, um eine Verzögerungspolitik, Verzögerung zulasten unserer Kinder und Jugendlichen. Und aus unserer Sicht hat das nichts mit einem jugend- und kinderfreundlichen Mecklenburg-Vorpommern zu tun.

Im Bereich Kita Verzögerungen. Ja, Sie rühmen sich – man konnte es heute wieder hören – zum Tausendsten Mal mit der kostenfreien Kita, die Sie nach elf Jahren Versprechen nun endlich hier einführen.

(Marc Reinhardt, CDU: Ich habe immer noch einen Gutschein von 2002, den ich einlösen würde, von den LINKEN damals versprochen.)

Und ich finde, es wurde auch einfach Zeit den Wählerinnen, den Bürgern gegenüber, dass Sie Ihre Versprechen umsetzen. Und sich dafür hier zu rühmen ohne Ende, aber auf der anderen Seite zu vergessen, dass Sie das, was wirklich den Kindern in den Kitas zugutekommt, nämlich kleinere Gruppen durch mehr Erzieher, also Qualitätsverbesserungen, dass Sie das ganz weit hinausgeschoben haben auf die nächste Legislaturperiode und eben hier nicht zu Veränderungen, zu Verbesserungen kommen.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU:
Ich habe immer noch Ihren
Bildungsgutschein.)

Wenn ich in die Kitas hineingehe, dann wird mir mittlerweile entgegengehalten, dass es keine Bildungsstätten, sondern nur noch Aufbewahrungsstätten sind. Insofern Verzögerung Nummer eins.

(Torsten Renz, CDU: Wer sagt das?
Die Eltern oder die Erzieher?)

Verzögerung Nummer zwei: Kinder- und Jugendhilfe. Wir hatten ja erst im September einen Gesetzentwurf eingebracht, und schon damals sagten Sie – da war ich froh, das wenigstens mal zu hören, dass wir nicht im Schlaraffenland sind, sondern auch wirklich kritische Worte von den Koalitionären –, ja, wir sehen hier auch Bedarf, wir müssten hier was machen, aber das geht jetzt nicht. Wir verzögern Nummer zwei, die Aufstockung in der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei sind die Probleme schon jetzt da. Wir kriegen fast monatlich Brandbriefe, wir lesen in Zeitungen, dass Sozialarbeiter nicht mehr finanziert werden, wir hören in der Anhörungsreihe „Jung sein in M-V“, dass die Jugendlichen das schon selber mitbekommen als Betroffene und sagen, hier muss es endlich eine Aufstockung geben, dass die Kinder- und Jugendarbeit endlich besser ausgestattet wird. Überall schreit es um Hilfe, und das Einzige, was wir hier in den Haushaltsdebatten dazu hören, ist, das verschieben wir mal auf 2022.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Nein, liebe Koalitionäre, das ist nicht unser Ansinnen. Wir wollen, dass jetzt Verbesserungen kommen.

(Rainer Albrecht, SPD: Na ja.)

Und sich dann hier hinzustellen und zu sagen, na, wir haben ja Verbesserungen vorgenommen, das ist einfach eine Lüge.

Was Sie getan haben: Sie verringern die Alterskohorte der förderfähigen Kinder aufgrund dessen die Landesmit-

tel zugewiesen werden auf die 6- bis 21-Jährigen, statt vorher der 10- bis 26-Jährigen. Wenn man dann mal nachrechnet, bekommt man einfach mit, wir kürzen einfach mal die förderfähigen Kinder und Jugendlichen um ein Jahr. Eine Anzuhörende, die während der Haushaltsdebatte auf unsere Anregung ausgesagt hat, sagte, ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen, die sich im Rahmen schulischer und familiärer Sozialisation nicht ausreichend entwickeln können, bedarf einfach der Kinder- und Jugendhilfe.

Wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern diese Kinder und Jugendlichen nicht verlorengelassen möchte, ist es ein Fehler, sich komplett auf die schulische Bildung zu fokussieren und die außerschulische Bildung, sprich die Kinder- und Jugendhilfe, so stark ökonomisch zu marginalisieren beziehungsweise finanziell unzureichend auszustatten. Und genau das ist es, was wir auch heute wieder in den Haushaltsdebatten wahrnehmen konnten. Sie rühmen sich der Worte, die Sie in Bildungspolitik reingesteckt haben, gar keine Frage, das sind gute Zeichen, aber auf der anderen Seite vernachlässigen Sie einen weiteren Bereich, und das ist die Kinder- und Jugendarbeit.

Deshalb wurde einstimmig auch hier in der Anhörung zu diesem Thema von den Anzuhörenden gesagt, wir brauchen endlich eine Aufstockung. Deshalb liegt Ihnen auch ein Änderungsantrag vor. Es braucht endlich nach 20 Jahren gleichbleibender Finanzierung eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Kinder- und Jugendförderung. Deshalb liegt Ihnen unser Änderungsantrag vor, dass wir die Erhöhung der Förderung von 5,11 Euro auf 10,22 Euro pro Kopf vornehmen möchten für die öffentlichen Träger und von 10,22 Euro auf 15,33 Euro pro Kopf für die freien Träger. Das wäre ein Zeichen für Kinder und Jugendliche und würde eben nichts mit Verzögerung zu tun haben.

Zu einem dritten Thema noch, das ist das Beratungs- und Hilfenetz: Sie alle wurden heute, von SPD insbesondere, nicht müde, gute Arbeitsbedingungen hier in Mecklenburg-Vorpommern zu thematisieren. Ja, da geben wir Ihnen recht. Wenn ich mir aber gerade den Haushalt im Bereich „Beratungs- und Hilfesystem“ anschau, dann kann ich eben nicht erkennen, dass weder die Landesregierung uns einen Haushalt vorgelegt hätte, der dem gerecht wird, noch SPD und CDU hier für eine gute Arbeit in den Beratungs- und Hilfesystemen sorgen. Das Einzige, was in dem Haushalt enthalten ist, ist eine Dynamisierung von 2,3 Prozent, aber es gibt eben keine tarifliche Entlohnung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beratungs- und Hilfenetzen. Das sehen wir als das falsche Signal und hoffen, Sie werden hier noch nachbessern – auch das ein Zeichen von Demokratie. Ich hoffe, Sie nehmen sich selber ernst und lehnen heute nicht nur unsere Änderungsanträge ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Bernhardt.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte um Ihre Zustimmung bitten für die Beschlussempfehlung des

Finanzausschusses. Da möchte ich einen Punkt hervorheben, über den ich mich besonders freue. Im Finanzausschuss ist diesem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD zugestimmt worden, und zwar soll mit diesem Antrag Geld in den Haushalt eingestellt werden, um in Mecklenburg-Vorpommern ein Schwimmprogramm einzuführen, das Programm mit dem Titel „MV kann schwimmen!“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Mit diesem Programm sollen Schwimmvereine unterstützt werden, in den Ferien Schwimmkurse für Schüler anzubieten, und die Vereine sollen mit einem Betrag von 250 Euro bezuschusst werden.

Sie kennen alle die Problematik – wir hatten das ja auch gerade im Bildungsausschuss in der Anhörung –, dass die Schwimmfertigkeiten unserer Schüler verbessert werden müssen. Wir haben ja die Umfragen gehabt von der DLRG bundesweit, und wir selbst haben es auch im Land festgestellt, dass etwa 60 Prozent aller Grundschüler am Ende der Grundschule keine sicheren Schwimmer sind. Es gibt hier verschiedene Probleme, ich will das jetzt nicht alles noch mal ausbreiten, nur ganz kurz zusammenfassen. Wir haben personelle, technische und finanzielle Ursachen. Das eine ist, dass es zu wenig Schwimmlehrer gibt, dann gibt es technisch zu wenig Schwimmhallen und natürlich finanziell die Kosten für die Fahrtkosten und die Miete von Bahnen in Schwimmhallen.

Um die Schwimmfertigkeiten zu verbessern, wird immer wieder auf die Eigenverantwortung der Eltern hingewiesen, also praktisch auf den Schwimmunterricht außerhalb der Schule. Und genau an dieser Stelle setzt der Antrag an, denn wie der schulische sieht sich auch der außerschulische Schwimmunterricht den drei genannten Hürden ausgesetzt. Und mit dem Antrag werden alle drei Probleme angegangen. In personeller Hinsicht haben wir eine Ergänzung der Schwimmlehrer, die in der Schule sind, durch die Schwimmlehrer, die in den Vereinen tätig sind. In technischer Hinsicht schaffen wir natürlich damit auch nicht mehr Schwimmhallen oder mehr Bahnen, aber wir nutzen das Potenzial besser aus, denn es gibt schon noch Zeiten, auch in den Hallen, die für Kurse genutzt werden können, und das sind eben gerade die Ferienzeiten, vielleicht auch am Wochenende, und in diesen Zeiten soll dann das Programm durchgeführt werden. Und in finanzieller Hinsicht werden die Vereine eben bei den Kosten unterstützt. Wenn sie so einen Schwimmkurs durchführen, müssen sie insbesondere die Bahnen mieten und Geld dann an die Schwimmhallen bezahlen.

Kurzum: Das Programm „MV kann schwimmen!“ hat zum Vorbild das Programm „NRW kann schwimmen!“, ein Programm also aus Nordrhein-Westfalen. Und das ist ein geniales Programm, mit dem alle drei Kernprobleme des Schwimmunterrichts sicher nicht endgültig gelöst werden, aber dieses Programm findet eine realistische und vor allem kurzfristig umsetzbare Lösung. Es ist sehr erfolgreich in Nordrhein-Westfalen. Gerade wurde ein neuer Rekord aufgestellt: Im Jahr 2018 haben dort 5.600 Kinder teilgenommen, und über die gesamten zehn Jahre – seit zehn Jahren läuft das Programm schon – waren es etwa 30.000 Kinder, denen das Schwimmen dort beigebracht wurde.

Ich möchte mich abschließend bedanken bei meinem sportpolitischen Sprecher, Herrn Waldmüller, und dann

auch seitens der SPD-Fraktion bei Herrn Gundlack als sport- und finanzpolitischem Sprecher, dass das hier so gut geklappt hat, und natürlich bei Egbert Liskow auch für die Arbeit da im Finanzausschuss. Ich freue mich sehr, dass das so geklappt hat, und würde mich freuen, wenn Sie der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Tilo Gundlack, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Manthei.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste aus Mirow! Der Redebeitrag von Herrn Dr. Manthei hat gezeigt, da, wo es einen politischen Willen gibt, da geht auch was. Wenn man was verändern will, dann funktioniert es. Also die Formel gilt: Was politisch gewollt ist, wird auch bezahlt.

Ich darf Ihnen zum Einzelplan 10 – wir haben zwei – Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE vorstellen, will Ihnen aber ganz gern noch etwas zu meinem Eindruck von der heutigen Debatte sagen. Es gibt so Dinge, die mich überraschen, und Dinge, die mich nicht überraschen. Also mich überrascht zum Beispiel nicht, dass die SPD sehr selbstbewusst und souverän auf Erfolge verweist und die Ministerpräsidentin das dann auch anspricht und vor allen Dingen die SPD selbst lobt, die CDU-Fraktion wird einmal erwähnt. Und mich überrascht also die Unruhe, fast schon Aggressivität der CDU gegenüber meiner Fraktion DIE LINKE.

Um das noch mal deutlich zu machen: Bei uns gibts einen großen ...

(Egbert Liskow, CDU: Keine Aggression.)

Ja, ja.

(Egbert Liskow, CDU: Lediglich Kritik.)

Nein, nein,

(Egbert Liskow, CDU: Lediglich Kritik.)

das hat schon die Dimension einer sachlichen Kritik überzogen. Also wie viele bei uns sitzen – ich will das noch mal, noch mal deutlich machen –,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wir haben einen Krankenstand sowohl unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch unter Abgeordneten, den wünsche ich Ihnen nicht und den wünschen wir uns auch nicht. Was wir uns wünschen, ist gute Besserung für unsere Kolleginnen und Kollegen. So.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und was ich aber wahrnehme, ist, ich habe überlegt, wo kommt diese Unruhe, diese Aggressivität her, insbesondere auch Ihr Fraktionsvorsitzender.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich glaube, Sie haben Fracksausen mittlerweile, Fracksausen, ja, dass ein paar Sachen nicht so hinhauen. Ich will noch mal auf den Haushalt zurückkommen. Der Haushalt ist auf Kante genäht, das sagen Sie selber. Der Haushalt ist aufgebläht worden von über 8 Milliarden auf 9,3/9,4 Milliarden Euro, weil Sie ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Na, „gebläht“ ist nicht das, das ... Sie haben ihn, Sie haben ihn hochgezoomt, weil Sie alles raushauen, alles, weil es ein Wahlhaushalt ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, es ist ein Wahlhaushalt. Und mit Blick auf 2021, da haben Sie jetzt so auch ein paar Erklärungsnotwendigkeiten, dass jetzt Dinge gehen, die vorher nicht gegangen sind. Das will ich jetzt gar nicht wiederholen. Ich konstatiere das nur, dass Sie im Grunde genommen alles raushauen und selbst sagen, jetzt ist es auf Kante genäht.

Der Finanzminister sieht sich genötigt, ans Rednerpult zu treten und zu beschwichtigen. Diejenigen, die besorgt sagen, Mensch, hier werden ja die Rücklagen abgeräumt, und er sagt, nee, Rücklagen haben wir noch 1 Milliarde, das ist also vertretbar, brauch ich auch nicht zu wiederholen, nehmen wir das mal so, aber – hier will ich das noch mal betonen, weil Sie vorhin nicht da sein konnten, Herr Minister –, ich halte es schon für bedenklich, wie diskontinuierlich mit Investitionen umgegangen wird, dass die hochgezoomt werden auf über 1,7 Milliarden, dann wieder fallen auf 1,3 Milliarden. Alles andere ergibt sich aus der Mittelfristigen Finanzplanung. Die beschließen wir aber nicht, die nehmen wir nur zur Kenntnis.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist
doch aber alles erklärlich.)

Was dann kommt, wird sich zeigen. Es ist ein riskanter Kurs, den Sie fahren. Darauf möchte ich Sie hinweisen.

Und was mich also geradezu verstört hat, Herr Butzki, war vorhin die Frage an die Kollegin Kröger, wie denn sozusagen unsere Änderungsanträge bezahlt werden sollen, woher wir das Geld nehmen wollen und wo wir das dann wegnehmen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da muss ich Ihnen nur sagen: Genauso wie Sie! Jeder Änderungsantrag ist mit einer Deckungsquelle versehen. Wenn Sie denn die Änderungsanträge von uns wenigstens überhaupt mal gelesen hätten, dann wäre diese Frage doch gar nicht entstanden hier.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Also alle Änderungsanträge, die wir haben, sind mit einer Deckungsquelle versehen. Die können Sie gutheißen oder nicht, das ist dann Ansichtssache und eine Sache der politischen Einschätzung.

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Worauf ich noch mal verweisen möchte, weil das hier heute noch nicht aus meiner Sicht ausreichend gewürdigt wurde, ist mit Blick auf diesen riskanten Kurs, ich halte das für bemerkenswert, wenn die Präsidentin des Landesrechnungshofs, der ich nicht in jedem Punkt beipflichte, aber wenn sie selber sagt, dass die – ich sage das jetzt mit meinen Worten – Tugenden der seriösen Haushaltsführung also zumindest berührt sind, wo sie sagt, vorsorgliche Haushaltsplanung nicht gegeben, stetige Haushaltskonsolidierung nicht gegeben, moderate Ausgabenentwicklung nicht gegeben, Schuldenabbau so nicht gegeben.

(Tilo Gundlack, SPD: Entscheidet die Präsidentin des Landesrechnungshofs oder entscheidet das Parlament?)

Das entscheidet sie nicht, aber sie hat die Aufgabe zu warnen.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und weil das hier heute noch nicht gewürdigt wurde, was sie gesagt hat, will ich das dann zumindest hier mal zu Protokoll geben.

(Tilo Gundlack, SPD: Das hätten Sie auch in der Generaldebatte machen können.)

Denn wir teilen an dieser Stelle ihre Auffassung. Es ist schon von Belang, welchen Kurs Sie fahren und wie es dann weitergehen soll. Das muss dann der nächste Landtag also sehr sorgfältig entscheiden und der bekommt keine leichte Bürde. Das ist jetzt schon klar.

Zwei der Änderungsanträge, die wir im Fachausschuss gestellt haben, möchten wir wieder auf die Tagesordnung bringen, weil sie aus unserer Sicht ... Oh, die rote Lampe. Also zum Landesbinnengeld liegt Ihnen was vor und zum Pflegegeld liegt Ihnen was vor, zum Pflegegesetz und zur Pflegeplanung. Dazu haben wir Änderungsanträge. Schauen Sie sich die an! Hierfür werbe ich.

(Andreas Butzki, SPD:
Wollte ich gerade sagen,
jetzt ist vom Einzelplan die Rede. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Nein, das war mir wichtig, dass ich das vorweghole. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank Herr Koplín.

Es tut mir auch leid, dass ich Ihnen so schnell die rote Lampe zeigen musste, aber insgesamt war die Redezeit ausgeschöpft.

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der SPD Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Kollege Koplín hat hier gerade vorne gestanden und gesagt, es ist Wahlhaushalt, die Koalitionäre hauen alles raus. Aber, Herr Koplín, das passt doch irgendwie nicht. Sie wollten doch noch mehr raushauen!

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Wir wollten umschichten.)

Sie wollten doch noch mehr raushauen!

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Wir wollten umschichten.)

Wenn wir das mal summieren, dann wollten Sie noch mehr raushauen, und zwar deutlich mehr raushauen. Da hat auch gerade die Kollegin Bernhardt noch mal ein-drucksvoll Beleg für gegeben, wie Ihre Vorstellungen an der Stelle gewesen sind.

Sie haben es völlig richtig erkannt, in dem Haushalt haben wir möglich gemacht, was möglich ist. Und das werden Sie uns nachsehen, wir haben unsere Prioritäten gesetzt. Also, ist doch klar, wir sind hier die Regierungskoalition und die Regierungskoalition setzt nicht die Prioritäten der Opposition. Und daraus abzuleiten, das sei Arroganz der Macht, ist doch ein bisschen abwegig. Und zu sagen, also hier wird über alles hinweggegangen, was von der Opposition auf den Tisch gelegt wird, und uns zu unterstellen, wir hätten Ihre Anträge nicht gelesen – also ich lese jetzt nicht die Anträge aus anderen Einzelplänen, aber die Anträge, die im Einzelplan 10 oder zum Einzelplan 10 auf den Tisch gelegt worden sind, die haben wir gelesen und da haben wir doch auch drüber beraten.

Und ich sage Ihnen, ich habe auch mit Ihnen schon in der Koalition zusammengesessen, und wir haben Haushaltsberatungen geführt, und wir sind damals mit den Anträgen der CDU in der gleichen Art und Weise umgegangen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Und auch die haben damals immer gesagt, das ist Arroganz der Macht. Nein, es gibt hier Mehrheiten, es gibt hier Mehrheiten und die Mehrheiten entscheiden auch über Anträge. Und wenn Ihre Anträge in den Ausschüssen dann nach Ihrer Meinung nicht entsprechend berücksichtigt worden sind, dann hat das nichts mit Arroganz zu tun, sondern es hat letztendlich mit gewählten Mehrheiten zu tun, und das ist ein sehr demokratisches Vorgehen und das sind sehr demokratische Verhältnisse, wenn man sich so verhält.

Ich war ja heute als Redner gar nicht vorgesehen, aber nachdem also hier der Abgeordnete de Jesus Fernandes von der AfD am Mikrofon gestanden hat, hat es mich letztendlich nicht mehr gehalten. Ich muss also ein paar Dinge hier einfach klarstellen. Also wenn man Ihrerseits das Thema Frauenförderung auf die Absturzrampe stellen will, kann ich nur empfehlen, Sie sind doch diejenigen, die als Fraktion und Partei die Frauenförderung am Nötigsten hätten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Gucken sich doch mal Ihre Reihen an! Sowohl hier in der Fraktion sitzt nicht eine einzige Frau,

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

und wenn man sich Ihre Parteiversammlungen anguckt, also da muss man auch die Frauen mit der Laterne sehen. Insofern also von selbstbewussten Frauen zu reden,

die ihre Möglichkeiten auch realisieren, das ist doch alles, würde ich mal sagen, Humbug.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Heydorn!

Jörg Heydorn, SPD: Und wenn man sich ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Heydorn, es tut mir leid, Sie unterbrechen zu müssen. Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Koplin?

Jörg Heydorn, SPD: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin!

Vielen Dank, Herr Kollege. Sie hatten ja eben gesagt, dass Sie alle Anträge gelesen haben von uns, und da würde mich interessieren: Was halten Sie denn von dem Änderungsantrag der LINKEN zur Erhöhung des Landesblindengeldes und zur Dynamisierung ab 2021? Das ist ein Akt der sozialen Gerechtigkeit, finden Sie nicht auch?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Jörg Heydorn, SPD: Also, Sie können mich jetzt persönlich fragen, was ich davon halte, aber es gibt natürlich, wir haben eine Linie als SPD, und die SPD hat beim Thema Landesblindengeld keine Priorität gesetzt und wir haben uns nicht für eine Erhöhung,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

haben uns nicht für eine Erhöhung entschieden, sondern die Zahlen verstetigt. Und wenn man sich die Höhe des Landesblindengeldes in Mecklenburg-Vorpommern ansieht, dann muss man sagen, damit liegen wir im Bundesdurchschnitt im oberen Mittelfeld, und das ist eine Geschichte, die kann man so akzeptieren. Dass Sie da eine andere Meinung zu haben, das kann ich gut nachvollziehen, kann ich akzeptieren, aber bei uns war mehrheitlich die Auffassung, dass wir das in diesem Haushalt nicht verbessern wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Heydorn. Sie können jetzt bitte fortfahren.

Jörg Heydorn, SPD: So, jetzt muss ich doch noch mal auf das Thema Frauenförderung zurückkommen. Wenn man sich die Situation der Frauen bei uns in der Gesellschaft ansieht, dann ist es immer noch so, dass sie strukturell benachteiligt sind.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Aber nicht mehr lange.)

Und das ist nicht erst seit gestern so, das ist seit vielen Jahrzehnten so. Sie verdienen weniger Geld, sie sind weniger in Führungspositionen und so weiter und so fort.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und wenn man dann sagt, das ist eine Aufgabe des Staates, dass man der Hälfte der Bevölkerung zu ihren Rechten verhilft, dass sie entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil auch vertreten ist

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und Einfluss wahrnehmen kann, dann finde ich das also völlig korrekt.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Und wenn man, und wenn man, und wenn man dann mitkriegt, und wenn man dann mitkriegt, dass Sie hier also sich hinstellen und sagen, das ganze Thema Frauenförderung, das können wir untern Tisch fegen, dann muss man ganz klar sagen, das ist ein Bild von ewiggestrig, das ist ein Bild von Familienpolitik, wo die Frau am Herd steht, der Mann geht zur Arbeit,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Dann haben Sie nicht zugehört,
Herr Heydorn.)

und um die Kinder darf sie sich dann auch noch kümmern.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Damit haben wir nichts zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dann, und dann, und dann, und dann machen wir mal weiter. Auch von Ihnen kam ja der Hinweis, dass wir uns mit Ihren Anträgen nicht in hinreichendem Umfang beschäftigt hätten.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Überhaupt nicht.)

Ich will nur auf einen Antrag eingehen, also dieser von Ihnen auch explizit erwähnte Antrag zur Ausreichung eines Pflegegeldes für Angehörige. Wenn Sie sich die Situation bei uns im Land angucken, dann ist das Thema Pflege vor allen Dingen deswegen in einer schwierigen Situation, weil uns inzwischen die Pflegekräfte fehlen. Es gibt stationäre Altenpflegeeinrichtungen, die bestimmte Bereiche nicht mehr belegen, weil sie nicht mehr in hinreichendem Umfang Fachkräfte haben. Darum muss man sich kümmern und dafür muss man Lösungen suchen. Und das, was Sie anbieten, ist ein weiteres Ausreichen von Geld, wo nicht ein einziger Pflegefall besser mit behandelt werden kann – nicht ein einziger.

Das heißt also, wenn Sie mit Lösungen kommen, die Sie als Lösungen verkaufen, die aber in Wirklichkeit gar keine Lösungen sind, dann müssen Sie sich,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Da haben Sie aber zum Antrag
damals bei uns ganz anders geredet.)

dann müssen Sie sich nicht darüber wundern, wenn solche Dinge, wenn solche Dinge hier von uns zurückgewiesen werden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das fanden Sie noch gut damals.)

Also, wenn Sie wirklich realistische,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

mit Sachbezug ausgestattete

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie drehen sich wie ein Brummkreisel.)

Anträge stellen würden,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist fürchterlich!)

dann sähe das ein bisschen anders aus. Und man merkt auch wieder, Sie bellen wieder reichlich, und Sie wissen ja, getroffene Hunde, die bellen. Sie wissen selber, dass das, was Sie hier abgeliefert haben, sachlich, in der Sache nichts war, sondern nur etwas für die Galerie, wo man sich wieder nach außen hinstellen kann und sagen, die AfD kümmert sich.

(Torsten Renz, CDU: Da bin ich
nicht sicher, Herr Heydorn,
da bin ich nicht sicher.)

Sie kümmern sich nicht, das muss man ganz klar sagen.

(Torsten Renz, CDU:
Ich glaube, die glauben das noch,
was sie sagen. – Nadine Julitz, SPD:
Ja, das ist ja das Schlimme. –
Torsten Renz, CDU: Genau.)

Hier ist viel auch das Thema „Kritik an Kindertagesstätten“. Ja, wir haben uns in dieser Legislaturperiode dazu entschieden, eine sozialpolitische Großtat zu vollbringen. Wir haben die Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern kostenlos gemacht. Wir haben sie kostenlos gemacht, und zwar haben wir das in dieser Legislaturperiode gemacht, obwohl es noch gar nicht im Koalitionsvertrag stand. Es war gar nicht vorgesehen, aber wir haben uns zusammengerauft mit unserem Koalitionspartner und haben das geregelt. Die Kita ist kostenlos.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und ich sage Ihnen eins, sowohl zur LINKEN als auch zur AfD: Das lassen wir uns von Ihnen nicht kleinreden. Das wird nicht passieren, davon können Sie ausgehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das haben Sie nur gemacht wegen
uns. Nur wegen der AfD haben
Sie das gemacht.)

Und das Thema „Kinder- und Jugendförderung“ ist ja auch angesprochen worden. Ja, „Kinder- und Jugendförderung“ ist ein wichtiges Thema, aber beim Thema „Kinder- und Jugendförderung“ sind wir nicht alleine auf der Bühne. Es gibt Kreise und kreisfreie Städte, die beim Thema „Kinder- und Jugendförderung“ eine nicht unerhebliche Verantwortung tragen, auch finanzielle Verantwortung, fachliche Verantwortung als auch finanzielle Verantwortung. Und ich habe gerade noch mal unseren Finanzminister gefragt, der sagt zu mir, ja, es ist richtig, im Verhältnis zu 2019 geben wir 2020 352 Millionen Euro mehr an die kommunale Ebene über den kommunalen

Finanzausgleich. Das ist richtig viel Geld, 352 Millionen Euro mehr! Und da gibt es auch auf der örtlichen Ebene mehr Spielraum für Kinder- und Jugendarbeit. Also auch hier alles bei uns abkippen zu wollen, halte ich für eine schwierige Geschichte. Dem folgen wir nicht.

Und jetzt bin ich am Ende meiner Ausführungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Heydorn!

Herr Professor Weber hat eine Kurzintervention angemeldet. Herr Professor Weber, bitte.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Herr Heydorn, es ist ja schön, dass Sie so eine kurze Zündschnur haben, kriegt man Sie wenigstens schnell zum Explodieren.

(Thomas Krüger, SPD:
Da kennen Sie sich mit aus, ne?!)

Ich möchte ein paar Dinge korrigieren. Ich möchte zum einen sagen, ich weiß nicht, ob Ihnen das entgangen ist, wir haben Haushaltsdebatte. Das, was Sie dort zur Frauenförderung gesagt haben, hat mit Haushalt, den wir jetzt hier – Einzelplan 10 – diskutieren,

(Thomas Krüger, SPD:
Das haben Sie doch beantragt.)

gar nichts zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zum Zweiten, zum Zweiten war es inhaltlich falsch, was Sie gesagt haben.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wenn Sie sagen, dass Frauen weniger verdienen, ist das faktisch für die Gesamtlebensleistung richtig. Frauen verdienen aber weniger, weil sie zum Teil eben nur halb arbeiten, oder noch weniger,

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

weil sie sich um Kindererziehung und anderes bemühen. Wir haben einen gesetzlich festgeschriebenen gleichen Lohnanspruch bei gleicher Arbeit.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das heißt, es ist eine mittelbare Benachteiligung, über die wir hier reden, und die liegt daran, dass Frauen auch faktisch weniger Arbeitszeit erbringen als Männer. Dann muss man es auch richtigstellen. Das ist das Zweite.

Und wenn Sie sagen, diese sozialpolitische Großtat „kostenfreie Kita“ – jawohl, das ist eine sozialpolitische Großtat, da gebe ich Ihnen recht, aber da haben die LINKEN und wir genauso mitgewirkt.

(Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

Wir alle haben das gefordert, wir alle haben es mitgetragen. Dass Sie es in der Regierung umgesetzt haben, ich möchte nicht so weit gehen und sagen, das ist nur wegen der AfD,

(Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

aber hätte es den Druck der Opposition nicht gegeben, hätte es noch mal zehn Jahre gedauert. Das wollte ich dazu nur mal bemerken.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte!

Herr Heydorn, möchten Sie darauf erwidern?

Jörg Heydorn, SPD: Ja, da würde ich gern drauf erwidern.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Also um diese Kitaentlastung zu machen, da brauchen wir Sie nicht. Das ist seit vielen Jahren auf unserer Agenda.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

So lange, wie ich also hier im Landtag, so lange, wie ich hier im Landtag sitze, war das Thema Kita immer ein Thema für uns, in jeder Legislaturperiode.

(Dirk Lerche, AfD: Aber gemacht haben Sie nichts.)

Ich kann mich erinnern,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

ich kann mich erinnern, ich kann mich erinnern, dass wir hier mal angefangen haben, da waren wir bei einem Landesanteil von, ich glaube, um die 70 Millionen, um die 70 Millionen Euro. Wenn man sich mal anguckt, wo wir heute sind, dann haben wir, dann haben wir das verdreifacht.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wenn Sie für alles zwölf Jahre brauchen,
Herr Heydorn mit Ihrer Politik,
dann sollten Sie abtreten.)

An die AfD hat da noch keiner gedacht. Und für diese Dinge ... Also wir entwickeln unsere Politik anders. Wir entwickeln unsere Politik nicht an dem, was von Ihnen hier an Forderungen gestellt wird, sondern wir entwickeln unsere Politik an unseren Grundsätzen und an den Fragen, die wir letztendlich für notwendig beantworten. Das ist eine Geschichte.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

Und wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, wir haben auch unseren Anteil daran, dass also die Kita kostenlos ist, dann muss man sagen, wenn es schriftlich, wenn es schriftlich jetzt hier vorgelegen hätte, würde ich sagen, gelesen und gelacht. So kann ich nur lachen eigentlich darüber. Das ist der erste Punkt.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Der zweite Punkt: Das Thema Frauenförderung ist ja nicht von mir hier eingebracht worden.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Also Ihr, Ihr Kollege – wie heißt er – de Jesus Fernandes ist mit dem Thema Frauenförderung hier in Erscheinung getreten und hat gesagt, das würden wir aus dem Haushalt rausstreichen. Und ich habe dargelegt, warum das Thema Frauenförderung,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben von Löhnen geredet,
Herr Heydorn, von Löhnen!)

warum das also auch für uns im Haushalt nach wie vor ein Thema ist.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die sind gar kein Bestandteil
im Haushalt.)

Natürlich geht es darum, die strukturelle Benachteiligung von Frauen zu reduzieren und letztendlich im Ergebnis einen Zustand herzustellen, dass Frauen in wesentlichen Ämtern

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

und in wesentlichen Positionen genauso stattfinden, wie das bei Männern der Fall ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und, wie gesagt, ich kann Ihnen als AfD – sowohl als Partei als auch als Fraktion – so einen Frauenförderplan empfehlen, dann würde das bei Ihnen quasi auch anders aussehen und wir hätten es nicht mit so einer Truppe hier zu tun. Das ist der nächste Punkt.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Und natürlich ist es, natürlich ist es richtig, dass wir den Gleichbehandlungsgrundsatz haben, aber schauen wir uns doch an, wie die Stellen teilweise besetzt sind. Und meines Wissens ist es nach wie vor so, dass Frauen, die auf gleichen Arbeitsplätzen sitzen, dass die nicht das gleiche Geld kriegen. Und auch die Tatsache, dass Frauen weniger arbeiten: Ist das immer das, was Frauen wirklich wollen, oder ist es das, was gesellschaftlich erwartet wird, der Mann arbeitet dann Vollzeit, die Frau bleibt Teilzeit zu Hause? Das sind doch keine Selbstverständlichkeiten.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Leider nicht mehr.)

Da muss man doch gucken, dass man die wegbringt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Zeit ist abgelaufen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Heydorn.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ihre Zeit ist abgelaufen, wirklich.)

Ich bitte jetzt wieder um etwas mehr Ruhe, weil wir noch eine weitere Rednerin auf der Liste haben. Für die Fraktion der SPD ist das Frau Julitz.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, Herr Renz, der Schwerpunkt der Fraktionen wird herausgearbeitet, darauf sind wir stolz. Und Überraschung: Ich gehe auch noch mal auf die Frauenförderung ein. Das ist ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Jetzt erst auf Nachfrage.)

Bitte? Ich habe Sie leider akustisch nicht verstanden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das macht nichts.)

Trauen Sie sich das nicht noch mal zu sagen?! Schade!

Gut, also, hören Sie vielleicht auf, den Frauen zu unterstellen, dass wir verteidigt werden müssen. In unseren Fraktionen gibt es Gleichberechtigung auf Augenhöhe, da haben wir das nicht nötig. Und da es um die Sache geht, ist es auch vollkommen egal, ob, so wie eben, Jörg Heydorn zu dem Thema spricht, ob sonst Herr Ritter bei den LINKEN zu dem Thema spricht, ob das Frau Tegtmeyer oder Frau Friemann-Jennert sind, die zu dem Thema sprechen, es geht um die Sache und es ist vollkommen egal, ob es Männer oder Frauen sind, die sich für Gleichberechtigung, für Frauenrechte, für Frauenforschung, für Frauenförderung einsetzen.

Ihre Anträge im Sozialausschuss waren so schlecht und sie gingen zum Großteil tatsächlich um die Streichung von Frauenforschung und Frauenförderung.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Falsch!)

Nee, das ist nicht falsch, das ist richtig. Vielleicht lesen Sie sich die noch mal durch?!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nee, Sie haben einen „Großteil“
gesagt, das war falsch.)

Es waren etliche Anträge dazu. Es ist vollkommen egal, wie viele es waren, weil jeder, den Sie dazu gestellt,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ab jetzt ist es egal.)

jeder Antrag, den Sie dazu gestellt haben, ist einer zu viel, denn Sie kennen die Realität nicht. Sie kennen sie einfach nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der
SPD und DIE LINKE – Zurufe von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Es gibt immer noch Bewerbungsgespräche, wo Frauen gefragt werden, ob sie einen Kinderwunsch haben, und den Job nicht bekommen im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Da ändert keines Ihrer
Programme etwas dran.)

Es gibt immer noch – immer noch! – Hinweise für Frauen, wie sie sich in ihrem Job zu kleiden haben, wie sie ihre Stimme verstellen sollen am Telefon und etliche solche Sachen, damit sie erfolgreich im Job sein können. Es gibt immer noch Frauen, die sich nicht trauen, sexuelle Übergriffe zur Anzeige zu bringen, weil man ihnen nicht glauben könnte oder weil es schamlos ausgenutzt werden könnte, wie es auch jüngst in Mecklenburg-Vorpommern der Fall war, ja?!

Es gibt übrigens auch in diesem Haus – lesen Sie das Protokoll aus der letzten Landtagssitzung, da gab es einen Hinweis, und ich gehe davon aus, aus der rechten Ecke des Saales, für Frau Aßmann in ihrer Rede, der kommentiert wurde aus dem Plenum, leider nicht namentlich erwähnt, mit „typisch blond“. Das wird keine Frau gewesen sein, die das gesagt hat. Danke! Wirklich unglaublich!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Die Voraussetzung übrigens, als Frau hier in diesem Parlament sitzen zu können, ist, dass man vorher aufgestellt wurde und auf einer Liste einer Partei erscheint. Offensichtlich ist das in Ihrem Fall nicht so häufig vorgekommen, weil sonst würden da nämlich Frauen sitzen. Sie haben nämlich vor allem Landeslistenplätze.

Und dann muss auch noch mal gesagt werden, in der Fraktion der SPD und, gerade noch mal gesprochen, auch Frau von Allwörden sitzt mit einem Direktmandat hier, aus eigener Kraft errungen und nicht, weil irgendjemand hier irgendjemanden auf die Liste ganz nach oben gesetzt hat, weil wir es nötig gehabt hätten. Das haben die Frauen hier ganz alleine geschafft, weil die Frauen hier in dem Saal nämlich gut sind und es alleine schaffen und dafür keine Männer brauchen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Machen Sie sich doch nicht immer
so viele Sorgen um die AfD!)

Ich mache mir keine Sorgen um die AfD,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

aber ich glaube, wenn Sie in Ihrer Partei mehr Frauen hätten, würde es Ihrer Partei vielleicht gar nicht so schlecht gehen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Frau Julitz!

Herr de Jesus,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Herr de Jesus Fernandes ...

Nadine Julitz, SPD: Sie braucht niemand.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte!

Ich würde Sie bitten, etwas die Stimme zu dämpfen. Ich kann der Rednerin nicht mehr folgen. Ich glaube, sie hat es aber verdient, dass wir zuhören. Vielen Dank.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Na, darüber könnten wir lange streiten. – Andreas Butzki, SPD: Das ist nicht zu kommentieren.)

Frau Julitz, fahren Sie fort.

Nadine Julitz, SPD: Noch ein Hinweis, ich weiß jetzt nicht genau, ob Herr Heydorn darauf eingegangen ist: Frau Bernhardt, Sie hatten vorhin gesagt, der Haushaltstitel im KJFG würde im Haushalt nicht steigen. Das ist nicht wahr. Um 200.000 Euro steigt der im Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Julitz.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zu dem Einzelplan 10 und eröffne die Aussprache zum **Einzelplan 11**.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Verehrte Gäste!

Herr Koplin, erst mal an Sie: Vielen Dank für die Ausführungen, die Sie vorhin allgemeiner Art gemacht haben. Das war eine gute Ergänzung zur Generaldebatte und ich kann das nur unterstreichen, was Sie dort dargestellt haben.

(Egbert Liskow, CDU: Was denn?)

Ich möchte aber jetzt im Rahmen der Debatte zum Doppelhaushalt einige Anmerkungen zum Einzelplan 11, das heißt zur allgemeinen Finanzverwaltung machen. Dies betrifft Einnahmen und Ausgaben, die fachlich nicht den einzelnen Ministerien zugeordnet werden können, das heißt, das betrifft die Bereiche Steuern, Finanzausweisungen mit den Finanzausgleichsleistungen an die Kommunen, den Schuldendienst, die Sicherheitsleistungen im Zusammenhang mit Bürgschaften, die Beamtenversorgung, Verstärkungsmittel und die Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage. Weiterhin gehören zu diesem Einzelplan 11 die Wirtschaftspläne vom Kommunalen Aufbaufonds Mecklenburg-Vorpommern und die Pläne der insgesamt zehn zum Teil neu eingerichteten Sondervermögen, wie zum Beispiel Konjunkturausgleichsrücklage oder Strategiefonds Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Anmerkungen werden sich auf vier Punkte konzentrieren.

Erstens, die Steuereinnahmen, Kapitel 1101: Die Steuereinnahmen sind mit 5,7 Milliarden Euro für 2020 beziehungsweise 5,9 Milliarden Euro für 2021 deutlich höher als in den beiden Vorjahren mit circa je 5 Milliarden Euro veranschlagt. Dies resultiert aus der Neugestaltung des Bund-Länder-Finanzausgleichs vom 1. Januar 2020. Dabei basieren die Annahmen für die Steuereinnahmen auf den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung. Der Finanzminister erklärt dem Finanzausschuss, dass die regionalisierte November-Steuerschätzung keine Ergeb-

nisse aufwies, die Einfluss auf den Haushaltsentwurf haben müssten.

(Egbert Liskow, CDU: Keine wesentlichen.)

Dies erscheint mit Blick auf die Steuerschätzung im Bund und die Unsicherheiten durch Brexit – die möglichen Steuerrechtsänderungen zum Beispiel –, die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags und so weiter durchaus zweifelhaft. Der Aufforderung der AfD-Fraktion, dass, wenn dem so wäre, ja im Text des Haushaltsentwurfs problemlos auch als Grundlage die November-Steuerschätzung angegeben werden könnte, wurde nicht gefolgt.

Finanzminister Olaf Scholz, ebenfalls SPD, bewertet die mittelfristige Steuerprognose für Deutschland deutlich schlechter, als die SPD-CDU-Landesregierung es für Mecklenburg-Vorpommern wahrhaben will. Die Konjunktur in Deutschland schwächelt, die Wirtschaft wächst nur langsam, und deshalb ist es auch keine große Überraschung, dass die Steuereinnahmen zukünftig wohl weniger sprudeln werden als bislang erwartet.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da Mecklenburg-Vorpommern zu den Nettoempfängern zählt, wird dies Auswirkungen auf unsere Einnahmen haben. Bis 2023 rechnen die Steuerschätzer wegen der trüben Konjunktur mit insgesamt 7,1 Milliarden Euro weniger Einnahmen, als noch im Mai 2019 vorhergesagt worden waren. Wir sehen deshalb in der Einnahmesituation des Landes für den Haushaltszeitraum 2020/2021 deutliche Risiken und kritisieren aber auch die Beseitigung des bisher üblichen Sicherheitsabschlags im Haushaltsentwurf bei den Steuereinnahmen.

Aus den Auskünften der zuständigen Minister auf Anfragen der AfD haben wir entnommen, dass die Umsatzsteuermehreinnahmen infolge des sogenannten Gute-Kita-Gesetzes, des Paktes für den Rechtsstaat und aus der Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten im Haushaltsentwurf der Regierung bereits enthalten sein sollen. Diese Auskunft erscheint aus unserer Sicht insofern fragwürdig, weil sich zum Beispiel der Bund und die Regierungschefs erst im Juni 2019 auf die Weiterführung der flüchtlingsbedingten Kosten verständigt hatten.

Zweitens, zu den Kommunalfinanzzuweisungen, Kapitel 1102: Bei den Finanzausweisungen einschließlich Finanzausgleichsleistungen an die Kommunen wurden durch die Koalitionsfraktionen insgesamt 34 Titel im parlamentarischen Verfahren abgeändert. Durch diese Änderungen sollen die Ergebnisse des Fortsetzungsgesprächs zwischen den kommunalen Landesverbänden und der Regierung vom September 2019 umgesetzt werden. Eine Prüfung dieser Änderungen durch die kommunalen Landesverbände oder eine erneute Verbandsanhörung ist nicht erfolgt. Vertreter der Opposition waren bei den Gesprächen in der Staatskanzlei nicht dabei und können somit die Anträge auch nicht umfassend bewerten.

(Torsten Renz, CDU: Was?!)

Wir kritisieren die Intransparenz dieses Verfahrens, auch, weil anschließende Anhörungen im Finanzausschuss aus Zeitgründen gar nicht mehr möglich waren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aus unserer Sicht ist es nicht fair gegenüber den 726 Gemeinden im Land, wenn zum Beispiel durch den Haushalt heute der vertikale Finanzausgleich mit den Kommunen festgelegt wird und dann erst im März 2020 nur noch Kleinigkeiten, nämlich in der horizontalen Verteilung zwischen den Kommunen geregelt werden können. Das war einer der Gründe, weshalb die AfD-Fraktion eine Dritte Lesung des Haushaltsentwurfs beantragt hat, nämlich um zeitlichen Einklang mit der Verabschiedung des FAG herzustellen. Das haben Sie heute abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nun einige Bemerkungen zur Gemeindesteuerkraftzuweisung des Bundes: Die Einnahmen vor Finanzausgleich der Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern liegen bei etwa 60 Prozent des Durchschnitts aller deutschen Gemeinden. Unsere Gemeinden sind im Bundesvergleich arm, wir haben es heute mehrfach gehört. Deshalb erhält das Land ab 2020 dauerhaft Zuweisungen des Bundes zum Ausgleich der Finanzkraftunterschiede auf Gemeindeebene als Gemeindesteuerkraftzuweisung. Die SPD-CDU-Regierung ist nicht bereit, dieses Geld vollständig an die kommunale Ebene bei uns im Land durchzureichen, sondern nur zu circa einem Drittel und gegebenenfalls in Form von landespolitischen Förderprogrammen. Finanzielle Eigenverantwortung aber erreichen wir nicht, indem wir die Gemeinden zu Bittstellern bei einer Vielzahl von Fördertöpfen machen. Eigenverantwortung erwerben die Kommunen nur durch Wirtschaften mit eigenen Mitteln.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Deshalb muss die angemessene finanzielle Grundausstattung der Gemeinden aus Sicht der AfD-Fraktion vor zweckgebundenen Forderungen stehen.

(Egbert Liskow, CDU:
152 Millionen mehr.)

Die Bürger und Kommunalpolitiker, Herr Liskow, vor Ort wissen am besten, was sie brauchen und wo das vorhandene Geld sinnvoll eingesetzt werden muss.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und sollte dies einmal nicht der Fall sein, so haben die Akteure vor Ort dies dann auch vor ihren Wählern zu verantworten.

Wir teilen die Sorgen des Städte- und Gemeindetages, des Landkreistages und etlicher Bürgermeister von Grundzentren, die trotz der Neugestaltung des Bundesländer-Finanzausgleichs und des derzeit in der Diskussion befindlichen FAG M-V keine hinreichende Finanzausstattung der Kommunen befürchten. Wir werden die Auswirkungen der neuen Regelungen beobachten und dauerhaft kritisch begleiten.

Drittens, zu den Versorgungsleistungen im Kapitel 1107: Die Ausgaben für Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge sind in 2020 mit 452 Millionen Euro und für 2021 mit 476 Millionen Euro geplant. Damit sind die Versorgungsaufgaben gegenüber dem Ansatz aus 2019 um 13 Prozent beziehungsweise 19 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg ist unseres Erachtens unverständlich hoch. Er könnte durch Steigerungen bei den Versorgungsbezügen oder auch durch eine vorzeitige Verset-

zung in den Ruhestand vor Erreichen der Regelaltersgrenze verursacht worden sein. Wir werden dies weiterhin verstärkt beobachten und untersuchen.

Aus unserer Sicht ist eine verstärkte Kontrolle der Versorgungsaufgaben nämlich notwendig, weil unser Land derzeit gegenüber dem Versorgungsfonds eine implizite Verschuldung durch zukünftig noch nicht gedeckte Versorgungslasten in Höhe von 8,3 Milliarden Euro ausweist.

(Egbert Liskow, CDU:
Das haben doch alle Länder.)

Dies ist für zukünftige Generationen eine erhebliche Belastung und ein Zeichen für nicht nachhaltiges Handeln der derzeitigen Regierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Viertens, zur Entnahme aus der Ausgleichsrücklage, Kapitel 1111: In Kapitel 1111 sind die Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage geplant, insgesamt 326,7 Millionen Euro in 2020 beziehungsweise 130,3 Millionen Euro in 2021. Diese Entnahmen sind im Rahmen der Haushaltsberatungen durch die SPD-CDU-Abgeordneten für 2020 um 9,5 Millionen Euro gekürzt worden. Dadurch sinken die Übergangszuweisungen für kreisangehörige Zentren um genau diesen Betrag.

Bemerkenswerterweise ist demgegenüber eine Kürzung der Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten von der Regierungskoalition nicht vorgenommen worden, obwohl sich im Juni 2019 der Bund und die Regierungschefs auf die Weiterführung der flüchtlingsbedingten Kostenübernahme durch den Bund verständigt hatten, wodurch dem Land eine Mehreinnahme von circa 20 Millionen Euro zufließen wird, aber die sollen ja bereits, wie der Finanzminister angegeben hatte, im Haushaltsplan enthalten sein, nur, dass die flüchtlingsbedingten Mehrkosten 2020 die Summe von Integrationskosten für Flüchtlinge, die Summe von 20 Millionen Euro gar nicht erreichen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben kein Verständnis dafür, dass einerseits Umsatzsteuermehreinnahmen für diesen Zweck vom Bund veranschlagt werden und andererseits 9,6 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden sollen. Nach der ursprünglichen Finanzstrategie der Koalitionsfraktionen sollte die Ausgleichsrücklage einen Dauerbestand von 500 Millionen Euro aufweisen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zusätzlich zu den 500 Millionen Euro im Bestand des Sondervermögens Konjunkturausgleichsrücklage, beide, also 1.000 Millionen, also 1 Milliarde sollen zur Abfederung von Konjunkturkrisen zur Verfügung stehen. Die Höhe ergibt sich aus Kalkulationen des Krisenszenarios um 2007/2008. Genau diese aufgeführte Ausgleichsrücklage wird aber laut Mittelfristiger Finanzplanung bereits bis 2024 komplett verbraucht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist dann doch eine fragwürdige Krisenrücklage, das müssen wir schon sagen.

Lassen Sie mich abschließend noch auf ein Kuriosum bei der Entnahme aus der Ausgleichsrücklage hinweisen. In den Erläuterungen zur Entnahme aus der Ausgleichsrücklage werden 16 Zweckbestimmungen benannt, darunter Vorpommern-Fonds, Sonderprogramm, Feuerwehr und so weiter. Unter Position 16 ist als Zweckbestimmung schlicht „Haushaltsausgleich“ genannt, und der beinhaltet sage und schreibe nahezu 65,2 Millionen Euro, 65,2 Millionen Euro, die keiner konkreten Zweckbindung zugeordnet sind, die der Landesregierung sozusagen als beliebig einsetzbarer Puffer zur Verfügung stehen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, verehrter Herr Minister Meyer, ich halte dies alles nicht für eine solide Haushaltsplanung.

(Tilo Gundlack, SPD:
Nun ist es aber mal genug!)

Als Ausschussvorsitzender lassen Sie mich zum Schluss noch ebenfalls einen Dank an das Ausschusssekretariat sagen, die wirklich eine hervorragende Arbeit geleistet haben und die vielen Hunderte Änderungsanträge perfekt abgearbeitet haben. Also dafür meinen Respekt an die Mitarbeiter des Ausschusssekretariats! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Finanzminister Herr Meyer.

Minister Reinhard Meyer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Jess, mich irritiert ein wenig, aber das versuche ich jetzt mal nachzuholen, dass wir ja ausführlich über die Steuerschätzung im Finanzausschuss gesprochen haben. Die Mitglieder des Finanzausschusses wissen das.

(Egbert Liskow, CDU:
Aber er war nicht dabei.)

Waren Sie nicht dabei?

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, dass der Vorsitzende nicht dabei ist, kommt seltener vor.

Nein, aber offensichtlich hat das, was wir als Diskussion geführt haben, bei Ihnen noch nicht zu einem Prozess geführt, das da nachvollziehen zu können. Deswegen mache ich das an der Stelle noch mal ganz kurz, warum wir so mit diesem Haushalt umgegangen sind im Unterschied von der Mai- zur November-Steuerschätzung.

Zunächst einmal: Was heißt Steuerschätzung? Das ist ja immer so die Illusion, das bedeutet weniger Einnahmen. Nein, als Erstes, weniger von mehr Steuereinnahmen ist der Unterschied der Steuerschätzung November zu Mai, weniger von mehr Steuereinnahmen.

Das Zweite ist, der Bund hat am wenigsten weniger von mehr, dann die Länder so ungefähr in der Mitte und bei den Gemeinden ist es eher auch noch positiv gegenüber der Mai-Steuerschätzung, was die Folgejahre angeht, einfach zur Einordnung, darüber haben wir ja gesprochen.

Nun die Ergebnisse für die Haushaltsjahre, die hier relevant sind für das Land: 2020 8,4 Millionen Euro weniger vom Mehr und im Jahre 2021 3,6 Millionen Euro weniger vom Mehr. Und angesichts dieser Summen und eines Gesamtvolumens von 9 Milliarden Euro des Haushaltes haben wir gesagt, und das haben wir auch sehr deutlich gemacht, das bedarf keiner Korrektur des vorgelegten Haushaltsentwurfes. So ist der Zusammenhang noch mal zur Klarstellung.

Dann zu dem, was Sie gesagt haben zur Gemeindesteuerkraft: Ja, wir sind in Mecklenburg-Vorpommern dasjenige Land mit der geringsten Gemeindesteuerkraft pro Kopf, wenn man das Ranking der Bundesländer sich anguckt. Und dann kommt etwas dazu, nämlich an Bundesmitteln, an Landesmitteln. Wir sitzen nämlich gemeinsam in einem Boot, Land und Kommunen. Das bringt uns dazu, dass wir die Kommunen in die Lage versetzen zu investieren, und das ist allein die Leistung von Land und Bund zusammen. Das machen wir, damit unsere Kommunen vor Ort entsprechend investieren können, also das noch mal für den Zusammenhang.

Dann haben Sie angesprochen die Flüchtlingskosten. Da sage ich Ihnen ganz offen, wenn man einen Verhandlungsprozess beginnt 2018 mit dem Bund, wenn man 2019 zu einem Ergebnis kommt, dann wird man natürlich das, was man erreicht hat, möglichst schnell in den Haushalt einstellen, weil – und jetzt kommt der entscheidende Punkt, Sie haben das ja an anderer Stelle betont – die Mittel weniger dem Land zugutekommen als vor allen Dingen den Kommunen, über die Kosten der Unterkunft, über die Asylbewerberpauschale 670 Euro et cetera. Und das Land hat ja nichts anderes gemacht, als frühzeitig Planungssicherheit für die Kommunen zu schaffen, damit sie die entsprechenden Aufgaben dann auch vor Ort erledigen können. Auch dazu noch mein klarer Hinweis, wie der Zusammenhang tatsächlich ist. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 11.

Zu den **Einzelplänen 12 und 14** sowie den dazugehörigen Teilen des Stellenplans liegen keine Wortmeldungen vor. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache zum **Einzelplan 15** sowie zu dem zum Einzelplan 15 dazugehörigen Teil des Stellenplans.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Albrecht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Die Städtebauförderung als Gemeinschaftswerk des Bundes, der Länder und der Kommunen hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten als wirksames Instrument zur Beseitigung städtebaulicher Missstände außerordentlich bewährt. Die Erfolge sind für jedermann/-frau sichtbar am Erscheinungsbild unserer Städte ablesbar. Bund, Länder und Kommunen tragen mit jeweils einem Drittel die Kosten des Programms.

Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat sich im Ergebnis intensiver Beratungen ausdrücklich dafür ausgesprochen, die Städtebauförderung als eigenständiges Instrument zur Ausgestaltung und Aufwertung unserer Stadtquartiere zu erhalten und fortzuführen. Der Bund und das Land Mecklenburg-Vorpommern haben sich dazu bekannt, die Städtebauförderung auf hohem Niveau fortzuführen. Der Bund stellt dazu 2020 insgesamt 790 Millionen Euro zur Verfügung. Auch wenn die Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern zur Verwaltungsvereinbarung und dem Verteilerschlüssel noch nicht abgeschlossen sind, gehen wir davon aus, dass Mecklenburg-Vorpommern auch 2020 circa 30,9 Millionen Euro erhalten wird.

Meine Damen und Herren, das Land stellt Mittel in gleicher Höhe im Haushalt bereit, sodass Bund und Land auch 2020 Städtebaufördermittel in Höhe von fast 62 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Zusammen mit den Eigenmitteln der Kommunen stehen dann wieder insgesamt über 90 Millionen für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, der Wohn- und Aufenthaltsqualität und die Minderung von Segregationerscheinungen in unseren Städten zur Verfügung.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte jetzt noch einige Anmerkungen zur Wohnraumförderung des Landes machen. Welche Ziele der Wohnungspolitik wollen wir erreichen? Hier sind folgende Punkte zu erwähnen:

- die Vermeidung der Entwicklung angespannter Wohnungsmärkte durch Schaffung belegungsgebundener Wohnungen mit tragbaren Wohnkosten;
- bedarfsgerechte, zukunftsfähige Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes unter Berücksichtigung demografischer Entwicklungen im Land und dem Erhalt sozialverträglicher Wohnkosten;
- barrierefreie und Barrieren reduzierende Bestandsanpassungen einschließlich Nachrüstung von Personenaufzügen sind ebenfalls wichtig sowie
- das Eindämmen der Segregation, um eine stärkere Durchmischung aller sozialen Schichten zu erreichen.

Die demografische Entwicklung, steigende Baukosten und eine zunehmende Segregation erfordern eine Neujustierung der Förderpolitik des Landes, daher wurde auch die Initiative „Wohnen“ beschlossen. Die Förderrichtlinie Neubau Sozial wurde bereits angepasst. Es wurde unter anderem ein zweiter Förderweg eröffnet, womit fast die Hälfte aller Einwohner unseres Landes

theoretisch zum Kreis der Berechtigten für eine geförderte Wohnung gehören könnte.

Meine Damen und Herren, seit Inkrafttreten des Programms „Neubau Sozial“ in 2017 sind Zuschüsse in Höhe von circa 45 Millionen Euro für 453 Wohneinheiten beantragt worden, bewilligt wurden bislang 27,8 Millionen Euro für 581 Wohneinheiten. Der Bund stellt auch 2020 Mittel in Höhe von 1 Milliarde Euro für die Wohnraumförderung zur Verfügung. Wie gesagt, die Entscheidung über den Verteilerschlüssel ist noch offen. Die Verhandlungen werden am 16. Dezember auf der Sonderbauministerkonferenz in Berlin fortgeführt. Der Bund fordert eine Kofinanzierung durch die Länder, die Höhe des Länderanteils ist aber noch Gegenstand intensiver Verhandlungen.

Mecklenburg-Vorpommern wird nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Bund die erforderlichen Kofinanzierungsmittel bereitstellen. Für die Kofinanzierung des Landes wurde durch den Leertitel in 1504 Maßnahmengruppe 12 im Haushalt 2020/2021 Vorsorge getroffen. Die Kofinanzierung erfolgt aus dem Sondervermögen „Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern“ in Höhe von 30,17 Millionen Euro. Wir haben somit im Haushaltsplan dafür Sorge getragen, dass auch bei eventuell sinkendem Bundesanteil die Mittel im Land in gleichbleibender Höhe zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die geänderte Richtlinie Programm „Personenaufzüge und Lifte, barrierearmes Wohnen“ ist am 05.06.2018 in Kraft getreten. Die gut angenommenen Förderkonditionen für Wohneigentum wurden damit auf das Mietsegment in die Zentralen Orte übertragen. Auch hier haben wir die Mittel verstetigt. Sie kennen das, das ist wirklich der Renner.

Meine Damen und Herren, auch für die Studierendenwerke haben die Koalitionsfraktionen in diesem Doppelhaushalt pro Jahr zusätzlich zu den Mitteln aus dem Bildungshaushalt noch einmal 1 Million Euro eingestellt. Ich hatte auch vor, für die Jahre 2022 bis 2024 Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe anzumelden, um somit eine bessere Planungssicherheit für die Studierendenwerke zu ermöglichen. Leider konnte und wollte unser Partner dieses Ansinnen nicht mittragen, somit werden wir dann im nächsten Doppelhaushalt diese Mittel einplanen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, ich konnte Ihnen darlegen, dass wir die Städtebau- und Wohnraumförderung auf hohem Niveau wie in den Vorjahren fortführen, auch wenn der Bund seine Mittel zurückführen will. Aber noch sind nicht alle Messen gesungen. Wir werden sehen, was in der nächsten Woche passiert.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wie gesagt, wir werden unsere erfolgreiche Wohnungsbaupolitik des Landes auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau fortführen.

Und, Frau Rösler, Ihre Kritik, die Sie da geäußert haben am Anfang der Debatte, geht somit ins Leere. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Schluss der Beratungen und kommen zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zunächst zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 2a). Zunächst erfolgt die Abstimmung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020/2021 auf Drucksache 7/3899. Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/4399 anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 7 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 7 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, bei Ablehnung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

An dieser Stelle lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4554 abstimmen, der die Einfügung eines neuen Artikels 7 beinhaltet. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache ...

(Unruhe im Präsidium)

Kommando zurück, jetzt gucken wir mal, wo wir gerade sind.

Ich rufe auf den Artikel 8 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Artikel 8 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4399 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4399 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Wir beginnen nun mit der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 2b). Wir kommen zunächst zur Abstimmung

über die Einzelpläne. Ich lasse bei jedem Einzelplan zunächst über die Änderungsanträge und dann über den Einzelplan abstimmen.

Bevor ich die Abstimmung zum ersten Einzelplan aufrufe, lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4477 abstimmen, da dieser die Auflösung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit beantragt

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

und demzufolge Änderungen in mehreren Einzelplänen vorsieht. Wer also dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4477 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4477 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich lasse an dieser Stelle über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4478 abstimmen. Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf Änderungen zu verschiedenen Einzelplänen sowie zum Gesetz. Da es sich hier um Folgeänderungen handelt, kann dieser Änderungsantrag nur insgesamt abgestimmt werden. Wer also diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4478 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4479, der ebenfalls Änderungen in mehreren Einzelplänen vorsieht. Auch diesen lasse ich insgesamt vor allen Abstimmungen zu den Einzelplänen und dem Haushaltsgesetz abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4479 bei gleichem Stimmverhalten und Gegenstimmen der fraktionslosen Abgeordneten ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe auf den Einzelplan 01 – Landtag.

Ich lasse zunächst über die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und dann über den Einzelplan 01 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4480 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4480 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4481 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4481 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4482 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4482 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4401 zum Einzelplan 01 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01 auf Drucksache 7/4401 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4401 zum Einzelplan 01 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01 auf Drucksache 7/4401 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 02 – Landesrechnungshof.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4402 zum Einzelplan 02 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02 auf Drucksache 7/4402 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 03 – Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin, Staatskanzlei.

Ich lasse über die vorliegenden Änderungsanträge zunächst abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4483 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4483 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4484 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4484 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4485 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4485 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4522 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4522 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

(Unruhe bei Vincent Kokert, CDU, und Jens-Holger Schneider, AfD)

Wer der Beschlussempfehlung des ...

Wir sind in der Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4403 zum Einzelplan 03 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 auf Drucksache 7/4403 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU und Gegenstimmen aller anderen angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Europa.

Ich lasse über die vorliegenden Änderungsanträge zunächst abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4486 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4486 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion der AfD, des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4487 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4487 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der AfD auf Drucksache 7/4488 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4488 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4489 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4489 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4490 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion auf Drucksache 7/4490 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4491 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4491 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4523 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4523 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4524 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4524 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4404 zum Einzelplan 04 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 auf Drucksache 7/4404 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4404 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 05 – Geschäftsbereich des Finanzministeriums.

Ich rufe zunächst den hierzu vorliegenden Änderungsantrag zur Abstimmung auf.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4492 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4492 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4405 zum Einzelplan 05 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 05 auf Drucksache 7/4405 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU und Gegenstimmen aller anderen angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit.

Wir stimmen zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4493 zuzustimmen wünscht, den bitte ich

um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4493 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4494 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4494 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4495 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4495 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4496 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4496 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4497 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4497 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4498 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4498 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4525 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4525 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4526 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4526 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4527 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4527 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4528 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4528 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4406 zum Einzelplan 06 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 06 auf Drucksache 7/4406 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Ablehnung zugestimmt worden.

Ich rufe auf den Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Hierzu liegen weitere Änderungsanträge vor, die ich ebenfalls vor der Abstimmung zum Einzelplan 07 zur Abstimmung stellen werde.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4499 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4499 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4500 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4500 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4529 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4529 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4530 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4530 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4531 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4531 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der AfD und der beiden fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4532 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4532 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4533 zuzustimmen wünscht, den bitte ich

jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4533 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4534 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4534 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4535 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4535 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4536 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4536 bei ebenfalls gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4407 zum Einzelplan 07 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07 auf Drucksache 7/4407 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Ablehnung angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4407 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 08 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4408 zum Einzelplan 08 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 08 auf Drucksache 7/4408 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4408 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE

und der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 09 – Geschäftsbereich des Justizministeriums.

Ich lasse zunächst über die zum Einzelplan 09 vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4501 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4501 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Herren in der letzten Reihe, wir sind in der Abstimmung.

(Minister Dr. Till Backhaus: Kann ja wohl nicht wahr sein! Harry wieder!)

Auch nicht dahinterhocken, das hilft uns auch nicht weiter.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4537 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4537 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4538 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4538 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4539 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4539 bei ebenfalls gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4409 zum Einzelplan 09 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 09 auf Drucksache 7/4409 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 10 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die hierzu vorliegenden Änderungsanträge.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4502 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4502 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4503 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4503 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4504 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4504 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4505 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4505 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4506 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4506 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4507 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4507 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4508 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4508 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt worden.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4509 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4509 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4510 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4510 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4511 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4511 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4540 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4540 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Zustimmung abgelehnt worden.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4541 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4541 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt worden.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4542 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4542 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4543 zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4543 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt worden.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4544 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4545 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der AfD, des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

(Unruhe im Präsidium)

45? Wir sind bei 7/4544. Wir haben ja über 7/4544 abgestimmt. Oder wünscht einer noch eine Wiederholung der Abstimmung?

Dann rufe ich noch mal auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4545. Wer diesem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4545 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung aller anderen abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4546 zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4546 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4410 zum Einzelplan 10 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 10 auf Drucksache 7/4410 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, Ablehnung aller anderen angenommen.

(allgemeine Unruhe)

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung ...

Ich bitte doch weiter um Ruhe, wir sind noch in der Abstimmung.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4410 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung.

Ich rufe zunächst die hierzu vorliegenden Änderungsanträge auf.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4512 zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4512 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4513 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4513 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4514 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4514 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

(allgemeine Unruhe)

Wenn es denn Redebedarf gibt, dann doch bitte nicht hier während der Abstimmung!

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4411 zum Einzelplan 11 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 11 auf Drucksache 7/4411 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Ablehnung angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen des Landes.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4412 zum Einzelplan 12 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 12 auf Drucksache 7/4412 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Stimmenthaltung aller weiteren oder aller anderen angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 14 – Landesverfassungsgericht.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4414 zum Einzelplan 14 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 14 auf Drucksache 7/4414 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 15 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung.

Wir stimmen auch hier zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4515 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4515 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten und Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4516 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4516 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4517 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4517 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4518 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4518 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4519 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4519 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4547 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4547 bei Zu-

stimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4548 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4548 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4415 zum Einzelplan 15 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4415 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten, Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4413 – Stellenpläne – auf. Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4413 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4413 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Ablehnung angenommen.

Wir kommen nun zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 auf Drucksache 7/3900(neu).

In Ziffer I seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/4400 anzunehmen.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 22 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind die Paragraphen 1 bis 22 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Ablehnung angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU und ansonsten Ablehnung angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer II der Beschlussempfehlung. In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthal-

tungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten, Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

In Ziffer III der Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, die Unterrichtung auf Drucksache 7/3898 verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Wer der Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer IV der Beschlussempfehlung. Wer der Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 7/4400 ebenfalls einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Schluss der Beratung und Abstimmung zum Haushalt 2020/2021. Ich danke allen am Haushaltsverfahren Beteiligten für ihren besonderen Einsatz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und Christel Weißig, fraktionslos)

Vereinbarungsgemäß rufe ich den **Tagesordnungspunkt 21** auf: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Waldmehrungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/4447.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Waldmehrungsprogramm
für Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/4447 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Weiß.

(allgemeine Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir uns ja darauf verständigt haben, diesen Zusatztagesordnungspunkt vorzusehen, bitte ich doch auch um entsprechende Aufmerksamkeit und Ruhe.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem Marathon umzuschalten, ist vielleicht nicht ganz einfach, aber jetzt geht es um den Wald.

Vorbemerkung: Der vorgelegte Antrag ist keine Modifikation des alten Antrages von FW/BMV auf der Drucksache 7/4024. Damals ging es um die Förderung der Waldbesitzer, nicht des Waldes.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Zweite Vorbemerkung: Zur Begründung der Intention unseres Antrages erlaube ich mir ein Zitat: „... der Wald

gilt als Inbegriff für Beständigkeit und langfristiges Wirtschaften. Die besondere Bedeutung des Waldes liegt in seiner Multifunktionalität: Der Wald ist Erholungsraum. Der Wald dient dem Klimaschutz. Er ist für den Wasserhaushalt wichtig, für die Biodiversität und für die Bodenfruchtbarkeit. Er ist wesentlicher Faktor der Tourismus- und zunehmend auch der Gesundheitswirtschaft; er besitzt eine archivarische Bedeutung, spiegelt sich in der Kunst wider und ist Bildungsraum für eine nachhaltige Entwicklung. Er ist auch unverzichtbarer Rohstofflieferant für uns alle. Kurz: Wald ist multifunktional und unersetzlich.“

Herr Minister Dr. Backhaus, ich glaube, Sie haben es erkannt.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ja.)

Es ist ein Zitat von Ihnen. Es stammt aus dem Vorwort vom „Landeswaldprogramm 2016 Mecklenburg-Vorpommern“,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Hundert Prozent erkannt.)

ein überaus gutes Programm für unser Land.

(Thomas Krüger, SPD: Guter Minister.)

Bei der Gelegenheit, wenn Sie schon, Herr Krüger, das so begrüßen, ein zweites Zitat: „Wald ist wegen seines wirtschaftlichen Nutzens ... und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Biodiversität, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur sowie die Erholung der Bevölkerung ... zu erhalten und zu mehren.“ So steht es in Paragraph 1 Absatz 2 dieses genannten Landeswaldgesetzes.

Meiner Meinung nach, meine Damen und Herren, haben wir in Mecklenburg-Vorpommern ein gutes Landeswaldgesetz und ein sehr gutes Landeswaldprogramm. Doch was nutzen uns gesetzliche Rahmenbedingungen, gute programmatische Ziele, wenn wir, aus welchen Gründen auch immer, momentan nicht in der Lage sind, das umzusetzen?! Wir haben in Bezug auf den Wald kein Regelungsdefizit oder fehlende Ziele, wir haben ganz klar ein Umsetzungsdefizit, denn von einer Waldmehrung, wie sie gesetzlich bestimmt ist, wie wir sie uns vorgenommen haben, wie es eigentlich die Intention aller, die mit dem Wald zu tun haben, in unserem Land ist, Vorgabe von 1.000 Hektar pro Jahr aus dem Landeswaldprogramm, sind wir leider meilenweit entfernt.

Genau darum und um das Erreichen der im „Landeswaldprogramm 2016“ angestrebten Ziele für Mecklenburg-Vorpommern und um die Umsetzung des Landeswaldgesetzes geht es in unserem Antrag. Wir sind uns dabei durchaus über die Ursachen im Klaren, warum wir in den letzten Jahren alle Zielmarken verfehlt haben.

Ein Problem ist dabei natürlich die Bereitstellung von Flächen für die Neuaufforstung. Die Konkurrenz um den verfügbaren Boden ist groß. Ob Landwirtschaft, Infrastrukturprojekte, Straßenbau oder neue Gewerbegebiete, Wohnungsbau – alle kämpfen um die verfügbaren Flächen. Und wenn ich da nur daran denke, wie ich schon vor zehn Jahren bei dem Projekt REFINA, einem

Bundesprojekt zur Minimierung der Flächenverluste, selbst mitgearbeitet habe, wo es kaum möglich war, eine Verringerung des jährlichen oder teilweise sogar des täglichen Flächenverlustes umzusetzen, ist es schon bemerkenswert, dass wir überhaupt in der Lage sind, einen Teil unseres vorgenommenen Projektes umzusetzen.

Mit unserem Antrag wollen wir dabei nicht nur das Land in die Pflicht nehmen, Neuaufforstungsflächen bereitzustellen, wir wollen auch bei den Kommunen dafür werben, Flächen bereitzustellen. Und wir wollen auch die vielen privaten Waldbesitzer in Mecklenburg-Vorpommern nicht außen vor lassen.

Zudem ist das Thema Wald erst durch Vorschläge schweizerischer Wissenschaftler kürzlich in der ganzen Klimadiskussion sehr stark in den Mittelpunkt gestellt worden. Denken wir an die Dürrejahre, denken wir an das nasse Jahr vor drei Jahren, weltweite Waldbrände

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

oder beispielsweise auch an den Borkenkäfer! Dadurch haben wir bemerkenswert viel Aufmerksamkeit auf das Thema Wald bekommen, eine Aufmerksamkeit, die ich zuvor, wenn ich mich selbst erinnere an meine Entwicklung, erst in den 70er-Jahren hatte, späten 70er-Jahre, frühen 80er-Jahre. Wer erinnert sich nicht an die Diskussion um das Waldsterben durch den sauren Regen?! Ende der 80er-Jahre, Anfang der 90er-Jahre kannte man dann das Thema Wald schon nicht mehr und es war lange Zeit Ruhe. Mittlerweile engagieren sich Privatpersonen in letzter Zeit vermehrt für den Wald, der sich aufgrund von extremen Trockenperioden und damit verbundenem Schädlingsbefall leider auch Mecklenburg-Vorpommern in einem besorgniserregenden Zustand befindet.

Andere Bundesländer sind viel schlimmer betroffen, das hat seine Gründe. Andere Länder haben ja auch viel mehr Wald als wir. Aber andere Bundesländer haben mit ihren Landesforstanstalten, Fachverbänden, wie dem Bund deutscher Forstleute, Naturschutzverbänden, aber auch privaten Waldbauern massivere Probleme gekennzeichnet, um den Wald gegenüber dem Klimawandel gesund zu erhalten, und wenden sich mit Resolutionen, Forderungen, Appellen an die Öffentlichkeit.

Eine Waldmehrung scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt illusorisch. Deshalb brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens, alles für eine nachhaltige Entwicklung des Waldes in Mecklenburg-Vorpommern zu tun. Mit dem „Landeswaldprogramm 2016“ haben wir eigentlich eine gute Waldstrategie für unser Land und trotzdem sind wir in die jetzige Lage geraten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will es zusammenfassen: Wir haben einen guten Plan zum Wald, wir haben die richtigen Ziele, aber wir haben ein Umsetzungsdefizit, und unser Antrag soll der Verbesserung der Bedingungen und der Beschleunigung des Verfahrens dienen. Die Aktualität mit Bezug auf die klimatischen Entwicklungen, die wir haben, ist eindeutig. Und unser Antrag ist ein guter Antrag, der dem Minister bei seinen Aufgaben den Rücken stärken soll. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In 13 Tagen ist Heiligabend.

(Heiterkeit bei Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Das ist sicher.)

Ich glaube, dann werden wir hoffentlich alle vor dem Weihnachtsbaum stehen und werden ein Stückchen Zukunft, nämlich den Wald, in unsere Wohnzimmer holen,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

werden andächtig hoffentlich werden und ein bisschen auch darüber nachdenken, wie das Jahr gelaufen ist, was wir da hinter uns gebracht haben und welche Wünsche und Träume hoffentlich mit dem Abend in Erfüllung gehen. Insofern finde ich es gut, dass wir heute – es war jetzt vorgezogen –, aber dass wir zum Thema Wald uns in diesem Jahr noch mal verständigen.

Und, Herr Weiß, ich bin Ihnen auch dankbar für das, was Sie von mir zitiert haben, weil es bringt das eigentlich auf den Punkt: Wald schafft Zukunft, Wald ist für uns auf der Erde die wichtigste Ressource. Die wichtigsten Grundsätze haben Sie schon angesprochen, er ist ja Klimaschützer, er ist Wasserschützer, er ist letzten Endes auch ein Teil unserer Artenvielfalt und Garant auch für ein lebens- und liebenswertes Leben von uns allen Geschöpfen auf dieser Erde.

Ohne Wald gibt es keine Zukunft. Deswegen, glaube ich, haben wir klug gehandelt, dass wir das Waldforum hier eingerichtet haben. Ich muss da auch noch mal ausdrücklich sagen, dass alle relevanten Verbände seinerzeit daran mitgewirkt haben und wir ein Landeswaldprogramm damit aufgelegt haben, in dem wir im Übrigen – die Facette haben Sie noch ausgelassen – das Thema „Jagd und Wild“ ins Gleichgewicht bringen. Es kommt vielleicht nachher noch von Ihnen, auch dazu haben wir ja gerade am 22. November – Herr Heydorn und Frau Aßmann sind dabei gewesen –, glaube ich, einen hochinteressanten Diskurs geführt, der zu einem einstimmigen Ergebnis geführt hatte. Auch da, muss ich sagen, zeichnet sich aus, wenn man kooperativ ist und wenn man versucht, eben alle unterschiedlichen Interessenlagen möglichst an einen Tisch zu holen, dann abzuwägen und auch eine Entscheidung zu treffen.

Insofern ist für mich, gerade vor dem Hintergrund auch in diesem Jahr, diese weltweite Kampagne für mehr Klimaschutz in den letzten Tagen und Wochen wichtig. Und es wird ja weitergehen, Sie haben es vielleicht gehört, RUN ist jetzt gegründet, der Rat für Umwelt und Nachhaltigkeit in Mecklenburg-Vorpommern, im Rahmen auch der „Fridays for Future“. Auch hier wollen wir mit dem Haushalt – im Übrigen ja heute dokumentiert für die nächsten zwei Jahre – 100.000 Euro für Projektentwicklung auf den Weg bringen.

Ich kann mir auch da im Übrigen ein Programm vorstellen, an dem wir arbeiten. Dazu will ich jetzt nicht so viel sagen, aber ich glaube schon, dass wir die Zivilgesellschaft gerade auch in diesen Prozess mit einbinden müssen. Es gibt ja drei gute Dinge, also aller guten Dinge sind drei. Ich könnte mir schon vorstellen, dass jeder Mensch in Mecklenburg-Vorpommern doch drei Bäume im Jahr pflanzen sollte, Waldbäume pro Jahr. Vielleicht schaffen wir das tatsächlich und bringen eine Kampagne auf den Weg. Ich möchte jedenfalls darum werben, dass wir ein solches Programm entwickeln, um letzten Endes damit auch das Bewusstsein, dass jeder – ich glaube, Vincent Kokert hat das heute Morgen auch gesagt, jeder kann einen Beitrag leisten, wenn es um Nachhaltigkeit geht, wenn auch die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen, wenn wir ...

(Vincent Kokert, CDU: Das habe ich an anderer Stelle gesagt.)

Ja, es war eine andere Stelle, aber es ging ja letzten Endes um Fragen des Zusammenhaltes in der Wirtschaft und letzten Endes damit auch um die Frage, wie wir miteinander umgehen. Und wenn es uns gelingt, auch in dieser Frage in eine Art von Harmonie zwischen Natur und Wirtschaft überzugehen, dann halte ich das nicht nur für einen philosophischen Ansatz, sondern es muss uns weiter voranbringen.

Ich glaube, wenn man tatsächlich darum kämpfen möchte, mehr Wald in die Fläche zu stellen, dann sind wir uns einig, dass wir zurzeit nicht das erreichen, was wir erreichen wollen. Aber ich darf auch noch mal ausdrücklich sagen: Der Wald in Deutschland umfasst ja 11,4 Millionen Hektar und damit 32 Prozent der Fläche der Wälder Deutschlands, und wenn wir Mecklenburg-Vorpommern uns anschauen, dann haben wir 558.000 Hektar Wald in unserem schönen Bundesland, und die Wälder haben im Übrigen zugenommen. Darüber freue ich mich sehr, in meiner Dienstzeit sind wir zumindest doch um fast 7.000 Hektar Wald größer geworden. Das ist nicht erreicht, das Ziel, die 1.000 Hektar. Wir haben immer so tatsächlich zwischen 150 und 300, bis auch mal 800 Hektar geschafft, aber die Zielmarke pro Jahr, 1.000 Hektar wieder neu aufzuforsten, ist nicht erreicht worden. Aber ich glaube auch, dass wir immerhin jetzt von 20 Prozent auf 24 Prozent gekommen sind, ist natürlich schon ein Beitrag zum Klimaschutz, zum Artenschutz, für sauberes Wasser, für Kultur und letzten Endes für den Erhalt der natürlichen Lebensressourcen.

Und deswegen ist es für mich auch noch mal wichtig, dass die Waldmehrung in unserem Landeswaldgesetz festgeschrieben ist. Das ist nicht nur eine rechtliche Forderung, sondern im Gesetz heißt es wörtlich: „Wald ist ... zu erhalten und zu mehren.“ Und deswegen möchte ich natürlich auch erreichen, dass wir hier weiterkommen.

Unser Ziel war es ja im Waldforum, als Gremium mit allen Verbänden, Vereinen, Institutionen, das steht nach wie vor offen, sich hiermit zu engagieren. Und ich kann mir schon vorstellen, dass es an der einen oder anderen Stelle, auch aus der Eigentümerschaft von Grund und Boden ein Interesse geben kann und muss, ob kommunale Einrichtungen oder auch das Land selbst. Die Übertragung von Bundesflächen auf die Länder könnte damit einen Beitrag leisten, noch mal, auch zum Klimaschutz, zum Artenschutz, für sauberes Wasser noch mehr zu tun als das, was wir heute hier erreicht haben. Ich verliere

den Glauben nicht daran, dass es eine Einsicht in die Notwendigkeit gibt und wir hier auch weiterkommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ja, danke schön.

Am 18. April haben wir jedenfalls 2016 unser Landeswaldprogramm dann auch mit diesen ganzen Verbänden beschlossen. Ich glaube, es war eine Weitsichtigkeit. Da ging es dem Wald noch relativ gut, und wir haben ja auch den gesündesten Wald nach wie vor in Deutschland. Das ist auch ein Prädikat, aber ihm geht es schlechter durch diese letzten zwei Jahre 2018 und 2019. Durch die Dürre hat der Wald massiv gelitten. Auch das haben wir gerade im Haushalt beschlossen, dass wir zusätzliche Forstmitarbeiterinnen- und -mitarbeiterstellen bekommen werden.

Und ich bin dem Finanzministerium wirklich sehr dankbar, dass wir bei der Frage der personellen Ausstattung in den Forstämtern, aber auch in der Strategie für unseren Wald zusätzliches Personal einstellen werden, um auch hier den Zukunftswald hinzustellen, der klimastabiler werden muss und soll. Und es ist natürlich auch so, dass wir alles daransetzen wollen, letzten Endes das Bewaldungsziel, nämlich auf 30 Prozent Waldanteil in Mecklenburg-Vorpommern zu kommen, zu erreichen. Die tatsächliche Waldmehrung liegt derzeit deutlich niedriger, ich habe das ja schon angedeutet.

Und ich will auch noch mal ausdrücklich betonen, die Klimaforscher, der eine oder andere nimmt sie ja nicht so richtig ernst und meint auch, wir haben hier überzogen, aber wenn wir uns die letzten Jahre anschauen, dann kann ich nur sagen – auch die Investitionen, die wir im Küstenschutz bisher haben, ich habe es mir gerade noch mal wieder angesehen, ich komme ja gerade aus China –, was in China zurzeit im Umweltbereich, auch bei der Aufforstung läuft, ist gigantisch. Die haben den Knall gehört, ich muss das ausdrücklich sagen. Wir hinken da in mancherlei Beziehung ausdrücklich ein Stückchen hinterher.

Deswegen muss es natürlich auch um eine vermehrte Holznutzung gehen. Bauen wir doch unsere Kindergärten, unsere Schulen im Mehrgeschossbau oder auch in Holzbauweise! Das könnten wir natürlich auch mit unserer eigenen Industrie sehr schön machen und würden damit im Übrigen Kohlenstoff binden und würden einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und letzten Endes damit zur Zukunftsfähigkeit der Menschheit auf dieser Erde leisten, denn auch das ist für mich interessant, dass der Beitrag allein der Deutschen Forst- und Holzwirtschaft zum Klimaschutz derzeit 127 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr tatsächlich an Einsparungen ergibt. Ich glaube, da lohnt es sich, für den Klimaschutz zu kämpfen und letzten Endes damit auch diesen Wirtschaftsfaktor mit umzusetzen. Das entspricht im Übrigen immerhin 14 Prozent der gesamten deutschen Treibhausgase von 903 Millionen Tonnen. Da kann der Wald, auch gerade bei der aktuellen Diskussion um das Klimapaket, einen ganz, ganz wertvollen und entscheidenden Beitrag leisten.

Und deswegen wünsche ich mir natürlich auch sehr, im Übrigen weltweit: Wenn wir eine Milliarde, nur eine Milliarde mehr Wälder in die Fläche stellen würden, würden wir das 1-Grad-Ziel, das 1,5-Grad-Ziel erreichen können. Das ist also insofern eines der einfachsten Investitionen, um dieses Problem zu lösen. Deswegen glaube ich auch,

was die Weltgemeinschaft der Menschheit begreifen muss, wir müssen mehr tun, wir müssen aufforsten. Und die meisten Flächen entfallen eben auf Russland, auf die USA, Kanada, Australien, Brasilien, China. Letzten Endes ganz Europa könnte hier immerhin mit 51 Millionen Hektar noch einen weiteren wertvollen Beitrag leisten.

Wenn wir in Deutschland noch 3,2 Millionen Hektar zusätzlich aufforsten würden, über die Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland, würden wir damit auch unser Ziel, das 1,5-Grad-Ziel, erreichen können. Und deswegen bin ich schon der Auffassung, dass wir das unseren nachfolgenden Generationen schuldig sind, auch das, was wir an Fehlern gemacht haben, hier wiedergutzumachen und zusätzliche Leistungen zu erbringen.

Ich glaube auch, es ist an der Zeit, noch mal darüber nachzudenken, wie wir Flächenansprüche für Straßenbau, aber auch für Siedlungsbau immer mehr in den Fokus nehmen, um diese Flächen weiter zu reduzieren und letzten Endes damit die Entscheidung, statt zusätzliche Flächen zu versiegeln, Neuwaldbildung auf den Weg zu bringen.

Insofern darf ich ausdrücklich sagen, mir ist es schon auch wichtig, dass aufgrund der verfassungsrechtlich gewährleisteten Selbstverwaltungsrechte mit den Kommunen hier eine engere Querverbindung entstehen sollte. Wenn wir im Übrigen über landwirtschaftlich genutzte Flächen sprechen, auch da wissen wir natürlich, worüber wir reden, Herr Weiß, und Sie werden sicherlich dann noch mal darauf eingehen, aber wenn ich mir überlege, dass wir eben pro Hektar Ackerland – und wir brauchen ja im Wesentlichen Ackerland zum Aufforsten – im Durchschnitt heute bei 22.600 Euro sind und dann noch eine Prämie von 275 Euro pro Hektar am Jahresende den Landwirten überwiesen wird, auch das ist, glaube ich, ein schönes Weihnachtsgeschenk, dass wir 535 Millionen Euro auf die Konten der Landwirte am 22. Dezember überweisen werden, dann ist das Liquidität auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite erschwert es uns natürlich, an die Flächen ranzukommen.

Da muss es weitere Lösungen geben und ich glaube auch, dass man erkennen muss, dass ein Wald, den man jetzt hinstellt, auch neu aufforstet, etwa 50 Jahre auf diese Kosten ausmacht. Und wenn wir heute prognostizieren – im Übrigen im Süden, wir sind bis jetzt ja noch, toi, toi, toi, mit einem blauen Auge davongekommen, aber ich will Ihnen die Zahl noch ruhig nennen –, wir gehen davon aus, dass wir im kommenden Jahr und im Jahr darauf, das ist im Doppelhaushalt ja auch ein Stückchen dokumentiert, pro Jahr 750.000 Festmeter Holz allein aus dem Landeswald als Schadholz entnehmen müssen, weil entweder durch den Borkenkäfer oder bei der Buche eben tatsächlich diese Bäume vertrocknet sind, dann macht das deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen.

Deswegen bitte ich noch mal um Verständnis, wir werden an einem Waldprogramm insgesamt arbeiten, ein paar Andeutungen habe ich gemacht. Ich möchte hier nicht als Ankündigungsminister stehen, sondern wir werden im kommenden Jahr Ihnen ein weiteres intensives Programm auch im Interesse der Zivilgesellschaft vorlegen, und ich wünsche mir sehr, dass wir uns alle, nicht nur unterm Tannenbaum, darauf besinnen, wie wichtig die Wälder sind,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Deshalb stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

sondern vielleicht pflanzen wir nächstes Jahr alle zusammen ein paar Bäume. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Herr Minister, stimmen Sie dem Antrag zu!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Der Minister hat die angemeldete Redezeit um 2 Minuten 45 überschritten.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Strohschein.

Jürgen Strohschein, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE ist eine Reaktion auf den Nationalen Waldgipfel, der am 25. September im Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung stattfand. Aus ihm ging ein Eckpunktepapier hervor, das den beteiligten Verbänden vorgestellt wurde. Die Fraktion DIE LINKE leitet daraus Forderungen an die Landesregierung ab.

Um es kurz zu machen, wir unterstützen das im Großen und Ganzen. Die Anpassung des Waldes an ein sich wandelndes Klima ist wünschenswert. Der Umbau des Waldes, weg von der noch in der DDR-Mangelwirtschaft begründeten Kiefernmonokultur, die geharzt werden sollte, ist dringend erforderlich. Die Ausweitung der Waldfläche zum Zwecke der Verbesserung des regionalen Klimas, der Förderung des Tourismus und der Naherholung, des Artenschutzes

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und letztlich auch der Gewinnung nachwachsender Rohstoffe und Energieträger ist unbedingt wünschenswert.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Frage ist allein, wie dies zu bewältigen ist. Große Flächen des Waldes in Mecklenburg-Vorpommern sind bereits der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und dem NABU übereignet worden. Mit der hiermit zusammengehörenden Bundesforst werden umfangreiche Vorgaben gemacht, die auf einen Waldumbau hinauslaufen, inklusive Konzepte für Bannwald, also Wildnis pur.

Dabei kommt es allerdings auch zu Programmen, die dem Klimaschutz zuwiderlaufen, wenn beispielsweise Birke, die ein ideales Brennholz ist, im Wald gezielt verrotten soll. Durch den Verrottungsprozess wird allerdings genauso viel CO₂ freigesetzt wie bei der Verbrennung. Wir von der AfD appellieren in diesem Zusammenhang dringlich an die selbsternannten Ökofreunde im Lande, ihre Zielkonflikte zu bereinigen und auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Die AfD betrachtet CO₂ als ein gutes und notwendiges Gas, das nichts mit Klimaerwärmung zu tun hat.

Kommen wir zum Kernpunkt des Antrages. Unter Punkt 3 fordert DIE LINKE, die Landesregierung solle Flächen für

die Neuaufforstung bereitstellen und dabei bei kommunalen privaten Waldbesitzern dafür werben, ebenfalls Flächen für das Waldmehrungsprogramm Mecklenburg-Vorpommerns bereitzustellen.

Liebe LINKE-Fraktion, was Sie da fordern, das nennt man Kaufen ohne Bezahlen. Damit haben Sie allerdings häufig so Ihre Probleme. Sie fordern, andere sollten gratis liefern oder am besten noch Geld mitbringen. Da hat eine Agrarfirma als Beispiel 10.000 Hektar – und solche Betriebe gibt es ja – oder annähernd 10.000 Hektar hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, von denen könnten auch tausend Hektar sinnvoll aufgeforstet werden, weil sie an einen Landesforst angrenzen.

Es wird Sie vielleicht überraschen, aber es bringt in den ersten hundert Jahren nicht nur kein Geld, sondern das kostet jedes Jahr Geld. Da muss man Geld mitbringen. Im Falle eines bäuerlichen Betriebes könnte dann die Enkelgeneration im fortgeschrittenen Lebensalter die ersten Erträge verzeichnen. In Ihrer Welt mag das so irgendwie funktionieren, in der realen Welt da draußen muss die Frage beantwortet werden, wer das bezahlen kann und soll.

Ich weiß, Sie würden Frau Lagarde bitten, dafür die erforderlichen Euros einfach zu drucken. Das geschieht ja auch und wird die sogenannte Gemeinschaftswährung ruinieren. Stattdessen muss gespart werden. Wir von der AfD hätten mannigfache Ideen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wo in den Haushalten von Bund und Mecklenburg-Vorpommern zweifelhafte Geldausgaben entfallen könnten, um eine signifikante Waldmehrung zu bezahlen, die schon die heute 30-Jährigen als Region noch bereiten würden. Wald ist immer eine Generationenaufgabe. Derlei muss angepackt werden, Schadensbeseitigung im vorhandenen Wald, die Gewinnung neuer Waldflächen und Honorierung von Kohlenstoffbindung im Wald. Mehr CO₂ fördert das Wachstum von Wald, möchte ich hier noch mal betonen.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, und da braucht man mehr CO₂, oder was?)

Ja, das ist doch gut. Oder ist das schlecht?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Herr Krüger, ist das schlecht, wenn das Wachstum behindert wird? Es ist doch besser, wenn mehr wächst auf dieser Welt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Das heißt, Sie möchten mehr CO₂ in der Atmosphäre haben, damit der Wald besser wächst.
Habe ich Sie richtig verstanden?)

Jawoll!

In den letzten Jahren sind zwischen 110.000 und 180.000 Hektar Wald verloren gegangen, weil ganze Bestände durch Dürre, Brände und Borkenkäfer einen Totalschaden erlitten haben. Für die Wiederherstellung von Wald auf diesen Flächen werden circa 660 Millionen Euro benötigt. Diese Veranschlagung beruht natür-

lich auf niedrigem Niveau. Der Wald soll anschließend widerstandsfähiger gegen Klimaschwankungen, naturnaher, leistungsfähiger und standortgerechter Mischwald sein. Zu diesem Konzept sagen wir ausdrücklich Ja. 660 Millionen, die das kosten würde, das ist beispielsweise die Summe, die jährlich für die politischen Stiftungen ausgegeben werden, die eine Art demokratievisionäre Nebenfinanzierung der Parteien sind.

(Torsten Renz, CDU:
Spielen Sie doch nicht immer
das eine gegen das andere aus!)

Dazu kommen wir noch,

(Torsten Renz, CDU: Konzentrieren
Sie sich doch mal auf ein Thema!)

kommen wir noch, Herr Renz.

Bei zusätzlicher Waldvergrößerung reichen die veranschlagten 660 Millionen Euro aber bei Weitem nicht.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, eine Erstanpflanzung auf Ackerland oder eine Neuanpflanzung auf bestehendem Waldboden ist nicht vergleichbar. Eine Neuanpflanzung auf Ackerboden hat immer Schwierigkeiten beim Anwachsen und auch in der weiteren Wachstumsperiode, und das Holz ist dann auch nicht so von der Masse her verfügbar pro Hektar wie auf vorhandenem Waldboden bei gleicher Bodenwertzahl.

Durch das Wiedervernässungsprogramm in Mecklenburg-Vorpommern sind im Anklamer Stadtbruch 1.260 Hektar Eichenwald regelrecht abgesoffen. Jetzt sieht es dort aus wie in einem Geisterwald. Auf dem Darß sind circa 100 Hektar Wald vernässt. Hier wäre Schadensregulierung notwendig. Im Odenwald, der zwar nicht zu Mecklenburg-Vorpommern gehört, aber so ein eklatantes Beispiel ist, werden die Bergkuppen für 200 große Windkraftanlagen freigeschlagen, das sind 2.000 Hektar Buchenwald, die unserer Natur verloren gehen.

In Sachen neuer Wald spricht der Waldbesitzerverband von 65 Millionen Euro für 11.000 Hektar. Auch für die Summe gibt es keine Haushaltsplanung. Über die Aufforstung hinaus muss selbstverständlich der Verzicht auf Holzeinschlag honoriert werden. Jede Tonne CO₂, die in gebundener Form im Wald bleibt und dessen Biomasse vergrößert, muss aus der CO₂-Abgabe entlohnt werden. Die Bundesregierung hat versprochen, dass diese Einnahmen eins zu eins in den Klimaschutz fließen werden. An dieser Stelle fängt das schon mal an. Es wäre gut, wenn dann vieles von diesem Geld, was da eingenommen wird, auch für die Neuanpflanzung des Waldes oder Schadensregulierung benutzt wird.

Ohne das Anpflanzen von Nadelholz auf neu angelegten Flächen, die dann auch noch leichte Böden aufweisen, geht es allerdings nicht. Hier kann nur Kiefer angepflanzt werden. Wenn an diese Neuanpflanzung von Kiefernbeständen nach circa 20 bis 30 Jahren am Rande der Schonung größere Pflanzlöcher ausgehoben werden und diese mit viel Humusgabe versehen werden, dann können vereinzelt in diese Pflanzlöcher Buchen und Eichen gepflanzt werden. Sobald diese dann tragen, sorgt der Eichelhäher für die weitere Verbreitung der Baumart in dem jeweiligen Kiefernbestand. So hat man schon nach 60 bis 80 Jahren einen Mischwald.

Für Mischwald, der ja hauptsächlich auf besseren Böden angepflanzt wird, eignen sich natürlich Lärche und Douglasie.

(Thomas Krüger, SPD: Was wollen Sie uns damit jetzt sagen?)

Lärche ist ja aus Skandinavien eingeführt und Douglasie aus Nordamerika.

(Jochen Schulte, SPD: Ja, das geht beides schon mal nicht.)

Das sind natürlich schnell wachsende Bäume,

(Andreas Butzki, SPD: Das sind doch Migranten!)

da muss natürlich in Abständen gepflanzt werden, denn Lärche und Douglasie haben natürlich den Vorteil, dass sie,

(Thomas Krüger, SPD: Das hat ja auch eine politische Botschaft.)

dass sie äußerst resistent gegen Trockenheit sind.

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Zurzeit ist natürlich eines klar, es mangelt nicht an Konzepten, es mangelt auch nicht an Zustimmung, es mangelt an der Fähigkeit der Landesregierungen und des Bundes, Prioritäten zu setzen.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt kommen wir endlich zum Thema.)

In der Landwirtschaft wird von Minister Backhaus nach wie vor ein Gesamtkonzept verfolgt: Extensivierung, Lebensmittelqualität und Billigstpreise für Lebensmittel.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ich finde schon mal gut, dass wir das vorgezogen haben.)

Und vor allem, wenn jetzt noch der Waldumbau und Waldvermehrung dazukommen, das alles zusammen geht wahrscheinlich nicht. Wir unterstützen alle haushaltstechnischen Anpassungen, die dem Wald dienen.

Und zu guter Letzt noch ein dringlicher Appell an alle Landesregierungen:

(Torsten Renz, CDU: Wir haben nur eine.)

Untersagen Sie endlich das Abholzen gesunder Baumbestände für Fotovoltaik- und Windkraftanlagen, was ja zum Glück für unser Land nicht zutrifft, jedenfalls noch nicht! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lenz.

(Andreas Butzki, SPD: Heute redet nur die Vorpommernseite.)

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich direkt zum Antrag komme, will ich vielleicht mal ein, zwei Sätze sagen, die sich aus meinen Vorrednern so ergeben haben.

Dem Minister Backhaus habe ich aufmerksam zugehört, weil ich im Vorfeld mich auch mit der Zunahme des Waldes auf dem gesamten Erdball mal beschäftigt habe. Es ist interessant. Er war in dem Land, das in den letzten Jahren ein Viertel der gesamten Zunahme des Weltwaldes auf seinem Gebiet erreicht hat, und das war China. Also die Länder, die den meisten Grünlandzuwachs haben, laut Aussagen der NASA, sind China und Indien. Und das finde ich schon mal bemerkenswert.

(Egbert Liskow, CDU: Und dann noch in der Wüste! – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Was?

Also das ist bemerkenswert. Ich hätte das nie gedacht, muss ich ganz ehrlich sagen. Bei Indien wundert mich das noch mehr, wobei in Indien auch die Landwirtschaft mehr dafür verantwortlich ist als die Forstwirtschaft. Da ist das eine ganz andere Geschichte.

Noch ein Satz zu dem sauren Regen, Herr Dr. Weiß. Ich habe ja ab und zu mal Führungen gemacht durch die Natur und durch Wälder unseres Landes und habe – und das ist vielleicht auch mal ganz interessant zu erfahren – Mitte der 90er-Jahre mit Förstern aus Bayern, Wolfgang, mit Kollegen von dir,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Wolfgang Waldmüller, CDU: Was?)

eine Führung gemacht durch Wälder

(Andreas Butzki, SPD: Darum heißt er auch Waldmüller. Passt doch!)

und da haben wir uns mit bayrischen Landsleuten übrigens auch über den sauren Regen unterhalten.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und erstaunlich war die Aussage, dass durch die Stickstoffzufuhr, durch die Luft sie ein verstärktes Dickenwachstum bei den Bäumen festgestellt haben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das ist ein Punkt. Aber ein anderer Punkt dabei ist, dass das Thema bei dieser Führung unter anderem der Klimawandel war. Schon damals hat man darüber nachgedacht – also Mitte der 90er-Jahre –, den Wald umzubauen. Bei uns noch nicht so, aber in Bayern war man da schon so weit, die Wälder den neuen klimatischen, zu erwartenden klimatischen Bedingungen anzupassen. Das, denke ich, war schon ganz schön weit gedacht.

Und eins muss man auch sagen beim Verstehen des Waldes und auch des Baumes, man spricht ja von der sogenannten Kohlenstoffsénke eines Waldes. Ja, da muss man auch darüber nachdenken, wie lange nimmt ein Baum eigentlich Kohlenstoff auf. Keiner soll glauben, dass das ganze Leben über ein Baum die gleiche Menge an Kohlenstoff aufnimmt. Nach der Hauptwuchszeit,

meistens so zwischen 40 bis 60 Jahren senkt sich die Aufnahme des Kohlenstoffs um die Hälfte. Natürlich ist es wichtig, diese Aufnahme des Kohlenstoffs und auch der produzierte Sauerstoff. Das gehört ganz einfach dazu und über die anderen Gründe, wie wichtig der Wald für uns Menschen ist, für die Natur, haben meine Vorredner eigentlich genug gesagt.

Direkt zum Antrag möchte ich ganz kurz noch etwas sagen: Dass wir einen Klimawandel haben, das ist unstrittig. Darüber, wie gesagt, haben wir uns Mitte der 90er-Jahre schon unterhalten. Wie groß der menschliche Einfluss ist, darüber lässt sich streiten. Dass wir einen sehr geringen Anteil an Wald in unserem Land haben, das steht auch nicht in Abrede.

Wie wir aber gezielt eine Waldmehrung durchführen wollen, da stellen sich mir einige Fragen. Hierbei müssen alle zahlreichen Einflüsse, wie Flächenverfügbarkeit, Wirtschaftlichkeit, gesellschaftliche Zielkonflikte, auch berücksichtigt werden. Wir haben – und das hat der Minister ja auch schon gesagt – eine Fläche von circa 80.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Inwieweit diese aufgrund anderer gesellschaftlicher Anforderungen – und hier komme ich dann zum Waldbau, wie die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist, hier Artenschutz, Klimaschutz, Ausbau der Infrastruktur, aber auch Sicherung der Ernährung – in Waldflächen umgewandelt werden können oder sollten, bleibt zumindest für mich und meine Fraktion doch sehr fraglich.

Gerade Infrastrukturmaßnahmen, wie Straßen-, Radwegebau oder auch der Bau von Windenergieanlagen, fordern die Nutzung von Waldflächen. Sicherlich müssen für die Infrastrukturmaßnahmen Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen dieses Eingriffs getroffen werden. Wie groß die sind, das ist unterschiedlich. Für bestimmte Maßnahmen werden ja Ausgleichsflächen von eins zu drei für Wald- und Landwirtschaftsflächen zum Beispiel gefordert, was natürlich auch ganz wichtig ist.

Zum zweiten Punkt Ihres Antrages möchte ich mich nicht äußern.

(Beifall Egbert Liskow, CDU –
Jochen Schulte, SPD: Warum klatscht ihr?)

Das haben wir bereits mehrfach im Landtag und auch in den Ausschüssen gesagt. Hier fehlt übrigens nur noch das Wild, dann ist alles da, was man dazu sagen könnte. Nur schade, dass man da nicht auch auf andere Teile der Natur eingeht. Es wird bei anderen Problemen mit bestimmten Tieren immer gesagt, das regelt die Natur allein. Hier bei der Waldverjüngung allerdings trifft das leider nicht zu. Und eine nachhaltige Bewirtschaftung, wie unter Punkt 3 Ihrer Feststellung aufgeführt, heißt für mich auch, wirtschaftlich und sozial nachhaltig. Da unterscheiden sich unsere Ansätze grundlegend.

Kommen wir zu den Forderungen an die Landesregierung: Sie wollen ein Sonderprogramm zur Waldmehrung in Mecklenburg-Vorpommern. Hier stellt sich die Frage: Was wollen Sie mit einem Sonderprogramm? Wir haben ein Programm, ein Waldprogramm für unser Land, wenn nicht ausreichende Flächen vorhanden sind. Erst mal müssen Flächen da sein, um überhaupt ein Waldmehrungsprogramm aufzustellen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation von privaten und kommunalen Eigentümern, die dazu zu bringen, Flächen aufzuforsten, das wird sehr schwierig. Und gerade im Landes- und Kommunalwald werden derzeit aufgrund der Kalamitätsholzgeschichte sehr viele Defizite erwirtschaftet.

Meine Fraktion unterstützt die seitens des Bundesministeriums eingeleiteten Maßnahmen und fordert die Landesregierung auf, weiterhin Privat- und Kommunalwaldeigentümer bei der Bewältigung der Folgen der Extremereignisse der letzten Jahre – und das war ja ganz schlimm – und dem Umbau des Waldes zu unterstützen, denn nur so kann die Forstwirtschaft auch in Zukunft nachhaltig Holz produzieren und ihre Funktionen im ökonomischen, ökologischen und sozialen Sinne für die Gesellschaft erfüllen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Der vorliegende Antrag ist hierfür allerdings nicht geeignet. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich erst einmal bei der Fraktion DIE LINKE bedanken, dass sie dieses wichtige Thema aufgegriffen hat. Und wenn man zugehört hat bei den letzten Redebeiträgen, dann ist auch schon klargeworden, wie viel Fortschritte in diesem Bereich erreicht werden konnten in den letzten Jahren, wie wichtig auch der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen dieses Thema ist und was wir vorhaben, noch weiter zu tun.

Was will ich sagen? Die Forstplanung, wie sie hier angesprochen wurde, findet natürlich auch durch die Landesforst und die wirtschaftlich tätigen Privatwaldbesitzer statt, wird also erledigt. Der Waldumbau wird natürlich weiter fortgeführt. Sie wissen, dass wir mittlerweile 60 Prozent der Wälder, die reine Nadelwälder waren, mittlerweile umgebaut haben, das heißt, da stehen also nur noch 40 Prozent aus. Natürlich wird auch das Moorschutzprogramm, was Sie hier im Antrag ansprechen, weiter umgesetzt. Es gibt auch bereits Förderungen für die Beseitigung von Kalamitätsholz. Es gibt auch Förderung für Kleinstwaldbesitzer, sei es im Bereich Beratung, Aufforstung und so weiter.

Waldmehrung erfolgt immer dort, wo es geht. Ich gebe Ihnen recht, die Ziele, welche im Waldprogramm vermerkt wurden, die 1.000 Hektar pro Jahr, sind um Längen nicht erreicht worden. Ich sehe aber ehrlich gesagt auch nicht, dass wir sie in absehbarer Zeit erreichen können, weil natürlich einfach auch die Interessenkonflikte, wenn es um solche Flächen geht, groß sind.

Letztendlich muss man akzeptieren, dass eben das Abholzen, was die letzten Jahrhunderte betrieben wurde, einfach viel einfacher war, als jetzt Flächen zu finden für Aufforstungen und vor allem auch, um Finanzmittel zu finden für eine vernünftige Aufforstung, denn wenn man das mal hochrechnet, was der Minister gesagt hat, ein Hektar kostet im Schnitt fast 23.000 Euro. Wenn wir also jetzt 1.000 Hektar pro Jahr Wald dazu bauen wol-

len, braucht man allein schon dafür jedes Jahr 23 Millionen Euro. Da steht noch nicht ein einziger Baum.

Sie haben angesprochen in Ihrem Antrag die naturnahe Waldbewirtschaftung. Auch das macht unsere Landesforst seit vielen, vielen Jahren, dass sie naturnahe Waldbewirtschaftung macht. Und auch die Zahl der Waldbesitzer, die naturgemäß wirtschaften, also dann noch mal eine Schippe drauf zur naturnahen Waldwirtschaft, die Zahl der Waldbesitzer, die naturgemäß wirtschaften, steigt in regelmäßigen Abständen.

Wo wir natürlich noch weiter vorankommen müssen, ist beim Bereich Zertifizierung. Das haben Sie leider in Ihrem Antrag nicht mit aufgegriffen, aber wenn man schaut, wer hat heutzutage in Mecklenburg-Vorpommern Zertifikate – PEFC oder FSC –, dann begrenzt sich das leider an vielen Stellen auf den Staatswald. Da muss definitiv noch weiter vorangegangen werden. Und ich habe gesagt, natürlich könnten wir uns weiter dafür einsetzen, dass wir jetzt zwingend die 1.000 Hektar pro Jahr erreichen, aber das ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen eine, glaube ich auch, nach wie vor Wunschvorstellung, die wir vertreten sollten, aber wo wir, wenn wir uns realistisch in die Augen schauen, wissen, dass es schwierig oder gar nicht erreichbar sein wird.

Welche Schlussfolgerungen ziehe ich daraus? Natürlich müssen wir, wenn wir wissen, dass wir den Wald nicht einfach so mehrnen können, dass es da verschiedene Punkte gibt, warum es nicht einfach möglich ist, weiter an der Qualität unserer Wälder arbeiten. Wir brauchen also mehr Unterbau. Wir brauchen die Mehrschichten. Wir brauchen die Naturverjüngung. Und vor allen Dingen müssen wir darauf gucken, dass der Wald nicht nur seinen ökologischen und seinen sozialen Funktionen gerecht wird, sondern dass er letztendlich auch ein Wirtschaftsraum ist, nämlich für diejenigen, die von diesem Waldbau leben, das heißt, wir brauchen Wertholz, weil die finanzielle Lage angespannt ist, Wertholz, weil nur, wer mit seinem Holz Geld verdient, der auch an der einen oder anderen Stelle auf Holz verzichten kann, wenn er eben seinen Wald ökologischer umbaut.

Und da kommen wir am Ende zum Wild. Wenn wir eben mehr Unterbau wollen, wenn wir mehr Naturverjüngung wollen und gleichzeitig Wertholz auch aus unseren Forsten haben wollen, dann müssen wir vermeiden, dass die Haupttriebe verbissen werden, weil ansonsten entsteht eben eine große Astgabel und das Potenzial dieses Baumes ist hinfällig.

Und von daher müssen wir auch da im Sinne des Papiers, was hier vor drei Wochen beschlossen wurde, weiter vorankommen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Burkhard Lenz, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich das mal so resümieren kann, was eben alles so gesagt wurde,

(Andreas Butzki, SPD: Kannst du!)

sollte ich vorher noch mal vielleicht zu unserem Antrag zurückkommen, um Klarheit zu schaffen.

Punkt 1. Da geht es im Wesentlichen ja um ein Sonderprogramm Waldmehrung, vor allem deswegen, weil festgestellt wurde, dass, wie Frau Aßmann eben richtig gesagt hat, die 1.000 Hektar, die im Zielkorridor sich befinden, im Moment nicht erreicht werden. Also muss es darum gehen, Maßnahmen sich zu überlegen, überhaupt Gedanken zu wälzen, wie wir in irgendeiner Form an dieses Ziel rankommen. Die 1.000 Hektar sind ja nicht irgendwie aus dem Hut gezaubert und nicht irgendeine fixe Idee,

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

sondern hatten wirklich einen Sinn gehabt, völlig egal, ob vielleicht 998 oder 1.001 Nacht da richtig wären.

Zweitens. Die ganze Problematik der klimabedingten, auf Waldbau ausgerichteten Fragen der Waldneubildung und der Sukzession sind ja eher technischer Natur. Das ist sicherlich unstrittig.

Drittens geht es natürlich um Flächenbereitstellung und um das Werben bei kommunalen und privaten Waldbesitzern. Und ohne, dass ich jetzt hier herumspringe, das geht eben nicht dabei um Kaufen, ohne zu bezahlen, Herr Strohschein. Es geht vielleicht genau darum, was wir in meiner Gemeinde, in der Gemeinde Süderholz gemacht haben, und zwar mehrfach schon, dass dann Bürger losziehen, vielleicht einmal im April, und jeder hat drei Setzlinge in der Tasche und dann wird eine entsprechende Fläche, die durch die Gemeinde freigegeben wird, aufgeforstet

(Jürgen Strohschein, AfD: Das haben
Sie doch vorhin schon gesagt.)

beziehungsweise bewaldet. Das nennt sich beispielsweise bei uns ganz normal, so wie auch früher, Subbotnik. Das funktioniert.

Herr Minister, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie auf das Waldforum eingegangen sind. Und der Hinweis, dass in meiner kleinen Einbringung der Zusammenhang von Wild und Jagd auch mit dem Hinweis auf Verbiss ausgespart wurde – ich bin mir natürlich im Klaren darüber, dass die Diskussion in den letzten Wochen genau zu diesem Thema, auch der Dissens mit dem Landesjagdverband eher geeignet sind, dieses Thema hier zu überfrachten. Deswegen habe ich es absichtlich rausgelassen. Da wollen wir nicht eine weitere Wunde aufreißen an der Stelle, da sind wir sicher einer Meinung, erst mal Ruhe ins Boot zu kriegen, damit wir hier nicht in eine Schiefelage geraten.

Jeder drei Bäume pro Jahr, so, wie Sie das gesagt haben, und wie ich gerade aus meiner Gemeinde berichtet habe, das geht, das funktioniert. Man muss es nur wollen, dafür ist zu werben. Da ist vielleicht noch ein kleines bisschen Schwung reinzubringen in den ganzen Apparat.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir mit unseren 24 Prozent Waldanteil an der Gesamtfläche, ein Drittel in Deutschland ist ja nur der Durchschnitt. Es gibt Bundesländer, die haben wesentlich mehr.

(Torsten Renz, CDU: Zum Beispiel Hamburg und Bremen.)

Das hängt natürlich mit unserer prädestinierten Situation zusammen im ostelbischen Raum. Das ist prädestiniertes Ackerland. Nicht umsonst ist hier in Größenordnungen Ackerfläche entstanden. Wenn wir 800 Jahre zurückdenken, da gab es bei uns bestenfalls Wald-Weide-Wirtschaft, aber eben keinen Ackerbau.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Das ist ja in einer bestimmten Zeit entstanden. Das hatte seine Gründe, seine Ursachen

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ich weiß.)

und das übrigens zu einer Zeit, als die Bevölkerungsdichte bei uns bei 15 bis 20 Einwohnern auf einem Quadratkilometer lag.

(Egbert Liskow, CDU: Die Menschen hatten Hunger.)

Da wurde hier großzügig entwaldet. Aber das sind alles historische Kamellen. Das zeigt allerdings eher, dass unsere Verantwortung auch gegenüber einer notwendigen Korrektur von der Entwicklung in der Vergangenheit sehr sinnvoll ist. Die damals enge Verflechtung der Kommunen mit der Landwirtschaft ist ganz klar. Da gibt es kein Problem zwischen uns, denke ich mal. Und auch der Hinweis auf den hohen Preis der Fläche, das drückt uns sicherlich.

Aber wenn ich das einfach zusammenfasse, was Sie uns hier heute angeboten haben als programmatischen Aufschlag, ein neues Programm im Jahre 2020, das ist ja in gewissem Sinne schon fast unser Antrag.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Machen wir doch da etwas Vernünftiges draus und wir überweisen das Ganze in den Agrarausschuss. Dann haben wir gemeinsam die Möglichkeit, darüber nachzudenken und gewissermaßen im Pingpong hin und her oder wie auch immer das zu behandeln, ohne dass hier das Ministerium alleingelassen wird. Ich denke, der Agrarausschuss ist genau der richtige Platz, um das, was Sie hier vorhaben, parlamentarisch zu begleiten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und dann bräuchte man über alle anderen Punkte nicht mehr weiter zu diskutieren.

Demzufolge ergänze ich unseren Antrag mit dem Antrag, das in den Agrarausschuss zu überweisen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Andreas Butzki, SPD: Klatschen! – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE ...

(Thomas Krüger, SPD: Wir brauchen zwei Minuten Auszeit bitte!)

Die Fraktion der SPD, obwohl es eigentlich schon zu spät ist, hat zwei Minuten Auszeit beantragt. Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Mittlerweile hat sich das erledigt. Wir kommen also wieder zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4447 in den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Zustimmung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4447. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4447 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß Paragraf 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/4460.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses (1. Ausschuss) gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 7/4460 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses Herr Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Petitionsausschuss war bestrebt, bis zum Jahresende so viele Petitionen abzuschließen, wie es möglich ist. Insofern freue ich mich, dass wir mit der Drucksache 7/4460 Ihnen 360 Petitionen zum Abschluss vorlegen, die wir im Zeitraum vom 1. Juli bis zum 31.12. abgeschlossen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir empfehlen Ihnen, fünf Petitionen zu überweisen, zuständigkeitshalber an die richtigen Stellen des Deutschen Bundestages beziehungsweise an den Landtag Schleswig-Holstein. Bei weiteren acht Petitionen empfehlen wir Ihnen, von einer sachlichen Bearbeitung abzusehen, weil die Einwirkungsmöglichkeit unseres Landes nicht gegeben ist.

Ich möchte kurz auf zwei Petitionen eingehen, die vielleicht so das Stimmungs..., das Stimmungs...,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Bild!)

richtig, das Stimmungsbild – abends ist es schon schwer zu formulieren, nicht? –, um das Stimmungsbild auf Teilgebieten eben sichtbar zu machen.

Zunächst einmal haben wir dann 260 Einzelzuschriften gegen die Ausweisung von Windeignungsgebieten im Raum Penkun/Löcknitz entgegengenommen und bearbeitet und empfehlen Ihnen hierzu den Abschluss dieser Petitionen, weil die regionalen Planungsverbände hier die Beteiligung der Bürger auch garantieren und diese gewährleistet ist. Und zum anderen betont der Ausschuss, dass die Ausweitung des Windeignungsgebietes sicherlich für unsere Energiewende von außerordentlicher Bedeutung ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Da waren wir uns aber nicht einig!)

Habe ich nicht gesagt. Aber zumindest mit Mehrheit.

Zu einem anderen Thema erreichten uns 300 Einzelzuschriften, also einer Sammelpetition. Und dort haben sich viele Erzieher von Kindertagesstätten an uns gewandt mit der Forderung, dass die Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Kindertagesstätten verbessert werden soll, und insbesondere soll der Betreuungsschlüssel abgesenkt werden. Die Stellungnahme des Sozialministeriums hat dann ergeben, dass tatsächlich nach der Beitragsfreiheit und Elternentlastung der Fokus genau auf dieses Problem gerichtet wird und dass die Qualität der Betreuung auch verbessert werden wird. Deshalb gelangt der Ausschuss zu der Auffassung, dass wir diese fachdienlichen Hinweise sehr ernst nehmen sollten und auch beachten sollten und deshalb diese Petition an die Regierung und an die Fraktionen überweisen werden. Das ist also unser Vorschlag.

Sie haben die Sammelübersicht vorliegen und auch zur Kenntnis genommen und deshalb sind Ihnen die Eingaben und Beschwerden auch bekannt. Deshalb darf ich meine Ausführungen schließen und Sie bitten, wie der Ausschuss auch einstimmig diese Beschlussempfehlung anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jens-Holger Schneider, AfD –
Torsten Renz, CDU: Wir sind froh.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Dachner.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Und täglich grüßt das Murmeltier – oder wiehert doch der Amtsschimmel? Alle von uns behandelten und abgeschlossenen Petitionen weisen bei den unterschiedlichsten Themen eine Gemeinsamkeit auf: die Sprache der Behörden, die Bescheidung von Anträgen. Die Beantwortung von Nachfragen ist so kompliziert, so weit weg von den Menschen, dass ich mich oft frage: Verstehen die Gesetzgeber, die Behördenmitarbeitenden, die Erstellenden der Antragsformulare eigentlich, was sie da erfragen und antworten? Wollen sie eigentlich, dass die Menschen es auch verstehen?

Ich wiederhole es auch diesmal in der Debatte: Jeder Beruf ist gekennzeichnet von Fachwissen, das andere

weder brauchen noch haben, so auch in den Verwaltungen und Behörden unseres Landes. Wenn es aber darum geht, dass Menschen Bescheide und Antworten auf Anträge bekommen, dann müssen die Bescheide auch von allen verstanden werden. Es reicht nicht, dass die erstellende Behörde weiß, was sie will. Die Empfänger müssen es verstehen, und zwar zuallererst. Immer ist der Sender verantwortlich für das, was der Empfänger versteht. Die Empfänger müssen in der Lage sein, völlig eigenständig und ohne fremde Hilfe Bescheide nachrechnen zu können, Widersprüche einlegen zu können und die Informationen zu verstehen. Die Menschen haben ein Recht auf juristische Beratung und Begleitung. Eine Pflicht, einen Juristen um Rat zu bitten, gibt es nämlich nicht.

Darum, in Anbetracht der Uhrzeit, wenn die da draußen Behördenmitarbeitenden zuschauen und zuhören – ihre Anträge, ihre Bescheide, manchmal sind sie kompliziert. Aber wissen Sie, ich weiß ja nun, dass die Mitarbeitenden von Behörden gerade im Dezember um diese Uhrzeit gar keine Zeit haben, sich anzuhören, was hier beschlossen wird. Sie machen gerade haufenweise Überstunden, weil, ja, weil die Regierung Gesetze und Verordnungen beschließt,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki SPD)

deren Finanzierung weder gesichert ist noch die zeitnah umzusetzen sind.

(Egbert Liskow, CDU: Das macht
das Parlament, nicht die Regierung.)

Das müssen dann nämlich die Behörden vor Ort machen, und die kriegen auch den Ärger der Menschen zu hören und immer häufiger leider auch zu spüren.

(Egbert Liskow, CDU: Gesetze
macht immer noch das Parlament!)

Ein Beispiel dafür ist hier aktuell der Landkreis Rostock. Durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und die dadurch hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden hat das Sozialamt zwei Abteilungen vorläufig geschlossen, die Abteilung „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und die Abteilung „Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung“. Und ich garantiere eine Petitionsflut. Alles, was wir hier als Parlament beschließen oder ablehnen, müssen die Mitarbeitenden in den Ämtern und Behörden den Menschen erklären. Und da diese nicht ausreichend Zeit haben, sich in diese Schnellschüsse einzuarbeiten und weiterzubilden, passieren eine Menge Fehler und zum Eigenschutz leider viel zu oft nur noch Dienst nach Vorschrift.

Lesen wir die Petitionen genau durch und begeben uns vor einen Spiegel, dann wird eines klar: Wir brauchen Verwaltungsvereinfachung, dann haben die zum Beispiel sehr, sehr langen Verfahren in Sozialgerichtsprozessen, die schlechten Bedingungen in der JVA Bützow, die Überlastungsanzeigen aus Jugendämtern und Pflegeeinrichtungen und die Verständnisschwierigkeiten endlich ein Ende. Für die Menschen in diesem Land brauchen wir dringend eine Änderung in der Sprache. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt die fraktionslose Abgeordnete Frau Weißig.

Christel Weißig, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen!

Lieber Herr Dachner, der kluge Kopf vom Petitionsausschuss!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe aus dem Plenum: Oh! –
Egbert Liskow, CDU: Oi!)

Ich durfte nun drei Jahre in dem Ausschuss meine Einschätzung und Meinung kundtun.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das ist aber nur platonisch!)

Nun weine ich in meine Kissen, weil ich nicht mehr dabei sein darf. Aber wenn du denkst, es geht nicht mehr, dann kommt irgendwo ein Lichtlein her. Und das strahlt, indem es uns hoffentlich gelungen ist, zu helfen, die Friedländer Wiesen zu retten.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Jawohl!)

Kein Tier, kein Vogel zählte, aber wie wir in dem morastigen Boden standen, bis zu den Knöcheln, da haben wir uns gefragt, was ist erst, wenn die Windkraftmühlen hier versinken. Die Menschen dort vor Ort sind unermüdlich in ihrem Bestreben, uns fundierte Argumente zu liefern,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

um dieses einzigartige Naturschutzgebiet vor Profitgier und Umweltzerstörung zu schützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Petitionsausschuss hat wieder einmal seine Daseinsberechtigung gezeigt und gezeigt, dass er unverzichtbar ist.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Allen Beteiligten gebührt der Dank. Dazu gehört auch das unermüdliche Wirken des Bürgerbeauftragten Herrn Crone.

Und, Herr Minister Backhaus, ich frage Sie morgen, wie Sie dazu agieren. Ich konnte der Presse entnehmen, dass Sie gegen die Windkraft in dem Gebiet Friedländer Wiesen sind und das Moor dort wiederbeleben wollen. Ich bin morgen auf Ihre Antwort gespannt. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Petitionsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/4460, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 7/4460 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Drucksache 7/3584, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 7/4456. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4556 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung
zum Staatsvertrag zwischen dem Land
Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt
und dem Land Mecklenburg-Vorpommern
über die Norddeutsche Landesbank
– Girozentrale –
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 7/3584 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
– Drucksache 7/4456 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und CDU
– Drucksache 7/4556 –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre hierzu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – auf Drucksache 7/3584. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/4456, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/3584 unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf den Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4556 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4556 zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4556 einstimmig angenommen.

Wer dem Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung mit der soeben beschlossenen Änderung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Artikel 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem

zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind Artikel 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 7/3584 mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/3584 mit der soeben beschlossenen Änderung ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Regulierungskammer Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung der Energiewirtschaftszuständigkeitslandesverordnung, Drucksache 7/4444.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes über die
Regulierungskammer Mecklenburg-
Vorpommern (RegKG M-V) und zur
Änderung der Energiewirtschafts-
zuständigkeitslandesverordnung
(Erste Lesung)
– Drucksache 7/4444 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich Ihnen als Gesetzentwurf mitbringe, ist das Resultat eines Auftrages aus diesem Hohen Hause aus dem Dezember vergangenen Jahres. Der damalige Auftrag lautete, wir möchten bitte die zunächst auf Grundlage eines Verwaltungserlasses umgesetzte Regulierungskammer, also die Rücknahme der Aufgaben der Steuerung und Kontrolle über die Strom- und Gasnetze der mittleren und kleineren Unternehmen hier im Lande, die eine Zeit lang bei der Bundesnetzagentur bundesweit bearbeitet wurde, wir mögen diese Rückholung auf die entsprechenden Landesbehörden in einem Gesetz verstetigen und auf dauerhafte Füße stellen. Genau das haben wir mit dem Gesetzentwurf umgestellt.

Ich kann Sie jetzt, wenn Sie möchten und auf Zuruf, gerne mit lauter Details quälen. Ich glaube, dass es sinnvoller ist, wenn wir im Energieausschuss genau diese Details anschauen, auch die Frage, wie wir die einzelnen damals aufgeworfenen Fragen abgearbeitet haben, über die wir mit Schleswig-Holstein in der Diskussion sind, ob es überhaupt eine Perspektive für die damals angeregte vielleicht auch gemeinsame Regulierungsbehörde gibt. All das, glaube ich, ist im Ausschuss besser aufgehoben. Wenn Sie etwas anderes sehen oder eine Frage haben, die hier beantwortet werden muss, wäre ich für eine Frage dankbar. Ansonsten danke ich Ihnen dafür, dass wir gemeinsam das zunächst in den Ausschuss verweisen und dann da die Gelegenheit haben, die Petitionen zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/4444 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/4445.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung
des Zensusgesetzes 2021 in Mecklenburg-
Vorpommern (Zensusausführungsgesetz
2021 – ZensAG 2021 M-V)
(Erste Lesung)
– Drucksache 7/4445 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bund plant für den 16. Mai 2021 wieder eine Zenserhebung, eine bundesweite, das heißt eine Datenerhebung, in der vielfältige Fragen erhoben werden, die dementsprechend nachher in statistischen Ämtern Einzug finden, um bei FAG und anderen Dingen Grundlage für die Berechnungen zu bilden.

Dementsprechend, wie schon beim Zensus 2011 – der eine oder andere hat das ja schon damals miterlebt – bedarf es in dem Fall auch der landesrechtlichen Anpassung der Gesetzgebung für die Zensusbefragung. Da geht es insbesondere um die Aufgabenübertragung zur Zensusdurchführung. Das Gesetz regelt auch die Organisation des Zensus in unserem Land. So sind für die Durchführung des Zensus 2021 in den kreisfreien Städten und Landkreisen insgesamt 19 Erhebungsstellen einzurichten, die konkret im Gesetzentwurf benannt sind. Die Erhebungen vor Ort beim Zensus 2021 werden wie auch 2011 durch dementsprechende Erhebungsbeauftragte durchgeführt.

Die notwendigen finanziellen Mittel haben wir im Rahmen des Doppelhaushaltes 2021 bereits mit angemeldet

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

und die sind auch dementsprechend heute mit beraten worden, was die notwendigen Kosten für den Zensus betrifft. Dabei wurden unter anderem auch die Mehraufwendungen eingeplant, die den kommunalen Gebietskörperschaften durch dieses Gesetz entstehen. Städte- und Gemeindetag und Landkristag sind in die Vorbereitung, in die Verbandsanhörung mit einbezogen gewesen, haben keine Änderungs- und Ergänzungsvorschläge gemacht und ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf erteilt.

Insofern bitte ich um gute Beratungen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache ebenfalls nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist auch das beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/4445 zur federführenden Beratung an den Innen- und Europaausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

(Zuruf aus dem Plenum: Schade!)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 12. Dezember 2019, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.08 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Henning Foerster, Holger Kliewe, Simone Oldenburg, Peter Ritter und Dr. Mignon Schwenke.